

**Evaluation von Lehre und Studium  
in den sozialwissenschaftlichen Fächern  
an den niedersächsischen Universitäten**

**Evaluationsbericht**

## **Impressum**

Herausgeber: Zentrale Evaluations- und  
Akkreditierungsagentur Hannover (ZEVA)  
Wilhelm-Busch-Straße 22  
30167 Hannover

Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. Hinrich Seidel

Geschäftsführung: Hermann Reuke

Redaktion: Jürgen Harnisch, Elisabeth Michaelis M.A.

Druck und Vertrieb: Hahn-Druckerei GmbH & Co  
Im Moore 17  
30167 Hannover

© Zentrale Evaluationsagentur (ZEVA)

**ISBN 3-934030-11-4**

Preis: 30 DM

# **Evaluation von Lehre und Studium in den sozialwissenschaftlichen Fächern an den niedersächsischen Universitäten**

## **Evaluationsbericht**

<b>Universitäten</b>	Technische Universität Braunschweig, Universität Göttingen, Universität Hannover, Universität Oldenburg, Universität Osnabrück	
<b>Gutachtergruppe</b>	Prof. Dr. Monika Medick-Krakau	Technische Universität Dresden
	Prof. Dr. Ingrid Sommerkorn-Abrahams	Universität Hamburg
	Prof. Dr. Günter Bentele	Universität Leipzig
	Lutz Bornmann M.A.	Universität Gesamthochschule Kassel
	Prof. Dr. Erhard Forndran	Universität Magdeburg
	Prof. Dr. Gerd Junne	Universiteit van Amsterdam
	Prof. Dr. Helmut E. Lück	FernUniversität Hagen
	Staatssekretär a.D. Rolf Möller	Bonn
	Prof. Dr. Ulrich Teichler	Universität Gesamthochschule Kassel
	Prof. Dr. Rainer Trinczek	Technische Universität München
<b>Koordination</b>	Elisabeth Michaelis M.A.	Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover

Hannover, November 2000

<b>Vorwort</b> .....	<b>7</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b> .....	<b>8</b>
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>9</b>
<b>2 Das Studium der sozialwissenschaftlichen Fächer an den Universitäten</b> .....	<b>11</b>
<b>2.1 Die sozialwissenschaftlichen Fächer und ihre Tätigkeitsfelder</b> .....	<b>11</b>
<b>2.2 Generelle Bemerkungen und Empfehlungen</b> .....	<b>11</b>
2.2.1 Beurteilung der internen und externen Evaluation.....	11
2.2.2 Hauptthemen der Evaluation und standortübergreifende Empfehlungen der Peers.....	16
<b>2.3 Profil, Aufbau und Organisation der sozialwissenschaftliche Fächer</b> .....	<b>19</b>
<b>2.4 Lehre und Studium</b> .....	<b>28</b>
2.4.1 Studiengänge und Studierende .....	28
2.4.2 Bildungs- und Ausbildungsziele .....	31
2.4.3 Studienprogramme .....	34
2.4.4 Lehrangebot und Studienorganisation.....	40
2.4.5 Internationale Aspekte .....	46
2.4.6 Praxisorientierung.....	47
2.4.7 Beratung und Betreuung.....	49
2.4.8 Prüfungen .....	50
2.4.9 Studienerfolg.....	51
<b>2.5 Rahmenbedingungen</b> .....	<b>57</b>
2.5.1 Personalbestand und -entwicklung.....	57
2.5.2 Wissenschaftlicher Nachwuchs .....	63
2.5.3 Frauenförderung .....	65
<b>2.6 Ausstattung und Sachmittel</b> .....	<b>67</b>
2.6.1 Räume .....	67
2.6.2 Bibliotheken .....	68
2.6.3 EDV-Ausstattung .....	69
<b>2.7 Qualitätssicherung</b> .....	<b>70</b>
<b>3 Lehre und Studium der sozialwissenschaftlichen Fächer an den Hochschulstandorten</b> .....	<b>73</b>
<b>3.1 Technische Universität Braunschweig</b> .....	<b>73</b>
3.1.1 Aufbau und Profil der Fächer.....	73
3.1.2 Lehre und Studium .....	76
3.1.3 Rahmenbedingungen .....	84
3.1.4 Qualitätssicherung .....	87
3.1.5 Zusammenfassung .....	88
3.1.6 Stellungnahme des Fachbereichs .....	89
<b>3.2 Universität Göttingen</b> .....	<b>93</b>
3.2.1 Aufbau und Profil der Fächer.....	93
3.2.2 Lehre und Studium .....	96
3.2.3 Rahmenbedingungen .....	102
3.2.4 Qualitätssicherung .....	104
3.2.5 Zusammenfassung .....	105
3.2.6 Stellungnahme der Fakultät.....	105

<b>3.3</b>	<b>Universität Hannover</b> .....	<b>111</b>
3.3.1	Aufbau und Profil der Fächer .....	111
3.3.2	Rahmenbedingungen .....	113
3.3.3	Lehre und Studium .....	115
3.3.4	Zusammenfassung.....	125
3.3.5	Stellungnahme des Fachbereichs .....	125
<b>3.4</b>	<b>Universität Oldenburg</b> .....	<b>137</b>
3.4.1	Aufbau und Profil der Fächer .....	137
3.4.2	Lehre und Studium .....	139
3.4.3	Rahmenbedingungen .....	146
3.4.4	Qualitätssicherung.....	147
3.4.5	Zusammenfassende Einschätzung .....	148
3.4.6	Stellungnahme des Fachbereichs .....	148
<b>3.5</b>	<b>Universität Osnabrück</b> .....	<b>161</b>
3.5.1	Aufbau und Profil der Fächer .....	161
3.5.2	Lehre und Studium .....	164
3.5.3	Rahmenbedingungen .....	171
3.5.4	Qualitätssicherung.....	174
3.5.5	Zusammenfassung.....	175
3.5.6	Stellungnahme des Fachbereichs .....	175
<b>4</b>	<b>Biografische Angaben</b> .....	<b>185</b>
	<b>Glossar</b> .....	<b>189</b>



## Vorwort

Mit dem Evaluationsbericht über Lehre und Studium in den sozialwissenschaftlichen Fächern an den niedersächsischen Universitäten legt die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) den Abschlussbericht eines flächendeckenden und systematischen Evaluationsverfahrens vor.

Mit der Veröffentlichung verbindet die ZEvA einen besonders herzlichen Dank an die beteiligten Gutachterinnen und Gutachter. Ihr großes Engagement und ihre ausgewiesene Sachkenntnis waren für den erfolgreichen Abschluss des Evaluationsverfahrens von entscheidender Bedeutung.

Der nun vorgelegte Bericht beginnt mit einer landesweiten, vergleichenden Darstellung der sozialwissenschaftlichen Fächer an den Universitäten Niedersachsens, die wesentliche Erkenntnisse der externen Evaluation zusammenfasst. Im zweiten Teil werden die standortspezifischen Ergebnisse der externen Evaluation, darüber hinaus jedoch auch die Reaktionen der beteiligten Fachbereiche detailliert dargestellt. Die auf einzelne Standorte bezogenen Abschnitte sind daher bis zu einem gewissen Ausmaß redundant. Die Fachbereiche haben Stellung zu den Empfehlungen der Gutachterinnen und Gutachter genommen und Maßnahmen formuliert, aus denen die künftig angestrebten Qualitätsverbesserungen in Lehre und Studium hervorgehen. Redaktionsschluss für diesen Bericht war das Frühjahr 2000.

Der Bericht soll das nun abgeschlossene Verfahren und seine Ergebnisse transparent machen. Er richtet sich an Hochschulen und Institutionen der Wissenschaftsverwaltungen, an die Landesregierung und an Parlamentarier sowie an eine interessierte Öffentlichkeit aus Wissenschaft und Wirtschaft. Mit der Analyse und Bewertung von Lehre und Studium öffnen sich die beteiligten Hochschulen - die Technische Universität Braunschweig, die Universität Göttingen, die Universität Hannover, die Universität Oldenburg und Universität Osnabrück - für einen Dialog mit Politik und Gesellschaft über die Qualität der Ausbildung in den sozialwissenschaftlichen Fächern. Die Fachbereiche dürfen erwarten, dass dieser Dialog ebenfalls kritisch und konstruktiv geführt wird und sich die für Hochschulausbildung Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft, aber auch in den Hochschulen selbst, dieser Herausforderung mit Engagement und Fairness stellen.



Prof. Dr. Hinrich Seidel  
Wissenschaftlicher Leiter

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Studiengänge nach Abschlussarten und Standorten .....	28
Tabelle 2:	Studierendenzahlen im Hauptfach nach Studiengängen (WS 1997/98).....	28
Tabelle 3:	Frauenanteil der Studierenden (gerundet) .....	29
Tabelle 4:	Studierende insgesamt nach Fachrichtungen (1) .....	29
Tabelle 5:	Studierende insgesamt nach Fachrichtungen (2) .....	30
Tabelle 6:	Studienanfänger/-innen (1).....	30
Tabelle 7:	Studienanfänger/-innen (2).....	31
Tabelle 8:	Absolventen/-innen nach Abschlussart im Hauptfach nach Studiengängen für das Studienjahr 1997 .....	54
Tabelle 9:	Absolventen/-innen nach Abschlussart im Hauptfach Studienjahr 1993 - 1997 nach Standorten .....	55
Tabelle 10:	Studierende der Standorte nach Fachsemestern .....	56
Tabelle 11:	Studiendauer (arithmetisches Mittel) in Fachsemestern für das Studienjahr 1997 nach Studiengängen .....	57
Tabelle 12:	Wissenschaftliches Personal (1) .....	61
Tabelle 13:	Wissenschaftliches Personal (2) .....	62
Tabelle 14:	Planmäßig freiwerdende Stellen C4 bis C2.....	62
Tabelle 15:	Nichtwissenschaftliches Personal der Lehreinheit .....	63
Tabelle 16:	Personalmittel für Studentische Hilfskräfte .....	64
Tabelle 17:	Promotionen und Habilitationen .....	64
Tabelle 18:	Bibliotheksmittelmittel.....	69

## 1 Einleitung

Die niedersächsischen Universitäten haben sich 1998 u.a. mit den sozialwissenschaftlichen Fächern an der fünften Runde der flächendeckenden und systematischen Evaluation von Studium und Lehre beteiligt. Das Konzept des Verfahrens wurde von der Landeshochschulkonferenz Niedersachsen im Juli 1995 verabschiedet.

Der hier vorgelegte Bericht stellt die Situation der Fächer Politikwissenschaft und Soziologie (Medienwissenschaften bzw. Publizistik und Kommunikationswissenschaft / (Sozial)-Psychologie / Sozialpolitik/ Sozioökonomie) an allen niedersächsischen Universitäten im Überblick sowie detailliert in den Einzelberichten der Standorte dar. Grundlage bilden dabei die Gutachten der Kommission, deren Empfehlungen in den Einzelberichten den Stellungnahmen der Fachbereiche gegenübergestellt wurden. Erläuternde Angaben aus den Selbstreports wurden nur insoweit herangezogen, wie sie zum Verständnis der Sachlage notwendig erschienen. Die quantitativen Grunddaten, die jeder Standort erhoben hat, wurden in zusammengefasster Form aufgenommen.

### **Oktober 1998**      **Einführungsveranstaltung zum Evaluationsverfahren**

Die Vertreter der sozialwissenschaftlichen Fächer der Technischen Universität Braunschweig sowie der Universitäten Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück nahmen an einer Veranstaltung zur Einführung in das Verfahren teil. Dabei wurde der in Zusammenarbeit mit der HIS-GmbH entwickelte Frageleitfaden für die Durchführung der internen Evaluation mit den relevanten Themenbereichen vorgestellt sowie eine Terminvereinbarung zur Gutachtergewinnung und zur Abgabe der Selbstreports herbeigeführt.

Die Themenfelder des Frageleitfadens umfassen: Aufbau und Organisation des evaluierten Faches, Ausbildungs- und Bildungsziele, Studienprogramm, Personalsituation, sächliche und räumliche Ausstattung, Studierende und Studienverlauf, Studium und Lehre in der Praxis und im Meinungsspiegel, Absolventenverbleib, sowie eine Gesamtbewertung und Schlussfolgerungen.

### **WS1998/99**      **Zusammenstellung der Gutachtergruppe (Peer-group)**

Die niedersächsischen Fachvertreter/-innen hatten Gutachter/-innen vorgeschlagen, aus denen die Agentur im Benehmen mit den Fachbereichen folgende Peer-group zusammenstellte.

Prof. Dr. Monika Medick-Krakau	Technische Universität Dresden
Prof. Dr. Ingrid Sommerkorn-Abrahams	Universität Hamburg
Prof. Dr. Günter Bentele	Universität Leipzig
Lutz Bornmann M.A.	Universität Gesamthochschule Kassel
Prof. Dr. Erhard Forndran	Universität Magdeburg
Prof. Dr. Gerd Junne	Universität van Amsterdam
Prof. Dr. Helmut E. Lück	Fern-Universität Hagen
Staatssekretär a.D. Rolf Möller	Ehem. Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung,
	Universität Gesamthochschule Kassel
Prof. Dr. Ulrich Teichler	Technische Universität München
Prof. Dr. Rainer Trinczek	

**SS 1999*****Interne Evaluation***

Während des Sommersemesters 1999 führten die Fachbereiche<sup>1</sup> die interne Evaluation durch. Diese wurde an den Standorten eigenverantwortlich organisiert. Alle Selbstreports der Standorte wurden bis Juni 1999 der Agentur vorgelegt und an die Gutachter/-innen weitergeleitet.

**Juni 1999*****Vorbereitungstreffen der Gutachter/-innen***

Im Juni 1999 trafen sich die Mitglieder der Gutachtergruppe zu einer vorbereiteten Sitzung in Hannover, auf der das niedersächsische Verfahren und die Aufgabenbereiche der Peers durch die ZEVA vorgestellt wurden.

**November 1999  
bis Januar 2000*****Externe Evaluation***

Die Besuche der Fachbereiche an den beteiligten fünf Universitäten erfolgten von November 1999 bis Januar 2000. Für jede Vor-Ort-Begutachtung waren zwei Tage vorgesehen.

**Februar 2000*****Gutachtenerstellung und Abstimmung***

Im Anschluss an die Vor-Ort-Begutachtungen an den Universitäten erarbeiteten die federführenden Gutachter/-innen die Gutachtenentwürfe. Im Februar 2000 traf die Peer-group für die Abstimmung dieser Entwürfe zu einer Redaktionssitzung in Hannover zusammen. Nach einer abschließenden Bearbeitung wurden die Gutachtenentwürfe den Fachbereichen im März 2000 mit der Bitte um Prüfung auf sachliche Richtigkeit zugesandt.

**ab April 2000*****Stellungnahmen und Maßnahmenprogramme der beteiligten Fachbereiche***

Mit der Übersendung der endgültigen Gutachten an die Hochschulleitung im April 2000 wurden die Fachbereiche aufgefordert, sich mit den Empfehlungen auseinander zu setzen sowie Stellungnahmen, Maßnahmenkataloge und Zeitpläne für die Umsetzung der Verbesserungsvorschläge zu erstellen. Die Stellungnahmen der Fachbereiche, werden zum Abschluss jedes standortspezifischen Kapitels zusammenfassend wiedergegeben.

---

<sup>1</sup> Im Folgenden wird aus Gründen der Einfachheit immer von Fachbereichen gesprochen. Die Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Göttingen ist in diesen Sprachgebrauch mit einbezogen.

## 2 Das Studium der sozialwissenschaftlichen Fächer an den Universitäten

### 2.1 Die sozialwissenschaftlichen Fächer und ihre Tätigkeitsfelder

Das Studium der Fächer Politikwissenschaft und Soziologie sowie der Studiengänge Social Studies und European Studies qualifiziert nicht für ein fest definiertes Berufsbild, sondern für ein breites Spektrum an sich kontinuierlich wandelnden Tätigkeitsfeldern im Bildungs- und Beratungsbereich, der Öffentlichen Verwaltung, den Medien, der Wirtschaft, der Wissenschaft und Forschung sowie Verbänden, Parteien und Parlamenten. Absolventinnen und Absolventen des Faches Sozialpsychologie sind hauptsächlich im Berufsfeld Beratung und Gesundheit sowie in den oben genannten Berufsfeldern tätig.

Unverzichtbare Voraussetzungen für die berufliche Tätigkeit sind dabei ein breites Allgemeinwissen, fachliche Spezialisierungen, Sozialkompetenz sowie Basiskompetenzen im Bereich der Datenverarbeitung, empirischer Methoden und die Beherrschung von Fremdsprachen.

### 2.2 Generelle Bemerkungen und Empfehlungen

#### 2.2.1 Beurteilung der internen und externen Evaluation

Im Verlauf der internen Evaluation der sozialwissenschaftlichen Fächer in Niedersachsen wurde an allen Standorten auf einen Materialfundus zur Bewertung von Studium und Lehre zurückgegriffen, der entweder eigens für die Evaluation erhoben wurde oder aus bereits durchgeführten empirischen Untersuchungen stammte (eine Zusammenstellung dieses Materials siehe Kapitel 5).

Das Institut für Sozialwissenschaften (ISW) des Fachbereichs Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der **Technischen Universität Braunschweig** legte im Mai 1999 einen Selbstevaluationsreport der Magisterstudiengänge Politikwissenschaft und Soziologie vor. Der inhaltlich klare und sachlich anspruchsvolle Bericht bot eine ausgezeichnete Arbeitsgrundlage für die Kommission. Überzeugend war hier der Ansatz der Selbstevaluation, die beiden Magisterstudiengänge Politikwissenschaft und Soziologie, in allen Teilkapiteln integriert darzustellen, da die hohe Komplementarität und gute Kooperation zwischen den beiden Fächern darin widerspiegelt wurde. In den Gesprächen wurde sichtbar, dass alle Professor/-inn/en sich an der Erstellung des Berichts beteiligt hatten bzw. sich dort voll vertreten fühlten und dass auch die beteiligten Vertreter/-innen des Mittelbaus und wissenschaftlichen Nachwuchses sowie der Studierenden eine gute Mitwirkungschance gesehen haben.

Als sehr begrüßenswert wurde von den Peers eine Studie zur Effizienz des Magisterstudiengangs an der TU Braunschweig registriert, welche ein hohes Problembewusstsein aufweist und auf dieser Basis interessante empirische Fragestellungen entwickelt; die Ergebnisse sind geeignet, den Horizont der Diskussion in Deutschland über Phänomene und Gründe von geringen Erfolgsquoten in besonders betroffenen Studiengängen zu erweitern.

Am 14. - 16. November 1999 fand der Besuch der Gutachtergruppe statt. Das Programm der Vor-Ort-Begutachtung war gut arrangiert. Genügend Zeit war jeweils für die verschiedenen Vor-Ort-Gespräche und für die internen Beratungen der Kommission reserviert. Das Programm verlief im Ganzen planmäßig und erlaubte zugleich Flexibilität. Räumlichkeiten und Versorgung waren so gut geplant, dass sich günstige Arbeitsmöglichkeiten ergaben. Die Atmosphäre war freundlich, sachlich und gesprächsbereit. Aus dem Selbstreport hatten sich kleinere Unklarheiten und Notwendigkeiten zum Nachfragen ergeben, die sich jedoch im Rahmen der Begutachtung klären ließen. Die Gespräche mit der Hochschulleitung, den Funktionsträgern und Angehörigen aller Statusgruppen wurden seitens der Kommission als in der Regel informativ und offen empfunden.

Der Fakultätsrat der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der **Universität Göttingen** hat am 2. Juni 1999 einen Selbstreport verabschiedet, der nach Ansicht der Gutachter/-innen in vielerlei Hinsicht als beispielhaft gelten kann. Der Bericht ist nicht nur eine selbstkritische Beschreibung der gegenwärtigen Realität, sondern enthält darauf aufbauend auch zahlreiche Vorschläge, wie die Praxis von Studium und Lehre verbessert werden kann. Der Bericht demonstriert ein hohes Niveau der Reflexion über Ziele des Studiums.

Die Fakultät versucht, den Evaluationsprozess direkt mit einem gestaltenden Reformprozess zu verknüpfen. Der Bericht wurde in einem breiten partizipativen Prozess erarbeitet. Er lässt erkennen, dass die verschiedenen hier behandelten Disziplinen relativ gut miteinander zusammenarbeiten. Das gleiche gilt offenbar für die verschiedenen Gruppen der Lehrenden und der Studierenden. Aus Mitgliedern der Studienkommission und weiteren Lehrenden und Studierenden wurde eine Evaluationskommission gebildet, in der alle betroffenen Fächer und Gruppen vertreten waren. Die Kommission hat Vorschläge erarbeitet und in öffentlichen Veranstaltungen präsentiert und diskutiert. Dabei wurden erhebliche Anstrengungen unternommen (u.a. durch Informationsmärkte, Zukunftswerkstätten und Vollversammlungen), um die Studierenden intensiv zu beteiligen. Die Lehrenden konnten in analoger Weise ihre Sicht einbringen. Auf diese Weise war der Evaluationsprozess Anlass zu einem intensiven Reflexionsprozess der Fakultätsmitglieder über sich selbst, wie er in der Sozialwissenschaftlichen Fakultät zuvor nicht stattgefunden hat. Es ist beabsichtigt, die in diesem Prozess gesammelten Erfahrungen zur Institutionalisierung einer permanenten Reflexionsstruktur zu nutzen. Nicht alle Fakultätsmitglieder haben sich mit derselben Intensität an diesem Reflexionsprozess beteiligt.

Das Programm der Vor-Ort-Begehung am 19. und 20. Januar 2000 war sehr gut organisiert. Fast alle geplanten Gesprächspartner/-innen nahmen an den Gesprächen teil; die Fachschaft wollte nicht offiziell an den Gesprächen teilnehmen, weil sie sich intern nicht einig werden konnte über die Beteiligung an der Evaluation. Einzelne Mitglieder der Fachschaft haben jedoch als Studierende an den Gesprächen teilgenommen.

Die Atmosphäre der Gespräche war sehr freundlich, äußert sachlich und sehr offen. Gespräche wurden mit der Hochschulleitung, Funktionsträgern und Mitgliedern aller Statusgruppen der beteiligten Fächer geführt. Die Gespräche waren informativ und ergaben im Allgemeinen mit dem Evaluationsbericht und den weiteren zur Verfügung gestellten Unterlagen eine ausgezeichnete Grundlage für das Gutachten.

Vom Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften der **Universität Hannover** hat den Gutachtern/-innen kein integrierter Selbstreport der sozialwissenschaftlichen Studiengänge vorgelegen, sondern ein umfangreiches Konvolut von Einzelberichten, die z.T. nach der Abgabe nochmals korrigiert wurden. Das Material bestand aus folgenden Teilen:

- Selbstreport Politische Wissenschaft (M.A.)
- Selbstreport Sozialpsychologie (M.A.)
- Selbstreport Soziologie (M.A.)
- Diplomstudiengang Sozialwissenschaften
- Studentischer Bericht zur Evaluation.

Hinzu kam bei jedem Studiengang jeweils ein Anhang mit Dokumenten, Tabellen und Abbildungen.

Trotz der besonderen Schwierigkeiten, die sich aus der Matrix der Fächer und Studiengänge ergeben, wurde in den Einzelreports die große Bandbreite gemeinsamer Probleme aller Studiengänge erkennbar. Nach Auffassung der Gutachter/-innen wäre es nötig und möglich gewesen, diese in einem gemeinsamen ersten Teil auch im Zusammenhang zu diskutieren. Voraussetzung einer solchen inte-

grativen Diskussion sind allerdings funktionierende interne Kommunikations- und Abstimmungsprozesse. Dass es daran mangelt, wurde nicht nur im Prozess der Selbstevaluation und in der Vorbereitung der Begehung, sondern auch in den Gesprächen deutlich, die die Gutachter/-innen vor Ort führten.

Die Fächer haben sich der Aufgabe der Selbstevaluation mit erkennbarem Engagement gestellt. Der eingesetzte Lenkungsausschuss hat aber offensichtlich vor der Aufgabe einer Integration der Diskussionsprozesse sehr bald kapituliert und die Diskussion in die Fächer/Institute verlagert. Die Studierendenvertreter erarbeiteten einen eigenen Bericht. Der gemeinsame Einleitungsabschnitt des ursprünglichen Lenkungsausschusses enthält nicht mehr als eine formale Nachzeichnung des Prozesses.

Trotz des erkennbaren Engagements und der positiven Bewertung der Chancen des Evaluationsprozesses lassen die Selbstreports mehrere Schwächen erkennen. Sie liegen in folgenden Bereichen:

- Mangelnde Zukunftsorientierung: Die Struktur- und Entwicklungsplanung auf Fächerebene ist zu sehr an der Fortschreibung des Status quo orientiert. Reformansätze für Lehre und Studium werden in den einzelnen Reports zwar benannt, weisen aber eine gewisse Beliebigkeit auf.
- Fehlende Transparenz über die Verständigungsprozesse zu den Reformansätzen und die institutionellen Weg ihrer Bearbeitung.
- Keine Offenlegung der zweifellos vorhandenen Positionenunterschiede bezüglich zukünftiger Profilbildung und curricularer Reform. Die Ausnahme bildete hier das Fach Sozialpsychologie.
- Fehlende systematisch erhobene, verlässliche Daten zu Lehre und Prüfungswesen an den Instituten. Dies erschwert Überlegungen zur curricularen Reform ganz erheblich; es betrifft dies den ganzen Bereich von Prüfungen und Lehre, von durchschnittlichen Prüfungsergebnissen bis zu den Teilnehmerzahlen einzelner Lehrveranstaltungen. Dass diese Daten in Zukunft systematisch gesammelt werden sollen, wertet die Kommission als ein positives Ergebnis des Selbstevaluationsprozesses.

Während der Vor-Ort-Begutachtung am 13. und 14. Dezember 1999 gewann die Kommission den Eindruck, dass die Gesprächspartner/-innen in allen Fächern und Statusgruppen mit Ausnahme eines großen Teils der Studentenschaft den Evaluationsprozess als Chance begreifen.

An die Kommission wurden Wünsche und Erwartungen herangetragen, die vom Allgemeinen (Beratung bei der Profilbildung) bis zum sehr Speziellen (Vermittlung und Entscheidungshilfe in einer aktuellen Konfliktsituation) reichten. Der Kommission wurde es nicht leicht gemacht, in diesen und anderen Fragen zu einer fundierten Einschätzung zu gelangen. Dies hängt nach dem Eindruck der Kommission mit einer ausgeprägten Konsensorientierung, einer Kultur der geringsten gegenseitigen Belästigung zusammen. Sie führt dazu, dass Dissense nicht statuiert werden. Auf den Prozess der Selbstverständigung über notwendige Reformen der Studiengänge, Qualitätssicherung und -verbesserung wirkt sich dies verlangsamernd, wenn nicht lähmend aus. Der aus den Selbstreports gewonnene Eindruck, dass Mängelanalyse und „Bemühungszusage“ nur selten in formalisierte Entscheidungsprozesse in einem konkret vereinbarten Zeitrahmen überführt worden sind, fand die Kommission in den Gesprächen bestätigt.

Die Gutachter/-innen haben den Eindruck gewonnen, dass bezüglich des Ausmaßes und der Reichweite der anzustrebenden Reformen sowohl innerhalb der Fächer als auch zwischen ihnen erhebliche Positionsdifferenzen existieren. Sie betreffen das Ausmaß der im Prinzip von Allen als notwendig erkannten Durchstrukturierung des Grundstudiums in allen beteiligten Studiengängen und der damit verbundenen Verstärkung des Lehrangebots, ferner die Strukturierung des Hauptstudiums und die Frage der Konzentration auf weniger oder die Beibehaltung einer größeren Anzahl von Lehr- und Studienschwerpunkten in den einzelnen Fächern.

Das Gespräch mit den Studierenden kam nur unter großen Schwierigkeiten und mit erheblicher Verzögerung zustande, da einer größeren Gruppe von ihnen der Raum, der der Kommission für ihre Besprechung mit allen Statusgruppen zur Verfügung gestellt worden war, nicht akzeptabel erschien. Das Gespräch mit einer Gruppe von sieben Studierenden, das glücklicherweise zustande kam, erwies sich als hilfreich zur Einschätzung der Studiensituation.

Von der **Universität Oldenburg** lagen der Kommission zwei Selbst-Evaluationsberichte vor - jeweils einer für das Fach Politikwissenschaft und einer für das Fach Soziologie. Es gab keinen gemeinsamen Evaluationsbericht Sozialwissenschaften; die Gutachter/-innen erhielten den Eindruck, dass dieses eine Widerspiegelung der realen institutionellen Grenzziehungen in den zu evaluierenden Fächern war. Als weitere schriftliche Informationsquellen lagen ein jeweils umfangreicher Anhang zu den Selbstreports, eine empirische Untersuchung von Scholz, Löber u.a., Studium in den Sozialwissenschaften, Oldenburg 1997, ein Bericht zur Selbstevaluation von Lehre und Studium von einer Arbeitsgruppe Studierender vom März 1999, der Fachbereichsentwicklungsplan und Frauenförderplan des Fachbereichs Sozialwissenschaften vom November 1997, die Befragung Oldenburger Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen 1991 - 1995 vom September 1997 sowie eine Anzahl von informellen Positionspapieren vor.

Die Selbstreports der beiden Fächer sind klar gegliedert. Das Fach Soziologie hatte eine Evaluationskommission gebildet, dem zwei Mitglieder des Lehrkörpers sowie eine Fachschaftsvertreterin angehörten. Die Arbeit dieser internen Kommission wurde durch eine wissenschaftliche und durch zwei studentische Hilfskräfte unterstützt. Der Selbstreport stützt sich neben den schon genannten Dokumenten auch auf eigene zur Berichterstellung im Sommersemester 1999 durchgeführte Erhebungen. Für das Fach Politikwissenschaft wurde ebenfalls eine ähnlich zusammengesetzte kleine Arbeitsgruppe gebildet, die sich neben universitätsinternen Materialien für die Erstellung ihres Selbstreports auch auf zwei eigens getätigte Umfragen stützte. Da der Evaluationsbericht nicht frühzeitig genug fertiggestellt wurde, ist in diesem Fach auf interne Diskussionsprozesse verzichtet worden.

Die Vertreter/-innen beider Fächer in Oldenburg scheinen die Selbstevaluation als Mittel der internen Selbstreflexion zu akzeptieren. Bei den Studierenden hingegen hat es zumindest anfänglich große Widerstände und erhebliches Misstrauen gegen dieses Mittel externer und als ministerielle Kontrolle wahrgenommener Evaluation gegeben. Angesichts dieser Tatsache, dass eine studentische Beteiligung als höchst umstritten galt, einigten sich die Studierenden schließlich auf den Kompromiss, einen eigenen Bericht zu erstellen, der hauptsächlich die Situation von Lehre und Studium im Studiengang Diplom-Sozialwissenschaften betrachtet und sich somit auf beide zu evaluierende Fächer bezieht.

Die Begehung durch die Gutachter/-innen fand am 29. und 30. November 1999 anhand eines gut geplanten Besuchsprogramms statt. Durch Versorgung und Räumlichkeiten wurde für diesen Informationsbesuch eine angenehme Arbeitsatmosphäre geschaffen. In den zwei intensiven Arbeitstagen wurden Gespräche mit der Hochschulleitung, Mitgliedern aller Statusgruppen sowie den Funktionsträgern der Fächer geführt. Die Gutachter/-innen empfanden, dass sich die Mitglieder des Lehrkörpers sehr um eine konstruktive Gesprächsatmosphäre bemühten und versuchten, ihre institutionell verfestigten Schranken gegenüber der Kommission herunterzuspielen. Die Gutachter/-innen hatten in den Gesprächen den Eindruck, dass die Konsensfähigkeit auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner beruhte.

Gleichzeitig stellten die Gutachter/-innen jedoch auch fest, dass die Selbstevaluation bereits zu Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsqualität am Fachbereich Sozialwissenschaften geführt hat:

- Die Dekanin hat im Sommersemester 1999 eine paritätisch besetzte "AG Reform der Studiengänge zur Einführung eines sozialwissenschaftlichen Bachelor-Master-Studiengangs" eingerichtet, die bereits einen Vorschlag zur Neuorganisation des Grundstudiums im Diplomstudiengang Sozialwissenschaften und im Magisterstudiengang Politikwissenschaft unterbreitet hat. Diese Empfehlungen von November 1999 müssen nach Diskussionen in den einzelnen Instituten noch vom Fachbereichsrat des FB 3 beschlossen werden. Mit der Einsetzung dieser AG Reform hat die Diskussion um die Entwicklung abgestufter Studiengänge und um die Einführung eines Credit-Point-Systems begonnen; der Meinungsbildungsprozess ist jedoch noch nicht abgeschlossen.
- Die Gemeinsame Studiengangskommission Sozialwissenschaften hat im Juli und November 1999 diverse Vorschläge und Empfehlungen zur Verbesserung der Lehre (insbesondere im Grundstudium) ausgearbeitet und zum Teil bereits beschlossen.

Der Evaluationsprozess traf die sozialwissenschaftlichen Fächer an der **Universität Osnabrück** nach Auffassung der Kommission zu einem vergleichsweise ungünstigen Zeitpunkt. Bereits im SS 96 waren die Sozialwissenschaften an dieser Universität von einem externen Gutachtergremium analysiert worden - mit der weitreichenden Folge der Schließung des bis dahin betriebenen Studienganges Diplom-Sozialwissenschaften. Diese erste Evaluation führte zu einer längeren Strukturdiskussion im Fachbereich Sozialwissenschaften mit dem Ergebnis, dass ein neuer BA/MA-Studiengang ‚Social Sciences‘ entwickelt wurde, der - nun extern positiv begutachtet - zum WS 1999/2000 begann. Gleichzeitig war in den letzten Jahren auch für den bereits existierenden Studiengang ‚European Studies‘ ein neues Strukturkonzept entwickelt worden, so dass der ‚neue‘ BA/MA-Studiengang ‚European Studies‘ ebenfalls erst kurz vor der Evaluation implementiert werden konnte. Im Selbstreport wird deshalb richtigerweise vermerkt, dass sich die Fächer in einer Umbruchphase befinden, die durch bereits vorangehende Evaluationen ausgelöst wurde und noch nicht institutionell verarbeitet worden ist. Obwohl angesichts dieser Situation eine gewisse ‚Evaluationsmüdigkeit‘ verständlich gewesen wäre, haben die beteiligten Fächer einen integrierten ‚Selbstbericht‘ vorgelegt, der hinreichend viel Information bot, um die Vor-Ort-Begehung professionell vorzubereiten; einige fehlende Daten, etwa zur Notenverteilung, wurden bei der Vor-Ort-Begehung nachgeliefert.

Kritisch anzumerken blieb, dass der Bericht nach dem Eindruck der Peers exklusives Resultat der Arbeit einer kleineren Gruppe aus Vertreter/-innen der sozialwissenschaftlichen Fächer war, die den Bericht professionell-arbeitsteilig unter Beteiligung zweier Studierender, der Frauenbeauftragten des Fachbereichs sowie einer für die Veranstaltungsevaluation zuständigen Person angefertigt hat. Unklar blieb, ob und inwieweit sich die anderen Fachvertreter/-innen aktiv an dem Prozess beteiligten, ob eine Art "Evaluationsbewegung" im Fachbereich entstand oder ob hier eher hinhaltender Widerstand oder bestenfalls zurückhaltendes Interesse die Regel war. Dies adäquat einschätzen zu können, wäre jedoch entscheidend für die Frage nach den Erfolgsaussichten einer möglichen Umsetzung der in diesem Bericht gemachten Vorschläge zur Verbesserung von Lehre und Studium.

Der Bericht hat insbesondere davon profitiert, dass zur Ergänzung der von der Universitätsverwaltung zur Verfügung gestellten Daten eigene schriftliche Erhebungen unter Studierenden, Absolvent/-innen und Lehrenden durchgeführt wurden. Dadurch haben die Fächer insbesondere ein klareres Bild der unterschiedlichen studentischen Studienmotive sowie der bisherigen Berufsfelder ihrer Absolvent/-innen erhalten, worauf sich zukünftig strategisch aufbauen lässt.

### 2.2.2 Hauptthemen der Evaluation und standortübergreifende Empfehlungen der Peers

Die Gutachter/-innen stellten nach Abschluss aller Begutachtungen fest, dass trotz der Unterschiede zwischen den Standorten ein gewisses Themenspektrum, das im folgenden kurz dargestellt wird, an allen Standorte gleichermaßen relevant war. Zu den drei Themenbereichen

1. Studierendentypen, Studienmotivation, Schwundquoten und Anrechenbarkeit von Leistungen,
2. Lehrleistungen für andere Fächer und Studiengänge sowie
3. Frauenförderung

gaben die Gutachter/-innen an allen Standorten dieselben Empfehlungen.

Angesichts überall knapper und in Zukunft sicherlich kaum steigender Ressourcen zeigte sich an fast allen Standorten die Notwendigkeit, Strukturentscheidungen über Art, Umfang, Anzahl und Profil der Studienangebote entweder zügig einzuleiten, zu fällen oder umzusetzen. Gerade bei der Beschreibung der Ausbildungsziele der vorhandenen Studiengänge zeigte sich, dass eine Reflexion auf die Frage „Wen wollen wir in welcher Zeit mit welchen Mitteln auf welche Anforderungen hin ausbilden?“ die Entwicklung von studierenden-orientierten Angeboten befördern kann. Bei dem an fast allen Standorten anstehenden Generationswechsel und den damit verbundenen Neuberufungen sollte nach Ansicht der Kommission nicht der Status quo der Fächer fortgeschrieben werden, sondern vielmehr einerseits der Kernbestand der Fächer gesichert sowie andererseits neue Entwicklungen der Fächer und die veränderten Anforderungen an eine universitäre Ausbildung berücksichtigt werden.

Nach dem Eindruck der Gutachter/-innen fehlt es den Fächern keineswegs an Problemsichtigkeit bei der Analyse der Reformdesiderate. Die notwendigen Voraussetzungen zu ihrer Umsetzung, nämlich Kommunikation und institutionalisierte Einigungsprozesse, sind jedoch nicht überall in gleichem Umfang entwickelt. Neben binnenstabilisierten, kooperativen Strukturen trafen die Gutachter zum Teil auf sehr zurückhaltende Interpretation eigener Handlungsspielräume, Individualisierungstendenzen oder auf eine ausgeprägte Kultur maximaler gegenseitiger Rücksichtnahme, deren inhärente Entscheidungsblockaden offensichtlich wurden.

Hinsichtlich der Profilbildung empfahlen die Gutachter/-innen an allen Standorten eine Intensivierung der interdisziplinären Kooperation innerhalb der Universitäten. An einigen Standorten wurde empfohlen, eine zukunftsorientierte Profilbildung und Entwicklungsplanung zu befördern. Wo Profile erkennbar waren, wurde empfohlen, hier weitere Akzentsetzungen vorzunehmen. Bei der Betrachtung von Studienprogrammen und Ausbildungszielen zeigte sich, dass nicht an allen Standorten eine ausreichende Transparenz über die Studienangebote und deren unterschiedliche Ausrichtung besteht; zur Lenkung der Studierendenströme und Verhinderung der in diesen Fächern vergleichsweise langen Studienzeiten wurden von den Peers hier Vorschläge von der Profilierung der Studiengänge bis zur Verbesserung der Vorlesungsverzeichnisse gegeben.

An fast allen Standorten entsprachen die Studienprogramme weitestgehend den gängigen professionellen Standards; lediglich an einigen Standorten erschien den Peers die Methodenausbildung und die Wahlmöglichkeit von Schwerpunkten im Hauptstudium sowie die Zahl der geforderten Leistungsnachweise ausbaufähig. Angesichts der an fast allen Standorten thematisierten Orientierungsprobleme der Studierenden in den meisten Magisterstudiengängen wurde an den betroffenen Fachbereichen eine stärkere Strukturierung und die Entwicklung von Kerncurricula empfohlen. Dabei sollten nach Ansicht der Peers folgende Aspekte einbezogen werden: An einigen Standorten ist die Lehre zu sehr an den Forschungsinteressen der Lehrenden orientiert. Bei der Reform von Studiengängen sollten die unterschiedlichen Interessen, mit denen Studierende heute eine sozialwissenschaftliches Studium absolvieren, sowie auch die gewandelten Bedingungen des Arbeitsmarktes für Sozialwissenschaftler/-innen berücksichtigt werden. Die Globalisierung des Arbeitsmarktes erfordert an allen Universitäten in unter-

schiedlichem Ausmaß eine Internationalisierung der Studienangebote in Hinblick auf Lehrinhalte, Studierenden- und Dozentenaustausch, englischsprachige Lehrveranstaltungen sowie die Kompatibilität der Anrechnungssysteme von Studienleistungen. Auch das Engagement der Fachbereiche zur Erweiterung des Praxisbezugs und der Praxisorientierung von Lehre und Studium durch die Integration der Praxiserfahrungen von Studierenden sowie die Verbesserung von Organisation und Betreuung der studienbegleitenden Praktika könnte nach Ansicht der Kommission verstärkt werden. An einigen Standorten bestand nach Ansicht der Studierenden Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Transparenz der aktuellen Forschungsprojekte der Lehrenden und hinsichtlich des Zusammenhangs von Lehre und Forschung.

Auch die Angebote der Fachbereiche zur Orientierung, Beratung und Betreuung der Studierenden erschienen an einigen Standorten durchaus erweiterungsfähig. Hier wurde u.a. ein größeres Engagement der Lehrenden in der Studieneinführungsphase sowie die Verankerung von Tutorien für die Einführungsveranstaltungen, die Einführung studienbegleitender Mentoren sowie eine deutliche Verbesserung der Unterstützung und Beratung bei Hausarbeiten und deren Nachbesprechung empfohlen.

Ein wichtiges Thema im Evaluationsverfahren stellte der Themenbereich „Studierendentypen, Studienmotivation, Schwundquoten und Anrechenbarkeit von Leistungen“ dar. Bei der Begutachtung hat sich in ähnlicher Weise an allen Universitäten gezeigt, dass

- die sozialwissenschaftlichen Fächer - im Vergleich zu anderen Fächern - mit z.T. großen Problemen hinsichtlich Schwund-/bzw. Abbrecherquoten, Erfolgsquoten und dem sog. "Scheinstudium" zu kämpfen haben,
- ein sehr hoher Prozentanteil der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig ist,
- ein Gutteil der Studierenden in diesen Fächern nicht in die Universität eintritt, um eine Vollstudium ordnungsgemäß zu absolvieren, sondern um sich für eine begrenzte Zeit ‚zu bilden‘. Hier handelt es sich oft um Studierende, die schon eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und sich nun in einigen Themenbereichen weiterbilden wollen.

An allen Standorten wurden von den sozialwissenschaftlichen Fächern zu diesen Themen im Vorlauf bzw. im Verlauf der Evaluation empirische Untersuchungen durchgeführt.

Ausgehend davon, dass es zum Bildungsauftrag deutscher Hochschulen gehört, sich verschiedenen Studierendentypen mit ihren unterschiedlichen Motivationslagen in angemessener Weise anzunehmen, wäre nach Ansicht der Gutachter/-innen zu überlegen, ob das Studienprogramm nicht in einer Weise zu erweitern wäre, die auch eine Zertifizierung von Studienleistungen unterhalb der bisherigen Abschlüsse und oberhalb des einzelnen Seminarscheins ermöglicht, also etwa für das ordnungsgemäße Studium eines Schwerpunktgebietes.

Eine solche Zertifizierung könnte - jenseits der symbolischen Anerkennung der studentischen Leistungen - auch die Leistungen verdeutlichen, die die Sozialwissenschaften in diesem Bereich und für diese Studierendeklientel erbringen. Handelt es sich hier doch um Leistungen, die bislang durch das Grobraster universitärer Leistungsstatistiken (Zwischenprüfung/Vordiplom, Abschlussprüfung) durchfallen, daher nicht dokumentiert und entsprechend auch bei der indikatorengestützten Mittelvergabe bisher nicht weiter berücksichtigt werden. Auch in Hinblick auf die Einführung der Globalhaushalte wird die Anrechnung der tatsächlichen Ausbildungsleistungen der sozialwissenschaftlichen Fächer und die Mitgestaltung von Kriterien für die kommenden Leistungsstatistiken an Bedeutung gewinnen.

Gleichzeitig könnte eine solche Zertifizierung die Universität möglicherweise zusätzlich interessant für Personen aus der Praxis machen, die eine Art Bildungssabbatical einlegen, ohne sich allerdings die Zeit für ein Vollstudium nehmen zu können. Eine solche Strategie könnte für die Universität daher ei-

nen möglichen Einstieg in den zukünftig immer interessanter werdenden Weiterbildungsbereich darstellen. Aus diesen Gründen empfiehlt die Kommission den Fächern,

1. bei der zukünftigen Entwicklung ihrer Ausbildungsziele und Studienprogramme die Lehrangebote so zu gestalten, dass sie den von ihnen bereits untersuchten unterschiedlichen Studierendentypen gerecht werden,
2. die Möglichkeiten für die Einführung von zusätzlichen Zertifikaten zu prüfen, welche die hier geleistete Ausbildung der Fächer innerhalb der universitären Leistungsstatistiken anrechenbar macht und mit Hilfe derer erbrachte Bildungsleistungen ohne das Absolvieren eines ganzen Studienganges transparent und dokumentierbar werden,
3. zu prüfen, ob ergänzende, zusammenfassende oder weitergehende Untersuchungen zu dem genannten Themenspektrum gemeinsam mit den Fachkolleg/-innen der anderen niedersächsischen Standorte initiiert und durchgeführt werden können.

Auch hinsichtlich der Standards zur Beurteilung studentischer Leistungen sowie der Organisation, Betreuung und Durchführung von Prüfungen zeigte sich nach Ansicht der Peers an einigen Standorten Verbesserungsbedarf. Studienbegleitende Leistungskontrollen in Form von benoteten Scheinen und die Zwischenprüfung als kontrollierte Schwelle werden von den Fächern noch sehr unterschiedlich bewertet. Die Praxis der Vergabe von überwiegend guten bis sehr guten Abschlussnoten sowie die langen Studienzeiten wurden an fast allen Standorten von den Peers kritisch thematisiert.

Hinsichtlich der Ressourcen der Fachbereiche wiesen die Gutachter/-innen an allen Fachbereichen auf den Zusammenhang von Profilbildung, Studienreform und anstehendem Generationswechsel hin. Des Weiteren nahm die Kommission bei der Begutachtung aller Standorte zur Kenntnis, dass die sozialwissenschaftlichen Fächer neben der Lehre in den von ihnen getragenen Studiengängen auch nicht unbeträchtliche Lehr- und Dienstleistungen in den Nebenfächern erbringen, die im Rahmen dieser Evaluation nur begrenzt thematisiert werden können. Die Kommission sieht dieses für die sozialwissenschaftlichen Fächer existierende Problem und empfiehlt ihnen, sich - auch für die hochschulinterne und -externe (Selbst-)Darstellung - mit folgenden Fragen zu befassen:

- Welche Ressourcen kosten die Lehr- und sonstigen Dienstleistungen, die für die Nebenfachausbildung innerhalb der Universität angeboten werden?
- Was bedeutet das für die Konfiguration und das Profil der sozialwissenschaftlichen Fächer?

Zum Thema Frauenförderung empfahlen die Gutachter/-innen den Fachbereichen aller Standorte<sup>2</sup>,

1. bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern,
2. bei Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auch die Frauenförderung zu beachten sowie
3. frauen- und geschlechterspezifische Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen aufzunehmen und als festen Bestandteil zu integrieren.

---

<sup>2</sup> Dem Hannoveraner Fachbereich wurden die zweite und dritte Empfehlung nicht ausgesprochen, da hier der Frauenanteil in der Statusgruppe des wissenschaftlichen Mittelbaus überdurchschnittlich hoch liegt. Des Weiteren wird durch den Innovations-schwerpunkt Gender Studies hier die Integration von frauen- und geschlechtsspezifischen Themen in Lehre und Studium gefördert.

### 2.3 Profil, Aufbau und Organisation der sozialwissenschaftlichen Fächer

Im Magisterstudiengang der *Technischen Universität Braunschweig* werden die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie als Haupt- und Nebenfächer angeboten. Sie sind in verschiedener Hinsicht durch die besonderen Bedingungen des Standortes geprägt: An einer Technischen Universität mit einem begrenzten Spektrum weiterer Fächer sind die personellen Ressourcen für Politikwissenschaft und Soziologie begrenzt. Der zweite Schwerpunkt der Studienangebote an der TU Braunschweig, die Lehrerbildung, war ursprünglich neben der Zuständigkeit des „Studiums generale“ für die Ingenieure Ausgangspunkt für die Etablierung von Stellen in der Politikwissenschaft und Soziologie; auch war die Entscheidung in den achtziger Jahren, die Lehrerbildung durch Magister-Studiengänge zu ergänzen, der Anlass für Überlegungen, sozialwissenschaftliche Hauptfachstudienangebote aufzubauen.

Die als "Braunschweiger Profil" bezeichnete Konstellation wurde im Laufe der neunziger Jahre durch verschiedene strategische Optionen und Entscheidungsprozesse relativ zielstrebig gestaltet:

- In einem längerem Prozess wurden fast alle wissenschaftlichen Stellen der beiden Fächer aus den früheren Zuordnungen herausgelöst und schließlich 1996 im Institut für Sozialwissenschaften (ISW) zusammengeführt.
- Eine Mindestkapazität für die Etablierung von Magisterstudiengängen der Politikwissenschaft und Soziologie wurde nur dadurch gewährleistet, dass die Lehrenden beider Fächer sich zu sehr intensiver Zusammenarbeit in der Entwicklung der Studiengänge und auch generell in anderen institutionellen Fragen bereit fanden.
- In der Lehr- und Studienkonzeption des Instituts für Sozialwissenschaften werden die Magisterstudiengänge eindeutig in den Mittelpunkt gestellt. Die Fülle der Lehrverpflichtungen für andere Studiengänge wird überwiegend durch polyvalente Veranstaltungen bewältigt.

Dabei sind in verschiedener Hinsicht günstige Bedingungen für eine erfolgreiche Fortentwicklung dieses Ansatzes gegeben. So wird an der Technischen Universität Braunschweig insgesamt die Option unterstützt, dass eine in der Verknüpfung von Lehre und Forschung und im wissenschaftlichen Anspruch sich durch ein Hauptfachstudienangebot stabilisierende Sozialwissenschaft die besten Leistungen für andere Fachrichtungen erwarten lässt. Des Weiteren sind die Sozialwissenschaften in Braunschweig in der Drittmittelwerbung erfolgreich; in ihren hochschulpolitischen Aktivitäten innerhalb der Hochschule sind sie recht aktiv und scheinen akzeptiert zu sein, was im Verhältnis von Sozial- und Ingenieurwissenschaften keineswegs selbstverständlich ist. Die Professor/-inn/en bringen eine Mischung von wissenschaftlicher Qualität, praxisorientiertem Engagement, Bereitschaft zur Institutionsentwicklung und Kooperationsfähigkeit mit, die für anspruchsvolle und kooperative Arbeit vielversprechend ist. Die Peers erhielten den Eindruck, dass das ISW als eine Institution empfunden wird, mit der sich die meisten Beteiligten gut identifizieren können und die ein kooperatives Klima erfolgreich pflegt.

Das Institut für Sozialwissenschaften hat in den letzten Jahren eine Fülle von erfolgreichen Schritten zur Binnenstabilisierung der Magisterstudiengänge unternommen. Nach einer Phase der überzeugenden Binnenwendung ist vorstellbar, dass wieder mehr Kraft freigesetzt wird, auch im Umfeld Akzente zu setzen. Das ist mit der Übernahme der organisatorischen Zuständigkeit für einen Studiengang Medienwissenschaften durchaus erkennbar. Eine verstärkte Kooperation mit den Wirtschaftswissenschaften, die nicht nur eine institutionelle Absicherung, sondern auch gegenseitige Stützung von Forschung und Lehre bewirken würde, könnte Potentiale für neue Entwicklungen bereitstellen.

Auch könnten die sozialwissenschaftlichen Fächer nach Ansicht der Peers von ihrem Selbstverständnis her noch intensiver ihre professionelle Kompetenz in das seit langem bestehenden fächerübergreifenden Studium für Studierende der Ingenieurwissenschaften (FÜGRA) einbringen zu Fragen der Orientierungskrise der Ingenieurwissenschaften angesichts dramatischer Schwankungen der Studien-

platznachfrage und verschiedenen Wandlungsprozessen auf dem Wege zu einer postindustriellen Gesellschaft.

Die Entwicklung des Instituts, der hohe Grad von Aktivität und Engagement, das kooperative Milieu und das beachtliche Maß von Reflexion und Bereitschaft zu institutioneller Entwicklung wurde von den Peers als eindrucksvoll und positiv bewertet.

Angesichts des notwendigen Weiterentwicklung sollten folgende Problembereiche bearbeitet werden:

- Umsetzung von Verbesserungsmaßnahmen angesichts begrenzter Personalressourcen,
- Einbindung aller Lehrenden in die Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse,
- Verbesserung der Attraktivität und Qualität von Lehre und Studium durch verstärkte hochschulinterne Kooperationen,
- Intensivierung der interdisziplinären Kooperation mit den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften bei gleichzeitiger räumlicher Trennung durch den Umzug in den "Campus-Nord".

Zum Ausbau des insgesamt überzeugenden Profils empfiehlt die Kommission dem Fachbereich, seine interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der TU Braunschweig, z.B. durch gemeinsame Abhaltung von Lehrveranstaltungen, auszuweiten und dadurch neue Potentiale zur gegenseitigen Stützung von Forschung und Lehre zu erkunden und zu nutzen.

Die **Universität Göttingen** gehört von der Zahl der Studierenden und Lehrenden her zu den mittelgroßen sozialwissenschaftlichen Standorten in der Bundesrepublik. Die sozialwissenschaftliche Fakultät bietet in dem Fächerspektrum Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpolitik den Diplomstudiengang Sozialwissenschaften sowie im Magisterstudiengang die Hauptfächer Politikwissenschaft, Soziologie, zukünftig auch Publizistik und Kommunikationswissenschaft, an.

Das Studienfach Sozialpolitik wird an wenigen anderen deutschen Universitäten angeboten. Die spezifische Ausrichtung des Diplom-Studiengangs Sozialwissenschaften kennt lediglich in Nürnberg-Erlangen eine Parallele. Mit den Studienfächern Geschlechterforschung und Medien- und Kommunikationswissenschaften hofft die Fakultät sich weiter zu profilieren.

Internationale Bekanntheit haben die Fächer Soziologie und Politikwissenschaft ebenfalls vor allem durch die Forschungsleistungen erreicht, insbesondere auf dem Gebiet der Arbeits- und Industriosozologie - geleistet vom Soziologischen Forschungsinstitut SOFI - sowie in der Parteienforschung. Auch die Querschnittsdisziplin Sozialpolitik zeichnet sich durch eine hohe Forschungsintensität aus. Darüber hinaus wird hier zur Zeit eine Lehrkooperation mit dem Fachbereich Sozialwesen der Universität/Gesamthochschule Kassel erprobt, da sich die Stärken beider Institutionen in nahezu idealer Weise ergänzen. Die Publizistik und Kommunikationswissenschaft ist stark in der Lehre, hat sich bisher jedoch noch wenig in der Forschung profiliert.

Die Wahl der Lehrinhalte ist in allen Fächern erheblich durch die Schwerpunkte in der Forschung geprägt; dies ist für die Studierenden nicht immer deutlich. Angesichts der hohen Forschungsintensität finden nach Ansicht der Peers vergleichsweise wenig explizit forschungsbezogene Lehrveranstaltungen statt. Durch die Konzentration auf einige Forschungsschwerpunkte ist das Spektrum der Fachinhalte, in denen Studierende eine vertiefte Ausbildung erhalten können, in der Soziologie und der Politikwissenschaft relativ schmal, - so schmal, dass es kaum möglich ist, alle erforderlichen Inhalte im Studium von Lehramtsstudierenden abzudecken.

Innerhalb der Universität Göttingen spielen die Sozialwissenschaften keine zentrale Rolle. Aber sie werden wegen ihrer guten Forschungsleistungen respektiert. Bei den jüngsten Einsparungen wurden ihnen darum auch weit weniger Mittel gestrichen als den meisten anderen Fachbereichen.

Der Universitätsleitung zufolge müsste sich die Fakultät deutlicher entscheiden, ob sie sich vor allem durch eine stärkere Betonung des forschungsbezogenen Lernens profilieren will, um damit vor allem hervorragende Studierende anzuziehen, oder ob sie es weiterhin als ihre Aufgabe betrachtet, ein breites Spektrum von Studierenden zu bedienen. Im zweiten Fall drohe ihr im Zuge des Übergangs zur leistungsorientierten Mittelverteilung auf die Dauer auch innerhalb der Universität eine gewisse Marginalisierung, da der gegenwärtige Stand vor allem durch die Forschungsleistung aufrecht erhalten werden kann. Eine stärkere Konzentration auf das „anspruchsvollere Segment“ der Studierenden erfordert keinen NC. Ein forschungsorientiertes Studienangebot generiert aus der Sicht der Universitätsleitung selbst die notwendigen Signale, die auf längere Sicht auch zu einem Zustrom der am meisten geeigneten Studierenden führt.

Aus der Perspektive der Fächer stellt sich die Situation anders dar. Aus dieser Perspektive gilt es vielmehr, eine Balance zu finden zwischen einem Angebot, das sich an eine große Zahl von Studierenden richtet, und einem Angebot, das die mehr forschungsorientierten Studierenden anspricht. Auch für Göttingen gilt, dass der Anteil von Studierenden aus der eigenen Region steigt. Viele von ihnen erwarten vor allem ein berufsbezogenes Studium und sind, zumindest in den Anfangssemestern, noch nicht interessiert an einem stärker forschungsorientierten Studium. Aus der Perspektive des Faches kann Exzellenz auch in anderen Bereichen als dem der Forschung erzielt werden. Eine stärkere Betonung der Forschungsorientierung würde auch eine erhebliche Ausweitung der Nachwuchsstellen voraussetzen. In der gegenwärtigen Situation würden Studierende, die sich in größerer Zahl auf die Forschung hin orientieren würden, in eine Sackgasse geraten, wenn sie diese Interessen an der eigenen Universität weiter verfolgen wollten.

Mit den anstehenden Berufungen ergibt sich die Chance, neue Entwicklungen in den Fächern aufzunehmen und den unterschiedlichen Anforderungen der Studierenden gerecht zu werden, um damit das zukunftsorientierte Profil weiter zu akzentuieren. Das erfordert nach dem Urteil der Peers, dass die Denomination der frei werdenden Stellen nicht ohne weiteres fortgesetzt wird, sondern die Möglichkeit der weiteren Profilbildung genutzt wird. Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission den Fächern, die Profilbildung weiter voranzutreiben, indem

1. Möglichkeiten einer stärkeren regionalen Kooperation - wie in der Sozialpolitik mit der Universität/Gesamthochschule Kassel bereits praktiziert - geprüft und genutzt werden,
2. Möglichkeiten zur interdisziplinären Kooperation innerhalb der Universität Göttingen ausgebaut werden.

An der **Universität Hannover** gehören die drei Fächer Soziologie, Politische Wissenschaft und Sozialpsychologie zum Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften und bilden jeweils selbständige Institute. Sie betreuen folgende Studiengänge:

- Magisterstudiengang Politische Wissenschaft,
- Magisterstudiengang Sozialpsychologie,
- Magisterstudiengang Soziologie sowie
- Diplomstudiengang Sozialwissenschaften
- Lehramtsstudiengänge (LG, LR, LBS, LGy).

Die Forschungstätigkeit der Mitglieder des Instituts für Politische Wissenschaft (IPW) bezieht sich auf folgende Themenfelder:

- Entwicklung politischer Institutionen und Kultur,
- Grundlagen der Politikwissenschaft (Ideengeschichte und Theorie),
- Politikfelder, Strukturen, Prozesse und Resultate politischer Steuerung,
- Politische Soziologie sozialer Strukturen, Bewegungen, Mentalitäten,
- Frauen- und Geschlechterforschung,
- Historische und internationale Bedingungen politischer Prozesse und Systeme,
- Internationale Beziehungen und Komparatistik.

Für Forschungszwecke wurde am IPW 1993 die Abteilung Sozialpolitik und Public Policy eingerichtet.

Das Lehr- und Forschungsprofil des Psychologischen Instituts umfasst folgende Arbeitsschwerpunkte und Forschungsgebiete:

- Sozialpsychologie der Arbeit und der Arbeitslosigkeit
- Politische Psychologie
- Psychoanalyse und psychoanalytische Sozialpsychologie
- Frauen- und Geschlechterforschung,
- Gesundheitspsychologie und psychosoziale Versorgung (die Professur zu diesem Gebiet ist jedoch ersatzlos weggefallen).

Die Schwerpunkte des Instituts für Soziologie in Lehre und Forschung umfassen folgendes Themenspektrum:

- Theoriengeschichte (insbesondere Frankfurter Schule, Zivilisationstheorie),
- Industrie- und Arbeitssoziologie (Technik und Arbeit, Gewerkschaften),
- Bildungssoziologie (Kindheit, Schulkonzepte, Hochschule),
- Frauen- und Geschlechterforschung,
- Lateinamerika (Ethnizität, Soziale Bewegungen, Migration).

Für Forschungszwecke hat der Fachbereich im Jahre 1991 aus Mitgliedern aller drei Institute die institutsförmig organisierte "Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung" (agis) gebildet.

Alle drei Fächer sind in unterschiedlichem Umfang an den Lehramtsstudiengängen sowie als Nebenfach an anderen Magister- und Diplomstudiengängen der Universität Hannover und der Hochschule für Musik und Theater beteiligt.

Die sozialwissenschaftlichen Fächer haben nach Auskunft der Hochschulleitung ihren gesicherten Platz im Fächerkanon der Universität Hannover, sind in ihrem Bestand nicht bedroht und haben auch in nächster Zeit keine drastischen Kürzungen zu befürchten. Die Hochschulleitung verfolgt das Programm, durch Konzentration das Profil der Universität Hannover zu schärfen. Diesem Ziel dient auch die sogenannte "Innovationsoffensive", eine Vereinbarung zwischen Landesregierung und den niedersächsischen Hochschulen zur Förderung innovativer Maßnahmen. Den Erwartungen an die sozialwissenschaftlichen Fächer, durch eigene Profilbildung zu diesem Prozess beizutragen, haben diese bisher aber noch zu wenig entsprochen. Die Hochschulleitung bat die Kommission u.a. um Empfehlungen zu den Fragen, ob eine Rückkehr zu mehr Lehramtsstudiengängen wünschbar sei, wie sich Studierverhalten und Absolventenquoten verbessern ließen und wie die Chancen für den Arbeitsmarkt erhöht werden könnten. Ferner wurde um Unterstützung bei der wissenschaftlichen Entwicklungsplanung und

der künftigen Schwerpunktbildung der Fächer, insbesondere im Zusammenhang mit der anstehenden Neubesetzung mehrerer Professuren, gebeten.

Die Kommission hebt die vorzüglichen Forschungsleistungen der sozialwissenschaftlichen Fächer der Universität Hannover anerkennend hervor. Quantifizierte Aussagen über die Einwerbung von Drittmitteln gab es nur vom Institut für Politische Wissenschaft. Von individuellen Ausnahmen abgesehen, bestätigte sich im Gespräch mit der Hochschulleitung der Eindruck, dass bei der Einwerbung von Drittmitteln eine Schwäche der drei sozialwissenschaftlichen Fächer zu konstatieren sei. Drittmittelgeförderte Forschergruppen existieren ebenfalls nicht; künftige Ansatzpunkte dafür bilden die drei neu eingerichteten Innovationsschwerpunkte "European Studies", "Gender Studies" sowie "Zentrum und Peripherie". Die Hochschulleitung erwartet, dass diese zu Forschungsschwerpunkten werden und die Forschungsvernetzung auch mit anderen Fächern fördern.

Nach Ansicht der Kommission werden die Möglichkeiten, durch Profilbildung die Stellung der Fächer in der Universität zu stärken, von den Fächern selbst noch nicht genügend genutzt. Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission, Maßnahmen zu einer verstärkten interdisziplinären Kooperation in Lehre und Forschung durch die Vernetzung mit anderen Fächern außerhalb des Fachbereichs Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften zu ergreifen.

Die Entwicklungsplanung und Profilbildung der Fächer müssen bei ihrer gewachsenen Struktur ansetzen. Diese Strukturen unterscheiden sich in Hannover nicht unerheblich vom Durchschnittsprofil der Fächer an vergleichbaren deutschen Universitäten. Am ausgeprägtesten ist dieser Sonderweg bei der Sozialpsychologie mit ihrer geisteswissenschaftlichen und psychoanalytischen Orientierung, aber auch in der Soziologie ist eine ausgeprägt theoretische Orientierung erkennbar. Am wenigsten ausgeprägt ist der Sonderweg bei der Politikwissenschaft. Gewachsene Strukturen sind zwar mit Notwendigkeit Ausgangspunkt, doch gibt es keinen Zwang sie fortzuschreiben. Handlungsnotwendigkeit, aber auch Handlungsspielraum entsteht durch den anstehenden Generationenwechsel, der in allen drei Fächern Entscheidungen über die Denomination neu auszuschreibender Professuren erfordert, und durch die Erwartungen an Profilbildung und fächerübergreifende Forschungskooperation. Die Peers hatten den Eindruck, dass diese Art von Zukunftsorientierung nur sehr schwach ausgeprägt ist. Inzwischen haben jedoch die Fächer Politische Wissenschaft und Soziologie jeweils einleuchtende (Personal) Entwicklungstableaus vorgelegt, welche vom Fachbereichsrat bestätigt wurden.

Einen ausgeprägten Konflikt um die Entwicklungsplanung gibt es im Psychologischen Institut; er hat gleichermaßen die Fortführung des Magisterstudiengangs Sozialpsychologie sowie die Denomination der einzigen C4-Stelle des Instituts zum Gegenstand. Während die Mehrheitsposition für die Fortschreibung des in der Bundesrepublik einzigartigen Profils des Faches und des Magisterstudiengangs streitet, kritisieren Verfechter einer Minderheitsposition einen Mangel an curricularer Strukturierung und Professionalisierung der Ausbildung, Schwächen der Methodenausbildung und die schlechten Berufschancen der Absolvent/-innen. Die Kommission hat ein ausführliches, zusätzlich anberaumtes Gespräch mit den Lehrenden des Fachs geführt und dabei den Eindruck gewonnen, dass sich die Verständigung darüber, wie viele und welche Studiengänge mit welchen Zielen und Inhalten künftig bedient werden sollten, anscheinend äußerst schwierig gestaltet.

Die Kommission hält es für notwendig, dass Entscheidungen über die Denomination einzelner Stellen im Rahmen eines Personalentwicklungstableaus fallen, das sich gleichzeitig an Überlegungen zur Studienreform und zur zukünftigen (Forschungs-)Profilierung der Fächer orientiert. Im Hinblick auf die in nächster Zeit anstehenden Berufungen empfiehlt die Kommission der Hochschulleitung, für diese Verfahren eine starke Planungsgruppe zu benennen, die unter Berücksichtigung der notwendigen Profilierung der Fächer und Studiengänge externe Expert/-innen in größerem Umfang hinzuzieht. Unabhängig davon, ob der Magisterstudiengang Sozialpsychologie aufrecht erhalten wird, empfehlen die Gutachter/-innen für die Denomination der C4-Stelle, diese so auszuschreiben, dass der Bestand an

Theorien, Forschungsergebnissen und Methoden, die heute anerkanntermaßen zum Kern des Fachs Sozialpsychologie zählen, in der Lehre repräsentiert wird. Es wird ferner empfohlen, bei der Besetzung dieser Professur darauf zu achten, dass trotz des Grundlagencharakters der Sozialpsychologie von dieser Professur deutliche Impulse bezüglich der berufsqualifizierenden Ausbildung der Studierenden erfolgen und ausgehen. Bezüglich der neu zu besetzenden C4-Stelle in der Politikwissenschaft (Politische Theorie) empfiehlt die Kommission eine Besetzung, die im Zusammenhang steht mit einer Entwicklungsplanung, die sich sowohl auf die Fachentwicklung als auch auf die Entwicklung und Reform der Studiengänge bezieht.

Die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie gehören an der **Universität Oldenburg** zum Fachbereich Sozialwissenschaften (FB III), der mit fast 4.000 Studierenden der größte und mit seinen zehn Fachgebieten, die in zwölf Instituten, Seminaren und Fachkommissionen organisiert sind, auch der heterogenste der insgesamt elf Fachbereiche dieser 1974 gegründeten Universität ist. Die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie sind neben Geschichte und Evangelischer Theologie die Kernfächern dieses Fachbereichs. Laut Fachbereichsentwicklungsplan von Ende 1997 sollen auch in Zukunft die Fächer Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte, Evangelische Theologie und Jüdische Studien die Stellung von Kernfächern beibehalten.

Die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie können sowohl im Diplomstudiengang Sozialwissenschaften sowie auch entweder als erstes Hauptfach oder als zweites Hauptfach bzw. als Nebenfach mit dem Magister-Grad abgeschlossen werden.

Zusätzlich zu Lehre und Forschung in den sozialwissenschaftlichen Diplom- und Magisterstudiengängen sind die beiden Fächer maßgeblich an der Lehramtsausbildung beteiligt. Ferner besteht ihre Mitwirkung als Wahlpflichtfach in den Diplomstudiengängen Ökonomie, Psychologie und Pädagogik. Diese Serviceleistungen der beiden sozialwissenschaftlichen Fächer waren jedoch nicht Gegenstand der Evaluation, obwohl sie eine nicht unerhebliche zusätzliche Belastung für die Lehrenden bedeuten. In den Selbstreports wurde mehrfach mit Bedauern zum Ausdruck gebracht, dass der enorme Anteil an Zulieferungsfunktionen an andere Studiengänge ausgeklammert werden musste.

So etwas wie eine "Identität des Faches Sozialwissenschaften" gibt es an der Universität Oldenburg weder für die Politikwissenschaft noch für die Soziologie noch für einen integrierten Studiengang, der laut Diplomprüfungsordnung "Sozialwissenschaften" möglich wäre. Im Gegenteil, in beiden Fächern haben sich in den zweieinhalb Jahrzehnten seit der Zeit ihres Bestehens im Fachprofil und auf der personellen Ebene Ausdifferenzierungsprozesse entwickelt, die in einer institutionellen Zellteilung ihren Niederschlag gefunden haben: Im Fach Politikwissenschaft gibt es seit den 80er Jahren zwei Institute. Eine Professur der Politikwissenschaft ist darüber hinaus einem anderen Institut des Fachbereiches, dem "Institut für öffentliche Planung", zugeordnet und wird es wohl bis zur Pensionierung des jetzigen Stelleninhabers im Jahre 2005 noch bleiben. Eines der politikwissenschaftlichen Institute wird sich wahrscheinlich nach einer Pensionierung im Jahre 2000 auflösen.

Das Fach Soziologie ist seit Oktober 1996 in zwei Instituten organisiert, dem Institut für Soziologie und dem Institut für Soziologie und Sozialforschung. Die inhaltlichen Beschreibungen beider Institute reichen nach Ansicht der Gutachter/-innen für eine Begründung der organisatorischen Trennung nicht aus. Hier wird die Pluralität der Forschungsleistungen deutlich, denen die Gutachter/-innen großen Respekt zollen. Die Breite der in Oldenburg vertretenen theoretisch-wissenschaftlichen Ansätze und die inhaltliche Vielfalt der sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen sowie die Intensität der wissenschaftlichen Arbeit drückt sich in der organisatorischen Differenzierung aus. Der "Eigensinn" dieser Ansätze bringt zwar verstärkt organisatorische und Koordinationsprobleme mit sich, muss jedoch nicht die Eigenheit des Faches beeinträchtigen. Zudem leistet die anerkannt hohe Forschungsintensität einen eigenständigen Ausbildungsbeitrag. Die damit verbundene Einwerbung von Drittmitteln schafft für Studierende die Möglichkeit zur Mitarbeit in Forschungsprojekten als wissenschaftliche Hilfskräfte.

Der Zugehörigkeit zu den Instituten, die aufgrund von Selbstzuordnung erfolgte, liegt keine Sachlogik, sondern wohl eher eine Personenlogik zugrunde. In den Gesprächen wurde den Gutachter/-innen deutlich vermittelt, dass die institutionelle Aufteilung zur Verbesserung der Kommunikation in der jeweiligen Binnenstruktur geführt habe und dass dies wiederum auch die Möglichkeit schaffe, die Organisationsprobleme und Abstimmungsnotwendigkeiten zu handhaben, die es angesichts einer gemeinsamen Verantwortung für Lehre und Ausbildung zu überwinden gilt. So werden beispielsweise Prüfungen von Lehrenden beider Institute zusammen durchgeführt.

Nach Ansicht der Kommission erfordern institutionell verfestigte Strukturen ein besonderes hohes Maß an Engagement und kritischer Dialogfähigkeit. Es wurde der Kommission jedoch nicht leicht gemacht, den gegenwärtigen Kommunikationsstand in den Fächern zu ermitteln. So konnte die Kommission beispielsweise nicht in Erfahrung bringen, ob gemeinsame Diskussionen über Lehr- und Ausbildungsziele Bestandteil des universitären Alltags der Lehrenden sind. Aus der Sicht der Gutachter/-innen scheint es Informations- und Kommunikationsdefizite auf mehreren Ebenen zu geben. Im politikwissenschaftlichen Selbstreport heißt es, dass die in allen Ausdifferenzierungsprozessen verbindenden Elemente zwischen den Fächern Soziologie und Politikwissenschaft die Lehrfunktionen in den drei erwähnten Studiengängen seien. Die Kommission empfiehlt, die inhaltliche Abstimmung zwischen den Fächern und Instituten für die gemeinsamen Aufgaben in der Lehre zu verbessern. Des Weiteren empfiehlt sie, die interdisziplinäre Kommunikation und Zusammenarbeit innerhalb der Universität Oldenburg und z.B. auch mit der Universität Bremen so zu fördern, dass sie für die bestehenden und für neue Lehr- und Studienangebote fruchtbar gemacht werden kann.

Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern ferner, bei der notwendigen stärkeren Profilbildung beider Fächer und auch in Hinblick auf den Standort Bremen zu berücksichtigen, dass die Universität Oldenburg einer von fünf universitären Standorten in Niedersachsen ist, an denen die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie gelehrt werden. Im Interesse einer Differenzierung sollten die Oldenburger sozialwissenschaftlichen Fächer also klarer herausstellen, was das Typische am Standort Oldenburg ist. In diesem Profilbildungsprozess sollten auch die Tatsache der großen regionalen Bedeutung der Universität Oldenburg und die daraus sich ergebenden Konsequenzen für Lehre und Ausbildung berücksichtigt werden.

Die Sozialwissenschaften an der **Universität Osnabrück** umfassen die drei Fächer Politikwissenschaft, Soziologie und Sozioökonomie. Organisatorisch haben die drei Fächer keinen Institutsstatus im Fachbereich, sondern vielmehr den Status einer ‚Fachgruppe‘. Dies bedeutet, dass es unterhalb des Fachbereichsrates keine weitere formelle Beschlussinstanz über die Angelegenheiten der Fächer gibt. Dies erzwingt de facto Kommunikation zwischen den einzelnen Fächern, was nach Auffassung der Peers kein Fehler ist. Ob die Fachgruppen aber letztlich nicht doch de facto die Funktion von Instituten wahrnehmen, konnte nicht abschließend geklärt werden. Inwieweit sich die aktuelle Organisationsstruktur in der Praxis als problematisch bzw. reformbedürftig erwiesen hat, blieb offen; im Selbstbericht wird vom Fach Soziologie jedoch vorsichtige Kritik an den gegenwärtigen Strukturen geübt, allerdings bleibt unklar, inwieweit dies in Bezug auf die Bereiche Studium und Lehre formuliert wurde. Die Fächer wurden durch frühere Evaluationen dazu veranlasst, ihr jeweiliges Profil und Studienangebot verstärkt zu reflektieren. Dies hat zu diversen Umstrukturierungen geführt, deren Ergebnisse gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilt werden können.

Am deutlichsten sieht die Kommission eine beginnende spezifische Profilbildung im Fach Politikwissenschaft, die wesentlich auf das Thema ‚Europa‘ bezogen ist. Dies findet nicht nur seinen Niederschlag im nun umorganisierten und von der Politikwissenschaft federführend betreuten BA/MA-Studiengang ‚European Studies‘, sondern auch darin, dass in der Zwischenzeit ein DFG-Graduiertenkolleg sowie ein Promotionskolleg der Hans-Böckler-Stiftung erfolgreich akquiriert werden konnten, die beide inhaltlich auf Fragen der Europäischen Integration fokussiert sind. Zwei Hoch-

schullehrer/-innen sind darüber hinaus seit Mitte der 90er Jahre Inhaber/-innen von Jean Monnet Chairs der Europäischen Union.

Neben dem BA/MA-Studiengang "European Studies" bietet das Fach Politikwissenschaft noch den Magister-Studiengang Politikwissenschaft an und ist am neu entstandenen BA/MA-Studiengang 'Social Sciences' beteiligt. Diese vielfältigen Lehrverpflichtungen drohen mit den vorhandenen Kapazitäten des Faches zu kollidieren: Zumal dann, wenn die Profilbildung 'Europa' weiter forciert werden sollte - wofür angesichts des Erfolges dieses Schwerpunktes vieles spricht - und dem Fach keine neuen Stellen zur Verfügung gestellt werden können, wird die Politikwissenschaft möglicherweise dazu gezwungen sein, den Magisterstudiengang einzustellen. Ein solche Entscheidung birgt Gefahren in sich, falls sich die gegenwärtige Hochkonjunktur des Themas 'Europa' abkühlen sollte; trotzdem muss über eine eventuelle Konzentration der vorhandenen knappen Ressourcen auf eine reduzierte Zahl an Studiengängen nachgedacht werden. Dies möchte die Kommission allerdings keinesfalls als eine Aufforderung zur Streichung eines ganzen Studienganges verstanden wissen, sondern vielmehr als Aufforderung zur gesteigerten Reflexion über die zur Verfügung stehenden Alternativen.

Die Kommission empfiehlt, hier eine Strukturentscheidung zu fällen, bevor die Wiederbesetzung der freiwerdenden Stellen ansteht, da sich eine solche Entscheidung erheblich auf die Denominationen der Stellen auswirkt. Plant man, den Spagat zwischen dem grundständigen und inhaltlich breiten Magisterstudiengang und dem klar fokussierten BA/MA-Studiengang "European Studies" weiterhin zu wagen, bedarf es sicherlich sehr viel breiterer Denominationen als bei einer eindeutigeren Konzentration auf die Europathematik. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich das Angebot von zwei unterschiedlichen Studiengangsmodellen bisher anscheinend bewährt hat. Gleichzeitig jedoch ist bei dieser anstehenden Strukturentscheidung unbedingt auch zu berücksichtigen, dass das Fach insgesamt zu schwach ausgestattet ist, um die gesamte Breite in den Lehrangeboten repräsentieren zu können. Von einer weiteren Schwächung des Faches sollte nach Ansicht der Gutachter/-innen daher unbedingt abgesehen werden.

Das Fach Soziologie ist aktuell am stärksten vom Umbruch tangiert: Da sich das Fach früher wesentlich auf zwei Studiengänge konzentriert hatte - Diplom-Sozialwissenschaft und Magister-Studiengang Soziologie - war es von der Einstellung des Diplomstudienganges in besonderer Weise betroffen. Auf diese Herausforderung hat das Fach reagiert, indem es einen neuen BA/MA-Studiengang Social Sciences entwickelt hat, in dem die Soziologie neben der Politikwissenschaft, der Sozioökonomie und der Methodenlehre/Statistik stark vertreten ist und der von der Soziologie federführend betreut wird. Dieser neue Studiengang hat eine ambitioniertes Programm, das erhebliches Engagement der Fachvertreter erfordern wird, soll er ein Erfolg werden. Gleichzeitig ist klar, dass die Existenz der Soziologie an der Universität Osnabrück in ihrer gegenwärtigen Form nicht zuletzt auch vom künftigen Erfolg gerade dieses Studienganges abhängt. Da der BA/MA 'Social Sciences' erst kurz vor dem WS 99/00 bewilligt wurde, ist die geringe Zahl der zu diesem Semester erstmals eingeschriebenen Studierenden auf keinen Fall ein geeigneter Indikator für die Zukunftschancen des Studienganges, vielleicht aber ein Hinweis darauf, dass die Informationen über diesen Studiengang noch nicht genügend Verbreitung erfahren haben. Die Kommission empfiehlt, das Marketing für diesen Studiengang zu intensivieren.

Zusätzlich bietet die Soziologie - neben zahlreichen Verpflichtungen als Nebenfach - einen eigenen Magisterstudiengang Soziologie an, über den im Selbstbericht allerdings nur wenig inhaltlich zu erfahren ist. Selbstkritisch wird im Bericht denn auch vermerkt, dass der Neuaufbau des BA/MA-Studienganges in letzter Zeit so viele Ressourcen gebunden habe, dass die geplante Neustrukturierung des Magister-Studienganges zurückgestellt werden musste. Dies soll jedoch in naher Zukunft - unter Berücksichtigung des nun verpflichtenden Studienangebots im 'neuen' Studiengang und unter stärkerer Gewichtung der Methodenausbildung - nachgeholt werden. Die Gutachter/-innen empfehlen dem Fach nachdrücklich, den Prozess der Reorganisation des Magisterstudienganges zu forcieren.

Auch das Fach Soziologie ist in den nächsten Jahren von einem raschen personellen Wechsel auf den Hochschullehrer/-innen-Stellen betroffen. Dabei scheint aktuell sichergestellt zu sein, dass die Methoden-/Statistikausbildung auch weiterhin professoral vertreten ist; nur so scheint auch die vorgesehene breite Methodenausbildung im BA/MA ‚Social Sciences‘ und im revidierten Magisterstudiengang in adäquater Form auf Dauer leistbar zu sein. Die Kommission empfiehlt den drei sozialwissenschaftlichen Fächern, sich über eine integrierte Methodenausbildung zu verständigen.

Die Etablierung des Faches Sozioökonomie und dessen Beteiligung an den sozialwissenschaftlichen Studiengängen stellt eine Besonderheit der Universität Osnabrück dar. Während in anderen Hochschulen üblicherweise wirtschaftswissenschaftliche Kompetenz aus den entsprechenden Fachbereichen ‚eingekauft‘ wird, hat sich in Osnabrück der Fachbereich Sozialwissenschaften unter dem Namen ‚Sozioökonomie‘ gewissermaßen eine eigene wirtschaftswissenschaftliche Abteilung zugelegt. Die Integration der Wirtschaftswissenschaften in sozialwissenschaftliche Studiengänge scheint den Gutachter/-innen Sinn zu machen und auch die Existenz einer eigenen Abteilung im Fachbereich erscheint dann angemessen, wenn dies die bessere Integration der Fächer im Lehr- und Forschungsbetrieb sicherstellt. Keinen Sinn würde die Aufrechterhaltung der Sozioökonomie jedoch nach Auffassung der Kommission machen, wenn sie vorrangig dazu dienen sollte, eigene theoretische Positionen jenseits des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams in Ruhe pflegen zu können. Daher empfehlen die Gutachter/-innen, entweder die Existenz der Sozioökonomie offensiv zur spezifischen Profilbildung des BA/MA Social Sciences zu nutzen oder - sollte dies nicht gelingen - sich zu überlegen, ob man die notwendige wirtschaftswissenschaftliche Kompetenz universitätsintern importieren und die freiwerdenden Stellen für spezifische Engpassbereiche innerhalb der Sozialwissenschaften nutzen könnte.

Die Forschungsaktivitäten der Lehrenden wurden während der Begutachtungsgespräche nicht eigens thematisiert; im Selbstreport stellt lediglich das Fach Soziologie die Zusammenhänge zwischen Lehre und Forschung dar. Die Gutachter/-innen erhielten den Eindruck, dass die sozialwissenschaftlichen Fächer innerhalb der Universität Osnabrück nur bedingt interdisziplinäre Kontakte suchen oder pflegen. Aus diesem Grund empfehlen sie nachdrücklich, die interdisziplinäre Kooperation innerhalb des gesamten Fächerspektrums der Universität auszubauen, z.B. durch gemeinsame Lehrveranstaltungen oder Forschungsprojekte. Insbesondere die Kooperationen mit den Fächern Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sollten unbedingt verbessert werden.

## 2.4 Lehre und Studium

### 2.4.1 Studiengänge und Studierende

An den niedersächsischen Universitäten besteht im sozialwissenschaftlichen Fächerspektrum ein ausdifferenziertes Angebot an Studiengängen und Abschlussarten.

Studiengänge Abschlussart	TU Braunschweig	U Göttingen	U Hannover	U Oldenburg	U Osnabrück
European Studies (BA/MA)			1)		X
Politikwissenschaft (Magister)	X	X	X	X	X
Social Sciences (BA/MA)					5)
Sozialpsychologie (Magister)			X		
Sozialwissenschaften (Diplom)		X	X	X	2)
Soziologie (Magister)	X	X	X	X	X
Medienwissenschaften (Magister)	3)				
Publizistik und Kommunikationswissenschaft (Magister)		4)			

1) Aufbaustudiengang (MA) geplant

2) auslaufend

3) seit WS 97/98

4) als Magister-Hauptfach geplant

5) Beginn ab WS 99/00

Tabelle 1: Studiengänge nach Abschlussarten und Standorten

Im Wintersemester 1997/98 waren in Niedersachsen im Diplomstudiengang Sozialwissenschaften<sup>3</sup> 3623 Studierende, im Magisterhauptfach Soziologie 3406 Studierende und im Magisterhauptfach Politikwissenschaft 3267 Studierende immatrikuliert. Das Magisterhauptfach Sozialpsychologie ist mit 689 Studierenden nur an der Universität Hannover, der BA /MA European Studies war mit 92 Studierenden nur in Osnabrück vertreten. Aus der Tabelle lässt sich ableiten, dass die Universität Hannover im Wintersemester 1997/98 über das am stärksten ausdifferenzierte Studienangebot verfügt und in den Magisterstudiengängen sowie im Diplomstudiengang die höchsten Studierendenzahlen aufzuweisen hat.

Studiengänge Abschlussart	TU Braunschweig	U Göttingen	U Hannover	U Oldenburg	U Osnabrück	Niedersachsen
European Studies (BA/MA)					92	<b>92</b>
Politikwissenschaft (Magister)	621	561	1348	458	279	<b>3267</b>
Sozialpsychologie (Magister)			689			<b>689</b>
Sozialwissenschaften (Diplom)		1337	1585	710		<b>3632</b>
Soziologie (Magister)	586	914	1221	358	327	<b>3406</b>
<b>Summe Studierendenzahlen im Hauptfach</b>	<b>1207</b>	<b>2812</b>	<b>4843</b>	<b>1526</b>	<b>698</b>	<b>11086</b>

\*) an der TU Braunschweig existiert seit WS 97/98 zusätzlich der Studiengang Medienwissenschaften

Tabelle 2: Studierendenzahlen im Hauptfach nach Studiengängen (WS 1997/98)

Der Frauenanteil der immatrikulierten Studierenden im Wintersemester 1997/98 schwankt; deshalb ist er in der folgenden Tabelle für die einzelnen Standorte nochmals im Einzelnen aufgeführt.

<sup>3</sup> Die Zahlen des auslaufenden Diplomstudienganges in Osnabrück werden hier und im Folgenden nicht aufgeführt.

Studiengänge Abschlussart	TU Braunschweig	U Göttingen	U Hannover	U Oldenburg	U Osnabrück	Niedersachsen
European Studies (BA/MA)					82%	82%
Politikwissenschaft (Magister)	41%	32%	39%	36%	39%	38%
Sozialpsychologie (Magister)			64%			64%
Sozialwissenschaften (Diplom)		48%	48%	44%		47%
Soziologie (Magister)	53%	54%	54%	56%	65%	55%
<b>Summe Studierendenzahlen im Hauptfach</b>	<b>47%</b>	<b>47%</b>	<b>49%</b>	<b>44%</b>	<b>57%</b>	<b>48%</b>

Tabelle 3: Frauenanteil der Studierenden (gerundet)

Den folgenden Tabellen sind die standortbezogenen Studierenden- und Studienanfängerzahlen vom WS 93/94 bis WS 97/98 zu entnehmen

TU Braunschweig												
Studiengang/ Abschlussart	WS 1993/94		WS 1994/95		WS 1995/96		WS 1996/97		WS 1997/98		WS 1998/99	
	Insges.	Frauen										
Personalentwicklung	260	97	260	98	229	89	178	75	144	59	171	80
Politische Wiss. Magister	447	182	524	212	551	214	598	241	621	253	680	285
Soziologie Magister	327	168	393	189	422	208	498	256	586	309	635	329
<b>Summe Studierende</b>	<b>1034</b>	<b>447</b>	<b>1177</b>	<b>499</b>	<b>1202</b>	<b>511</b>	<b>1274</b>	<b>572</b>	<b>1351</b>	<b>621</b>	<b>1486</b>	<b>694</b>

Universität Göttingen												
Studiengang/ Abschlussart	WS 1993/94		WS 1994/95		WS 1995/96		WS 1996/97		WS 1997/98		WS 1998/99	
	Insges.	Frauen										
Sozialwissenschaft Diplom	1244	609	1405	658	1555	726	1450	673	1337	647	1244	592
Politikwissenschaft Magister	639	201	612	198	593	187	570	190	561	180	538	180
Soziologie Magister	619	329	725	403	808	452	977	543	914	491	831	448
Sozialkunde LG	235	126	235	137	225	118	254	129	244	112	214	93
Publizistik MA/NF	660	316	648	301	632	311	634	305	620	298	623	303
Sozialpolitik MA/NF	10	3	15	8	16	11	29	18	45	23	132	83
<b>Summe Studierende</b>	<b>3407</b>	<b>1584</b>	<b>3640</b>	<b>1705</b>	<b>3829</b>	<b>1805</b>	<b>3914</b>	<b>1858</b>	<b>3721</b>	<b>1751</b>	<b>3582</b>	<b>1699</b>

Uni Hannover												
Studiengang/ Abschlussart	WS 1993/94		WS 1994/95		WS 1995/96		WS 1996/97		WS 1997/98			
	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen								
Politische Wiss. Magister	1247	503	1404	585	1280	k.A.	1162	469	1348	532		
Sozialpsychologie Magister	484	304	540	337	584	k.A.	635	414	689	441		
Soziologie Magister	749	394	733	380	929	k.A.	1206	639	1221	663		
Sozialwissenschaften Dipl.	1109	551	1100	556	1811	k.A.	1464	729	1585	766		
Sozialkunde LR	127	60	120	56	107	k.A.	91	37	93	38		
Sozialkunde LG	60	23	72	36	107	k.A.	109	52	133	66		
Gemeinschaftsk./Pol. LBS	312	113	359	113	363	k.A.	328	85	324	85		
<b>Summe Studierende</b>	<b>4088</b>	<b>1948</b>	<b>4328</b>	<b>2063</b>	<b>5181</b>	<b>k.A.</b>	<b>4995</b>	<b>2425</b>	<b>5393</b>	<b>2591</b>		

Tabelle 4: Studierende insgesamt nach Fachrichtungen (1)

Uni Oldenburg										
Studiengang/ Abschlussart	WS 1993/94		WS 1994/95		WS 1995/96		WS 1996/97		WS 1997/98	
	Insges.	Frauen								
Sozialwissenschaft Diplom	595	227	633	279	685	318	702	322	710	314
Politikwissenschaft Magister										
Hauptfach	354	133	382	138	436	169	440	160	458	166
Nebenfach	106	54	103	54	103	57	101	55	118	61
Soziologie Magister										
Hauptfach	290	171	300	174	291	164	318	176	358	202
Nebenfach	80	45	73	34	81	43	80	42	94	51
Gemeinschaftskunde LBS	182	62	200	68	221	79	208	70	194	52
<b>Summe Studierende</b>	<b>1607</b>	<b>692</b>	<b>1691</b>	<b>747</b>	<b>1817</b>	<b>830</b>	<b>1849</b>	<b>825</b>	<b>1932</b>	<b>846</b>

Universität Osnabrück										
Studiengang/ Abschlussart	WS 1993/94		WS 1994/95		WS 1995/96		WS 1996/97		WS 1997/98	
	Insges.	Frauen								
Politikwissenschaft:										
Magister	294	122	281	109	254	95	239	81	279	110
Promotion	4	0	6	0	9	2	11	1	17	3
Soziologie:										
Magister	307	175	314	188	264	158	269	166	327	212
Promotion	41	10	51	19	53	20	51	20	57	20
Europäische Studien <sup>1)</sup> :										
Magister	32	25	49	39	60	47	76	61	92	76
<b>Summe Studierende</b>	<b>678</b>	<b>332</b>	<b>701</b>	<b>355</b>	<b>640</b>	<b>322</b>	<b>646</b>	<b>329</b>	<b>772</b>	<b>421</b>

<sup>1)</sup> Eingerichtet zum Sommersemester 1993

Tabelle 5: Studierende insgesamt nach Fachrichtungen (2)

TU Braunschweig																		
Studiengang/ Abschlussart	WS 1993/94			WS 1994/95			WS 1995/96			WS 1996/97			WS 1997/98			WS 1998/99		
	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.
Personalentwicklung	66	299	1	50	24	2	48	19	2	25	14	1	36	13	1	60	35	1
Politische Wiss. Magister	113	48	4	109	52	7	102	48	3	109	60	6	109	54	7	141	69	11
Soziologie Magister	99	47	6	106	55	8	99	55	4	119	81	10	142	88	12	145	86	10
<b>Summe Studienanfänger</b>	<b>278</b>	<b>394</b>	<b>11</b>	<b>265</b>	<b>131</b>	<b>17</b>	<b>249</b>	<b>122</b>	<b>9</b>	<b>253</b>	<b>155</b>	<b>17</b>	<b>287</b>	<b>155</b>	<b>20</b>	<b>346</b>	<b>190</b>	<b>22</b>

Uni Göttingen																		
Studiengang/ Abschlussart	WS 1993/94			WS 1994/95			WS 1995/96			WS 1996/97			WS 1997/98			WS 1998/99		
	Insges.	Frauen	Ausl.															
Sozialwissenschaft Diplom	269	155	7	271	112	10	306	165	9	110	60	8	118	73	1	109	54	2
Politikwissenschaft Magister	58	16	4	61	16	3	55	27	4	49	21	1	50	12	5	39	20	1
Soziologie Magister	138	69	12	153	81	13	158	90	5	250	144	14	59	32	4	76	46	2
Sozialkunde LG	18	5	0	25	12	0	18	7	0	46	22	4	25	8	0	21	11	0
Publizistik MA/NF	68	31	4	57	36	2	34	41	5	71	43	2	73	43	3	66	36	2
Sozialpolitik MA/NF	4	1	0	7	4	1	6	5	1	13	8	2	15	6	4	79	54	5
<b>Summe Studienanfänger</b>	<b>555</b>	<b>277</b>	<b>27</b>	<b>574</b>	<b>261</b>	<b>29</b>	<b>577</b>	<b>335</b>	<b>24</b>	<b>539</b>	<b>298</b>	<b>31</b>	<b>340</b>	<b>174</b>	<b>17</b>	<b>390</b>	<b>221</b>	<b>12</b>

Uni Hannover															
Studiengang/ Abschlussart	WS 1993/94			WS 1994/95			WS 1995/96			WS 1996/97			WS 1997/98		
	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.
Politische Wiss. Magister	143	59	15	302	148	13	117			107	46	13	133	57	
Sozialpsychologie Magister	82	59	6	97	69	12	92			105	72	14	95	57	
Soziologie Magister	105	62	10	74	46	11	276			112	72	22	94	61	
Sozialwissenschaften Diplom	185	98	12	99	56	10	411			121	68	17	126	66	
Sozialkunde LR	15	1	0	12	4	0	9			13	5	1	12	k.A.	
Sozialkunde LG	14	7	0	13	9	0	25			23	7	2	31	k.A.	
Gemeinschaftsk./Pol. LBS	72	18	0	95	24	1	94			56	14	0	65	20	
<b>Summe Studienanfänger</b>	<b>616</b>	<b>304</b>	<b>43</b>	<b>692</b>	<b>356</b>	<b>47</b>	<b>1024</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>537</b>	<b>284</b>	<b>69</b>	<b>556</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>

Tabelle 6: Studienanfänger/-innen (1)

Studiengang/ Abschlussart	Uni Oldenburg														
	WS 1993/94			WS 1994/95			WS 1995/96			WS 1996/97			WS 1997/98		
	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.
Sozialwissenschaft Diplom	97	52	2	109	58	2	107	65	2	102	60	3	122	67	2
Politikwissenschaft Magister	51	21	6	68	33	2	84	44	7	60	24	2	107	50	4
Soziologie Magister	20	15	2	55	33	1	53	33	1	63	35	2	102	60	0
Gemeinschaftskunde LBS	24	13	0	23	6	0	23	11	0	23	9	0	26	5	0
<b>Summe Studienanfänger</b>	<b>192</b>	<b>101</b>	<b>10</b>	<b>255</b>	<b>130</b>	<b>5</b>	<b>267</b>	<b>153</b>	<b>10</b>	<b>248</b>	<b>128</b>	<b>7</b>	<b>357</b>	<b>182</b>	<b>6</b>

Studiengang/ Abschlussart	Universität Osnabrück														
	WS 1993/94			WS 1994/95			WS 1995/96			WS 1996/97			WS 1997/98		
	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.	Insges.	Frauen	Ausl.
Politikwissenschaft Magister	27	9	1	37	12	3	34	12	1	38	13	4	80	37	2
Soziologie Magister	106	66	0	95	60	6	30	23	1	52	30	8	105	65	6
Europ. Studien Magister	14	10	1	20	16	1	21	17	1	23	19	0	25	22	1
<b>Summe Studienanfänger</b>	<b>147</b>	<b>85</b>	<b>2</b>	<b>152</b>	<b>88</b>	<b>10</b>	<b>85</b>	<b>52</b>	<b>3</b>	<b>113</b>	<b>62</b>	<b>12</b>	<b>210</b>	<b>124</b>	<b>9</b>

Tabelle 7: Studienanfänger/-innen (2)

## 2.4.2 Bildungs- und Ausbildungsziele

Die von den Fachbereichen formulierten Ausbildungs- und Bildungsziele orientieren sich im wesentlichen an den bestehenden Studien- und Prüfungsordnungen. Eine Ausnahme stellt nach Ansicht der Kommission der Göttinger Selbstreport dar, in dem die Ausbildungsziele sehr ausführlich formuliert werden.

Das Studienangebot in den sozialwissenschaftlichen Magisterstudiengängen der **Technischen Universität Braunschweig** ist von den Zielsetzungen getragen,

- ein Magisterstudium mit einer begrenzten Zahl von Themenschwerpunkten anzubieten,
- fachliche Querverbindungen von Politikwissenschaft und Soziologie zu akzentuieren,
- größtenteils solche Themenschwerpunkte zu akzentuieren, die auch für Studierende der Ingenieurwissenschaften und der Lehrerbildung von Interesse sind,
- den Studierenden die fachliche Grundlegung in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu ermöglichen und zugleich fachübergreifende Basisqualifikationen wie z.B. Abstraktionsfähigkeit, Systemdenken, Offenheit und intellektuelle Flexibilität, Kooperationsfähigkeit und schließlich die Globalisierungsqualifikation zu fördern.

In den derzeit gültigen Studienordnungen werden als allgemeine Lernziele genannt:

- selbständiges, methodisch reflektiertes sozialwissenschaftliches Denken,
- Befähigung zur wissenschaftlichen Bearbeitung allgemeiner politischer, sozioökonomischer und soziokultureller Probleme,
- Vermittlung beruflich verwertbarer sozialwissenschaftlicher Qualifikationen,
- Methodenwissen.

Diese Ziele erschienen der Kommission plausibel und wurden deshalb während der Peer-review nicht weitergehend erörtert.

An der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der **Universität Göttingen** orientiert sich die Lehre auf drei Studiengänge, nämlich

- den Diplom-Studiengang Sozialwissenschaften,
- den in diesem Evaluationsverfahren nicht behandelten Lehramtsstudiengang und

- den Magisterstudiengang, in dem folgende einzelfachorientierte Studiengänge in folgenden Hauptfächern absolviert werden können:
  - Soziologie,
  - Politikwissenschaft,
  - zukünftig auch Publizistik und Kommunikationswissenschaft,
  - und - in diesem Evaluationsverfahren ebenfalls nicht behandelt - Pädagogik, Sportwissenschaft und Ethnologie.

Die Ausbildungsziele für den Diplom- und den Magisterstudiengang sind von der Fakultät deutlicher und ausführlicher formuliert als in den meisten anderen Evaluationsberichten der beteiligten Standorte.

Als allgemeine Ziele von Studium und Lehre in den Sozialwissenschaften werden zunächst die Produktion, Reproduktion und Vermittlung sozialwissenschaftlichen Wissens sowie die Ausbildung und Qualifizierung der Studierenden genannt. Von der Vielzahl zusätzlicher Zielbestimmungen von Wissenschaft und Universität werden zwei Zielkomplexe weitergehend erläutert, nämlich:

- Sozialwissenschaft als Instrument kritischer Gesellschafts- und Zeitdiagnose,
- Sozialwissenschaften als Vermittler politischer Bildung.

Aus diesen Zielen werden praktische Konsequenzen in Form von Kriterien zur Analyse und Beurteilung von Studienstrukturen und Lehrprozessen entwickelt, die unter folgenden Stichworten zusammengefaßt und dargestellt werden:

- Wissenschaftliche Objektivität,
- Kritische Reflexion,
- Dialogische Kommunikation,
- Umfassender Praxisbezug,
- Subjektive Sinnhaftigkeit.

Nicht alle Lehrenden gewichten die verschiedenen Ziele auf die gleiche Weise. Aber insgesamt herrscht über die Ziele ein großer Konsens.

Die verschiedenen Ziele haben in den unterschiedlichen Studiengängen eine andere Priorität. Ursprünglich wurde der Magister-Studiengang als stärker wissenschaftsorientiert konzipiert, der Diplom-Studiengang dagegen als eher praxisnah. In der Realität hat sich jedoch eine andere Selbstselektion herausgebildet: Der Diplom-Studiengang zieht eher zielstrebige Studierende an, die nicht vor einer Vielzahl von Fächern zurückschrecken und sich die Integration dieser Fächer zutrauen. Dies sind häufig auch Studierende, die an Forschung interessiert sind und in der Lage sind, Forschung zum Beruf zu machen. Der Magister-Studiengang dagegen hat eine doppelte Ausstrahlung. Er bietet zum einen ambitionierten Studierenden die Möglichkeit, sich stärker in einzelne Fächer zu vertiefen. Er ist jedoch zugleich auch attraktiv für eine andere Gruppe von Studierenden, die weder eine Forschungs- noch eine deutliche Berufsorientierung zeigt und den wenig strukturierten Studiengang erst spät zu einer eigenen Schwerpunktbildung benutzt, sondern ihm den Vorzug gibt, weil er keine deutlichen Anforderungen an die Studierenden stellt und viele Ausweichmöglichkeiten bietet. Das kommt sehr deutlich in den längeren Studienzeiten der Magister-Studierenden zum Ausdruck.

Die Kommission erhielt an der **Universität Hannover** den Eindruck, dass die sozialwissenschaftlichen Studiengänge nach Ausbildungszielen, Studienablauf und -inhalten einer kritischen Überprüfung bedürfen. Es gibt eine etablierte Diskussionskultur und die z.T. langjährige Befassung mit einzelnen kritischen Punkten, z.B. der Methodenausbildung. Verbindliche Richtungsentscheidungen sind jedoch

bisher weitgehend ausgeblieben, da die ausgeprägte Konsensorientierung der Fächer in allen Fällen, wo sich eine Einigung nicht erzielen ließ, zur Entscheidungsblockade führte.

Die Kommission sieht ein wichtiges Desiderat gegenwärtiger und künftiger Reformbemühungen darin, den Zusammenhang von Ausbildungszielen in den einzelnen Studiengängen einerseits und Entwicklungsplanung und Profilbildung der Fächer in Lehre und Forschung andererseits zu berücksichtigen. Ausbildungsziele sollten, differenziert nach Studiengängen und Studentenspopulationen, möglichst präzise definiert werden. Nach ihnen müssen sich Studienprogramme und Curricula richten. Gegenwärtig richten sich Studienschwerpunkte und Lehrangebot zu sehr nach den Forschungsspezialisierungen der Lehrenden, zu wenig nach den Ausbildungszielen und der Systematik von Lehrinhalten und zu vermittelnden Schlüsselqualifikationen, die aus den Zielen abgeleitet werden. In den Gesprächen ergab sich zudem der Eindruck, dass bei den Professor/-innen mehrheitlich die Neigung besteht, sich bei der Konzipierung des Lehrangebots vornehmlich mit der Minderheit der wissenschaftsorientierten Studierenden zu beschäftigen. Dies ist nachvollziehbar, da erfahrungsgemäß diese Gruppe den Diskurs zwischen Lehrenden und Lernenden sucht. Es sollte jedoch darauf geachtet werden, dass die Überlegungen zu Berufsfeldorientierung und Praxisbezug im Interesse der Mehrzahl der Studierenden nicht zu kurz kommen.

Erschwert wird die Differenzierung zwischen unterschiedlichen Studierendenpopulationen zweifellos dadurch, dass in Hannover im Gegensatz zu anderen niedersächsischen Hochschulstandorten die Ergebnisse von zwei im Prozess der Selbstevaluation von Studierenden durchgeführten Gruppendiskussionen lediglich im Studentischen Bericht verarbeitet wurden. Angaben über Studienmotivation, Zufriedenheit mit Studieninhalten, Betreuung und Praxisbezug entstammen Untersuchungen über Studierende der Sozialwissenschaften sowie einer sehr verdienstvollen, 1999 erschienenen Absolventenbefragung. Rückschlüsse auf Interessenlage und Einschätzung der Studienbedingungen durch die gegenwärtig Studierenden lassen sich aus den Ergebnissen nur mit Vorsicht ziehen, wengleich insbesondere der Vergleich zwischen den Absolvent/-innen der unterschiedlichen Studiengänge einige Ansatzpunkte bietet. Die Kommission empfiehlt den Fächern zu erwägen, ob sich die Reformdiskussion durch eine Studierendenbefragung auf eine besser abgesicherte empirische Basis stellen ließe.

In Analogie zur Studiensituation der sozialwissenschaftlichen Fächer anderer Universitäten in der Bundesrepublik besteht auch an der **Universität Oldenburg** in den Fächern Politikwissenschaft und Soziologie keine enge Kopplung zu klar definierten Berufsfeldern, von denen sich bestimmte Ausbildungsziele ableiten ließen. Folglich orientieren sich beide Fächer an den Zielen einer allgemeinfachlichen Qualifizierung für verschiedene Berufsfelder, so wie sie in der Diplommprüfungsordnung für den gemeinsamen Studiengang Sozialwissenschaften festgehalten sind bzw. so, wie sie auch als Richtlinien in den beiden Magisterstudiengängen gelten; danach geht es um die Ausrichtung auf den Erwerb gründlicher Fachkenntnisse und Fähigkeiten, um in entsprechenden Berufsfeldern die fachlichen Zusammenhänge überblicken und um selbständig und problemorientiert wissenschaftliche Erkenntnisse in der beruflichen Praxis anwenden zu können.

Auch wenn es dem politikwissenschaftlichen Selbstreport zufolge angesichts der unbestimmten Vielfalt der potentiellen beruflichen Tätigkeiten nicht möglich ist, auf die Anforderungen der beruflichen Praxis vorzubereiten - und im Rahmen einer universitären Sozialisation auch nicht primäres bzw. alleiniges Ausbildungsziel sein sollte -, so sind die Gutachter/-innen dennoch der Meinung, dass gleichwohl der Berufsorientierung eine wichtigere Bedeutung in der Lehre zugewiesen werden sollte. Im politikwissenschaftlichen Selbstreport heißt es, dass der Typus von Lehrveranstaltungen mit Praxisbezug sehr sinnvoll ist und ausgebaut werden sollte. Realiter jedoch scheint der Kommission ein systematischer Ausbau der Vermittlung ("Brückenfunktion") zur beruflichen Praxis im Hochschulstudium angesichts der damit verbundenen zeitlichen Mühen und der nicht hinreichend vorhandenen Mittel uneingelöst zu sein. Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern, bei der anstehenden Entwicklung einer Profilbildung potentielle Berufsfelder für sozialwissenschaftliche Absolventen/-innen zu berücksichtigen und für

die Studierenden Möglichkeiten zum Erwerb beruflicher Erfahrungen während des Studiums zu sondieren und auszubauen.

Zu einer kritischen Reflexion der Ausbildungs- und Bildungsziele unter der Perspektive eines größeren Praxisbezugs in den sozialwissenschaftlichen Studiengängen gehört nach Auffassung der Gutachter/-innen eine genauere Berücksichtigung der verschiedenen Typen von Studierenden mit ihren jeweils unterschiedlichen Studienmotivationen. Insbesondere die sozialwissenschaftlichen Fächer besitzen das empirisch-methodische und theoretische Know-how, um hier durch Erhebungen mehr Einsicht in die Bedürfnisse der verschiedenen Studierendentypen zu bekommen. Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission den beiden Fächern, weitere Schritte in Richtung einer Verbesserung der Lehrqualität zu unternehmen, indem alle hauptamtlich Lehrenden dieser Fächer ernsthaft an der Entwicklung solcher Handlungskonsequenzen und Maßnahmen arbeiten, in denen die empirischen Ergebnisse der von den befragten Studierenden als problematisch angesehenen Studienbedingungen Berücksichtigung finden. Die Kommission teilt somit die Auffassung der Oldenburger Arbeitsgruppe Bildungsforschung und Sozialstrukturanalyse, dass "Studierende als Hauptakteure in einer Universität und als die eigentlichen Adressaten professioneller Hochschullehrer/innenarbeit" gelten sollen.

Die Ausbildungsziele der sozialwissenschaftlichen Studiengänge der **Universität Osnabrück** wurden nach Auffassung der Gutachter/-innen im Selbstbericht wenig detailliert dargestellt. Zum größten Teil beziehen sich die entsprechenden Passagen auf mehr oder weniger allgemeine Standardaussagen, wie sie sich in den Studienordnungen wiederfinden lassen (z.B. kritische Reflexionskompetenz, Problemlösungskompetenz, selbständiges, methodisch-reflektiertes sozialwissenschaftliches Denken, Praxisrelevanz etc.).

Im Rahmen der Vor-Ort-Begehung wurde jedoch klar, dass es im Fachbereich durchaus interessante Debatten um sinnvolle und einholbare Ausbildungsziele gab, speziell im Rahmen der Entwicklung der neuen Studiengänge Social Sciences und European Studies. Zu dieser kritischen Reflexion hat sicherlich auch beigetragen, dass die Umfrage unter den Studierenden ein recht differenziertes Bild der Studieninteressen zutage befördert hat, auf die die Sozialwissenschaften mit ihren Ausbildungsangeboten in angemessener Weise reagieren möchten und auch sollten. So empfiehlt die Kommission, die Ausbildungsziele für die verschiedenen Studiengänge in ihrer Unterschiedlichkeit noch klarer zu akzentuieren, um den Studierenden von Anfang an die unterschiedlichen Profile deutlich werden zu lassen.

### 2.4.3 Studienprogramme

Aufgrund der historischen und strukturellen Rahmenbedingungen gibt es an der **Technischen Universität Braunschweig** ein Studienangebot in Politikwissenschaft und Soziologie (Magister), das entsprechend der begrenzteren Zahl von Stellen vergleichsweise schmal ist und in dem sich engere Beziehungen von Haupt- und Nebenfachstudium ergeben. Auch in den Themen von Forschung und Lehre in den Magisterstudiengängen spiegelt sich die Braunschweiger Situation: Es gibt einen starken thematischen Bezug auf das, was seitens der Ingenieurwissenschaften und der Lehrerbildung von besonderem Interesse ist.

Die Studiengänge Politikwissenschaft und Soziologie sind Bestandteil des Magisterstudiengangs der Technischen Universität Braunschweig, durch den bestimmte Strukturen sowie die möglichen Haupt- und Nebenfächer und mögliche Fächerverbindungen vorgegeben sind. Die beiden hier behandelten Fächer, Medienwissenschaften, Pädagogik und Kunstwissenschaft können sowohl als Haupt- als auch als Nebenfach studiert werden; hinzu kommen Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft, Arbeitswissenschaft, Informatik und Psychologie als mögliche Nebenfächer. Dabei wird festgestellt, dass Magisterstudierende der Politikwissenschaft und Soziologie - neben einer Kombination dieser beiden Fächer - früher häufiger geisteswissenschaftliche Nebenfächer wählten,

dagegen heute häufiger Wirtschaftswissenschaften, Psychologie oder andere Fächer, die nicht im Hauptfach als Magisterstudium vorgesehen sind.

Das *Studienprogramm der Politikwissenschaft und der Soziologie* sieht einen hohen Anteil (annähernd 90 Prozent) Pflichtveranstaltungen vor. Allerdings gibt es in vielen Fällen mehr als ein Kursangebot (Wahlpflichtangebote).

In der Politikwissenschaft sind Innenpolitik, Politische Theorie, Vergleichende Regierungslehre und Internationale Beziehungen die Themen, die im Grund- und Hauptstudium vorgesehen sind. Im Grundstudium kommen die - jeweils gemeinsam für Studierende der Politikwissenschaft und Soziologie angebotenen - Veranstaltungen „Einführung in die Sozialwissenschaften“ sowie „Methoden der empirischen Sozialforschung“ hinzu, im Hauptstudium ein Fünftel des Studienangebots für den jeweils gewählten Schwerpunkt. Dabei haben die Studierenden im Hauptstudium die Möglichkeit, zwischen den drei Schwerpunkten Politisch-administratives System/Staat/Wirtschaft Politische Bildung/Politische Kommunikation sowie Internationale Beziehungen zu wählen.

In der Soziologie sind Soziologische Theorie, Mikrosoziologie und Makrosoziologie im Grund- und im Hauptstudium vorgesehen. Im Grundstudium kommen - wie bei der Politikwissenschaft - die Einführung in Sozialwissenschaften und die Methoden der empirischen Sozialforschung hinzu. Im Hauptstudium sind ein Fünftel der Lehrveranstaltungen für den jeweils gewählten Schwerpunkt reserviert. Traditionell wurde die Möglichkeit gegeben, im Hauptstudium der Soziologie zwischen zwei Schwerpunkten, nämlich Bildung und Sozialisation oder Politische Soziologie zu wählen. Inzwischen sind - im Gefolge der Besetzung der C4-Professur - zwei weitere Schwerpunkte, nämlich Organisations- und Wirtschaftssoziologie sowie Zukunft der Arbeit, etabliert, die aber noch nicht in der Studienordnung verankert sind.

Im Selbstevaluationsbericht wird hervorgehoben, dass im Studiengang Soziologie die curriculare Diskussion noch nicht abgeschlossen ist. Dies wird darauf zurückgeführt, dass das Fach Soziologie an der Technischen Universität Braunschweig erst später als die Politikwissenschaft als Hauptfach innerhalb des Magisterstudiums etabliert wurde und lange Zeit mit sehr wenigen Dozent/-innen auskommen musste.

Das Studienprogramm im Grundstudium erscheint den Gutachter/-innen/n sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der Soziologie als kompatibel und ausreichend, um den Studierenden ggf. nach der Zwischenprüfung den Wechsel zu Diplom- oder Magister-Studiengängen an deren Universitäten zu eröffnen. Das Hauptstudium ermöglicht eine begrenztere Schwerpunktwahl als an den meisten anderen Universitäten Niedersachsens, bietet allerdings jeweils Schwerpunkte, die in den beiden Disziplinen generell als zentral gelten. Es werden keine Schwerpunkte angeboten, die als seltene, besondere Profile gelten könnten.

Das Institut für Sozialwissenschaften ist auch organisatorisch für den *Magisterstudiengang Medienwissenschaften*, welcher sich im Aufbau befindet, zuständig. Das Studienprogramm soll in Kooperation mit anderen Hochschulen bereitgestellt werden. Die Lehraufgaben werden dabei in der Regel nicht durch die Personen übernommen, die der Politikwissenschaft und Soziologie zugeordnet sind. Seitens der Vertreter/-innen der beiden Fächer wird es jedoch einerseits als sinnvoll und schon zum Teil als bereits praktiziert gesehen, dass Medien innerhalb der politikwissenschaftlichen und soziologischen Lehrveranstaltungen als Thema aufgenommen werden. Andererseits wird es als Bereicherung angesehen, dass die Studierenden der Medienwissenschaften in Fächerkombination mit Politikwissenschaft und Soziologie studieren können. Es wird empfohlen, den im Aufbau begriffenen Magisterstudiengang „Medienwissenschaften“ an der TU Braunschweig und das an der Universität Göttingen im Rahmen des Magisterstudiengangs geplante Fach „Medien- und Kommunikationswissenschaft“ mit-

telfristig zu koordinieren bzw. wechselseitig zu profilieren. Ein fachspezifische Evaluation sollte zusammen mit dem Studiengang an der Universität Göttingen nach ca. vier Jahren erfolgen.

An der **Universität Göttingen** haben die Sozialwissenschaften dem Präsidenten zufolge ein noch nicht völlig zur Zufriedenheit gelöstes Integrationsproblem. Die Inhalte stehen oft noch zu disparat und disziplinär nebeneinander. Mit einer Reihe von Institutionen, die Querschnittsleistungen erbringen, ist dies im Ansatz verbessert worden (z.B. mit dem ZENS, dem Graduiertenkolleg). Mit dem Studienfach Geschlechterforschung und der Neuorganisation von Publizistik- und Kommunikationswissenschaft werden die Querverbindungen verstärkt; auch von der Gründung des Sozialwissenschaftlichen Methoden zentrums erwartet man eine Stärkung der Interdisziplinarität sowie eine Intensivierung der Ausbildung in wissenschaftlicher Methodenlehre.

Die Gutachter/-innen stellten fest, dass die Studienprogramme im Diplomstudiengang sowie im Magisterstudiengang Publizistik - hier vor allem im Grundstudium - relativ deutlich strukturiert sind, wohingegen dies für die Soziologie und Politikwissenschaft weniger der Fall ist. Die Organisation unterscheidet sich hingegen von Fach zu Fach.

Der *Diplom-Studiengang* ist im Vergleich zu den Magisterstudiengänge insgesamt stärker strukturiert, aber er bietet in den einzelnen Fächern nicht immer genug Orientierung. Die Integration zwischen den Fächern kommt zu kurz.

Für den *Magister-Studiengang in den Fächern Soziologie und Politikwissenschaft* gilt am stärksten, dass die große Offenheit und Flexibilität von Studienorganisation und Studieninhalten ein großes Maß an Selbständigkeit und Selbstverantwortung der Studierenden erfordert. Für viele Studierende bringt diese Offenheit eine längere Periode der Orientierungslosigkeit mit sich. Hier stellt sich die Frage, welche Zwischenlösung möglich ist zwischen einem im Prinzip offenen und selbstständigkeitsfördernden Studienangebot und dem Verlangen vieler Studierender nach mehr Orientierungshilfen, begrenzter Strukturierung und stärkerer Hilfe beim Finden eines roten Fadens. Den Studierenden zufolge führt die sehr große Offenheit des Studiums dazu, dass sie einen roten Faden für ihr Studium oft vermissen

Der *Magister-Studiengang im Fach Publizistik- und Kommunikationswissenschaft*, das bis vor kurzem nur als Nebenfach belegt werden konnte, wird von studentischer Seite stark nachgefragt. Es ist das einzige Fach der Fakultät, das einem NC unterliegt. Es steht insofern im Umbruch, als geplant ist, dieses Fach als Kern eines zu bildenden Fachs "Medien- und Kommunikationswissenschaft" zu begreifen, das organisatorisch innerhalb eines interdisziplinären "Zentrums für interdisziplinäre Medienwissenschaft" angesiedelt wird. Die personelle Ausstattung des Fachs ist - gemessen an der studentischen Nachfrage, der im Bericht dokumentierten Prüfungsbelastung oder der durchschnittlichen Ausstattung des Fachs in Deutschland - mit derzeit 4,5 etatisierten Stellen sehr gering. Von studentischer Seite wurde in den Gesprächen mit den Peers das Lehrangebot und die Lehrorganisation gelobt. Die Pläne der Universität, das Fach unter Verstärkung des interdisziplinären Charakters auszubauen und damit der studentischen Nachfrage und den Veränderungen der Gesellschaft (Entwicklung der Gesellschaft zu einer Medien- und Kommunikationsgesellschaft; stärkere gesamtgesellschaftliche Rolle der Massenmedien und der öffentlichen Kommunikation insgesamt) Rechnung zu tragen, werden von den Peers begrüßt. Ebenso ist die organisatorische Kombination mit einem Medienzentrum (ZEM, Zentrale Einrichtung Medien) als Dienstleistungszentrum für das Fach, aber auch für die gesamte Universität positiv zu beurteilen. Folgende Punkte sollten in diesem Prozess jedoch beachtet werden:

1. Die Zuführung weiterer Stellen aus der Universität und von außerhalb ist positiv zu bewerten. Die Kommission empfiehlt, dass die fachlichen Kernbereiche auch bezüglich ihrer stellenmäßigen Verankerung Kernbereiche bleiben.
2. Für exzellente Lehre und Forschung ist eine entsprechende technische Ausstattung im geplanten Medienzentrum als eine wesentliche Arbeitsvoraussetzung unabdingbar notwendig.

3. Die Kommission empfiehlt dem Fach, sich mit dem Standort Braunschweig bezüglich einer gegenseitigen Profilierung ins Benehmen zu setzen.
4. Weiterhin wird empfohlen, neben dem geplanten und begrüßenswerten Einbringen von Ressourcen von ausserhalb der Fakultät (insbesondere Philologische, Wirtschaftswissenschaftliche, Juristische Fakultät) auch verstärkt Kooperationen innerhalb der Fakultät (z.B. mit der Politikwissenschaft in einem Forschungs- und Lehrfeld "Politische Kommunikation") zu prüfen und ggf. zu realisieren.
5. Die Kommission empfiehlt eine fachspezifische Evaluation zusammen mit dem Studiengang an der TU Braunschweig nach ca. vier Jahren.

Die Fächer Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie der **Universität Hannover** bedienen je einen Magisterstudiengang mit Haupt- und Nebenfach und gemeinsam den Diplomstudiengang Sozialwissenschaften. Dazu kommen Serviceleistungen in Lehramtsstudiengängen und in der Wahlpflichtfach- und Nebenfachausbildung von Studiengängen anderer Fakultäten, die bei dieser Evaluation unberücksichtigt blieben.

Alle Studiengänge bieten den Studierenden große Wahlmöglichkeiten, die als positive Aspekte in den Selbstreports hervorgehoben werden. Es wird aber auch selbstkritisch angemerkt, dass diese lockere Struktur den Studierenden ein hohes Maß an Selbstorganisation abfordere, dass mangelnde Transparenz bei vielen Studierenden zu Überforderung führe und dass die Aufgabe, einen systematischen Zusammenhang zwischen den Lehrveranstaltungen herzustellen, den Studierenden selbst überlassen bleibe. Aus allen Selbstreports geht hervor, dass die Fächer begonnen haben, über eine stärkere Strukturierung des Studienprogramms vor allem im Grundstudium, über mehr Verlässlichkeit im Angebot und Verbindlichkeit in den Anforderungen nachzudenken. Die Gutachter/-innen empfehlen, den Prozess einer stärkeren Strukturierung des Studienprogramms zielstrebig und zügig innerhalb eines vereinbarten Zeitrahmens voranzutreiben und ihm eine institutionalisierte Form zu geben, die verbindliche Absprachen ermöglicht. Folgende Probleme bedürfen in diesem Prozess der besonderen Aufmerksamkeit:

1. *Profilierung der Studiengänge*: Gegenwärtig sind die sozialwissenschaftlichen Studiengänge nur ungenügend voneinander unterschieden. In Zukunft sollten die Studiengänge ein schärferes, differenzierendes Profil erhalten, um den Studierenden, die sich nach eigenem Bekunden unter den gegenwärtigen Bedingungen häufig rein zufällig im Diplomstudiengang oder in einem der Magisterstudiengänge wiederfinden, eine verlässliche Orientierung zu geben.
2. *Entwicklung von Kerncurricula*: Ein großes und von den Fächern auch anerkanntes Desiderat besteht bezüglich der Strukturierung der Studiengänge. Mit Ausnahme der obligatorischen Einführungsveranstaltungen gibt es in keinem der Studiengänge einen Kanon von Pflichtveranstaltungen, den die Studierenden im Grundstudium in einer bestimmten Abfolge zu besuchen hätten. Zwischen den 6 bis 8 Studienbereichen bzw. Teilgebieten im Studiengang Sozialpsychologie, aus denen die Studierenden Lehrveranstaltungen auswählen, existiert keine Sequenz. Die Kommission empfiehlt, für das Grundstudium in allen vier Studiengängen einen Kanon von Pflichtveranstaltungen im Sinne eines Kerncurriculums zu erarbeiten. Er sollte sich auf Inhalte (zentraler Fragenstand, Einführung in wichtige Themenfelder und Teildisziplinen), Methoden und Schlüsselqualifikationen beziehen. Leitgedanken für Erarbeitung dieser Kerncurricula sollten eine Mindesttransparenz und eine Mindestorientierungsleistung für die Studierenden sein. Des Weiteren sollte gewährleistet sein, dass die Studierenden im Verlauf des Studiums die paradigmatische Breite ihrer jeweiligen Fächer kennenlernen können. Zweitens empfiehlt die Kommission, das Verhältnis von obligatorischen Lehrveranstaltungen und Leistungsnachweisen zu überprüfen. Im Interesse der Vereinheitlichung und Kalkulierbarkeit der Vorkenntnisse in den konsekutiven Ausbildungsstufen sollte drittens nach Möglichkeiten gesucht werden, den Verbindlichkeitsgrad des Besuches obligatorischer Lehrveranstaltungen zu erhöhen. Gegenwärtig ist er als gering zu veranschlagen, da Anwesenheitslisten nach Bekunden der Lehrenden unüblich bis verpönt sind.

3. *Vielfalt, Konzentration, Profilbildung*: Die sozialwissenschaftlichen Magisterstudiengänge und der Diplomstudiengang geben den Studierenden große Wahlfreiheit der Schwerpunktbildung im Hauptstudium. Die breite Ausdifferenzierung der Studienbereiche/Teilgebiete und die Pluralität von Lehrinhalten und methodischen Orientierungen betrachten die Fächer mit Recht als eine Stärke. Es sollte jedoch auch die Frage nach dem Verhältnis von Vielfalt, Konzentration und Profilbildung gestellt werden, und zwar aus mehreren Gründen. Erstens geht es um den Strukturierungsgrad des Hauptstudiums. Größere Wahlfreiheit und eigenständige Spezialisierung - auch im Zusammenhang mit Berufsfindungsaktivitäten - sind selbstverständliche Merkmale des Hauptstudiums; sie schließen aber einen Kern obligatorischer Lehrveranstaltungen nicht unbedingt aus. Zweitens stellt sich die Frage, ob die stärkere Profilierung der Studiengänge nicht den Verzicht auf einige Studienschwerpunkte notwendig macht, die gegenwärtig alle gleichermaßen bedient werden oder doch bedient werden sollten; dies stößt schon jetzt in der Praxis auf erhebliche Schwierigkeiten. In diesem Zusammenhang wären drittens auch die Auswirkungen der Innovationsschwerpunkte mit zu berücksichtigen. Es ist wünschenswert, dass diese Schwerpunkte nicht nur der Forschung, sondern auch der Lehre Impulse geben. Es ist aber - zumal bei absehbarer Reduzierung der Lehrkapazität wie im Fach (Sozial)Psychologie - kaum denkbar, der jetzt schon großen Zahl von Studienbereichen/Teilgebieten einfach weitere hinzuzufügen. Aus den oben genannten Gründen hat die Kommission Bedenken, ob es sinnvoll ist, die Breite der Studienbereiche/Teilgebiete in allen Studiengängen aufrecht zu erhalten. Es wird daher empfohlen, bei der Neustrukturierung der Studiengänge eine Konzentration zu erwägen.

Mit Ausbildungsbeginn des fächerübergreifenden Aufbaustudiengangs European Studies, der seit Anfang 1999 vorbereitet wird, würden sich die genannten Probleme weiter verschärfen. Die Etablierung wird sich außerordentlich arbeitsintensiv gestalten, zumal auch die Kontakte zu europäischen Kooperationspartnern nach dem Eindruck der Gutachter/-innen erst aufgebaut werden müssen. Die Gutachter/-innen empfehlen, für diesen Studiengang alle Möglichkeiten regionaler Kooperation und Vernetzung, z.B. mit der Universität Osnabrück, zu nutzen.

4. *Reformstudiengänge*: Die Diskussion darüber, ob auch in Hannover in den sozialwissenschaftlichen Fächern konsekutive Reformstudiengänge (BA/MA) eingeführt werden sollten, hat gerade erst begonnen. Da das Konzept dieser Studiengänge einen stark durchstrukturierten ersten Studienabschnitt erfordert, lässt sich die Diskussion sinnvoll nur im Rahmen einer Verständigung über ein Kerncurriculum der einzelnen Fächer weitertreiben. Die Verständigung auf ein mit dem European Credit Transfer System (ECTS) kompatiblen Punktesystem bei Leistungsnachweisen ist jedoch auch für die gegenwärtigen Studiengänge möglich und sinnvoll; es würde darüber hinaus die Internationalisierungsbemühungen erleichtern. Deshalb empfehlen die Gutachter/-innen, bei der unabdingbar notwendigen Neustrukturierung der Studiengänge die Einführung von konsekutiven Studiengängen (BA/MA) sowie die Kompatibilität mit dem ECTS-System zu erwägen.
5. *Methodenausbildung*: Die Fächer stimmen darin überein, dass neben der Einführung in die wissenschaftliche Arbeitsweise der Methodenausbildung im Grundstudium besondere Bedeutung zukommt. Unter gegenwärtigen Bedingungen erscheint jedoch eine einheitliche und erfolgskontrollierte methodische Ausbildung in keinem der Studiengänge gesichert. Für den Magisterstudiengang Politikwissenschaft schreibt die Prüfungs- und Studienordnung seit 1995 einen Leistungsnachweis im Bereich "Grundlegende Fragen der Methodik und Technik empirischer Forschung" vor, allerdings nicht zwingend für das Grundstudium. Die Studierenden des Magisterstudienganges Soziologie müssen zwar eine Veranstaltung belegen, aber die Pflicht zum Erwerb eines Leistungsnachweises besteht nicht. Im Magisterstudium Sozialpsychologie ist eine zweisemestrige Veranstaltung obligatorisch, es ist den Studierenden jedoch freigestellt, ob sie einen Teilnahme- oder einen Leistungsnachweis erwerben. Dem üblichen Verbindlichkeitsgrad der Methodenausbildung in sozialwissenschaftlichen Fächern entsprechen auch die Anforderungen im Diplomstudiengang - ein Leistungsnachweis über Statistik und zwei Leistungsnachweise in Methoden, davon einer im Hauptstudium - nicht.

Jüngst hat eine Gruppe von Lehrenden der drei sozialwissenschaftlichen Fächer die Einrichtung eines interdisziplinären Studien- und Forschungsschwerpunkts "Sozialwissenschaftliche Forschungsmethoden" beantragt. In der Begründung, soweit sie sich auf die Lehre bezieht, wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die Methodenausbildung in den sozialwissenschaftlichen Studiengängen zu erweitern, zu verstetigen und zu professionalisieren. Die Gutachter/-innen sehen diese Erfordernisse ebenfalls und stimmen auch der Einschätzung zu, dass sich durch die Vereinheitlichung der Methodenausbildung für alle drei Fächer Synergieeffekte erzielen und Kapazitäten freisetzen ließen sowie die Arbeitsmarktchancen der Absolvent/-inn/en verbessert würden. Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission allen Fächern, Maßnahmen zur Gewährleistung einer qualitativ guten, verbindlichen Methodenausbildung in dem für diese Studiengänge üblichen Umfang zu ergreifen und umzusetzen.

6. *Praxisbezug*: Auch die Erweiterung des Praxisbezugs sollte nach Ansicht der Gutachter/-innen im Profilbildungsprozess der Studiengänge berücksichtigt werden.

Nach dem Eindruck der Gutachter/-innen hat an der **Universität Oldenburg** eine Gewichtsverlagerung von Lehre zu Forschung stattgefunden, die gekoppelt ist mit den Individualisierungstendenzen unter den Lehrenden; beides findet einen Niederschlag u.a. darin, dass unter den Lehrenden nach dem Eindruck der Kommission kaum Diskussions- und Verständigungsprozesse darüber stattgefunden haben, wofür sie eigentlich ausbilden und welche curricularen Bausteine unter solchen perspektivischen Gesichtspunkten notwendig und sinnvoll sind.

Im Soziologie-Selbstreport werden die Probleme des Faches im Allgemeinen (fehlendes spezifisches Berufsbild, die mangelnde Strukturierung des Grund- und Hauptstudiums, der hohe Anteil von Studierenden mit einer Berufsausbildung, "Park-Studien" bis zum Übergang ins Referendariat, hohe Drop-out Quoten, lange Studienzeiten) sowie auch einige Veränderungsvorschläge benannt. Dies schließt jedoch nach dem Eindruck der Kommission noch nicht einen Verständigungsprozess über die geteilten Institutsorganisationsstrukturen hinweg ein, weil die zur Entwicklung eines studierendenorientierten Ausbildungsprogramms notwendigen Abstimmungsprozesse bei institutionell verfestigten Grenzen schwieriger zu vollziehen sind. Den Gutachter/-innen fiel eine Diskrepanz in der Einschätzung der Studienbedingungen und der Qualität der Ausbildungs-/Lehrsituation durch die Lehrenden und durch die Studierenden auf.

Nach Auffassung der Kommission sollten bei der Entwicklung eines studierendenorientierten Ausbildungsprogrammes zusätzlich zu den bereits begonnenen Überlegungen für eine Neuorganisation des Grundstudiums im Sinne einer größeren Strukturierung, Transparenz und Verbindlichkeit auch inhaltliche Schwerpunkte für das Hauptstudium entwickelt werden. Im Studienprogramm sollte die Aufeinanderfolge von Lehrveranstaltungen und eine Differenzierung im Spezialisierungsgrad zwischen Grund- und Hauptstudium erkennbar sein. Eine bloße Umetikettierung von Grund- und Hauptstudiumsveranstaltungen genügt nicht. Des weiteren sollten Praktika einen größeren Stellenwert erhalten.

Das Studienprogramm der Sozialwissenschaftlichen Fächer an der **Universität Osnabrück** umfasst - neben den hier nicht behandelten Lehramtsstudiengängen und diversen Nebenfachaufgaben - die vier Studiengänge Magister Politikwissenschaft, Magister Soziologie, BA/MA European Studies und BA/MA Social Science. Einigkeit herrscht zwischen den Fächern und den Gutachter/-innen darüber, dass die Studienprogramme nicht nur unterschiedliche Kombinationsmöglichkeiten von ansonsten gleichen Kursen darstellen sollten, sondern dass es vor allem auf die unterschiedliche Fokussierung der Studiengänge vor dem Hintergrund einer ausdifferenzierten Studierendenpopulation mit ganz unterschiedlichen Studieninteressen ankommt. Während die BA/MA-Studiengänge explizit berufsorientiert sind und daher einen ausgeprägten Praxisbezug aufweisen sollten, wenden sich die Magister-Studiengänge eher an einen eher wissenschaftsorientierten Studierendentypus.

Inhaltlich scheint den Gutachtern/-innen das Studienprogramm gegenwärtig den Zielen der Studiengänge und den gängigen professionellen Standards weitgehend zu entsprechen; etwas überraschend ist beim heutigen Stand der Politikwissenschaft, dass die Studierenden im Magisterstudiengang keine Ausbildung in den Methoden empirischer Sozialforschung durchlaufen müssen. In Zukunft werden die Fächer allerdings nach dem personellen Umbruch der nächsten Jahre, der sich nach den vorliegenden Plänen teilweise auch in Stellenstreichungen und in Stellenumwidmungen (etwa von Hochschuldozenten in wissenschaftliche Assistenten- bzw. Mitarbeiterstellen) niederschlagen wird, mit einem reduzierten Lehrdeputat operieren müssen. Die Kommission empfiehlt der Studienkommission, die Integration einer Methodenausbildung in den Magisterstudiengang Politikwissenschaft zu prüfen. Des Weiteren empfiehlt sie, bei den anstehenden Stellenbesetzungen zwingend darauf zu achten, dass auch unter den veränderten Rahmenbedingungen die Fächer die Lehre in ihrer jetzigen Breite und unter angemessener Berücksichtigung der Methodenausbildung anbieten können.

Je nach Studienorientierung wird von den Studierenden mal der zu hohe Strukturierungsgrad der BA/MA-Studiengänge beklagt bzw. die hohen Freiheitsgrade in den Magister-Studiengängen lobend erwähnt, mal die gute Durchorganisation und Studierbarkeit der BA/MA-Studiengänge positiv hervorgehoben und die mangelnde Strukturierung der Magisterstudiengänge kritisiert. An dieser unterschiedlichen Einschätzung werden die Fächer nichts ändern können, sie können nur dazu beitragen, dass die Studierenden rasch den zu ihnen ‚passenden‘ Studiengang finden.

Beim Studiengang "European Studies" ist offensichtlich eine Kompatibilität von Studententypus und Strukturierungsgrad des Studiums in hohem Maße gegeben; auf jeden Fall zeigten sich die Studierenden grundsätzlich sehr zufrieden mit "ihrem" Studiengang; auch die Absolventen/-innen würden Studienanfängern raten, diesen Studiengang zu wählen.

Von zahlreichen Studierenden der Magisterstudiengänge ist - trotz aller positiven Hervorhebung der Freiheiten in der Studienorganisation, die diese Studiengänge bieten - vor allem eine gewisse Orientierungslosigkeit zu Beginn des Studiums und während des Grundstudiums beklagt worden. Vor lauter Wahlfreiheit wisse man gar nicht, welche Kurse man denn sinnvollerweise besuchen solle. Daher empfehlen die Gutachter/-innen, das Grundstudium auch in den Magisterstudiengängen deutlicher zu strukturieren und dann auch für die Studierenden gewisse grundlegende Überblicksveranstaltungen verbindlich zu machen, so dass sie von einem Fundament breiter Überblickskenntnisse sinnvoll ihre Freiheiten im weiteren Studium nutzen können.

#### 2.4.4 Lehrangebot und Studienorganisation

Etwa drei Viertel des vom Institut für Sozialwissenschaften an der **Technischen Universität Braunschweig** gestellten Lehrangebots versorgt die beiden Studiengänge, während ein Viertel primär als Lehrdienstleistung für andere Studiengänge (in der Regel Lehrerbildung) angeboten wird. Die Lehrleistungen für andere Studiengänge werden überwiegend durch Öffnung der Lehrveranstaltungen des Magister-Hauptfachstudiums für andere Fachrichtungen (sowie für Studierende der Politikwissenschaft und Soziologie im Nebenfach) bereitgestellt. Bei diesen Studiengängen handelt es sich um Medienwissenschaften (Haupt- und Nebenfach Magister, in diesem Falle bis zur Etablierung von gesonderten Stellen für Medienwissenschaften), Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsingenieurwesen (sogenannte Simultanstudiengänge), Lehramtsstudiengänge, Erziehungswissenschaften (Diplom- und Ergänzungsstudiengänge) sowie Personalentwicklung im Betrieb (PIB, Weiterbildungsstudiengang).

Für Studierende im Magister-Studiengang der TU Braunschweig ergeben sich mit dem oben beschriebenen Angebot "mehr als hundert" Möglichkeiten der Fächerkombination. Die Vielfalt der Wahlmöglichkeit wird als Bereicherung für die Studierenden interpretiert. Eingrenzungen auf bestimmte Fächerkombinationen werden nicht empfohlen, wenn auch die seitens der Studierenden der Politikwissen-

schaft und Soziologie am häufigsten vorgenommenen Fächerkombinationen (die beiden Fächer der Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Psychologie usw.) für besonders sinnvoll gehalten werden.

Seitens der Braunschweiger Fachvertreter/-innen wird die These vertreten, dass die Öffnung vieler Lehrveranstaltungen für verschiedene Studiengänge und damit für Studierende unterschiedlicher fachlicher Provenienz und unterschiedlich intensiver Konfrontation mit den Sozialwissenschaften ohne große Konzessionen für die eine bzw. andere Seite gelingt. Die Lehrenden informieren sich zu Beginn der Veranstaltungen über die Studienhintergründe und -ziele der Studierenden und versuchen sich auf die gegebene Mischung einzustellen, wobei sich der unterschiedliche Hintergrund nicht selten als produktiv für die Lernerfahrungen der Studierenden erweise. Seitens der Kommission blieb es jedoch eine offene Frage, ob hier und da die Qualität des Hauptfachstudiums unter der Öffnung leide und für manche Studienfächer durch gezielte sozialwissenschaftliche Angebote mehr geleistet werden könnte; nicht zuletzt wird an manchen anderen Hochschulen die These vertreten, dass das sozialwissenschaftliche Lehrangebot ein besonderes Eingehen in Inhalt und Methode auf die Studierenden der Ingenieurwissenschaften erfordert, was ihr Wissenschaftsverständnis, die unterschiedlichen wissenschaftlichen Denk- und Arbeitsweisen und die sozialen Dimensionen der Ingenieursarbeit angeht.

Nach dem Eindruck der Peers ist das Lehrangebot in einigen Schwerpunkten des Hauptstudiums schmaler bzw. wissenschaftlich weniger anspruchsvoll vertreten als in anderen innerhalb der Politikwissenschaft und Soziologie. Nach Selbsteinschätzung der Verantwortlichen sind im Lehrpersonal die Voraussetzungen zu einem qualifizierten Angebot in Methoden der empirischen Sozialforschung am stärksten ergänzungsbedürftig. Hier schaffen derzeit Lehraufträge von Wissenschaftlern aus Göttingen eine Abhilfe.

Das derzeitige Studien- und Lehrangebot für die *Medienwissenschaften* rekrutiert sich - in bisheriger Ermangelung einer eigenen Stellenausstattung für das Fach - vor allem aus Angeboten anderer Fächern der TU Braunschweig (18 verschiedene Institute) und in Kooperation insbesondere mit der Hochschule für Bildende Künste (HBK). Positiv wird seitens der Vertreter/-innen der Fächer Soziologie und Politikwissenschaft - wie auch von den Gutachter/-innen der Aspekt gesehen, dass das Thema Medien innerhalb der politikwissenschaftlichen und soziologischen Lehrveranstaltungen aufgenommen werden kann. Dem steht jedoch ein nach dem Eindruck der Kommission im Moment noch heterogenes Lehrangebot des Fachs Medienwissenschaften gegenüber, das einen erkennbaren Kern kaum erahnen lässt und zudem eine Vielzahl eher peripherer Lehrveranstaltungen aufweist.

Das stark nachgefragte Studienangebot sollte durch die Installierung einer eigenen personellen Ausstattung stabilisiert werden, wie dies auch im Ansatz geplant ist. Wichtig scheint vor allem ein kontinuierliches Kernangebot zu sein, das durchaus interdisziplinär ergänzt werden kann. Ohne ein solches - durch einen entsprechenden Stellenbestand abgesichertes - Kernangebot sollte ein Studiengang "Medienwissenschaften" nur in einer Aufbauphase angeboten werden.

Der Umfang der dem Institut zur Verfügung stehenden Drittmittel unterstützt die Einschätzung der Hochschullehrer/-innen, dass die Studierenden relativ gute Chancen haben, sich als Hilfskräfte an Forschungsprojekten zu beteiligen. Gespräche mit den Studierenden erweckten allerdings den Eindruck, dass die Forschungstätigkeit ihrer Lehrenden ihnen fast nur durch die Schwerpunkte in der Lehre bekannt wird.

Seitens der Studierenden wurde zur Studiensituation angemerkt, dass die Lehrveranstaltungen im Grundstudium oft sehr voll seien. Neue Formen der Lehre würden eher praktiziert, wenn die Teilnehmerzahl gering sei. Die Kommission empfiehlt allen Lehrenden, die Weiterbildungsangebote der Arbeitsstelle für Hochschuldidaktik (AfH) an der TU Braunschweig zu nutzen.

Die Kommission erhielt an der **Universität Göttingen** in den Gesprächen mit den Studierenden den Eindruck, dass *studiengangübergreifend* zu viele Seminare nach "Schema F" ablaufen: Es werden Themen verteilt, Referate gehalten und durch einen wortstarken Kern von Teilnehmer/-innen besprochen. Das "feedback" von Seiten der Dozent/-inn/en ist häufig sehr beschränkt. Der Evaluationsbericht enthält eine ganze Reihe von Anregungen für eine bessere und abwechslungsreichere Gestaltung der einzelnen Lehrveranstaltungen, die die Gutachter/-innen unterstützen.

Die Studierenden würden es begrüßen, wenn bei mehr Veranstaltungen oder Kolloquien angeboten würden, in denen Interessierte z.B. nach einer Vorlesung den Stoff weiter besprechen können. Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern, die Möglichkeiten für ein vermehrtes Angebot solcher Veranstaltungen zu prüfen.

Nach Ansicht der Gutachter/-innen besteht Notwendigkeit, in den Lehrveranstaltungen mehr als bisher die Techniken wissenschaftlichen Arbeitens zu betonen und explizit einzuüben. Die Gutachter/-innen empfehlen, die Möglichkeiten zur Verbesserung der Veranstaltungen zur "Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten" zu überprüfen.

Bemerkenswert ist nach Ansicht der Kommission, dass die hohe Forschungsintensität der Fächer sich kaum im Lehrveranstaltungsangebot bemerkbar macht. Die Studierenden sind - wie im Bericht der Evaluationskommission erwähnt - zu wenig über die längerfristigen Forschungsvorhaben informiert. Die Aufnahme dieser Informationen in den Vorlesungskommentar ist noch nicht genug, um dem abzuhelfen. Zumindest ein Teil der Studierenden würde sich gern in mehr forschungsbezogenen Lehrveranstaltungen engagieren. Die Kommission empfiehlt den Fächern eine Verbesserung der Information über aktuelle Forschungsaktivitäten und eine Prüfung der Möglichkeiten zur Erweiterung des Angebots an forschungsbezogenen Lehrveranstaltungen.

Die Studierenden des *Diplom Studiengangs* erwarten mehr Veranstaltungen, in denen die Integration der Sozialwissenschaften mit den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften exemplarisch stattfindet. Derartige fachübergreifende Veranstaltungen sind noch zu selten. Inzwischen ist sichergestellt, dass die Teilnahme von Dozent/-inn/en aus verschiedenen Fächern an einer Lehrveranstaltung ihnen voll auf das Deputat angerechnet wird, so dass der Aspekt der Mehrbelastung solchen Veranstaltungen nicht mehr im Wege stehen dürfte. Die Kommission empfiehlt eine deutliche Erweiterung des Angebots an Integrationsveranstaltungen.

Die Koordination mit den Nachbarwissenschaften (Recht, Wirtschaft), die an der Ausbildung der Diplom-Sozialwirte beteiligt sind, sollte verbessert werden. Studierende fühlen sich durch die Dozenten/-innen dieser Fächer nicht immer ernst genommen, obwohl sie häufig bessere Studienleistungen sehen lassen als die jeweiligen Fachstudierenden. Die Kommission empfiehlt für die Lehrplanung und Lehrdurchführung im Diplomstudiengang eine fächerübergreifende Koordinationsgruppe einzusetzen.

Die Orientierungsphase für Studienanfänger/-innen zu Beginn jedes Semesters bedarf im *Magisterstudiengang der Fächer Soziologie und Politikwissenschaft* sicher weiterer Verbesserungen. Die Anstrengungen der Studierenden in diesem Bereich sind sehr zu schätzen, aber sie entlassen die Lehrenden nicht aus der Verpflichtung, ihrerseits in einer geeigneten, ansprechenden Form Informationen über den Studienaufbau und den Inhalt der angebotenen Lehrveranstaltungen anzubieten. Die Kommission empfiehlt, dass sich die Lehrenden intensiver an der Organisation und Durchführung der Orientierungsphase für Studienanfänger/-innen zu Beginn jeden Semesters beteiligen.

Der Vorlesungskommentar dient den jungen Studierenden nicht in ausreichendem Maße zu ihrer langfristigen Orientierung und Studienplanung. Die Anfangsphase des Studiums gleicht eher einer "Survival Tour" mit zufälligem Ausgang und ist meist nicht Ergebnis eines verantwortlichen, wohl abgewogenen Entscheidungsprozesses. Die Kommission empfiehlt den Fächern eine stärkere Struktu-

rierung des Grundstudiums. Am Anfang des Studiums sind Studierende ohne eine orientierende Beratung durch die Wahlmöglichkeiten überfordert, so lange sie sich noch nichts unter den Begriffen vorstellen können, mit denen die verschiedenen angebotenen Veranstaltungen beschrieben werden. Studierende wünschen sich mehr Überblicksveranstaltungen, die ihnen Grundlagen des Faches vermitteln und die weitere Orientierung erleichtern. Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern, das Angebot an fachlichen Überblicksveranstaltungen zu erweitern

Daneben sind Einführungen in die Techniken wissenschaftlichen Arbeitens erforderlich, die die Studierenden tatsächlich dazu befähigen, selbstständig zu studieren und Wissenschaft zu betreiben. Es geht nach Ansicht der Kommission nicht an, dass normale Proseminare angeboten werden, die auch als Einführungen in die Techniken wissenschaftlichen Arbeitens anerkannt werden, wenn in diesen Veranstaltungen dieser Problematik nicht tatsächlich auch erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die in der Soziologie geplante explizite Unterscheidung zwischen Proseminaren I und II (echte Anfängerveranstaltungen und übrige Proseminare) wird von den Gutachter/-innen unterstützt, da sie eine sinnvolle Hilfestellung bei der Auswahl von Lehrveranstaltungen bieten kann.

Von studentischer Seite wurde der *Magister-Studiengang im Fach Publizistik- und Kommunikationswissenschaft* in Hinblick auf die Orientierung bzw. die übersichtliche Einführung in das Fach (Kommunikationswissenschaft 1 und 2), das Engagement von Lehrenden - insbesondere auch des Mittelbaus - bezüglich der Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten, der ausgeprägte Praxisbezug von Teilen des Lehrprogramms sowie die intensive Betreuung durch die Lehrenden durchweg positiv beurteilt. Moniert wurde die - trotz NC - Überfülltheit und Größe mancher Veranstaltungen. Nach Ansicht der Gutachter/-innen können im Lehrangebot wichtige Lehrbereiche (z.B. das geplante Modul 6 Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit) nicht auf Dauer nur mit Lehrbeauftragten abgedeckt werden; daher empfehlen sie, diese Bereiche durch fest etatisierte Stellen zu sichern.

In Gesprächen der Gutachter/-innen mit der Studienkommission, den Lehrenden der einzelnen Studiengänge und den Studierenden an der **Universität Hannover** ergab sich das Bild einer weitgehend informellen und dezentralen Studienorganisation und Lehrplanung. Das formal zuständige Organ, die Studienkommission, greift inhaltlich nicht in den Planungs- und Abstimmungsprozess ein. Eine Verständigung über das Angebot (i.d.R. im Sinne der "Absegnung" der Vorschläge der Lehrenden) findet in den Institutskonferenzen statt, jedoch immer nur ad hoc für das kommende Semester. Mittelfristige Planungs- und Koordinationsprozesse fehlen. Lehrveranstaltungen werden fachbezogen, nicht studiengangsbezogen konzipiert; die Inhalte richten sich nach den jeweiligen Forschungsinteressen der Lehrenden.

Die Lehrenden der Fächer sehen die Notwendigkeit, diese Praxis zu reformieren, doch sind die Ansätze dazu bisher noch im Stadium der Unverbindlichkeit. Die Defizite grundsätzlich zu bessern wird nur im Rahmen einer stärkeren Strukturierung der Studiengänge möglich sein. Wo ein Grundkanon verpflichtender Ausbildungsinhalte fehlt, werden auch Studieneingangsphasen und Modelltutorien vor der Aufgabe versagen, Transparenz herzustellen und den Studierenden Planungssicherheit zu geben.

Von den Koordinationsproblemen sind die Studiengänge in unterschiedlicher Weise betroffen. Während für die Magisterstudiengänge die fächerzentrierte Lehrplanung wenig problematisch ist, untergräbt das additive, nach Angaben des Selbstreports zum Diplomstudiengang "wenig fächerübergreifende" Lehrangebot den integrativen Anspruch des Diplomstudiengangs. Die Gutachter/-innen empfehlen, für die Lehrplanung im Diplomstudiengang eine fächerübergreifende Koordinationsgruppe einzusetzen.

Gemeinsame Probleme aller Studiengänge sind die ungleichmäßige "Bedienung" der Studienschwerpunkte und die mangelnde Integration, Transparenz und Zuordnung des Angebots. Sie führen

bei den Studierenden zu Orientierungsschwierigkeiten. Problematisch ist auch die Abgrenzung zwischen Grund- und Hauptstudium und der Übergang zwischen den beiden Studienabschnitten. Die große Anzahl der "Seminare für mittlere Semester" deutet darauf hin, dass die Tendenz besteht, der Notwendigkeit der Differenzierung zwischen Lehrveranstaltungen für die beiden Studienabschnitte auszuweichen. Die Gutachter/-innen empfehlen, alle Lehrveranstaltungen klar zum Grund- oder Hauptstudium zuzuordnen. Dies sollte aber in Zusammenhang mit der Verständigung über Anforderungsniveaus und gegebenenfalls Teilnahmevoraussetzungen erfolgen, damit mehr als eine bloße Umetikettierung passiert.

An der **Universität Oldenburg** ist nach Ansicht der Gutachter/-innen unter der Perspektive Studierbarkeit eine größere inhaltliche und zeitliche Koordination in der Lehre, insbesondere im Grundstudium, notwendig. Dies ist den Fächern inzwischen bewusst geworden. So meinten beispielsweise Mitglieder der Gemeinsamen Studiengangskommission, dem Gremium, in dem die Lehrveranstaltungsangebote der Lehrenden aus allen fünf sozialwissenschaftlichen Instituten erstmals zusammenkommen, dass angesichts der "opulenten Ausstattung der Fächer" bisher eine "invisible hand" für die Abdeckung der notwendigen Lehrveranstaltungen habe sorgen können. In Zukunft müsse jedoch stärker über curriculare Bausteine und über deren Abfolge sowie auch über eine inhaltliche Abstimmung im Lehrangebot, insbesondere des Grundstudiums, nachgedacht werden. In diesem Sinn wird in dem Papier der AG Reform auch dafür plädiert, dass beide Fächer ihr Lehrveranstaltungsangebot im Grundstudium in Zukunft frühzeitiger, langfristiger, enger an der Prüfungsordnung orientiert planen unter der Leitfrage: Wer macht wann was im Pflichtbereich über einen Zeitraum von 4 Semestern?

Von den Studierenden werden in deren Evaluationsbericht und laut der Untersuchungsergebnisse folgende Problembereiche angemahnt:

- größere Verbindlichkeit in Studienprogrammen,
- eine bessere zeitliche und auch inhaltliche Abstimmung von Veranstaltungen,
- ein größeres Spektrum und weniger Beliebigkeit bei den Lehrangeboten,
- mehr Engagement und Interesse von Lehrenden an der Lehre,
- ein größerer Aktualitätsbezug in den Lehrveranstaltungen,
- mehr Internationalität,
- größere Transparenz der Leistungs- und Prüfungsanforderungen.

Zur besseren und frühzeitigen Orientierung für die Studierenden wurde vor einigen Jahren von den beiden Fächern ein gemeinsames kommentiertes Vorlesungsverzeichnis eingeführt, das am Ende der Vorlesungszeit des vorausgehenden Semesters erscheint. Inzwischen hat die Studiengangskommission Sozialwissenschaften in ihrem Beschluss vom November 1999 mehrere Vorschläge zur Verbesserung der Lehre gemacht, die die studentischen Monita mit berücksichtigen. Die Kommission empfiehlt den Fächern und der Studiengangskommission, eine intensive Verständigung und verbindliche Einigung über Lehrinhalte, den Aufbau und die Abfolge von Lehrveranstaltungen herbeizuführen.

In dem Gespräch mit den Studierenden entstand für die Kommission der Eindruck, dass die Einführungswoche für die Erstsemester-Studierenden fast ausschließlich von der Fachschaft organisiert und durchgeführt wird. Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern, gemeinsam mit Lehrenden und Studierenden ein Konzept für die Einführungswoche zu entwickeln, welches in Organisation, Durchführung und Beteiligung von allen - Lehrenden, Fachschaft und Tutoren/-innen - angemessen getragen wird. Nach dem Eindruck der Kommission haben die Forschungserfahrungen der Lehrenden keinen systematischen Niederschlag in einem inhaltlich abgestimmten Lehrprogramm gefunden. Dass Forschung auf individualisierterer Ebene in die Lehre der einzelnen Hochschullehrenden eingeht, wird von den Gutachter/-innen nicht bezweifelt. Jedoch scheint die Tatsache, dass die Bedeutung der Lehre von Mitte der 80er Jahre an im Vergleich zur Forschung deutlich zurückgetreten ist - wie es im politikwis-

senschaftlichen Selbstreport heißt - zu einer Gewichtsverlagerung zu Ungunsten von Organisation und Struktur des Studiums geführt zu haben. Die Themen der einzelnen Lehrveranstaltungen sowie die Gliederungen der Vorlesungsverzeichnisse lassen z.B. für das Fach Soziologie eine enge Verknüpfung mit den Forschungsschwerpunkten der Lehrenden erkennen. So werden in jedem Semester mehrere Veranstaltungen in verschiedenen Speziellen Soziologien angeboten. In dieser Hinsicht ist eine thematische Profilierung der Lehre zu erkennen; es mangelt jedoch - wie im Selbstreport betont - an einer Strukturierung im Lehrangebot hinsichtlich des Studienablaufs, was ebenfalls für die einzelnen speziellen Soziologien gilt. Diese Individualisierung der Lehre ist auch charakteristisch für das Fach Politikwissenschaft.

Während die Lehrenden in den Gesprächen mit den Gutachter/-innen die Ansicht vertraten, dass durch die Lehrveranstaltungen ein breites Themenspektrum ihrer Fächer abgedeckt sei, äußerten die Studierenden die Meinung, dass das Spektrum der Themen nicht breit genug sei.

Die Veranstaltungen des Magisternebenfaches "Frauen- und Geschlechterstudien" sind für sich getrennt im Vorlesungsverzeichnis interdisziplinär und ebenfalls lediglich bereichsspezifisch ausgewiesen.

In Bezug auf die Methodenausbildung ist ein systematischerer Studienaufbau gegeben: Es werden regelmäßig zwei aufeinander aufbauende Veranstaltungen angeboten, die allen Studierenden empfohlen werden, - und zwar eine theoretisch in die Methoden der empirischen Sozialforschung einführende Vorlesung sowie praxisorientierte, Tutorengelietete studentische "Forschungsteams". Anzumerken ist allerdings, dass im Rahmen des Studiengangs Diplom-Sozialwissenschaften eine "ausreichende Verbindlichkeit nur im soziologischen Methodenteil gewährleistet ist" (Stellungnahme der o.g. AG Reform). Die Kommission empfiehlt den Fächern, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbindlichkeit in allen Methodenteilen zu gewährleisten.

An der **Universität Osnabrück** sind die BA/MA-Studiengänge gegenwärtig inhaltlich sehr viel stärker durchcurricularisiert als die Magister-Studiengänge. Dies scheint angesichts der unterschiedlichen Ausrichtung beider Studiengänge auch angemessen zu sein.

Von den Studierenden wird allerdings darauf hingewiesen, dass der BA/MA-Studiengang Social Sciences von vielen Kommilitonen/-innen nicht studierbar sein wird, da in diesem Studiengang eine durchschnittliche Semesterwochenstundenzahl verlangt wird, die zahlreiche Studierende aufgrund notwendiger Berufstätigkeit nicht garantieren können. Dies verweist auf das in der Bundesrepublik weit verbreitete Phänomen, dass eine bemerkenswert große Gruppe von Studierenden im Grunde keine Vollzeitstudierenden sind bzw. aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht sein können, sondern de facto ein Teilzeitstudium betreiben. Hieraus resultieren zwangsläufig Konflikte mit den universitären Studienregelungen, die allesamt ausschließlich auf einen Studierendentypus hin ausgerichtet sind, der sich uneingeschränkt seinem Studium widmen kann. Daher empfahl die Kommission, dass Hochschulleitung und Fächer alle Möglichkeiten ausloten sollten, gerade (aber nicht nur) im hier diskutierten Fächerspektrum die Option zu eröffnen, ein Studium auch offiziell als Teilzeitstudierende absolvieren zu können. Dies dürfte gleichzeitig die Qualität der Ausbildung verbessern, wie auch die typischerweise hohen Abbrecherquoten drastisch senken. Gleichzeitig würde ein solche Maßnahme auch einen notwendigen Schritt der Universität hin zur Akzeptanz veränderter gesellschaftlicher Kontextbedingungen ihres eigenen Handelns bedeuten.

Aus dem weitgehend standardisierten Gerüst an immer wieder angebotenen Veranstaltungen im Magisterstudiengang Politikwissenschaft lässt sich eine Strukturierung ablesen, die den Studierenden eine Orientierung ermöglicht. Die Kommission empfahl, dieses auch bei der Restrukturierung des Magisterstudiengangs Soziologie weiter zu forcieren.

In dem Gespräch mit den Studierenden beklagten diese, dass die aktuelle Forschung der Lehrenden zu wenig bekannt sei und keine Integration der Studierenden in aktuelle Forschungsprojekte erfolge. Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission den Lehrenden, mehr Transparenz über laufende Forschungsprojekte herzustellen und Möglichkeiten zur Integration Studierender zu prüfen.

#### **2.4.5 Internationale Aspekte**

Die Internationalisierung von Studium und Lehre steht gegenwärtig zu recht auf der hochschulpolitischen Agenda, da angesichts der gesellschaftlichen Globalisierungsprozesse die potentiellen Arbeitsmärkte für erfolgreiche Absolventen/-innen nicht mehr nur auf die Region beschränkt sind. Deshalb sind zusätzlich zu fachlichen Fähigkeiten auch sprachliche und soziale Kompetenzen in internationalen Beziehungen erforderlich.

Internationale Forschungs Kooperationen sind an allen Standorten bei den Lehrenden zwar auf der Ebene einzelner vorhanden, ein systematischer Aufbau von internationalen Netzwerken vor allen Dingen auch zur Nutzung für den Studierendenaustausch wurde jedoch von den Peers an allen Standorten vermisst. Eine Ausnahme stellt hier lediglich der Standort Osnabrück dar: Mit der Einführung der BA/MA-Studiengänge European Studies und Social Sciences und den studienbegleitend anrechenbaren Leistungsnachweisen nach dem ECTS-System ist hier im Studienangebot eine internationale Ausrichtung erkennbar. Dabei sollte jedoch die Auslandskomponente des Studiengangs Social Sciences nach Ansicht der Peers ausgebaut werden. Vor allen Dingen sollte auch das Netz an ausländischen Partneruniversitäten erweitert werden, um die Chance zu Erwerb eines Studienabschlusses des jeweiligen Gastlandes während eines Auslandsstudiums zu erhöhen.

Die Entwicklung systematischer Angebote eines Studierendenaustausches wurde allen Standorten mit Ausnahme von Osnabrück empfohlen. Des weiteren wurde den Fachbereichen in Braunschweig, Göttingen und Hannover empfohlen, die Internationalisierung von Studium und Lehre in naher Zukunft zu einem der Entwicklungsschwerpunkte zu machen. In diesem Zusammenhang sollte in Braunschweig und Hannover der Nutzung der Fremdsprachen im sozialwissenschaftlichen Studium ein größeres Gewicht beigemessen werden, in Hannover vor allem auch durch ein Angebot an englischsprachigen Lehrveranstaltungen. Die Betonung der Sprachenausbildung in den BA/MA Studiengängen in Osnabrück wurde von der Kommission gelobt.

Ein Auslandsaufenthalt ist im Studiengang European Studies an der Universität Osnabrück erst im Postgraduierten-MA-Studiengang vorgesehen. Dies überrascht bei einem explizit international ausgerichteten Studiengang ein wenig und wird intern nicht zuletzt damit begründet, dass ohnehin alle Studierenden nach dem erfolgreichen BA im MA-Programm weiterstudieren würden. Dies mag bei der spezifischen Studierenden-Population dieses Osnabrücker Studiengangs mit seinem sehr scharfen Numerus Clausus zutreffend sein, unterläuft jedoch die grundsätzliche Konzeption von BA/MA-Studiengängen, die den BA allein bereits als explizit ‚berufsqualifizierend‘ vorsieht und nur eine leistungsmäßig selektierte Gruppe von Studierenden in das Postgraduierten-Programm aufgenommen sehen will. Daher empfiehlt die Kommission zu prüfen, ob im BA ‚European Studies‘ nicht wenigstens ein Auslands-Pflichtpraktikum eingeführt werden kann. In Osnabrück wurde die Einführung eines Praktikumsbüros empfohlen, welches auch Auslandspraktika vermitteln sollte.

Im Studiengang Social Sciences ist lediglich in einem Wahlpflichtstudienbereich im Postgraduiertenbereich (International vergleichende Sozialwissenschaften) ein verpflichtendes einsemestriges Auslandsstudium vorgesehen; für die übrigen Wahlpflichtstudienbereiche sind entsprechende Auslandsaufenthalte fakultativ. Hier empfiehlt die Kommission zu prüfen, ob für alle Wahlpflichtbereiche das Auslandsstudium verpflichtend gemacht werden kann.

In den Gesprächen in Hannover und Osnabrück zeigte sich ebenfalls die Notwendigkeit, die Attraktivität des Studiums sowie des Postgraduiertenstudiums für ausländische Studierende in Deutschland zu erhöhen. Umso verwunderlicher mutet es an, dass Universitäten in der Bundesrepublik immer noch mit rechtlichen Bestimmungen konfrontiert sind, die mittelfristig eine solche Internationalisierungsstrategie behindern. Von den Fachvertreter/-innen der Sozialwissenschaften in Osnabrück wurde darauf verwiesen, dass sich möglicherweise die Regelung als problematisch erweisen könnte, die in NC-Fächern im Fall der möglichen Besetzung aller zur Verfügung stehender Studienplätze durch Bildungsinländer den Anteil ausländischer Studierender auf 5% beschränkt. Eine solche Klausel ist nach Auffassung der Gutachter/-innen nicht mehr zeitgemäß. Aus diesem Grund empfahl sie der Hochschulleitung in Osnabrück, sich bei den zuständigen politischen Instanzen und eventuell in Abstimmung mit den anderen niedersächsischen Hochschulen für eine Änderung der entsprechenden Passagen stark zu machen.

Die Aktivitäten des Akademischen Auslandsamtes der TU Braunschweig zur Unterstützung von Studierenden, die ins Ausland gehen wollen, wurden als gut bewertet. In Osnabrück hingegen stößt das Akademische Auslandsamt aufgrund der verstärkten Nachfrage der Studierenden offensichtlich an die Grenzen seiner Kapazitäten. Da die koordinierende und unterstützende Funktion dieser Instanz für die systematische Anbahnung und Pflege von Auslandskontakten unerlässlich ist, empfehlen die Gutachter/-innen der Hochschulleitung zu prüfen, ob für die Aufgaben, die mit der Einführung international orientierter Studienangebote einhergehen, im Akademischen Auslandsamt genügend Ressourcen zur Verfügung stehen.

#### 2.4.6 Praxisorientierung

Nach Ansicht der Gutachter/-innen muss die Auseinandersetzung mit der Praxis durch den Kern der sozialwissenschaftlichen Fächer selbst gehen. Deshalb empfahlen sie an den Standorten Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück, die Aktivitäten der Fächer zur Berufsfeldorientierung der Studierenden auszubauen und zu verstetigen. Die je nach vorgefundener Situation an den einzelnen Standorten unterschiedlichen Empfehlungen der Peers befassen sich hauptsächlich mit der Organisation und Betreuung von Praktika sowie der Integration von Praxiserfahrungen in Studium und Lehre. An der TU Braunschweig erschien die Praxisorientierung des Studiums sowie die Integration der Praxiserfahrungen der Studierenden vergleichsweise zufriedenstellend.

Nach Ansicht der Kommission bestehen an der **Technischen Universität Braunschweig** günstige Möglichkeiten für die Studierenden der Politikwissenschaft und Soziologie zum Erwerb beruflicher Erfahrungen, zum Beispiel im Rahmen von Praktika. Insbesondere regionalwissenschaftliche Ansätze in der Politikwissenschaft und berufs- und arbeitssoziologische Ansätze in der Soziologie scheinen den Zugang zu Praxiserfahrungen in Unternehmen zu erleichtern. Auch gibt es mit Lehraufträgen für "Praktiker" und gelegentlichen Angeboten von unmittelbar praxisbezogenen Magister-Arbeiten weitere Ansätze zu einer direkten Konfrontation mit Fragen der beruflichen Praxis. Insgesamt scheint in beiden Fächern die Vorstellung vorzuherrschen und auch in Lehrangeboten aufgenommen zu werden, dass eine theoretische Grundlegung und zugleich die Auseinandersetzung mit praktischen Problemlösungserfordernissen zu den zentralen Aufgaben der regulären Lehrveranstaltungen gehören.

Im ganzen herrscht die Vorstellung vor, dass die Praxisangebote den Studierenden bereitgestellt, Praktika aber nicht vorgeschrieben werden sollten. Die Bedürfnisse der Studierenden sollten Art und Umfang der praxisorientierten Aktivitäten außerhalb der regulären Lehrveranstaltungen bestimmen. Das optionale Angebot wurde für ausreichend gehalten. Hervorgehoben wurde allerdings, dass es sich als schwer erwiesen habe, gute und aktive Dozent/-innen aus der Praxis zu finden. Auch würde es schwerfallen, genügend Plätze zur Einführung von obligatorischen Praktika zur Verfügung zu stellen.

Die Studierenden der sozialwissenschaftlichen Fächer der **Universität Göttingen** empfinden die Studieninhalte als sehr praxisfern. Eine Ausnahme stellt jedoch nach Ansicht der Studierenden das Fach Publizistik dar, dessen Lehrprogramm in einigen Teilen einen ausgeprägten Praxisbezug vorzuweisen hat.

Praktika sind nicht obligatorisch. Doch suchen und finden die meisten Studierenden Praktikumsplätze, die studien- und berufsrelevant sind. Leider bringen die Studierenden ihre Erfahrungen aus Praktika oder anderen Formen des Engagements außerhalb der Universität möglicherweise selbst ungenügend in die Lehre ein, werden aber vielleicht auch zu wenig hierzu ermutigt. Nach dem Eindruck der Peers unterbleibt häufig die systematische Auswertung der Erfahrungen aus den Praktika und die Rückkopplung zu den Studieninhalten. Somit bleiben Studium und Praktikum zwei voneinander getrennte Lebenswelten.

Die Fakultät unterstützt die Studierenden durch einen "Leitfaden für Praktika". Es werden jedoch nur selten Veranstaltungen angeboten, in denen die Erfahrungen aus den Praktika zurückgekoppelt, ausgetauscht und für das Studium fruchtbar gemacht werden. Das ist bei der großen Vielfalt von Praktikumsplätzen auch nicht immer leicht zu organisieren, sollte aber vor dem Hintergrund der verschiedenen Anforderungen an das sozialwissenschaftliche Studium in Zukunft verstärkt geleistet werden. Die Kommission empfiehlt, die Möglichkeiten für die systematische Einbeziehung der Erfahrungen von Studierenden aus den Praktika z.B. in Zwischenprüfungs- oder Seminararbeiten und bei der Methodenausbildung auszubauen.

Beinahe alle Studierenden leisten ein oder mehr Praktika während ihres Studiums, meist in den Semesterferien. Sie werden dabei unterstützt durch die Fachschaft und einen Förderverein, der auch einen Alumni-Club (Organisation der Ehemaligen) für die Fakultät aufbauen soll; dieser Förderverein ist gegenwärtig weniger aktiv. Nach Ansicht der Gutachter/-innen könnte er jedoch für eine stärkere Einbindung der Ehemaligen in die Lehre genutzt werden (Gastvorträge in einzelnen Lehrveranstaltungen, Lehraufträge, gemeinsame Lehrveranstaltungen, Exkursionen, Bildung mehr spezifischer Netzwerke für einzelne Berufsfelder).

Nach Ansicht der Peers ist der Ausbau des Praxisbezugs aller Studiengänge der **Universität Hannover** Teil des notwendigen Profilbildungsprozesses. Die Erschließung von Berufsfeldern wird zum einen durch studentische Praktika ermöglicht. Sie sind in keinem der Studiengänge Pflicht, werden jedoch empfohlen. Aus der Absolventenstudie ergibt sich ein hohes Maß von Unzufriedenheit der ehemaligen Studierenden mit dem Praxisbezug ihres Studiums. Hier besteht also offenkundig Handlungsbedarf. Einschlägige Bemühungen der Fächer stehen erst am Anfang. Der Dekan informierte über ein mit einer halben BAT-IIa-Stelle ausgestattetes Berufspraxis- Projekt zur Berufsorientierung für Studierende der Sozial- und Geisteswissenschaften in Berufsfeldern der Wirtschaft und Verwaltung mit dem Titel „Mit Leibniz zu Bahlsen - Studierende in der Wirtschaft“; dessen konkrete Ausrichtung wurde den Gutachter/- innen jedoch während der Gespräche nicht klar erkennbar. Ferner gibt es eine Vortragsreihe, und es besteht die Absicht, Netzwerke von Ehemaligen zu bilden, die gegenwärtigen und zukünftigen Absolventen den Berufseinstieg in spezifischen Feldern erleichtern könnten.

Die Fächer müssen sich nach Ansicht der Gutachter/-innen in ihrem Kern mit der Praxis auseinandersetzen. Deshalb empfehlen sie, die Aktivitäten der Fächer zur Berufsfeldorientierung der Studierenden auszubauen und zu verstetigen. Die Vermittlung von Praktika und die Einstiegschancen in spezifischen Berufsfeldern sind gegenwärtig in erster Linie vom Engagement und den Arbeitskontakten einzelner Lehrender abhängig. Diese Basis durch mehr institutionalisierte Kooperation zu verbreitern, ist sicher lohnend. Der Arbeitsmarkt der Region Hannover bietet dafür gute Chancen.

An der **Universität Oldenburg** empfehlen die Gutachter/-innen in Hinblick auf die notwendige Profilbildung der Fächer, die regionale Bedeutung der Universität in Lehre und Ausbildung stärker zu be-

rücksichtigen. Ein systematischer Ausbau der Vermittlung zur beruflichen Praxis im Hochschulstudium schien der Kommission uneingelöst zu sein. Die Gutachter/-innen empfahlen, bei der anstehenden Profilbildung potentielle Berufsfelder für sozialwissenschaftliche Absolvent/-inn/en zu berücksichtigen und für die Studierenden Möglichkeiten zum Erwerb beruflicher Erfahrungen während des Studiums zu sondieren und auszubauen. Die Lehrenden sollten die Studierenden von Beginn des Studiums an zum Absolvieren studienbegleitender Praktika ermutigen. Der Fachbereich sollte des weiteren die Möglichkeiten einer Verlagerung des Praktikums von seiner derzeitigen Verortung im Grundstudium in das Hauptstudium sowie Möglichkeiten für die Einführung einer Betreuung von Praktika prüfen.

Während die BA/MA-Studiengänge an der **Universität Osnabrück** explizit berufsorientiert sind und daher einen ausgeprägten Praxisbezug aufweisen sollten, wenden sich die Magister-Studiengänge an einen eher wissenschaftsorientierten Studierendentypus, dessen Studium freilich auch in eine erfolgreiche Berufslaufbahn münden soll. Da nach allen einschlägigen empirischen Untersuchungen über den Berufseinstieg von Hochschulabsolventen/-innen insbesondere Praktika und Auslandserfahrungen als ein wichtiges Positivkriterium bei potentiellen Arbeitgebern gelten, sollte beides zumindest in den BA/MA-Studiengängen verpflichtend sein. Allerdings sieht nur einer der beiden Studiengänge ein Pflichtpraktikum vor, nämlich European Studies; von den Studierenden dieses Studienganges wird berichtet, dass sie häufig auch über das Pflichtmaß hinaus freiwillige Praktika machen, bei deren Vermittlung ihnen die Lehrenden behilflich sind. Im Fall der Social Sciences werden den Studierenden von den Lehrenden ähnliche "private" Hilfen angeboten wie bereits bisher in den übrigen Studiengängen, aber man sieht sich nicht in der Lage, Praktika obligatorisch zu machen, da dem Selbstbericht zufolge die Akquisition einer zureichenden Zahl von Plätzen mit den vorhandenen Mitteln des Fachbereichs nicht sichergestellt werden kann. Die Gutachter/-innen empfahlen, auf Fachbereichsebene eine Art Praktikumbüro einzurichten, das wesentlich von Studierenden für Studierende organisiert werden kann, aber von den Lehrenden und dem Fachbereichsrat - auch finanziell - unterstützt wird, um die insgesamt in Zukunft erheblich ansteigende Nachfrage nach (Pflicht-)Praktika befriedigen zu können. Des weiteren empfahl die Kommission, für den BA-European Studies die Einführung eines Auslands-Pflichtpraktikums zu erwägen.

#### 2.4.7 Beratung und Betreuung

Eine grundsätzliche Verbesserung des Beratungsangebots für Grund- und Hauptstudium wurde an den Universitäten Göttingen und Hannover empfohlen. Die Etablierung und verbindliche Finanzierung von Tutorien als festem Bestandteil des Grundstudiums wurde in Hannover und Oldenburg, die Einführung studienbegleitender Mentorien an den Standorten Braunschweig, Göttingen, Hannover und Oldenburg empfohlen. In Göttingen und Hannover sollten nach Auffassung der Kommission das Ausmaß und die Intensität der fachlichen Unterstützung, Beratung und Betreuung der Studierenden bei der Erarbeitung von Hausarbeiten sowie deren Nachbesprechung verbessert werden. Darüber hinaus wurde in Hannover die Einführung einer Zentralen Beratungsstelle für den Diplomstudiengang vorgeschlagen sowie die Einführung einer Lehrveranstaltungsevaluation, um u.a. auch die "schweigende Mehrheit" der Studierenden zu erreichen und empirisch verlässliches Material über die Urteile und Wünsche von Studierenden der einzelnen Fächer zu gewinnen.

An der **Technischen Universität Braunschweig** wurde die informelle und kooperative Atmosphäre gelobt; die obligatorische Studienberatung zu Beginn des Hauptstudiums hat nach Ansicht der Peers einen vorbildlichen Charakter.

An der **Universität Göttingen** äußerten die Studierenden den Wunsch nach einer Erweiterung von Beratungsangeboten außerhalb von Sprechstunden gemäß einer „Politik der offenen Tür“.

Die Studierenden an der **Universität Hannover** beklagen vor allem schwerwiegende Orientierungsprobleme in der Einstiegsphase und im Grundstudium. Sie wünschen sich eine klarere Differenzierung zwischen den Studiengängen und mehr Unterstützung der Lehrenden bei der Organisation und Gestaltung der Eingangsphase und bei den Modelltutorien.

An der **Universität Oldenburg** lobten die Studierenden das vielfältige Angebot an Examenskolloquien und die gute Betreuung der Abschlussarbeiten.

Die Beratung und Betreuung der Studierenden an der **Universität Osnabrück** kann nach Auffassung der Gutachter/-innen als vergleichsweise vorbildlich gelten. Die ansonsten durchaus kritischen Studierenden bewerteten die Beratungs- und Betreuungsleistung der Lehrenden in den sozialwissenschaftlichen Fächern uneingeschränkt positiv. Sowohl die Einführungswoche, die Ansprechbarkeit der Lehrenden, die über die Woche verteilten Mehrfach-Sprechstunden und das im Aufbau befindliche Mentorensystem wurden von den Studierenden sehr geschätzt. Auch die Gutachter/-innen waren der Ansicht, dass hier von den Lehrenden ein überdurchschnittlich hohes Engagement für ihre Studierenden gezeigt wird, das kaum verbesserungsfähig ist.

#### 2.4.8 Prüfungen

Die wichtigsten Themen in Hinblick auf die Prüfungsorganisation und -praxis waren die gemeinsame Verständigung über Standards zur Beurteilung von Leistungen, der Umfang der verpflichtenden Prüfungsanteile in den Studiengängen sowie Verbesserungen in der Organisation. Die Gutachter/-innen fanden am Standort Braunschweig eine insgesamt so überzeugende Situation vor, dass hier keine Empfehlungen notwendig waren. An allen anderen Standorten hielten es die Gutachter/-innen für erforderlich, verbindliche Einigungen über Kriterien und Standards der Leistungsbeurteilung herbeizuführen und darüber eine Transparenz für Lehrende und Studierende herzustellen.

Darüber hinaus sollte nach Ansicht der Peers an den Standorten Hannover und Oldenburg eine Verständigung über verpflichtende Prüfungsanteile in den Studiengängen stattfinden, in Hannover eine Erhöhung der Zahl der Leistungsnachweise erfolgen sowie in Oldenburg und Hannover eine Einführung der Benotung von Scheinen geprüft werden. Die Einführung von studienbegleitenden Prüfungen im Rahmen des ECTS-Systems wurde in Osnabrück für die BA/MA Studiengänge gelobt und ihr Modellcharakter für ein reformiertes Prüfungssystem anderer Studiengänge, deren Profil, internationale Ausrichtung und Curricularisierung in den kommenden Jahren verbessert werden soll, betont.

Die Existenz von festgesetzten Prüfungswochen innerhalb des Kalenderjahres an der TU Braunschweig nahmen die Peers lobend zur Kenntnis. Diese verbindliche Form der Prüfungsorganisation ermöglicht Lehrenden und Studierenden eine gute Übersicht und Planung; sie verhindert, dass Studierende vor allem in Examensphasen unnötig belastet werden und nicht zu Bittstellern für Leistungen werden, die zum Abschluss ihres Studiums selbstverständlich und notwendig sind. Die Einführung von allgemein verbindlichen Melde- und Prüfungsterminen auch als studienzeitverkürzenden Maßnahmen wurde an den Standorten Oldenburg und Göttingen empfohlen; am letztgenannten Standort sollten nach Auffassung der Kommission alle bisher zuständigen Stellen zu einem einzigen Prüfungsamt für alle Prüfungen an der Fakultät zusammengefasst werden.

Neben Beratung und Betreuung sind auch die Benotung von Scheinen und die Prüfungen eine Form der Leistungskontrolle und des Feedbacks, die nach Ansicht der Kommission vor allem in Studiengängen mit hoher Wahlfreiheit und den sich daraus häufig ergebenden Problemen von Orientierung und Individualisierung von hohem Wert sein können. Die Zwischenprüfung hat in diesem Zusammenhang nach Ansicht der Peers die Funktion einer kontrollierten Schwelle zwischen Grund- und Hauptstudium. In Braunschweig nahmen die Gutachter/-innen lobend zur Kenntnis, dass hier diese Praxis der Zwi-

schenprüfung gut funktioniert und darüber hinaus mit einer obligatorischen Beratung zu Beginn des Hauptstudiums verbunden ist. In Göttingen hingegen zeigte sich, dass die Zwischenprüfung z.T. erst kurz vor dem Abschlussexamen abgelegt wird; hier wurde empfohlen, Maßnahmen zur Absolvierung der Zwischenprüfung innerhalb verbindlich vorgegebener Fristen zu ergreifen.

In Hinblick auf die Examina zum Abschluss des Studiums wurde an den Standorten Hannover, Oldenburg und Osnabrück die Einführung von Klausuren in dem für diese Fächer üblichen Umfang empfohlen. Verbindliche Korrekturfristen für Abschlussarbeiten können nach Meinung der Peers ebenfalls studienzeitverkürzende Wirkung haben; die Einführung solcher Fristen wurde dem Oldenburger Fachbereich empfohlen.

Die Hauptlast der Prüfungsverantwortung sollte eindeutig bei der Gruppe der Professor/-inn/en liegen; der Hannoveraner Fachbereich sollte dies nach Ansicht der Peers in Zukunft wieder stärker gewährleisten. Eine Verbesserung der angemessenen Verteilung der Prüfungsbelastung unter den Lehrenden sollte vor allen Dingen in Göttingen und Osnabrück realisiert werden.

#### 2.4.9 Studienerfolg

Angesichts des hohen Niveaus der Abschlussnoten an allen Standorten stellt die Kommission fest, dass ein inflationär hohes Niveau die einzelne sehr gute Leistung entwertet, die Vergleichbarkeit von Abschlüssen nicht mehr gewährleistet ist und damit für den Arbeitsmarkt ein wichtiges objektives Kriterium zur Beurteilung von Absolvent/-innen entfällt. Deshalb empfahl sie den Lehrenden in Hannover, Oldenburg und Osnabrück bei der Notenvergabe das gesamte Spektrum auszuschöpfen.

Beim Thema Studienerfolg stellt sich unmittelbar die Frage des Maßstabes: Gilt ein Studium dann als erfolgreich, wenn Studierende ihren individuellen Interessen erfolgreich nachgehen konnten, auch ohne zwangsläufig einen Abschluss zu machen, oder gilt erst ein vollendetes Examen als Erfolg oder gar erst der erfolgreiche Einstieg in das Berufsleben. Angesichts dieser Schwierigkeiten ist der Studienerfolg grundsätzlich nur schwer zu messen. Als quantifizierbare Kriterien gelten das Verhältnis von Studierenden und Absolventen ("Schwundquote"), die Dauer des Studiums und die Integrationsfähigkeit in den Arbeitsmarkt. Ein Indikator, der im hochschulpolitischen Raum häufig zur Messung des Studienerfolges herangezogen wird, ist die sogenannte ‚Abbrecherquote‘, also derjenige Anteil an Studierenden, die sich zwar für einen Studiengang eingeschrieben haben, aber ohne Abschluss den Studiengang wieder verlassen. Dieser Anteil liegt in den Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik aus nachvollziehbaren Gründen (z.B. Parkstudierende; Scheinmatrikulation in NC-freiem Fach etc.) generell hoch.

Für den Sockel an Parkstudenten sind nach Ansicht der Peers eher die allgemeinen Bedingungen des deutschen Universitätssystems verantwortlich; ansonsten aber sind nach ihrer Auffassung die Abbrecher- und Schwundquoten durch erkennbare Profile, diversifizierte Studienangebote, gut strukturierte Studiengänge und angepasste Beratungs- und Betreuungsangebote beeinflussbar.

Das Institut für Sozialwissenschaften an der **Technischen Universität Braunschweig** hat zur Vorbereitung der Evaluation eingehende Analysen des Profils der Studierenden, des Studienverlaufs und des Studienabbruchs vorgenommen. Diese Analysen bilden für die beiden Fächer zweifellos eine wertvolle Informationsbasis zur Reflexion ihrer Aktivitäten.

Die vorliegenden Tabellen (s.u.) zeigen, dass die Soziologie und die Politikwissenschaft an der TU Braunschweig vergleichsweise kleinere Absolventenzahlen haben, als nach den Zahlen über Studienanfänger und Studierende zu erwarten wäre. Denkbar ist natürlich auch, dass sich für Braunschweig

eher Wanderungsverluste ergeben, weil das Angebot an fachlichen Spezialisierungen im Hauptfachstudium nicht sehr groß ist.

Im Selbstevaluationsbericht wird überzeugend darauf hingewiesen, dass in den Magisterstudiengängen viele Studierende eingetragen sind, bei denen ein Schein-Studium vorliegt oder bei denen das Studium aus verschiedenen Gründen, die weitgehend außerhalb des Einflusses der Hochschule liegen, nicht zu einem Abschluss kommt. Auch wird verständlich gemacht, dass es nicht seitens des Instituts als primäre Aufgabe gesehen wird, die Optik der Kennzahlen dadurch zu verbessern, dass man sich um eine Erschwerung der Immatrikulation bemüht; hingewiesen wurde auch auf deutliche Signale des Arbeitsmarktes, dass manche Unternehmen sich gerne Arbeitskräfte von einem zweiten Arbeitsmarkt der nicht ernsthaft Studierenden beschaffen.

Die Frage, ob über die bestehenden Beratungsangebote, Orientierungsveranstaltungen und die Einführungsveranstaltung hinaus weitere Beratungs- und Betreuungsaktivitäten für Studierende des Grundstudiums sinnvoll und erfolgreich wären, blieb jedoch offen.

Die durchschnittliche Studiendauer an der **Universität Göttingen** ist nach Auffassung der Peers zu lang und die Abbrecherquote zu hoch. Das Problem stellt sich hier in ähnlicher Weise wie an anderen niedersächsischen Hochschulen, aber vielleicht in etwas weniger gravierendem Maße. Interessant ist der deutliche Unterschied zwischen dem Diplom- und dem Magister-Studiengang und innerhalb des Magister-Studienganges zwischen Studierenden mit dem Hauptfach Politikwissenschaft bzw. dem Hauptfach Soziologie. Hier wäre weitere Forschung erforderlich, um zu testen, ob die im Bericht der Evaluationskommission enthaltenen Vermutungen über die Ursachen der Unterschiede tatsächlich zutreffen.

Die gegenwärtige Organisation des Prüfungswesens trägt nach Auffassung der Peers möglicherweise auch zur unnötigen Verlängerung der Studiendauer bei; dieser Faktor ist universitätsintern relativ leicht zu beheben ist.

Die Informationen über den Verbleib der Studierenden stammen aus der ersten Hälfte der 90er Jahre. Inzwischen hat die Fakultät Anschluss gefunden bei der Durchführung einer EU Studie, in deren Rahmen der Verbleib nicht nur der Diplom-Studierenden, sondern der gesamten Studierendenpopulation untersucht werden kann. Die Finanzierung ist gesichert, und das Projekt kann in Kürze starten. Die Gutachter/-innen begrüßen diese Initiative nachdrücklich. Ein Alumni-Vereinigung für die gesamte Universität befindet sich mittlerweile im Aufbau.

Die nicht quantifizierbaren Erlebnisberichte der Sozial- und Geisteswissenschaftler/-innen aus der Absolventenstudie der **Universität Hannover** zeigen, dass sich der Übergang ins Berufsleben auch für erfolgreiche Absolvent/-inn/en schwierig und umwegig gestaltet. Informationen über Studienabbrecher zu erhalten, ist naturgemäß äußerst schwierig, doch bietet eine Studierendenbefragung die Möglichkeit, wenigstens denkbare Motive für einen Studienabbruch zu ermitteln.

Bis zum Ende der Regelstudienzeit weisen alle sozialwissenschaftlichen Studiengänge in Hannover leicht sinkende Verbleibsquoten auf, doch bleibt es bei überlangen Studienzeiten. Im Diplomstudengang erreichen den Anlagen zum Selbstreport zufolge etwa 20 Prozent der Studienanfänger/-innen schließlich einen Abschluss.

Rückschlüsse im Bezug auf die Berufsfindung und die Integration in den Arbeitsmarkt erlaubt die Hannoveraner Absolventenstudie. Für alle Fächer ergibt sich, dass der Studienabschluss allein für einen schnellen und erfolgreichen beruflichen Einstieg kaum ausreicht. Die besten Chancen haben dieser Studie zufolge Absolvent/-inn/en mit Zusatzqualifikationen und guten Noten, die zügig studiert haben. Dies unterstreicht die bereits an anderer Stelle erörterte Notwendigkeit, den Praxisbezug der Studien-

gänge auszubauen und die Studierenden bei der Erschließung von Berufsfeldern systematisch zu unterstützen.

Beachtlich sind einzelne Unterschiede zwischen den Studiengängen. Absolvent/-inn/en des Magisterstudiengangs Sozialpsychologie sind am häufigsten arbeitslos (25 Prozent gegenüber 12 bis 14 Prozent in den anderen Studiengängen). Dies ist ein Ergebnis, das nach Auffassung der Gutachter/-innen bei der Diskussion um die Weiterführung bzw. die Neustrukturierung des Magisterstudiengangs Sozialpsychologie und der anstehenden Neubesetzung der C4-Professur nicht unberücksichtigt bleiben sollte.

An der **Universität Oldenburg** hat die bislang umfangreichste "Befragung Oldenburger Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen 1991-1995" gezeigt, dass es in allen Fächern zwar besonders die Absolventen/-innen der Magisterstudiengänge sind, die einen schwierigen Übergang in den Beruf erleben, dass jedoch alle Absolventengruppen in einem sehr hohen Ausmaß unzufrieden sind mit der Tatsache, dass ihnen während ihrer Hochschulsozialisation kaum Praxiserfahrungen vermittelt wurden.

In den beiden sozialwissenschaftlichen Fächern an der Universität Oldenburg sind - wie auch an anderen Universitäten - die Studienzeiten überlang und die Drop-out-Quoten hoch: Die mittlere Studiendauer in den drei Studiengängen liegt - laut Selbstreports - zwischen 1994 bis 1998 bei 12 bis zu knapp 15 Semestern.

Nach Ansicht der Kommission muss besorgt zur Kenntnis genommen werden, dass unter den telefonisch befragten Exmatrikulierten aus den Studiengängen Diplom-Sozialwissenschaften und Magister Soziologie immerhin 28,5% zu echten Studienabbrechern/-innen (d.h. nach längerer Studiendauer bzw. ernsthaftem Studium) zu zählen sind. Zusätzlich gibt es unter den Studierenden eine noch größere Drop-out-Gruppe, nämlich 55%. Diese haben allerdings ihr sozialwissenschaftliches Studium nur aus pro-forma-Gründen begonnen, weil sie beispielsweise Wartezeiten bis zu Berufseintritt oder Zulassung zum eigentlich gewünschten Studiengang überbrücken wollten. Unter diesen Pro-forma-Immatrikulierten des Diplomstudiengangs Sozialwissenschaften hatte die Hälfte bereits einen Studienabschluss; bei ihnen existiert nicht unbedingt der Wunsch nach einem weiteren Studienabschluss.

Die Gutachter/-innen schlagen den Fachvertretern/-innen vor, das Schwundproblem als eine Herausforderung anzunehmen, neue Arten von Studien- und zertifizierbaren Bildungsangeboten zu entwickeln. In Globalhaushalten mit indikatorengesteuerter Mittelverteilung könnte dann sogar aus dem Negativ-Kriterium Studienabbruch ein neues anrechenbares Leistungskriterium werden.

Der Anteil der Studienabbrecher ist auch an der **Universität Osnabrück** nicht höher als an anderen Hochschulstandorten. Der BA/MA-Studiengang European Studies stellt hier nachgerade eine positive Ausnahme dar, die wesentlich auf die hochgradig selektive Studierendenpopulation zurückzuführen sein dürfte. Angesichts der Unübersichtlichkeit der Motivlagen, die sich hinter den sogenannten ‚Abbrechern‘ verbergen, erscheint es den Gutachter/-innen angebracht, ein etwas klareres Bild zu gewinnen, um den ‚eigentlichen‘ Problemfällen ein entsprechendes Beratungs- und Betreuungsangebot unterbreiten zu können. So wäre beispielsweise an den Aufbau einer internen Studierendenkartei zu denken, in die die jeweils erbrachten Studienleistungen eingetragen werden (beim BA/MA Social Sciences wegen der studienbegleitenden Prüfungen ohnehin zwingend), um auf diese Weise die sogenannten Scheinstudierende herauszufiltern, die weniger an einem Studium als - aus bekannten Gründen - vielmehr am formalen Studierendenstatus interessiert sind. Gleichzeitig könnte das Angebot der Zertifizierung von Teilstudienleistungen auch dazu beitragen, diejenigen Studierenden zu identifizieren, die zwar inhaltlich interessiert sind, jedoch nicht unbedingt an einem der bisherigen Studienabschlüsse. Auf diese Weise ließe sich auch der Studienerfolg dieses Typus von Studierenden angemessen dokumentieren.

Die verbleibende Gruppe an Abbrechern, die ursprünglich angetreten waren, um ein ordnungsgemäßes Studium mit einem der bislang üblichen Abschlüsse zu absolvieren, diesen Versuch aber abbrechen, stellt die eigentlich relevante Problemgruppe dar, auf die sich die Fächer dann konzentrieren könnten. Möglicherweise gelingt es, mittels des Mentorensystems hier die Abbrecherquote in den Griff zu bekommen; auf jeden Fall kann dieses System mit Blick auf potentielle Abbrecher/-innen als ‚Frühwarninstanz‘ genutzt werden. Die Kommission empfiehlt den Fächern, sich z.B. durch eine interne Studierendenkartei einen Überblick über die Zahl der Studierenden und die Intensität ihres Studiums zu verschaffen.

Dem Osnabrücker Fachbereich wurde darüber hinaus empfohlen, Maßnahmen zu ergreifen, um auch die weniger guten Studierenden zum Examen zu führen.

Hinsichtlich der späteren Einmündung ins Berufsleben vermittelt die Absolventen-Befragung einen gewissen Einblick, der aber im Selbstbericht methodenkritisch hinterfragt und relativiert wird. Insgesamt scheinen sich die Ergebnisse der Osnabrücker Absolventen-Befragung allerdings mit den Befunden ähnlicher Untersuchungen an anderen Hochschulen zu decken, diese Untersuchungen sprechen von einem relativen Arbeitsmarkterfolg der Absolvent/-innen, der ihnen aber nicht einfach zufließt, sondern erarbeitet werden will und ein hohes Maß an Flexibilität gerade in der beruflichen Einstiegsphase erfordert. Die Gutachter/-innen empfahlen den Fächern, Maßnahmen zu ergreifen, um Absolventen in Zukunft besser an sich zu binden, etwa in Form von Alumni-Vereinigungen. Dies würde es nicht nur erleichtern, den Studienerfolg der erfolgreichen Studierenden in terms von Berufsbiografien auch über einen längeren Zeitraum hinweg systematisch zu erfassen, sondern auch die Suche nach Praktikaplätzen weniger aufwendig gestalten sowie dazu beitragen, Netzwerke in unterschiedlichen Praxisfeldern aufzubauen, was dann auch späteren Absolventen/-innen den beruflichen Ersteinstieg erleichtern könnte.

Die folgenden Tabellen stellen vergleichend die Absolventenzahlen, Studierende in der Regelstudienzeit und die durchschnittliche Studiendauer dar.

Studiengänge Abschlussart	TU Braunschweig	U Göttingen	U Hannover	U Oldenburg	U Osnabrück	Niedersachsen
European Studies (BA/MA)			<sup>1)</sup>		6 <sup>1)</sup>	6
Politikwissenschaft (Magister)	11	17	28	19	14	89
Social Sciences (BA/MA)					<sup>5)</sup>	
Sozialpsychologie (Magister)			7			7
Sozialwissenschaften (Diplom)		90	66	21	<sup>2)</sup>	177
Soziologie (Magister)	8	12	10	7	7	44
Medienwissenschaften (Magister)	<sup>3)</sup>					
Publizistik und Kommunikationswissenschaft (Magister)		<sup>4)</sup>				

<sup>1)</sup> Aufbaustudiengang (M.A.) geplant

<sup>2)</sup> auslaufend

<sup>3)</sup> seit WS 97/98

<sup>4)</sup> als Magister-Hauptfach geplant

<sup>5)</sup> Beginn ab WS 1999/2000

<sup>\*)</sup> Eingerichtet zum Sommersemester 1993

Tabelle 8: Absolventen/-innen nach Abschlussart im Hauptfach nach Studiengängen für das Studienjahr 1997

TU Braunschweig												
Studiengang/ Abschlussart	Studienjahr 93		Studienjahr 94		Studienjahr 95		Studienjahr 96		Studienjahr 97		Studienjahr 98	
	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen
Personalentwicklung	3	0	k.A.	k.A.	8	4	10	3	13	8		
Politische Wiss. Magister	12	4	8	3	7	3	13	8	11	2		
Soziologie Magister	0	0	1	1	5	5	1	1	8	6		
<b>Summe Absolventen</b>	<b>15</b>	<b>4</b>	<b>9</b>	<b>4</b>	<b>20</b>	<b>12</b>	<b>24</b>	<b>12</b>	<b>32</b>	<b>16</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>

Uni Göttingen												
Studiengang/ Abschlussart	Studienjahr 93		Studienjahr 94		Studienjahr 95		Studienjahr 96		Studienjahr 97		Studienjahr 98	
	Insges.	Frauen										
Sozialwissenschaft Diplom	47	22	72	35	78	53	71	44	90	50	94	49
Politikwissenschaft Magister	6	k. A.	10	k. A.	14	6	16	4	17	4	29	9
Soziologie Magister	9	k. A.	4	k. A.	7	4	13	5	12	6	19	10
Sozialkunde LG					17	9	22	9	23	17	20	14
<b>Summe Absolventen</b>	<b>62</b>	<b>22</b>	<b>86</b>	<b>35</b>	<b>116</b>	<b>72</b>	<b>122</b>	<b>62</b>	<b>142</b>	<b>77</b>	<b>162</b>	<b>82</b>

Uni Hannover												
Studiengang/ Abschlussart	Studienjahr 93		Studienjahr 94		Studienjahr 95		Studienjahr 96		Studienjahr 97		Studienjahr 98	
	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen
Politische Wiss. Magister							31	13	28	14	28	14
Sozialpsychologie Magister							9	7	7	5	16	12
Soziologie Magister							14	6	10	2	12	8
Sozialwissenschaften Diplom	54		40		55	34	62	33	66	38	69	43
Sozialkunde LR							6	0	3	1	2	0
Sozialkunde LG							3	0	1	1	4	3
Gemeinschaftsk./Pol. LBS							0	0	1	0	0	0
<b>Summe Absolventen</b>							<b>125</b>	<b>59</b>	<b>116</b>	<b>61</b>	<b>131</b>	<b>80</b>

Uni Oldenburg												
Studiengang/ Abschlussart	Studienjahr 93		Studienjahr 94		Studienjahr 95		Studienjahr 96		Studienjahr 97		Studienjahr 98	
	Insges.	Frauen										
Sozialwissenschaft Diplom	16	9	21	9	17	9	20	7	21	6	24	14
Politikwissenschaft Magister	11	4	10	6	14	4	21	9	19	8	7	3
Soziologie Magister	7	5	6	4	5	4	6	3	7	6	5	3
Gemeinschaftskunde LBS	6	k.A.	8	5	28	15	33	14	23	6	22	12
<b>Summe Absolventen</b>	<b>40</b>	<b>18</b>	<b>45</b>	<b>24</b>	<b>64</b>	<b>32</b>	<b>70</b>	<b>33</b>	<b>70</b>	<b>26</b>	<b>58</b>	<b>32</b>

Uni Osnabrück												
Studiengang/ Abschlussart	Studienjahr 93		Studienjahr 94		Studienjahr 95		Studienjahr 96		Studienjahr 97		Studienjahr 98	
	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen	Insges.	Frauen
Politikwissenschaft Magister			12	6	23	10	18	9	14	5	14	6
• Promotion			1	0	1	0	–	–	–	–	–	–
Soziologie Magister			–	–	5	4	4	–	7	2	14	11
• Promotion			3	–	8	2	5	1	4	3	6	–
Europäische Studien Mag.			–	–	5	3	6	5	6	6	12	8
<b>Summe Absolventen</b>	<b>k.A.</b>	<b>k.A.</b>	<b>16</b>	<b>6</b>	<b>42</b>	<b>19</b>	<b>33</b>	<b>15</b>	<b>31</b>	<b>16</b>	<b>46</b>	<b>25</b>

Tabelle 9: Absolventen/-innen nach Abschlussart im Hauptfach Studienjahr 1993 - 1997 nach Standorten

		TU Braunschweig																			
Studiengang/ Abschlussart	WS	Studierende im Fachsemester																			
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18 u.m	RSZ	ges.
Personalentwicklung	97/98	35	1	16	0	23	0	21	3	14	1	7	0	3	1	5	0	4	6	114	140
Politische Wiss. Magister		133	70	78	46	48	31	34	28	39	20	22	6	20	13	8	7	11	42	527	656
Soziologie Magister		156	75	83	42	38	28	33	28	30	17	15	6	11	15	6	1	5	20	530	609
<b>Summe Studierende</b>		<b>324</b>	<b>146</b>	<b>177</b>	<b>88</b>	<b>109</b>	<b>59</b>	<b>88</b>	<b>59</b>	<b>83</b>	<b>38</b>	<b>44</b>	<b>12</b>	<b>34</b>	<b>29</b>	<b>19</b>	<b>8</b>	<b>20</b>	<b>68</b>	<b>1171</b>	<b>1405</b>

		Uni Göttingen																			
Studiengang/ Abschlussart	WS	Studierende im Fachsemester																			
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18 u.m	RSZ	ges.
Sozialwissenschaft Diplom	97/98	118	59	101	112	176	97	110	73	93	60	58	54	56	29	30	14	18	79	999	1337
Politikwissenschaft Magister		50	26	46	32	39	26	38	26	43	35	22	12	35	20	26	10	18	57	361	561
Soziologie Magister		59	103	137	83	90	53	64	44	48	37	33	13	32	10	7	15	11	75	118	914
Sozialkunde LG		25	14	29	5	17	15	21	8	15	10	14	10	19	7	15	2	2	16	159	244
Publizistik MA/NF		73	32	61	36	43	26	40	16	48	19	30	26	33	11	20	13	10	83	375	620
Sozialpolitik MA/NF		15	7	8	4	4	2	2	2	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	44	47
<b>Summe Studierende</b>		<b>340</b>	<b>241</b>	<b>382</b>	<b>272</b>	<b>369</b>	<b>219</b>	<b>275</b>	<b>169</b>	<b>249</b>	<b>161</b>	<b>158</b>	<b>115</b>	<b>175</b>	<b>77</b>	<b>98</b>	<b>54</b>	<b>59</b>	<b>310</b>	<b>2656</b>	<b>3723</b>

		Uni Hannover																			
Studiengang/ Abschlussart	WS	Studierende im Fachsemester																			
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18 u.m	RSZ	ges.
Politische Wiss. Magister	97/98	133	233	80	40	80	15	138	50	96	39	83	27	55	28	48	28	29	146	865	1348
Sozialpsychologie Magister		95	60	73	41	61	30	61	24	44	16	35	18	21	14	26	8	8	54	489	689
Soziologie Magister		94	215	81	260	126	17	50	38	55	15	29	19	41	26	34	8	10	103	936	1221
Sozialwissenschaften Diplom		126	281	91	11	194	188	74	46	111	52	52	24	82	26	40	23	19	145	1174	1585
Sozialkunde LR		12	0	12	0	11	0	8	1	14	3	12	0	2	4	5	1	1	7	44	93
Sozialkunde LG		31	2	16	2	16	3	14	3	12	4	14	1	3	1	0	1	0	3	103	126
Gemeinschaftsk./Pol. LBS		65	1	55	3	69	1	63	3	32	0	18	1	4	0	2	0	2	5	292	324
<b>Summe Studierende</b>			<b>556</b>	<b>792</b>	<b>408</b>	<b>357</b>	<b>557</b>	<b>254</b>	<b>408</b>	<b>165</b>	<b>364</b>	<b>129</b>	<b>243</b>	<b>90</b>	<b>208</b>	<b>99</b>	<b>155</b>	<b>69</b>	<b>69</b>	<b>463</b>	<b>3903</b>

		Uni Oldenburg																			
Studiengang/ Abschlussart	WS	Studierende im Fachsemester																			
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18 u.m	RSZ	ges.
Sozialwissenschaft Diplom	97/98	121	71	70	45	58	39	41	21	40	16	25	24	32	11	23	8	2	63	506	710
Politikwissenschaft Magister		82	38	26	28	36	32	21	19	42	7	21	13	21	10	19	9	9	29	324	462
Magister 1. + 2. Hauptfach		23	10	9	8	10	4	10	1	10	3	4	7	7	2	1	4	4	7	85	124
Magister Nebenfach		81	35	28	17	17	13	12	18	16	19	30	13	14	9	10	6	3	17	237	358
Soziologie Magister		22	10	10	3	5	5	4	2	9	2	3	7	1	1	0	0	6	6	70	96
Magister 1. + 2. Hauptfach		26	0	24	3	23	3	32	5	27	7	14	1	5	1	7	0	0	11	143	189
Magister Nebenfach		0	0	1	1	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	4	5
<b>Summe Studierende</b>			<b>355</b>	<b>164</b>	<b>168</b>	<b>105</b>	<b>149</b>	<b>98</b>	<b>120</b>	<b>66</b>	<b>144</b>	<b>54</b>	<b>97</b>	<b>65</b>	<b>80</b>	<b>34</b>	<b>61</b>	<b>27</b>	<b>24</b>	<b>133</b>	<b>1369</b>

		Uni Osnabrück																		
Studiengang/ Abschlussart	WS	Studierende im Fachsemester																		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	> 13			RSZ	ges.	
Politikwissenschaft Magister	97/98	80	0	31	1	27	1	27	2	19	5	14	10	14				48	188	279
• Promotion		3	4	2	-	3	-	1	1	-	-	-	-	-				3		17
Soziologie Magister		105	0	39	0	25	0	36	1	36	15	21	6	12				31	242	327
• Promotion		4	8	1	5	5	6	2	3	1	1	1	-	2				18		57
Europäische Studien Magister		25	1	20	-	18	2	11	4	8	1	-	-	2				0	90	92
<b>Summe Studierende</b>		<b>217</b>	<b>13</b>	<b>93</b>	<b>6</b>	<b>78</b>	<b>9</b>	<b>77</b>	<b>11</b>	<b>64</b>	<b>22</b>	<b>36</b>	<b>16</b>	<b>30</b>				<b>100</b>	<b>520</b>	<b>772</b>

Tabelle 10: Studierende der Standorte nach Fachsemestern

Studiengänge Abschlussart	TU Braunschweig	U Göttingen	U Hannover	U Oldenburg	U Osnabrück
European Studies (BA/MA)					8,5
Politikwissenschaft (Magister)	14,1	13,3	12,8	12,3	12,3
Sozialpsychologie (Magister)			14,3		
Sozialwissenschaften (Diplom)		11,5	14,5	15	
Soziologie (Magister)	12,7	16,6	14,8	14,2	11

Tabelle 11: Studiendauer (arithmetisches Mittel) in Fachsemestern für das Studienjahr 1997 nach Studiengängen

## 2.5 Rahmenbedingungen

### 2.5.1 Personalbestand und -entwicklung

Der wissenschaftliche Personalbestand (ohne Drittmittel-Beschäftigte) umfasste zum Zeitpunkt der Begutachtung an der **Technische Universität Braunschweig** in der Politikwissenschaft zwei C4-Professuren, zwei Akademische Räte, einen wissenschaftlichen Assistenten sowie einen wissenschaftlichen Mitarbeiter und in der Soziologie eine C4-Professur, drei C2-Professuren, drei Akademische Räte und zwei Wissenschaftliche Mitarbeiter. Hinzu kommen insgesamt fünf Lehrbeauftragte, drei Honorarprofessoren und vier Stellen für das Sekretariat. Von den insgesamt sechs Hochschullehrerpositionen ist eine mit einer Frau besetzt, von den anderen neun Wissenschaftlerpositionen sind drei mit Frauen besetzt.

Beide Fächer liegen mit diesem Personalbestand nach Auffassung der Peers unter dem Niveau dessen, was Wissenschaftsrat und Fachgesellschaften als Grundausstattung zur Durchführung eines Magisterstudienganges in diesen Fächern empfehlen. Die Kommission erfuhr von den Fachvertretern/-innen, dass trotz der daraus resultierenden begrenzten Auswahl von Schwerpunkten in der zweiten Studienphase die erfolgreiche Beendigung des Hauptstudiums den Absolventen/-innen sehr gute regionale Berufschancen ermöglicht.

Als Lehrkapazität werden im Selbstevaluationsbericht 135 Semesterwochenstunden errechnet, dem 165 Stunden (122%) Lehrauslastung entgegenstehen. Die Lehrnachfrage für die Magisterstudiengänge Soziologie- und Politikwissenschaft macht insgesamt die Hälfte aus; die zweite Hälfte sind Lehrleistungen für andere Fächer.

Durch ein Drittmittelaufkommen von durchschnittlich 0,8 bis 1,0 Million DM jährlich in den letzten drei Jahren werden einige Drittmittelbeschäftigte finanziert, die z.T. auch zusätzlich zur Lehre beitragen. Der Umfang wurde im Bericht nicht quantifiziert.

Die Medienwissenschaften werden nach Planung der Technischen Universität Braunschweig am ISW ausgebaut, ohne dass dies die personellen Folgen für die Politikwissenschaft und Soziologie hat. Zum Zeitpunkt der Begutachtung stellte sich die Situation des Faches folgendermaßen dar: Für 5-8 Jahre wird ad personam die Professur für Medienrecht besetzt, und in Kooperation mit dem „Institut für den Wissenschaftlichen Film“ in Göttingen eine Professur für Medienwissenschaften eingerichtet. An dem Lehrangebot insgesamt sind vier Fachbereiche der Technischen Universität Braunschweig, die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig und das Institut für den Wissenschaftlichen Film in Göttingen beteiligt.

In der Diagnose von Problemen der gegenwärtigen Personalstruktur stimmen Fachvertreter/-innen und Kommission weitgehend überein: Zur Stabilität und Planungssicherheit des Faches Soziologie wäre eine weitere C4-Professur von großer Wichtigkeit. Nach Einschätzung der Beteiligten wäre eine Beset-

zung des Fachgebiets Empirische Sozialforschung von größter Dringlichkeit. Die Kommission empfiehlt dem Fachbereich und der Hochschulleitung, gemeinsam die Möglichkeiten zur Schaffung einer weiteren C4-Professur in der Soziologie für das Fachgebiet Empirische Sozialforschung zu prüfen. Vorgeschlagen wurde, eine solche Besetzung durch Vorwegnahme und entsprechenden k.w.-Vermerk zu ermöglichen.

Die Gutachter/-innen empfehlen des weiteren, die Möglichkeiten für eine Umwandlung der jetzt freierwerdenden Ratsstellen in Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu prüfen. Allerdings würde sich bei einem Ersatz der akademischen Räte durch Nachwuchswissenschaftler/-innen der Umfang der Lehrkapazität verringern. Sowohl in der Planung der Universität insgesamt als auch der des Fachbereichs ist vorgesehen, dass die personelle Kapazität der Fächer Politikwissenschaft und Soziologie mittelfristig weder schrumpft noch wächst.

Daneben gibt es eine Professur für Politikwissenschaft (in Verbindung mit einer akademischen Ratsstelle und einer Sekretariatsstelle), die aus persönlichen Gründen nicht in den Integrationsprozess der beiden Fächer in das ISW einbezogen worden ist, sondern im Fachbereich Erziehungswissenschaft ressortiert. Da dadurch Lehrleistungen in der Lehrerbildung abgedeckt werden, die sonst das ISW abzudecken hätte, ist dies für die Lehrbelastung nicht von großem Gewicht. Die Kommission empfahl, die Professur für Politikwissenschaft, die derzeit nicht im ISW ressortiert, nach Ausscheiden des Stelleninhabers zusammen mit der personellen Ausstattung dem ISW zuzuordnen.

Des weiteren empfahlen die Gutachter/-innen, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium und den Nachbaruniversitäten zu prüfen, ob in verstärktem Maße mit teilzeitlicher Übernahme von Lehraufgaben an anderen Hochschulen bzw. durch eine Übersiedlung von Stellen von einer anderen Universität (möglicherweise von Hannover) die Lehrkapazität bzw. die personelle Kapazität der Sozialwissenschaften in Braunschweig vergrößert werden kann. Die bereits bestehende Ergänzung des bestehenden Lehrpersonals durch Lehraufträge an Angehörige der Universität Göttingen im Bereich der empirischen Sozialforschung wurde als begrüßenswert, jedoch nicht als ausreichend empfunden.

Der Personalbestand der Fakultät an der **Universität Göttingen** konnte nach Auskunft der Fachvertreter/-innen in den landesweiten Streichungsrunden insgesamt einigermaßen gehalten werden. In den Fächern Soziologie und Politikwissenschaft reicht der Personalbestand in etwa aus, um die anstehenden Aufgaben zu erfüllen. Lücken bestehen jedoch in der Breite des Angebots für Lehramtskandidat/-inn/en. Im Fach Publizistik und Kommunikationswissenschaft ist der Personalbestand im Hinblick auf die Studierendenzahlen zu knapp.

Überall wird ein großer Teil der Lehrveranstaltungen durch Lehrbeauftragte angeboten; nach Auffassung der Peers kann das - wie im Falle der Publizistik - sehr sinnvoll sein, um den Praxisbezug zu intensivieren. Aber es kommt meist nicht der Koordination der Lehrveranstaltungen zugute.

Problematisch ist nicht allein der Personalbestand, sondern auch die Personalstruktur, vor allem die Altersstruktur und das Geschlechterverhältnis. Die Altersstruktur entspricht einer auf dem "Kopf" stehenden Pyramide. Dies bringt eine Reihe von Auswirkungen mit sich:

- die Impulse für eine Erneuerung bleiben beschränkt;
- der Abstand zwischen Lehrenden und Studierenden nimmt immer mehr zu;
- das Beratungsangebot wird weniger genutzt, weil die Studierenden eine größere Distanz auch dort wahrnehmen, wo sie gar nicht beabsichtigt wird;
- die Chance der Diskontinuität steigt, wenn innerhalb einer kurzen Zeitspanne ein großer Teil der Stellen vakant wird.

Am Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien (ZENS) steht die Wiederbesetzung einer C4-Stelle mit einer Denomination für International vergleichende Sozialforschung an. Die Kommission empfahl eine zügige Wiederbesetzung unter Berücksichtigung der Planungen von Lehr- und Studienangeboten, der fachlichen Profilbildung sowie der Frauenförderung.

Bezogen auf die Studierendenzahlen in den vier Studiengängen ist die Personalausstattung der Fächer an der **Universität Hannover** nicht üppig, aber auch nach Auffassung der Kommission nicht dramatisch schlecht. Für das Wintersemester 1997/98 ergibt sich, berücksichtigt man nur die Professuren (20) und die wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Dauerstellen (9) eine Betreuungsrelation von 167 Studierenden pro Lehrendem. Diese Zahl muss jedoch relativiert werden. Zum einen lässt das Verhältnis von Studierendenzahlen und Absolventenzahlen („Schwundquote“) darauf schließen, dass die tatsächliche Nachfrage nach Lehrveranstaltungen und Betreuungsleistungen erheblich unter der statistisch anzunehmenden liegt. Zum anderen klagen weder Lehrende noch Studierende über überfüllte Lehrveranstaltungen, mit Ausnahme einiger weniger Einführungsveranstaltungen. Allerdings schätzt das Psychologische Institut, d.h. das personell kleinste der drei sozialwissenschaftlichen Institute, die Situation der überfüllten Lehrveranstaltungen weit drückender als in den anderen Instituten ein. Hier, wie in anderen Punkten, verhindern jedoch fehlende Daten eine gesicherte Einschätzung. Daten über Soll- und Ist-Nachfrage und die Teilnehmerzahlen in Lehrveranstaltungen werden bisher in keinem der Institute erhoben.

Ungünstig ist das Verhältnis von Professoren- und Qualifikationsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, doch soll dies Missverhältnis dadurch abgebaut werden, dass künftig freiwerdende C2-Dauerstellen in C1-Stellen umgewandelt werden.

Den gegenwärtigen wissenschaftliche Personalbestand an der **Universität Oldenburg** erläutern beide Fächer in deren Selbstreports. Das herausragendste Charakteristikum in der Personalstruktur ist die Tatsache, dass es in beiden Fächern keine Nachwuchsstellen gibt. Das hat nach Meinung der Peers besonders negative Auswirkung auf die Förderung von Frauen in der Wissenschaft.

Nach Aussage der Betroffenen ist das Verhältnis zwischen den Akademischen Räten und den Professoren/-innen durch gegenseitige Anerkennung gekennzeichnet. Die Akademischen Räte sind völlig selbständig in Lehre und Prüfungen; allerdings beklagen sie die relativ hohe Prüfungsbelastung.

Die Gutachter/-innen haben bereits im Rahmen der bestehenden institutionellen Zersplitterung auf die Schwierigkeiten von kritischen Dialog- und Kommunikationsprozessen hingewiesen. Unter dem Stichwort Personalentwicklungsplanung stießen die Gutachter/-innen noch auf ein anderes Informationsdefizit: Laut Fachbereichsentwicklungsplan vom Dezember 1997 sind für die zukünftige Entwicklung im Fachgebiet Politikwissenschaft insgesamt sieben C-Stellen vorgesehen und vier weitere sind als wünschenswert bezeichnet worden. Das Fach Soziologie soll ebenfalls durch sieben Professuren abgesichert sein (zusätzlich zu sechs Schwerpunktbereichen ist eine Stelle für Allgemeine Soziologie - Theorie und Geschichte - notwendig). Darüber hinaus sollen zwei fach- und studienübergreifende Professuren (Frauenforschung und Soziale Probleme/Soziologie Kontrolle) ihre derzeitige Zuordnung zum Fach Soziologie beibehalten. Für die beiden Fächer ist dieser Beschluss des Fachbereichs Sozialwissenschaften vom Dezember 1997 bisher die handlungsorientierende Richtschnur.

Während der Begutachtung nahm die Kommission zur Kenntnis, dass die Hochschulleitung auf der Grundlage eines Senatsbeschlusses vom November 1998 für beide Fächer mit einem sogenannten "Qualitativen Soll" von jeweils fünf C4/C3 Stellen plant, denen dann durch Umwandlung der derzeitigen A13/A14-Stellen "entlang der Alterspyramide" jeweils 1 bis 1,5 Nachwuchsstellen zugeordnet werden sollen. Dieser offene Widerspruch sollte nach Ansicht der Kommission baldmöglichst geklärt werden und empfahl dem Fachbereich und der Hochschulleitung, sich für die anstehende Profilbildung und Personalplanung der Fächer auf einen gemeinsamen Informationsstand zu bringen.

Die sozialwissenschaftlichen Fächer an der **Universität Osnabrück** werden - wie anderswo auch - in den nächsten Jahren einen dramatischen personellen Umbruch erleben, der Chancen und Risiken birgt. Gegenwärtig sind die drei Fächer stellenmäßig vergleichsweise unterschiedlich ausgestattet. Der Stellenbestand umfasst dem Selbstreport zufolge aktuell in der Politikwissenschaft zwei C4-Professuren, zwei C3-Professuren, eine C2-Professur, eine Hochschuldozentenstelle sowie eine BAT Ila-Stelle als wissenschaftliche Nachwuchsstelle, in der Sozioökonomie eine C4-Professur sowie eine C3-Professur sowie eine ½ BAT Ila-Stelle und in der Soziologie zwei C4-Professuren, zwei C3-Professuren, drei Hochschuldozentenstellen, zwei Stellen für Akademische Oberräte und drei C1-Stellen, von denen eine gegenwärtig in die Geographie verlagert ist; hinzu kommen eine C3-Professur, eine Akademische Oberratsstelle sowie ½ BAT Ila-Stelle für den Bereich der Methodenausbildung.

Es ist erkennbar, dass sich hier in zweifacher Hinsicht eine Schieflage in der Stellenstruktur herausgebildet hat: Zum einen zwischen den Statusgruppen; durch den großzügigen Ausbau der Dauerstellen im Mittelbau hat man zwar auf der einen Seite soziale Sicherheit für die Beschäftigten auf diesen Stellen hergestellt und mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand das Lehrdeputat der Fächer vergrößert, auf der anderen Seite aber die Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs über Gebühr reduziert, so dass es aktuell nicht hinreichend Qualifikationsstellen in den sozialwissenschaftlichen Fächern gibt. Zum anderen gibt es aber auch eine offensichtliche Schieflage zwischen den Fächern - und hier insbesondere zwischen den beiden ‚großen‘ Fächern Politikwissenschaft und Soziologie. Diese Schieflage ist nur aus der Vergangenheit erklärlich, aber durch die aktuell real bestehenden Lehrbelastungen der beiden Fächer nicht gedeckt.

Auf beide Schieflagen wird offensichtlich in der mittelfristigen Strukturplanung reagiert: So sind in den Planungen zum einen die Rückwandlung von früheren Dauerstellen in BAT Ila- bzw. C1-Stellen vorgesehen; diese Entwicklung begrüßten die Gutachter/-innen mit Nachdruck. Zum anderen werden die Differenzen zwischen der Politikwissenschaft und der Soziologie in gewisser Hinsicht eingeebnet, indem die Soziologie einen erheblichen Stellenabfluss erfahren wird, der das Lehrdeputat erheblich reduzieren wird. Gleichzeitig wird sich das Lehrdeputat des Faches Politikwissenschaft durch Umwandlung von Dauer- in Zeitstellen - trotz Neuzuweisung einer BAT Ila-Stelle - ebenfalls, wenn auch in weit geringerem Umfang, reduzieren.

Das Fach Politikwissenschaft muss nach Meinung der Peers überlegen, wieviele Studiengänge es mit diesen Kapazitäten bedienen kann und sollte. Die nach dem Ende der Stellenrestrukturierung hergestellte Gewichtung zwischen den Fächern scheint der heutigen Nachfragesituation angemessener zu sein als die gegenwärtige Stellenverteilung. Auf jeden Fall sollte aber in Zukunft von der Hochschulleitung sichergestellt werden, dass ‚erfolgreiche‘ Studiengänge durchaus damit rechnen können - zumindest befristet - zusätzliche Stellen aus dem zentralen Stellenpool zu erhalten.

Bei der Begehung wurden die Gutachter/-innen mit einer Stellenfrage konfrontiert, und zwar betreffend der gegenwärtig vakanten C4-Professur Soziologie. Diese Stelle ist von der Hochschulleitung nicht zur Wiederbesetzung, sondern nur zur Vertretung freigegeben worden, da man erst eine Evaluation des neu ins Leben gerufenen BA/MA-Studiengangs ‚Social Sciences‘ abwarten möchte, bevor man langfristig eine solche Ressource an ein Fach bindet, für das man - bei eventueller negativer Evaluation des Studienganges - keine größere Zukunft an der Universität Osnabrück mehr sieht. Das Fach Soziologie hält hingegen die Neubesetzung dieser Professur für entscheidend für das Gelingen eben dieses neuen Studienganges, da über die neue Professur vor allem der Schwerpunkt ‚International vergleichende Sozialwissenschaft‘ abgedeckt werden soll, der für die spezifische Profilbildung des BA/MA-Studiengangs zentral ist. Angesichts dieser verfahrenen Situation, die auf eine Art negativer ‚self-fulfilling prophecy‘ für den neuen Studiengang bei wechselseitiger Schuldzuschreibung zwischen Fach und Hochschulleitung hinauszufließen droht, haben die Gutachter/-innen folgende Empfehlung ausgesprochen: Die Stelle sollte baldmöglichst mit der Denomination ‚International vergleichende Sozialwissenschaften‘ ausgeschrieben werden, wobei durch eine entsprechende Besetzung der Beru-

funktionssicherung sichergestellt werden sollte, dass die Stelle mit der zu berufenden Person im nicht zu erhoffenden Fall des Scheiterns des BA/MA ‚Social Sciences‘ auch in den international orientierten politikwissenschaftlichen Studiengängen eingesetzt werden könnte. Auf diese Weise wird der Soziologie eine aus ihrer Sicht unentbehrliche Ressource zunächst gesichert, ohne der Hochschulleitung gleichzeitig eine gewisse Flexibilität in der Stellenzuweisung für die Zukunft zu nehmen.

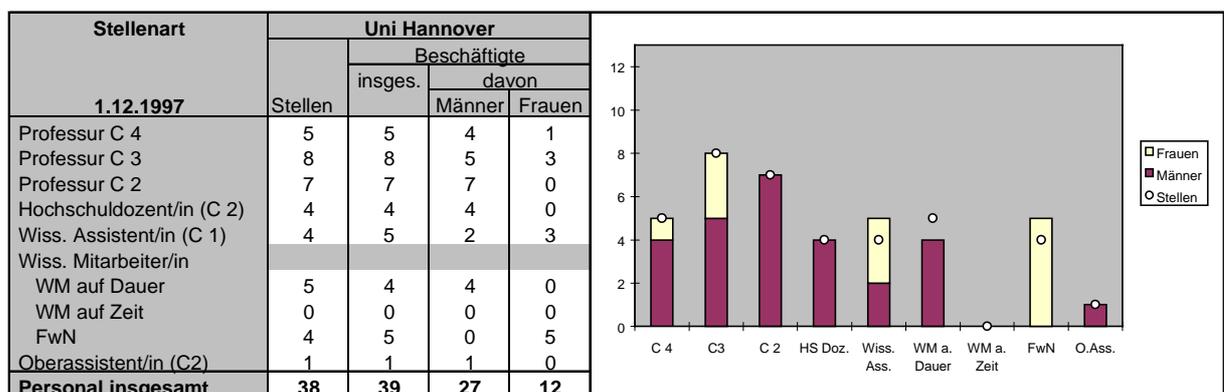
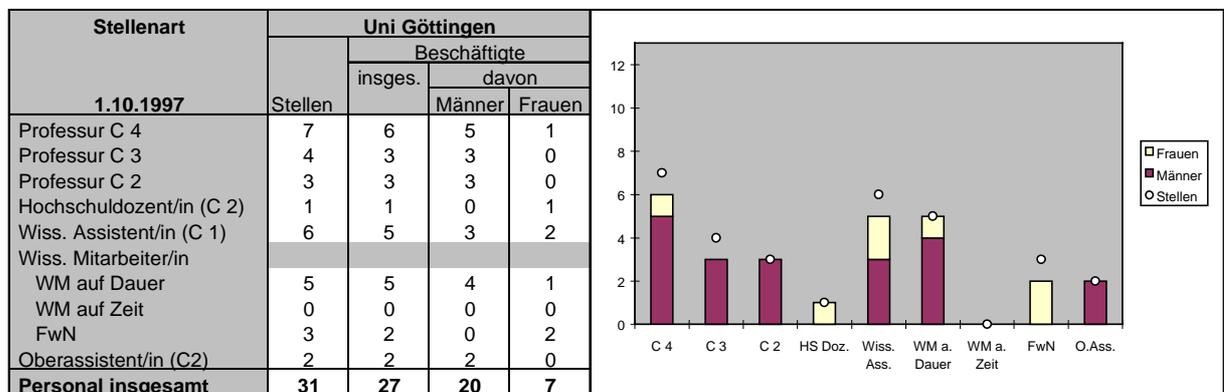
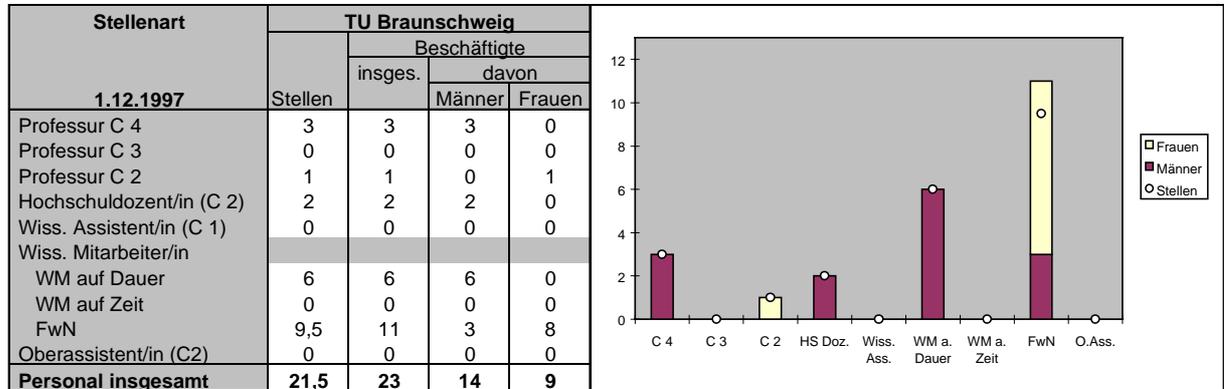


Tabelle 12: Wissenschaftliches Personal (1)

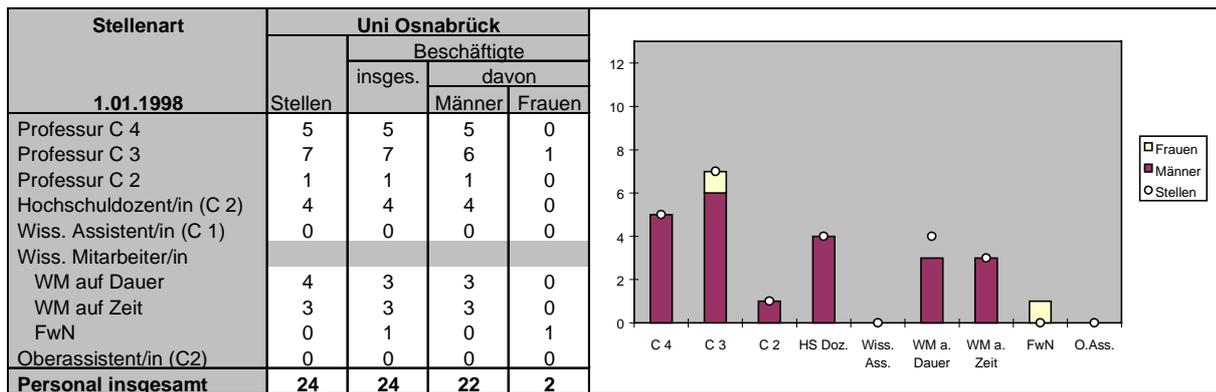
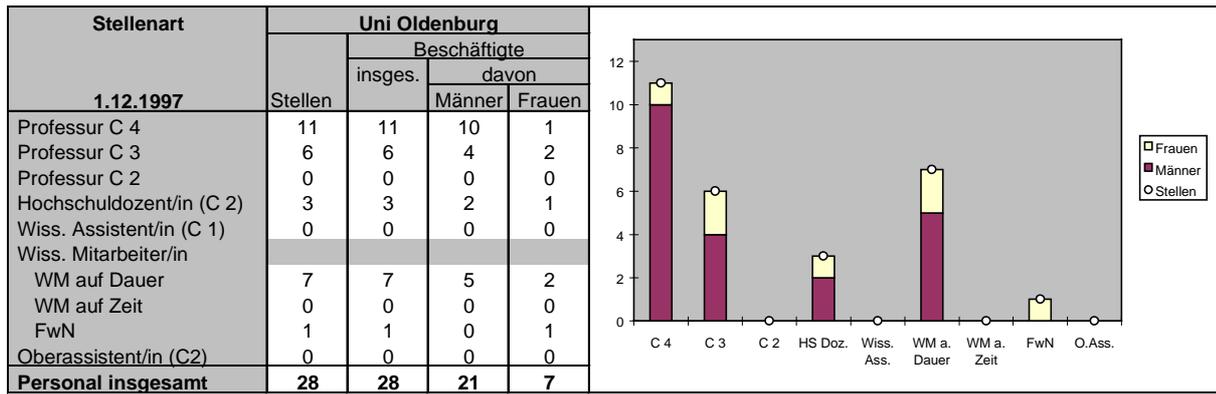


Tabelle 13: Wissenschaftliches Personal (2)

Uni Braunschweig					Uni Göttingen					Uni Hannover				
Planmäßig freiwerdende Stellen	C 4	C 3	C 2	insg.	Planmäßig freiwerdende Stellen	C 4	C 3	C 2	insg.	Planmäßig freiwerdende Stellen	C 4	C 3	C 2	insg.
1998				0	1998	1			1	1998				0
1999				0	1999	1			1	1999				0
2000				0	2000	1			1	2000				0
2001				0	2001				0	2001				0
2002				0	2002				0	2002				0
<b>Summe</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>Summe</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>Summe</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Uni Oldenburg					Uni Osnabrück				
Planmäßig freiwerdende Stellen	C 4	C 3	C 2	insg.	Planmäßig freiwerdende Stellen	C 4	C 3	C 2	insg.
1998				0	1998	1			1
1999			1	1	1999				0
2000	1	1		2	2000				0
2001		1		1	2001		1		1
2002	1			1	2002	1			1
<b>Summe</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>Summe</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>3</b>

Tabelle 14: Planmäßig freiwerdende Stellen C4 bis C2

Stellenart	TU Braunschweig				Stellenart	Uni Göttingen			
	Stellen	Beschäftigte				Stellen	Beschäftigte		
		insges.	davon				insges.	davon	
1.10.1997			Männer	Frauen	1.10.1998			Männer	Frauen
Verwaltung	3,5	4	0	4	Verwaltung	10	15	0	15
Technischer Dienst	1	1	0	1	Technischer Dienst	0	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>4,5</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>5</b>	<b>Summe</b>	<b>10</b>	<b>15</b>	<b>0</b>	<b>15</b>

Stellenart	Uni Hannover				Stellenart	Uni Oldenburg			
	Stellen	Beschäftigte				Stellen	Beschäftigte		
		insges.	davon				insges.	davon	
1.10.1997			Männer	Frauen	1.10.1997			Männer	Frauen
Verwaltung	7	0	0	0	Verwaltung	6	6	0	6
Technischer Dienst	0	0	0	0	Technischer Dienst	0	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>7</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>Summe</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>0</b>	<b>6</b>

Stellenart	Uni Osnabrück			
	Stellen	Beschäftigte		
		insges.	davon	
1.1.1998			Männer	Frauen
Verwaltung	7,5	12	0	12
Technischer Dienst	0	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>7,5</b>	<b>12</b>	<b>0</b>	<b>12</b>

Tabelle 15: Nichtwissenschaftliches Personal der Lehreinheit

## 2.5.2 Wissenschaftlicher Nachwuchs

Als Mittel zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gelten im allgemeinen die Einbindung von Studierenden und Absolventen/-innen in laufende Forschungsprojekte, die Bereitstellung von Qualifikations- und Drittmittelstellen für Promovend/-innen, die systematische Betreuung von Promotionen, die Einrichtung von Graduiertenkollegs sowie die hochschuldidaktische Qualifizierung.

Der wissenschaftliche Mittelbau an der Technischen Universität Braunschweig zeigte eine allgemeine Zufriedenheit mit der Arbeitsatmosphäre und der Situation am Institut. Gleichmaßen positiv wurden die hochschuldidaktischen Angebote an der TU Braunschweig bewertet, die offenkundig auch genutzt werden. In Hannover werden solche Angebote von den Angehörigen des wissenschaftlichen Mittelbaus vermisst. Kritik erfuhren in Braunschweig die Umstände, dass die Lehrqualifikation in Deutschland bei Berufungen nach wie vor zu geringes Gewicht habe, dass aufgrund der dünnen Personaldecke des Instituts relativ viele Aufgaben zum Funktionieren der Organisation und des Lehrbetriebs vom Mittelbau zu übernehmen seien und wenig Perspektiven nach Abschluss der Promotion am Institut bestünden.

An der Universität Osnabrück wurde die geringe Anzahl der zeitlich begrenzten Qualifikationsstellen bemängelt. Aus diesem Grund begrüßen die Gutachter/-innen mit Nachdruck die mittelfristige Strukturplanung zur Rückwandlung von früheren Dauerstellen in BAT IIa- bzw. C1-Stellen. An der Technischen Universität Braunschweig empfahlen die Gutachter/-innen, die Möglichkeiten für eine Umwandlung der jetzt freiwerdenden Ratsstellen in Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu prüfen.

An der Universität Oldenburg gibt es nach Aussagen der Fachvertreter/-innen in beiden Fächern keine Nachwuchsstellen. Dass dieses besonders negative Auswirkung für die Förderung von Frauen in der Wissenschaft hat, braucht hier nicht besonders erwähnt zu werden. Qualifizierungsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs bestehen nur im Rahmen von zeitlich begrenzten Drittmittelforschungsprojekten.

An der Universität Göttingen stellten die Gutachter/-innen fest, dass es den Fächern bisher nicht gelungen ist, eine größere Zahl guter Studierender für eine Promotion zu interessieren. Als Ursache hierfür wurden die wenig attraktiven materiellen Rahmenbedingungen für ein Promotionsstudium sowie die geplante Änderung der Promotionsförderung im Land Niedersachsen, aber auch in einigen Fällen die zu geringe Betreuungsintensität genannt.

Den Standorten mit den höchsten Studierendenzahlen, also Hannover und Göttingen, wurde empfohlen, Maßnahmen zur Verbesserung der systematischen Graduiertenförderung zu ergreifen, z.B. durch regelmäßige Forschungskolloquien oder die Etablierung von Graduiertenkollegs. Dabei sollten in Göttingen die unterschiedlichen Problemlagen der verschiedenen Gruppen (z.B. Wissenschaftliche Hilfskräfte, Wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, Stipendiaten/-innen) berücksichtigt werden.

	TU Braunschweig		Uni Göttingen		Uni Hannover		Uni Oldenburg		Uni Osnabrück	
	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999
Mittel in [DM] für studentische Hilfskräfte	117.151	119.180	360.856	k.A.	366.732	k.A.	34.826	k.A.	k.A.	k.A.
Anzahl der beschäftigten Hilfskräfte	32	25	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	15	k.A.	k.A.	k.A.

Tabelle 16: Personalmittel für Studentische Hilfskräfte

Die nachfolgende Tabelle stellt die Promotions- und Habilitationszahlen aller Standorte für die Jahre 1993 bis 1998 dar.

TU Braunschweig														
	1993		1994		1995		1996		1997		1998		1999	
	Insges.	Frauen												
Promotion	1	0	1	0	1	0	0	0	3	1	1	0	2	2
Habilitation	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0

Uni Göttingen														
	1993		1994		1995		1996		1997		1998		1999	
	Insges.	Frauen												
Promotion	15	4	14	7	8	1	7	3	8	3	7	3	k.A.	k.A.
Habilitation	0	0	1	0	1	1	3	3	2	2	1	1	k.A.	k.A.

Uni Hannover														
	1993		1994		1995		1996		1997		1998		1999	
	Insges.	Frauen												
Promotion	9		12		9		9		9	2	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Habilitation	2		1		2		1		2		k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Uni Oldenburg														
	1993		1994		1995		1996		1997		1998		1999	
	Insges.	Frauen												
Promotion	8	5	4	0	5	2	7	3	7	3	2	2	k.A.	k.A.
Habilitation	4	0	0	0	0	0	1	0	6	3	0	0	k.A.	k.A.

Uni Osnabrück														
	1993		1994		1995		1996		1997		1998		1999	
	Insges.	Frauen												
Promotion	4	1	4	0	9	2	5	1	4	3	6	0	k.A.	k.A.
Habilitationen	2	0	0	0	1	0	1	1	0	0	1	0	k.A.	k.A.

Tabelle 17: Promotionen und Habilitationen

### 2.5.3 Frauenförderung

#### **Technische Universität Braunschweig**

Der Fachbereich hat eine ehrenamtliche Frauenbeauftragte und seit 1999 einen Frauenförderplan. Als wichtigstes Problem wurde seitens der Frauenbeauftragten festgestellt, dass es im wissenschaftlichen Personal nur in den Anfangspositionen eine vertretbare Zahl von Frauen gäbe.

Die Kommission empfiehlt,

1. bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern,
2. auch bei Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses die Frauenförderung zu beachten sowie
3. frauen- und geschlechterspezifische Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen aufzunehmen und als festen Bestandteil zu integrieren.

#### **Universität Göttingen**

Der Anteil von Frauen an den Lehrenden ist niedrig, besonders in der Politikwissenschaft. Die anstehenden Berufungsrunden bieten die Chance, das Geschlechterverhältnis zu verbessern. Gerade bei den Berufungsverfahren hat sich in der Vergangenheit häufig gezeigt, dass das hohe allgemeine diesbezügliche Problembewusstsein häufig keinen Niederschlag in entsprechenden Entscheidungen findet. Viele Wissenschaftlerinnen haben sich explizit mit der Geschlechterforschung beschäftigt. Nach Angaben der Frauenbeauftragten wird in Berufungsverfahren häufig geltend gemacht, dass damit nicht die Breite des Faches abgedeckt wird. Bei einer anderen fachlichen Schwerpunktbildung werden solche Vorbehalte meistens nicht vorgebracht.

Die Kommission empfiehlt nachdrücklich,

1. bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern,
2. auch bei Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses die Frauenförderung zu beachten sowie
3. frauen- und geschlechterspezifische Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen aufzunehmen und als festen Bestandteil zu integrieren.

#### **Universität Hannover**

Der Anspruch, durch Förderung junger Wissenschaftlerinnen Frauenförderung zu betreiben, wird in den sozialwissenschaftlichen Fächern eingelöst; acht der zehn Qualifikationsstellen sind mit Frauen besetzt. Unbefriedigend ist die Lage bei den Professuren; nach Angaben der Fachvertreter/-innen sind vier der gegenwärtig zwanzig Professuren mit Frauen besetzt. Auch eine Erhöhung des Frauenanteils bei Promotion und Habilitation erschien den Frauenbeauftragten dringend wünschenswert. Die Frauenförderpläne der Universität und die Beteiligung der Frauenbeauftragten in den universitären Entscheidungsgängen wurden nicht beanstandet. Die Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses sowie die Integration von frauen- und geschlechterspezifischen Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen geschieht in den Fächern bereits in beachtlichem Umfang.

In dem Gespräch mit der Frauenbeauftragten und der Koordinatorin für den Innovationsschwerpunkt "Gender Studies" wurde als zentrales Vehikel der Frauenförderung die Einführung von Gender Studies und die Genderdenomination von Professuren hervorgehoben.

Die Kommission empfiehlt, bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern.

**Universität Oldenburg**

Im Fachbereich Sozialwissenschaften wurde 1997 ein fachbereichsspezifischer Frauenförderplan beschlossen, der als Zielperspektive bis zum Jahr 2007 bzw. 2010 auf allen Qualifikations- und Beschäftigungsstufen sowie in den Organisationseinheiten einen Frauenanteil von 50% vorsieht. Derzeit werden 5% der disponiblen leistungsorientierten Mittel (20% des Haushalts) für Frauenförderung verwendet.

Im Fach Soziologie ist von den insgesamt fünf C4-Stellen eine mit einer Professorin besetzt, von den drei C3-Stellen sind zwei von Frauen besetzt. Im Fach Politikwissenschaft ist von den vier C4-Stellen keine mit einer Frau besetzt. Die einzige Professorin in diesem Fach ist Inhaberin einer C3-Stiftungsprofessur.

Die Beschäftigung mit frauen- und geschlechterspezifischen Fragen hat zumindest im Fach Soziologie eine lange, bis in die Zeit der ehemaligen Pädagogischen Hochschule zurückreichende Tradition. Diese Frauenorientierung führte 1997 zur Einrichtung eines an deutschen Hochschulen bisher äußerst seltenen, eigenen Magisternebenfachstudienganges "Frauen- und Geschlechterstudien". Dieser Nebenfachstudiengang wird wesentlich von Lehrenden der Soziologie mitgestaltet, die Lehrangebote sind jedoch offen für Studierende aller Studiengänge; damit hat dieser Nebenfachstudiengang eine gesamtuniversitäre Bedeutung.

Die Kommission empfiehlt,

1. bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern,
2. auch bei Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses die Frauenförderung zu beachten sowie
3. frauen- und geschlechterspezifische Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen aufzunehmen und als festen Bestandteil zu integrieren.

**Universität Osnabrück**

Das Gespräch mit der Frauenbeauftragten ergab, dass diese am Evaluationsverfahren beteiligt wurde und auch sonst bei Gremiensitzungen und Berufungsverfahren generell keine Beteiligungsprobleme bestehen. Beim Angebot von Lehraufträgen wird die Frauenförderung von den Fächern beachtet. Bei den wissenschaftlichen Hilfskräften wird ein Anteil von 50% Frauen in der Regel eingehalten. Auch bei den Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen ist die Frauenquote z.Zt. recht hoch. Ein Frauenförderplan ist in der Erarbeitungsphase.

Die Kommission empfiehlt,

1. bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern,
2. auch bei Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses die Frauenförderung weiterhin zu beachten sowie
3. frauen- und geschlechterspezifische Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen aufzunehmen und als festen Bestandteil zu integrieren.

## 2.6 Ausstattung und Sachmittel

### 2.6.1 Räume

Das Institut für Sozialwissenschaften der **Technischen Universität Braunschweig** ist fast vollständig in einem angemieteten Gebäude untergebracht. Das Gebäude bietet Platz für die Institutsbibliothek, das Personal und für den größeren Teil der Lehrveranstaltungen. In anderen Gebäuden werden zwei Büroräume für den Weiterbildungsstudiengang PIB (Personalentwicklung im Betrieb) sowie Hörsäle für Veranstaltungen mit größeren Teilnehmerzahlen und besonderem technischen Ausstattungsbedarf genutzt. Die Raumausstattung zeigt nur gewisse Engpässe in der Unterbringung für Beschäftigte auf Drittmittelbasis. Auch sind die technischen Installationsmöglichkeiten begrenzt. Die Entfernungen zu den anderen genutzten Standorten sind gering. Die äußerlichen Gegebenheiten begünstigen die Kooperation innerhalb des Instituts.

Vorgesehen ist jedoch, dass das ISW in den nächsten Jahren zum Campus Nord umgesiedelt wird. Dies soll dazu führen, dass die Institutsbibliothek in eine größere geistes- und sozialwissenschaftliche Standortsbibliothek integriert wird. Das Institut insgesamt ist dann in örtlicher Nähe zu den Geisteswissenschaften angesiedelt, aber der örtliche Abstand zu den Wirtschaftswissenschaften, dem anderen Teil des Fachbereichs, und den Ingenieurwissenschaften, für die ein Teil des Lehrangebots offensteht, wird sich vergrößern. Die Kommission weist darauf hin, dass vom Institut, dem Fachbereich und der Hochschulleitung hier verstärkte Integrationsleistungen gefordert sind.

Die räumliche Ausstattung der Institute an der **Universität Göttingen** wird im allgemeinen als hinreichend betrachtet. Bei der technischen Ausstattung der Seminarräume ließe sich nach Ansicht der Peers noch einiges verbessern.

Die räumliche Ausstattung der Fächer an der **Universität Hannover** erscheint den Gutachter/-innen im ganzen durchaus adäquat, im einzelnen jedoch verbesserungsbedürftig. Zu den Klagepunkten gehören in der Soziologie die externe Unterbringung von Projektmitarbeitern/-innen und in der Sozialpsychologie das Fehlen eines großen Übungsraumes sowie der nicht behindertengerechte Zugang zum Gebäude. Das Fach Politische Wissenschaft klagt generell über Raummangel. Die Hochschulleitung verwies jedoch- auf dieses Problem angesprochen - auf die mangelnde Initiative der Fächer. Es sei bisher noch immer gelungen, zusätzlichen Raumbedarf, wenn er geltend gemacht würde, auch zu befriedigen. Ungünstig für die Kooperation unter den Lehrenden wirkt sich die Unterbringung der Institute an zwei verschiedenen Standorten aus.

Die Arbeitsräume für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der **Universität Oldenburg** sind funktional eingerichtet (alle mit PC, E-mail-Anschlüssen und Verbindung zur Bibliothek). In Bezug auf die Drittmittelprojekte wurde von den Lehrenden über den großen Raummangel geklagt. Für Lehrveranstaltungen stehen insgesamt genügend Vorlesungs- und Seminarräume zur Verfügung, kleinere Gruppenräume fehlen.

Grundsätzlich ist die Ausstattung mit Seminarräumen und die räumliche Unterbringung des Lehrpersonals an der **Universität Osnabrück** angemessen und wird auch im Selbstreport nicht beklagt. Problematischer erscheint die Raumsituation im Drittmittelbereich, der jedoch nicht Gegenstand der Evaluation war. Nach Auffassung der Gutachter/-innen ist sicherzustellen, dass der Fachbereich über modernere hochschuldidaktische Hilfsmittel verfügt, um überhaupt die datentechnische Infrastruktur der Seminarräume angemessen nutzen zu können.

## 2.6.2 Bibliotheken

Das ISW an der **Technische Universität Braunschweig** wird nach Auskunft der Fachvertreter/-innen „in den nächsten Jahren“ zum „Campus Nord“ umgesiedelt. Dies soll dazu führen, dass die Institutsbibliothek in eine größere geistes- und sozialwissenschaftliche Standortbibliothek integriert wird.

Die Lehrenden des ISW stufen die Bibliotheksausstattung in weiten Teilen als sehr gut ein. Der Etat von 125.000 DM Sachmitteln für das Haushaltsjahr wird als nicht ausreichend empfunden, um insbesondere die Kosten für EDV und Bibliothek zu decken. Viele Kosten - auch von Bibliothek und EDV - werden durch Drittmittel für Forschung getragen; obendrein wird nicht ohne Stolz auf die hohe Identifikation mit dem ISW hervorgehoben, dass es gelänge, Studierende zur ehrenamtlichen Tätigkeit in der Bibliothek zu bewegen. Seitens der Kommission kann dem Eindruck des Selbstevaluationsberichtes zugestimmt werden, dass ohne die großen Aktivitäten der Drittmittelinwerbung die Sachressourcen für den laufenden Betrieb kärglich ausfallen würden.

Über den Etat der Fakultätsbibliothek der **Universität Göttingen** lagen der Kommission keine Angaben vor. In dem Gespräch mit der Bibliotheksleitung wurde den Gutachter/-innen mitgeteilt, dass der Etat kaum ausreicht, wenn man die Zahl der zu vertretenen Fächer berücksichtigt. In der elektronischen Erfassung der eigenen Bestände hinkt die Katalogisierung noch etwas hinterher. Die Ausleihprozedur im Hinblick auf Bücher, die bei den Hochschullehrer/-innen als Dauerausleihe stehen, sollte nach Meinung der Peers dringend verändert werden. Es geht nicht an, dass Studierende selbst, um diese Bücher einzusehen, bei den Dozenten/-innen anklopfen müssen, obwohl sich dadurch ab und zu interessante Fachgespräche entwickeln können. Die Kommission empfiehlt deshalb, dass die Bibliothek solche Bücher selbst zurückfordert und für die Studierenden zugänglich macht. Des weiteren wird empfohlen, die elektronische Katalogisierung der eigenen Bestände zu beschleunigen und die Möglichkeiten zur Koordination in der Anschaffungspolitik mit der sehr nahe gelegenen Universitätsbibliothek zu prüfen.

Nach dem Eindruck der Kommission gewährleisten die der Fachbereichsbibliothek der **Universität Hannover** zur Verfügung stehenden Neuerwerbungsmittel eine hinreichende Versorgung, auch mit Fachzeitschriften; das Psychologische Institut weist allerdings in seinem Selbstreport darauf hin, dass wichtige internationale Zeitschriften aus dem Bereich Sozialpsychologie fehlen. In einigen anderen Bereichen zeigen sich Mängel, die behoben werden sollten. Zum einen fehlen Leseplätze; zum anderen ist die elektronische Erschließung der Bestände völlig unzureichend. Auch ist die unzureichende Anzahl von Multi-Media-Arbeitsplätzen für Studierende sowie eine schlechte räumliche und personelle Ausstattung der Bibliothek zu konstatieren.

Die Kommission empfiehlt, die Mängel bezüglich der Anzahl der Leseplätze, elektronischen Erschließung der Bestände, Multi-Media-Arbeitsplätze für Studierende sowie der räumlichen und personellen Ausstattung der Bibliothek zu prüfen und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung zu ergreifen.

Seminarbibliotheken gibt es an der **Universität Oldenburg** nicht, nur eine Zentralbibliothek, die als Präsenzbibliothek auch mit Arbeitsplätzen und allen neuen Literaturrecherchenmöglichkeiten ausgestattet ist. Die Gutachter/-innen waren von der Architektur und der anmutenden Atmosphäre in der Bibliothek sehr angetan! Der Zeitschriftenbestand auch an internationalen Titeln ist als ausreichend zu bewerten, doch ist der Buchbestand nicht zufriedenstellend. Der im Anhang des Selbstreports des Faches Soziologie aufgeführte Bibliotheksbericht, der sich auf beide sozialwissenschaftlichen Fächer bezieht, betont, dass der Regeletat zu niedrig sei, auch im Vergleich zu anderen Universitätsbibliotheken. Dies wirke sich vornehmlich auf die Anschaffung anglo-amerikanischer Literatur aus.

Die Fachbereichsbibliothek der **Universität Osnabrück**, für die ein ausgesprochen engagierter Referent zuständig zeichnet, ist im Zeitschriftenbereich sehr gut ausgestattet; dies geht zwangsläufig zu

Lasten des Etats für Monographien, wo teilweise erhebliche Engpässe auftreten. Deshalb empfiehlt die Kommission zu prüfen, ob eine gewisse Umschichtung der Mittel unter Berücksichtigung des Zeitschriftenbestandes der übrigen niedersächsischen Hochschulen möglich ist. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Fachbereichsbibliothek, mindestens aber eine Anpassung an die Öffnungszeiten der Zentralbibliothek, sollte angestrebt werden. Darüberhinaus erscheint die Beleuchtung in der Universitätsbibliothek (speziell im Lesesaal für Tageszeitungen) verbesserungswürdig.

	TU Braunschweig	Uni Göttingen	Uni Hannover	Uni Oldenburg	Uni Osnabrück
Haushaltsjahr	1998	1998	1998	1998	1998
Fachbereich	44.500	k.A.	k.A.	468.417	k.A.
Bibliotheksmittel	80.500	k.A.	k.A.	49.377	k.A.
<b>insgesamt</b>	<b>125.000</b>	<b>270.053</b>	<b>717.134</b>	<b>517.794</b>	<b>0</b>

Tabelle 18: Bibliotheksmittel

### 2.6.3 EDV-Ausstattung

Die Lehrenden des ISW der **Technische Universität Braunschweig** stufen den Bestand der EDV-Ausstattung als befriedigend ein. Der Etat von 125.000 DM Sachmitteln für das Haushaltsjahr wird als nicht ausreichend empfunden, um insbesondere die Kosten für EDV und Bibliothek zu decken. Durch die Drittmittelwerbung können aber Engpässe am Institut ausgeglichen werden.

Zur EDV-Ausstattung der Fakultät der **Universität Göttingen** gibt es keine gutachterlichen Aussagen. Die technische Ausstattung des Instituts für Publizistik und Kommunikationswissenschaft wird von den Fachvertretern als unzulänglich betrachtet. Die Einrichtung des ZEM (Zentrale Einrichtung Medien) wird hier aber Abhilfe schaffen.

Die unzureichende Anzahl von Multi-Media-Arbeitsplätzen für Studierende in der Bibliothek des Fachbereiches der **Universität Hannover** wurde bereits behandelt. Darüber hinaus gibt es keine gutachterlichen Aussagen zu diesem Thema.

An der **Universität Oldenburg** sind die Arbeitsräume alle mit PC, E-mail-Anschlüssen und Verbindung zur Bibliothek ausgestattet. Darüber hinaus gibt es keine gutachterlichen Aussagen zu diesem Thema.

An der **Universität Osnabrück** wurde von den Fachvertreter/-innen die schleppende Beschaffung und Vernetzung von PCs für Mitarbeiter/-innen bemängelt. Hier sollte nach Auffassung der Peers auch von der Hochschulleitung darauf geachtet werden, dass Arbeitsplätze von Wissenschaftler/-innen bei Amtsantritt den heutigen Standards entsprechend angemessen ausgestattet sind. Es kann heutzutage nur als ‚Unding‘ bezeichnet werden, wenn es erheblicher Zeit und vergleichsweise großen Aufwandes bedarf, um wissenschaftliches Personal mit einem internetfähigen Computer auszustatten und entsprechend anzuschließen!

Der Fachbereich verfügt über einen CIP-Pool, dessen Ausstattung die Kommission als hinreichend bezeichnete; darüber hinaus ist eine sogenannte ‚Forschungslabor‘ vorhanden, dessen Nutzung studentischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen, speziell aus Forschungsprojekten, vorbehalten ist.

## 2.7 Qualitätssicherung

Das aktive, kooperative und informelle Betriebsklima der übersichtlichen Institution ISW an der **Technische Universität Braunschweig** wurde in den Gesprächen mit der Kommission von allen Statusgruppen hervorgehoben; trotzdem kann nach Ansicht der Gutachter/-innen nicht ganz ausgeschlossen werden, dass gerade ein solches Klima zu einer Überschätzung der Selbstregulation informeller Prozesse führt. Nicht eindeutig kann von außen eingeschätzt werden, ob der hohe Reflexionsgrad und die große Kommunikationsbereitschaft über Fragen von Organisation, Lehre und Studium doch auch off dazu führen, dass bei divergenten Einschätzungen Entscheidungen vermieden oder vertagt werden. Hinweise gibt es in jedem Falle, dass bei Fragen der Qualitätssicherung in Lehre und Studium Schritte einer stärkeren Institutionalisierung der Erprobung wert sind.

Das Institut für Sozialwissenschaften scheint das Lehrangebot auf Flächendeckung und Regelmäßigkeit sorgfältig zu planen. Dabei ist es selbstverständliche Erwartung an die Beteiligten, dass zur Sicherung des Lehrangebots auch in gewissem Umfang Lehrveranstaltungen angeboten werden, die nicht den gewachsenen Forschungsschwerpunkten der Lehrenden entsprechen. Auch scheinen Lehraufträge gezielt vergeben zu werden, um Lücken im Lehrangebot zu vermeiden.

Es besteht Berichtspflicht, falls eine Lehrveranstaltung nicht zustande kommt. Die Hochschullehrer/-innen sehen sich auch jeweils in der Pflicht, die Qualität der Lehrveranstaltungen von wissenschaftlichen Mitarbeitern/-innen und Assistenten/-innen zu überprüfen. Die akademischen Räte dagegen sind nicht anders als die Hochschullehrer/-innen in Fragen der Qualitätssicherung eingespannt.

Fragen der Lehrqualität werden in Sitzungen generell angesprochen. Auch ergeben sich durch gemeinsame Prüfungen Erfahrungen, die zu informellen Gesprächen Anlass geben können.

Es gibt eine Vereinbarung, dass alle Lehrenden am Schluss der Lehrveranstaltungen eine Evaluation mit Hilfe von Abschlussprüfungen oder Fragebögen veranlassen sollen. Modelle oder Fragebögen werden dafür nicht vorgegeben.

Die Hochschullehrer/-innen scheinen nach dem Eindruck der Gutachter/-innen überwiegend die eher informellen Wege der Qualitätssicherung als angemessen zu sehen. Im Selbstevaluationsbericht heißt es jedoch auch, dass die Dozentinnen und Dozenten aus dem wissenschaftlichen Nachwuchs darauf drängen, den Austausch über Lehrerfahrungen auf Institutsebene zu institutionalisieren.

Die Kommission gewann zwar die Überzeugung, dass im kooperativen und aktiven Klima des ISW sicherlich viele Erfahrungen reflektiert und Probleme angesprochen werden, die in anderen vergleichbaren Institutionen nur mit Hilfe stark institutionalisierter Verfahren oder überhaupt nicht zur Sprache kommen. Aber es gab auch einige Anzeichen dafür, dass die Hochschullehrer/-innen die selbstregulativen Kräfte der kooperativen Informalität überschätzen. Es scheint nicht auszubleiben, dass manche Studierende ihre Probleme nicht hinreichend wahrgenommen sehen und auch unter den gegebenen Bedingungen nicht zu einer hinreichenden Artikulation neigen. Die Vertreter/-innen des wissenschaftlichen Nachwuchses äußern sich zwar sehr positiv über das Kooperationsklima, aber sie plädieren für eine stärkere Institutionalisierung der Rückmeldungen. Schließlich scheint es zwar viele Gespräche zu geben, aber auch keine Entscheidungen in solchen Fällen, in denen sich ein Konsens nicht leicht anbahnt. Die Kommission empfiehlt den Fächern die Einführung einer systematischen Lehrveranstaltungsevaluation.

Die Gutachter/-innen trafen in der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der **Universität Göttingen** auf ein in Fragen von Qualitätssicherung und -verbesserung sehr offenes und selbstreflexives Kollegium und ebenso aufgeschlossene Studierende. Eine Evaluation von Lehrveranstaltungen findet schon verein-

zelt statt. Die Gutachter/-innen empfehlen, Möglichkeiten für die Einführung einer systematischen Lehrveranstaltungsevaluation zu prüfen.

Die Fakultät hat während der internen Evaluation in vorbildlicher Form nicht nur einen Maßnahmenkatalog formuliert, sondern auch verabschiedet. Die vorgeschlagenen Maßnahmen erscheinen der Kommission sehr sinnvoll. Eine offene Frage ist, wie es mit der Implementation der Maßnahmen bestellt sein wird.

Die Schaffung der Position eines Studiendekans, der zugleich mitverantwortlich ist für die Organisation eines kontinuierlichen Reflexions- und Reformprozesses, wird von der Fakultät zur Zeit erwogen. Die Kommission unterstützt diese Pläne der Fakultät, möchte jedoch folgendes zu bedenken geben: Das Problem einer solchen Institutionalisierung des Reformstrebens ist häufig, dass in dem Moment, in dem die Verantwortung für den weiteren Gang der Dinge an eine/n Beauftragte/n übertragen wird, sich alle anderen nicht mehr hierfür verantwortlich fühlen. Eine andere Möglichkeit wäre, verschiedene Maßnahmen als Projekte zu definieren und die Verantwortung für diese Projekte unter einer größeren Zahl von Lehrenden und eventuell auch Studierenden zu verteilen. Der anfallende administrative Aufwand könnte durch studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte bewältigt werden. Der Vorteil einer solchen Vorgehensweise liegt darin, dass er weniger zu einem Abwälzungsverhalten führt und ein größerer Kreis von Beteiligten Mitverantwortung trägt.

Die Begutachtung der sozialwissenschaftlichen Fächer der **Universität Hannover** hat gezeigt, dass eine große Sensibilität für die Struktur- und Organisationsprobleme der Studiengänge besteht. Aber der Vielzahl von Fragen steht ein Minimum an verbindlichen Antworten gegenüber; Reformvorstellungen befinden sich überwiegend noch im Stadium des Unverbindlichen. Die Gutachter/-innen haben in einigen Bereichen durchaus intensive Bemühungen zur Kenntnis genommen. Mit ihren Empfehlungen möchten sie diese Bemühungen nachdrücklich unterstützen.

Vielerlei Ansätze werden derzeit innerhalb der Fächer diskutiert, um die Qualität von Lehre und Studium zu sichern und strukturelle und organisatorische Schwächen zu mildern. Ergebnisse werden von unterschiedlichen Seiten erwartet. Die Gutachter/-innen erachten es vor allem für wichtig, die der Kultur einer maximalen gegenseitigen Rücksichtnahme inhärenten Entscheidungsblockaden in den Fächern zu überwinden und die Reformdiskussion zügig und in einem institutionellen Rahmen voranzutreiben, der verbindliche Entscheidungen erlaubt. Die Kommission hält es für unabdingbar, bei allen künftigen Entscheidungen die Studierenden als die bisher nahezu unbekanntes Wesen zentral in das Blickfeld zu rücken. In diesem Prozess sollten folgenden Aufgaben Priorität eingeräumt werden:

- Entwicklungsplanung, die die z.T. vorliegenden Personaltableaus mit Überlegungen zur Reform der Studiengänge und zur Profilierung der Fächer in der Forschung verknüpft,
- Berufungskommissionen mit auswärtigen Experten/-innen,
- stärkere Profilierung und Strukturierung der Studiengänge einschließlich eines verstärkten Praxisbezugs sowie
- Optimierung des Betreuungs- und Beratungsangebots.

Im Verlauf der Gespräche mit den einzelnen Statusgruppen an der **Universität Oldenburg** wurde den Gutachtern/-innen eine Anzahl sinnvoller Ideen zur Qualitätssicherung von Lehre und Studium genannt; die von der Dekanin im Sommersemester 1999 eingesetzte AG Reform ist eine solche Maßnahme, jedoch konnte nicht beurteilt werden, wie weit die notwendigerweise damit zusammenhängenden Willensbildungs- und Umsetzungsprozesse entwickelt sind. Die Gutachter/-innen schließen sich der in der Oldenburger Untersuchung "Studium in den Sozialwissenschaften" geäußerten Feststellung an, "dass es Gründe für alle Lehrenden gibt, darüber nachzudenken, weshalb der insgesamt positive Impetus so vieler Anfangssemester so schnell abgeschwächt wird bzw. bei (zu) vielen verloren geht."

Die Gutachter/-innen sind der Meinung, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist, wenn möglichst viel von dem bisher 'angedachten' auch konkret umgesetzt wird. Zusätzlich zu den bereits aufgelisteten Maßnahmen sollte auch an systematische Evaluierungen der Lehrveranstaltungen gedacht werden. Bisher geschieht das nur punktuell bei einigen Lehrenden.

Die Kommission empfiehlt,

1. die Einführung regelmäßiger systematischer Lehrveranstaltungsevaluierungen,
2. Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse für die anstehenden Themen und Aufgaben zu initiieren
3. und die notwendigen Umsetzungsschritte der so geplanten Maßnahmen baldig einzuleiten.

Die Rückkoppelung zwischen Lehrenden und Studierenden über die Qualität der Lehre scheint in den Sozialwissenschaften an der **Universität Osnabrück** zu funktionieren, obwohl es hierfür im Fachbereich gegenwärtig keinen verbindlichen institutionellen und organisatorischen Rahmen gibt. An dem fachbereichsübergreifenden Projekt KIEL (Kommunikationsinstrument für die Evaluation von Lehrveranstaltungen), das nach Angaben des Selbstreports zum Ziel hat, die Kommunikation und Interaktion zwischen Studierenden und Lehrenden zu verbessern, beteiligen sich regelmäßig Lehrende der Sozialwissenschaften und lassen ihre Veranstaltungen evaluieren. Allerdings wird berichtet, dass mitunter der Neuigkeitswert der Informationen aus der KIEL-Evaluation recht gering sei: Aufgrund des vergleichsweise engen Kontaktes mit den Studierenden und wegen des insgesamt entspannten Klimas zwischen Lehrenden und Student/innen in den Sozialwissenschaften würden Probleme in der Lehre ohnehin regelmäßig offen in den Seminaren besprochen werden.

Trotzdem empfehlen die Gutachter/-innen den sozialwissenschaftlichen Fächern, die Einführung einer regelmäßigen, flächendeckenden schriftlichen Evaluation aller ihrer Lehrveranstaltungen. Darüberhinaus wird empfohlen, Maßnahmen zur verbesserten hochschuldidaktischen Weiterbildung für den Mittelbau zu ergreifen. Bislang basiert eine Teilnahme an entsprechenden Kursen auch an anderen niedersächsischen Hochschulen nahezu ausschließlich auf der Eigeninitiative mancher Nachwuchswissenschaftler/-innen. Soll aber mittelfristig die Qualität der Lehre gesichert und verbessert werden, scheint eine universitäre Unterstützung und institutionelle Absicherung solcher Weiterbildungsmaßnahmen zwingend.

Am Ende des Selbstberichts werden einzelne Maßnahmen aufgelistet, an denen der Fachbereich gerade arbeitet, um die Situation der Lehre in den Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück zu verbessern. Die Gutachter/-innen unterstützen alle diese Maßnahmen.

### 3 Lehre und Studium der sozialwissenschaftlichen Fächer an den Hochschulstandorten

#### 3.1 Technische Universität Braunschweig

Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Rebenring 58A

38106 Braunschweig

*Gutachtergruppe:*

*Prof. Dr. Ingrid Sommerkorn-Abrahams, Universität Hamburg*

*Prof. Dr. Günter Bentele, Universität Leipzig*

*Lutz Bornmann M.A., Universität Gesamthochschule Kassel*

*Prof. Dr. Erhard Forndran, Universität Magdeburg*

*Staatssekretär a.D. Rolf Möller, Ehem. Generalsekretär der Volkswagen Stiftung, Bonn*

*Prof. Dr. Ulrich Teichler (Federführung), Universität Gesamthochschule Kassel*

Die Begutachtung erfolgte am 15. und 16. November 1999.

#### 3.1.1 Aufbau und Profil der Fächer

##### **Ausgangslage**

Die Studiengänge Politikwissenschaft und Soziologie an der Technischen Universität Braunschweig sind in verschiedener Hinsicht durch besondere Braunschweiger Bedingungen geprägt:

- An einer Technischen Universität mit einem begrenzten Spektrum weiterer Fächer sind die personellen Ressourcen für Politikwissenschaft und Soziologie begrenzt. Der zweite Schwerpunkt der Studienangebote an der TU Braunschweig, die Lehrerbildung, war ursprünglich neben der Zuständigkeit des Studiums generale für die Ingenieure Ausgangspunkt für die Etablierung von Stellen in der Politikwissenschaft und Soziologie; auch war die Entscheidung in den achtziger Jahren, die Lehrerbildung durch Magister-Studiengänge zu ergänzen, der Anlass für Überlegungen, sozialwissenschaftliche Hauptfachstudienangebote aufzubauen.

Konsequenterweise gibt es in Braunschweig ein Studienangebot in Politikwissenschaft und Soziologie, das sich in manchen Aspekten von den Angeboten an den anderen niedersächsischen Universitäten unterscheidet. Zu nennen ist hier vor allem folgendes:

- Das fachliche Angebot ist, entsprechend der begrenzteren Zahl von Stellen, schmaler.
- Es ergeben sich engere Beziehungen von Haupt- und Nebenfachstudienangeboten.

Die Braunschweiger Situation spiegelt sich auch in den Themen von Forschung und Lehre in den Magisterstudiengängen: Es ergibt sich ein starker thematischer Bezug auf das, was seitens der Ingenieurwissenschaften und der Lehrerbildung von besonderem Interesse ist. Allerdings ist festzustellen, dass viele dieser Themen auch an anderen niedersächsischen Universitäten eine große Rolle spielen.

### **Braunschweiger Optionen**

Der Selbstevaluationsbericht sowie die Berichte beim Besuch der Kommission erwecken jedoch überzeugend den Eindruck, dass die als "Braunschweiger Profil" bezeichnete Konstellation sich nicht irgendwie ereignet hat, sondern im Laufe der neunziger Jahre durch verschiedene strategische Optionen (u.a. Berufungspolitik) und laufende Überlegungs- und Entscheidungsprozesse relativ zielstrebig gestaltet worden ist:

- In einem längerem Prozess über verschiedene Stufen wurden fast alle wissenschaftlichen Stellen der beiden Fächer aus den früheren Zuordnungen herausgelöst und schließlich 1996 im Institut für Sozialwissenschaften zusammengeführt.
- Eine Mindestkapazität für die Etablierung von Magisterstudiengängen der Politikwissenschaft und Soziologie wurde nur dadurch gewährleistet, dass die zuständigen Professoren/-innen und Mitarbeiter/-innen für die beiden Fächer sich zu sehr intensiver Zusammenarbeit in der Entwicklung der Studiengänge und auch generell in anderen institutionellen Fragen bereit fanden.
- In der Lehr- und Studienkonzeption des Instituts für Sozialwissenschaften werden die Magisterstudiengänge eindeutig in den Mittelpunkt gestellt. Die Fülle der Lehrverpflichtungen für andere Studiengänge wird überwiegend durch polyvalente statt durch gesonderte Veranstaltungen bewältigt.

Dabei sind in verschiedener Hinsicht günstige Bedingungen für eine erfolgreiche Fortentwicklung dieses Ansatzes gegeben. So wird in der Technischen Universität Braunschweig insgesamt - dies wurde auch vom Präsidenten unterstrichen - die Option unterstützt, dass eine in der Verknüpfung von Lehre und Forschung und im wissenschaftlichen Anspruch sich durch ein Hauptfachstudienangebot stabilisierende Sozialwissenschaft die besten Leistungen für andere Fachrichtungen erwarten lässt. Die Sozialwissenschaften in Braunschweig gehören zu den erfolgreichen in der Drittmittelwerbung; sie scheinen auch in ihren hochschulpolitischen Aktivitäten an der TU Braunschweig recht aktiv und akzeptiert zu sein, was im Verhältnis von Sozial- und Ingenieurwissenschaften keineswegs selbstverständlich ist. Die Professoren/-innen scheinen eine Mischung von wissenschaftlicher Qualität, praxisorientiertem Engagement, Bereitschaft zur Institutionsentwicklung und Kooperationsfähigkeit mitzubringen, die für anspruchsvolle und kooperative Arbeit vielversprechend ist. Überzeugend klingt, dass das ISW als eine Institution empfunden wird, mit der sich die meisten Beteiligten gut identifizieren können und die ein kooperatives Klima erfolgreich pflegt.

Das Institut für Sozialwissenschaften hat in den letzten Jahren eine Fülle von erfolgreichen Schritten zur Binnenstabilisierung der Magisterstudiengänge unternommen. Nach einer Phase der überzeugenden Binnenwendung ist vorstellbar, dass wieder mehr Kraft freigesetzt wird, auch im Umfeld Akzente zu setzen. Das ist mit der Übernahme der organisatorischen Zuständigkeit für einen Studiengang Medienwissenschaften durchaus erkennbar. Daneben ist festzustellen, dass Potentiale, aus einer Kooperation mit den Wirtschaftswissenschaften nicht nur institutionelle Absicherung, sondern auch gegenseitige Stützung von Forschung und Lehre zu gewinnen, alles andere als ausgeschöpft sind. Auch klingt die hohe Zufriedenheit mit dem an der TU Braunschweig seit langem bestehenden fächerübergreifenden Studium für Studierende der Ingenieurwissenschaften (FÜGRA) für Außenstehende so, als wenn die Sozialwissenschaften an der TU Braunschweig sich gegenüber der Orientierungskrise der Ingenieurwissenschaften angesichts dramatischer Schwankungen der Studienplatznachfrage und verschiedenen Wandlungsprozessen auf dem Wege zu einer postindustriellen Gesellschaft passiver verhielten, als dies dem Selbstverständnis der Sozialwissenschaft entsprechen müsste.

Die Kommission empfiehlt dem Fachbereich, seine interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der TU Braunschweig, z.B. durch gemeinsame Abhaltung von Lehrveranstaltungen, auszuweiten und dadurch neue Potentiale zur gegenseitigen Stützung von Forschung und Lehre zu erkunden und zu nutzen.

**Barrieren, Probleme und offene Fragen**

Das heißt nicht, dass die eindrucksvolle Entwicklung des Instituts für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Braunschweig frei von Barrieren und "Schleifspuren" des Entwicklungsprozesses ist und dass sich nicht manche offene Fragen aufdrängen:

- Die "Personaldecke" ist begrenzt. Auch zur Sicherung des vorgesehenen Modells drängt die sich Frage auf, ob gewisse Verbesserungen realisiert werden können.
- Nicht alle Wissenschaftler/-innen sind in die Dynamik des Mainstreams des Instituts voll eingebunden. Vor allem scheinen einige Akademische Räte in skeptisch-distanzierter Haltung zur Entwicklung des ISW ein Eigenleben in ihren gewachsenen Aufgaben zu führen.
- Die Fülle der Entwicklungsaufgaben im Laufe der vergangenen Jahren war zweifellos so groß, dass nicht alles systematisch aufgenommen worden ist, was Raum zu Verbesserungen lässt. So lösten verständlicherweise manche Fragen der Gutachter/-innen die Reaktion aus: "Wir können nicht alles gleichzeitig weiterentwickeln!".
- Unausgesprochen werden die Entwicklungsaktivitäten von der Prognose getragen, dass die Nachfrage von Studierenden nach einem Magisterstudium in Politikwissenschaft und Soziologie in Braunschweig in absehbarer Zeit nicht steigen wird. Konsolidierung und Situationsverbesserung können demnach nicht durch das sonst probate Mittel der Bemühungen um quantitative Expansion gesichert werden. Qualität, Ausstrahlung auf andere Bereiche der Hochschule oder Suche nach neuen Nachbarn (so z.B. Medienwissenschaften) stehen stattdessen auf der Tagesordnung.
- Der Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der TU Braunschweig scheint 1999 als kühle Vernunftsehe entstanden zu sein. Vernünftig, weil zwei Fachrichtungsgruppen, die gegenüber den historischen Schwerpunkten der Ingenieurwissenschaften und der Lehrerbildung eher randständig sind, sich dadurch in ihrer Stellung und relativen Unabhängigkeit gegenseitig stabilisieren; dies wird auch dadurch unterstrichen, dass die quantitativ stärker vertretenen Wirtschaftswissenschaften in einer Art „Ehevertrag“ die Fortexistenz der Sozialwissenschaften zusicherten. Kühl, weil die Etablierung des Fachbereichs nicht von dynamischen Vorstellungen einer stärkeren Kooperation getragen zu sein scheint und weil bei den Plänen für die zukünftige räumliche Gestaltung der TU Braunschweig - aus sonst nicht unplausibelen Gründen - ein örtliches Zusammenbleiben von Ingenieurwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften einerseits und ein Zusammenrücken von Sozial- und Geisteswissenschaften andererseits vorgesehen ist.

Diese zuletzt genannten Eindrücke erweckten jedoch bei der Kommission nicht den Eindruck, dass die Sozialwissenschaften an der TU Braunschweig im Aufbau und Profil des Faches vor gravierenden Problemen stünden, die nach großen weichenstellenden Maßnahmen rufen. Der Grundansatz, der als "Braunschweiger Profil" bezeichnet wird, erscheint im Ansatz unter den gegebenen Bedingungen als plausible Entwicklungsrichtung. Feststellbar sind ein hoher Grad von Aktivität und Engagement, ein recht kooperatives Milieu und ein beachtliches Maß von Reflexion und Bereitschaft zu institutioneller Entwicklung.

### 3.1.2 Lehre und Studium

#### **Ausbildungsziele**

Das Studienangebot in den sozialwissenschaftlichen Magisterstudiengängen ist von den Zielsetzungen getragen,

- ein Magisterstudium mit einer begrenzten Zahl von Themenschwerpunkten anzubieten,
- fachliche Querverbindungen von Politikwissenschaft und Soziologie zu akzentuieren,
- größtenteils solche Themenschwerpunkte zu akzentuieren, die auch für Studierende der Ingenieurwissenschaften und der Lehrerbildung von Interesse sind,
- den Studierenden die fachliche Grundlegung in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu ermöglichen und zugleich fachübergreifende "Basisqualifikationen" wie z.B. "Abstraktionsfähigkeit, Systemdenken, Offenheit und intellektive Flexibilität, Kooperationsfähigkeit und schließlich die 'Globalisierungsqualifikation'" zu fördern.

In den derzeit gültigen Studienordnungen werden als allgemeine Lernziele genannt:

- selbständiges, methodisch reflektiertes sozialwissenschaftliches Denken,
- Befähigung zur wissenschaftlichen Bearbeitung allgemeiner politischer, sozioökonomischer und soziokultureller Probleme,
- Vermittlung beruflich verwertbarer sozialwissenschaftlicher Qualifikationen,
- Methodenwissen.

Die Formulierung dieser Ziele erscheint plausibel; sie war deshalb kaum Gegenstand der Erörterungen im Rahmen des Besuchsprogramms der Gutachter/-innen.

#### **Studienprogramm und Studienorganisation**

Die Studiengänge Politikwissenschaft und Soziologie an der Technischen Universität Braunschweig sind Bestandteil des Magisterstudiengangs, durch den bestimmte Strukturen sowie die möglichen Haupt- und Nebenfächer und mögliche Fächerverbindungen vorgegeben sind. Die beiden hier behandelten Fächer, Medienwissenschaften, Pädagogik und Kunstwissenschaft können sowohl als Haupt- als auch als Nebenfach studiert werden; hinzu kommen Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft, Arbeitswissenschaft, Informatik und Psychologie als mögliche Nebenfächer. Dabei wird festgestellt, dass Magisterstudierende der Politikwissenschaft und Soziologie - neben einer Kombination dieser beiden Fächer - früher häufiger geisteswissenschaftliche Nebenfächer wählten, dagegen heute häufiger Wirtschaftswissenschaften, Psychologie oder andere Fächer, die nicht im Hauptfach als Magisterstudium vorgesehen sind.

Das Studienprogramm der Politikwissenschaft und der Soziologie sieht einen hohen Anteil (annähernd 90%) Pflichtveranstaltungen vor. Allerdings gibt es vielen Fällen mehr als ein Kursangebot (Wahlpflichtangebote).

In der Politikwissenschaft sind Innenpolitik, Politische Theorie, Vergleichende Regierungslehre und Internationale Beziehungen die Themen, die im Grund- und Hauptstudium vorgesehen sind. Im Grundstudium kommen die - jeweils gemeinsam für Studierende der Politikwissenschaft und Soziologie angebotenen - Veranstaltungen „Einführung in die Sozialwissenschaften“ sowie „Methoden der empirischen Sozialforschung“ hinzu, im Hauptstudium ein Fünftel des Studienangebots für den jeweils ge-

wählten Schwerpunkt. Dabei haben die Studierenden im Hauptstudium die Möglichkeit, zwischen drei Schwerpunkten zu wählen:

- Politisch-administratives System/Staat/Wirtschaft,
- Politische Bildung/Politische Kommunikation,
- Internationale Beziehungen.

In der Soziologie sind Soziologische Theorie, Mikrosoziologie und Makrosoziologie im Grund- und im Hauptstudium vorgesehen. Im Grundstudium kommen - wie bei der Politikwissenschaft - die Einführung in Sozialwissenschaften und die Methoden der empirischen Sozialforschung hinzu. Im Hauptstudium sind ein Fünftel der Lehrveranstaltungen für den jeweils gewählten Schwerpunkt reserviert.

Traditionell wurde die Möglichkeit gegeben, im Hauptstudium der Soziologie zwischen zwei Schwerpunkten zu wählen:

- Bildung und Sozialisation,
- Politische Soziologie.

Inzwischen sind - im Gefolge der Besetzung der C4-Professur - zwei weitere Schwerpunkte etabliert, aber noch nicht in der Studienordnung verankert:

- Organisations- und Wirtschaftssoziologie,
- Zukunft der Arbeit.

Im Selbstevaluationsbericht wird hervorgehoben, dass im Studiengang Soziologie die curriculare Diskussion noch nicht abgeschlossen ist. Dies wird darauf zurückgeführt, dass das Fach Soziologie an der Technischen Universität Braunschweig erst später als die Politikwissenschaft als Hauptfach innerhalb des Magisterstudiums etabliert wurde und lange Zeit mit sehr wenigen Dozent/-inn/en auskommen musste.

Etwa drei Viertel des vom Institut für Sozialwissenschaften gestellten Lehrangebots versorgt die beiden Studiengänge, während nur ein Viertel primär als Lehrdienstleistung für andere Studiengänge (in der Regel Lehrerbildung) angeboten wird. Die Lehrleistungen für andere Studiengänge, nämlich

- Medienwissenschaften (Haupt- und Nebenfach Magister) (in diesem Falle bis zur Etablierung von gesonderten Stellen für Medienwissenschaften),
- Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsingenieurwesen (sogenannte Simultanstudiengänge),
- Lehramtsstudiengänge,
- Erziehungswissenschaften (Diplom- und Ergänzungsstudiengänge) sowie
- Personalentwicklung im Betrieb (PIB, Weiterbildungsstudiengang), werden, wie bereits erwähnt, überwiegend durch Öffnung der Lehrveranstaltungen des Magister-Hauptfachstudiums für andere Fachrichtungen (sowie für Studierende der Politikwissenschaft und Soziologie im Nebenfach) bereitgestellt.

Für Studierende im Magister-Studiengang der TU Braunschweig ergeben sich mit dem oben beschriebenen Angebot "mehr als hundert" Möglichkeiten der Fächerkombination. Die Vielfalt der Wahlmöglichkeit wird als Bereicherung für die Studierenden interpretiert. Eingrenzungen auf bestimmte Fächerkombinationen werden nicht empfohlen, wenn auch die seitens der Studierenden der Politikwissenschaft und Soziologie am häufigsten vorgenommenen Fächerkombinationen (die beiden Fächer der

Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Psychologie usw.) für besonders sinnvoll gehalten werden.

Das Studienprogramm im Grundstudium erscheint den Gutachter/-innen sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der Soziologie als kompatibel und ausreichend, um den Studierenden ggf. nach der Zwischenprüfung den Wechsel zu Diplom- oder Magister-Studiengängen an anderen Universitäten zu eröffnen. Das Hauptstudium ermöglicht eine begrenztere Schwerpunktwahl als an den meisten anderen Universitäten Niedersachsens, bietet allerdings jeweils Schwerpunkte, die in den beiden Disziplinen generell als zentral gelten. Es werden keine Schwerpunkte angeboten, die als seltene, besondere Profile gelten könnten. Dabei scheint das Lehrangebot in einigen Schwerpunkten schmaler bzw. wissenschaftlich weniger anspruchsvoll vertreten zu sein als in anderen innerhalb der Politikwissenschaft und Soziologie.

Nach Selbsteinschätzung der Verantwortlichen sind im Lehrpersonal die Voraussetzungen zu einem qualifizierten Angebot in Methoden der empirischen Sozialforschung am stärksten ergänzungsbedürftig. Hier schaffen derzeit Lehraufträge von Wissenschaftlern aus Göttingen eine Abhilfe.

Seitens der Vertreter/-innen der Braunschweiger sozialwissenschaftlichen Studiengänge wird die These vertreten, dass die Öffnung vieler Lehrveranstaltungen für verschiedene Studiengänge und damit für Studierende unterschiedlicher fachlicher Provenienz und unterschiedlich intensiver Konfrontation mit den Sozialwissenschaften ohne große Konzessionen für die eine bzw. andere Seite gelingt. Die Lehrenden informieren sich zu Beginn der Veranstaltungen über die Studienhintergründe und -ziele der Studierenden und versuchen sich auf die gegebene Mischung einzustellen, wobei sich der unterschiedliche Hintergrund nicht selten als produktiv für die Lernerfahrungen der Studierenden erweise. Seitens der Kommission blieb es jedoch eine offene Frage, ob hier und da die Qualität des Hauptfachstudiums unter der Öffnung leide und für manche Studienfächer durch gezielte sozialwissenschaftliche Angebote mehr geleistet werden könnte; nicht zuletzt wird an manchen anderen Hochschulen die These vertreten, dass das sozialwissenschaftliche Lehrangebot ein besonderes Eingehen in Inhalt und Methode auf die Studierenden der Ingenieurwissenschaften erfordert, was ihr Wissenschaftsverständnis, die unterschiedlichen wissenschaftlichen Denk- und Arbeitsweisen und die sozialen Dimensionen der Ingenieursarbeit angeht.

Das Institut für Sozialwissenschaften ist auch organisatorisch für den Magisterstudiengang Medienwissenschaften, welcher sich im Aufbau befindet, zuständig. Das Studienprogramm soll in Kooperation mit anderen Hochschulen bereitgestellt werden. Die Lehraufgaben werden dabei in der Regel nicht durch die Personen übernommen, die der Politikwissenschaft und Soziologie zugeordnet sind. Seitens der Vertreter/-innen der beiden Fächer wird es jedoch einerseits als sinnvoll und schon zum Teil als bereits praktiziert gesehen, dass Medien innerhalb der politikwissenschaftlichen und soziologischen Lehrveranstaltungen als Thema aufgenommen werden. Andererseits wird es als Bereicherung angesehen, dass die Studierenden der Medienwissenschaften in Fächerkombination mit Politikwissenschaft und Soziologie studieren können.

Das derzeitige Studienangebot rekrutiert sich - in bisheriger Ermangelung einer eigenen Stelenausstattung für das Fach - vor allem aus Angeboten anderer Fächern der TU Braunschweig (18 verschiedene Institute) und in Kooperation insbesondere mit der Hochschule für Bildende Künste (HBK).

Positiv wird seitens der Vertreter/-innen der Fächer Soziologie und Politikwissenschaft - wie auch von den Gutachter/-innen der Aspekt gesehen, dass das Thema Medien innerhalb der politikwissenschaftlichen und soziologischen Lehrveranstaltungen aufgenommen werden kann. Dem steht jedoch ein nach dem Eindruck der Kommission im Moment noch heterogenes Lehrangebot des Fachs „Medien-

wissenschaften“ gegenüber, das einen erkennbaren Kern kaum erahnen lässt und zudem eine Vielzahl eher peripherer Lehrveranstaltungen aufweist.

Das stark nachgefragte Studienangebot sollte durch die Installierung einer eigenen personellen Ausstattung stabilisiert werden, wie dies auch im Ansatz geplant ist. Wichtig scheint vor allem ein kontinuierliches Kernangebot zu sein, das durchaus interdisziplinär ergänzt werden kann. Ohne ein solches - durch einen entsprechenden Stellenbestand abgesichertes - Kernangebot sollte ein Studiengang „Medienwissenschaften“ nur in einer Aufbauphase angeboten werden.

Es wird empfohlen, den im Aufbau begriffenen Magisterstudiengang „Medienwissenschaften“ an der TU Braunschweig und das an der Universität Göttingen im Rahmen des Magisterstudienganges geplante Fach „Medien- und Kommunikationswissenschaft“ mittelfristig zu koordinieren bzw. wechselseitig zu profilieren. Ein fachspezifische Evaluation sollte zusammen mit dem Studiengang an der Universität Göttingen nach ca. vier Jahren erfolgen.

Die Studierenden der Politikwissenschaft und Soziologie scheinen günstige Möglichkeiten zum Erwerb beruflicher Erfahrungen, zum Beispiel im Rahmen von Praktika, zu haben. Insbesondere regionalwissenschaftliche Ansätze in der Politikwissenschaft und berufs- und arbeitssoziologische Ansätze in der Soziologie scheinen den Zugang zu Praxiserfahrungen in Unternehmen zu erleichtern. Auch gibt es mit Lehraufträgen für "Praktiker" und gelegentlichen Angeboten von unmittelbar praxisbezogenen Magister-Arbeiten weitere Ansätze zu einer direkten Konfrontation mit Fragen der beruflichen Praxis. Insgesamt scheint in beiden Fächern die Vorstellung vorzuherrschen und auch in Lehrangeboten aufgenommen zu werden, dass eine theoretische Grundlegung und zugleich die Auseinandersetzung mit praktischen Problemlösungserfordernissen zu den zentralen Aufgaben der regulären Lehrveranstaltungen gehören.

Im ganzen herrscht die Vorstellung vor, dass die Praxisangebote den Studierenden bereitgestellt, Praktika aber nicht vorgeschrieben werden sollten. Die Bedürfnisse der Studierenden sollten Art und Umfang der praxisorientierten Aktivitäten außerhalb der regulären Lehrveranstaltungen bestimmen. Das optionale Angebot wurde für ausreichend gehalten. Hervorgehoben wurde allerdings, dass es sich als schwer erwiesen habe, gute und aktive Dozenten/-innen aus der Praxis zu finden. Auch würde es schwerfallen, genügend Plätze zur Einführung von obligatorischen Praktika zur Verfügung zu stellen.

Der Umfang der zur Verfügung stehenden Drittmittel unterstützt die Einschätzung der Hochschullehrer/-innen, dass die Studierenden relativ gute Chancen haben, sich als Hilfskräfte an Forschungsprojekten zu beteiligen. Gespräche mit den Studierenden erweckten allerdings den Eindruck, dass die Forschungstätigkeit ihrer Lehrenden ihnen fast nur durch die Schwerpunkte in der Lehre bekannt wird.

Seitens der Studierenden wurde zur Studiensituation angemerkt, dass die Lehrveranstaltungen im Grundstudium oft sehr voll seien. Neue Formen der Lehre würden eher praktiziert, wenn die Teilnehmerzahl gering sei.

Die Kommission empfiehlt allen Lehrenden, die Weiterbildungsangebote der Arbeitsstelle für Hochschuldidaktik (AfH) an der TU Braunschweig zu nutzen.

Praxisorientierte Akzente spielten erst im Hauptstudium eine Rolle. Insgesamt bestünde im ISW Über-schaubarkeit, es gehe informell zu. Dies böte auch in gewissem Umfang Möglichkeiten für die Studierenden, auftretende Probleme zur Diskussion zu stellen.

### **Internationale Aspekte**

In der Politikwissenschaft stellt "Internationale Beziehungen" einen der drei Schwerpunkte des Hauptstudiums dar, und einer der beiden C 4-Professoren ist für wissenschaftliche Studien in diesem Bereich bekannt. Offenkundig sind ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Bibliotheksbestände in Politikwissenschaft in englischer Sprache bzw. anderen Fremdsprachen. Einzelne Lehrveranstaltungen seien nach Auskunft der Fachvertreter/-innen auch in englischer Sprache angeboten worden. Hervorgehoben wird, dass manche Studierende eine Studien- und Praxisphase im Ausland verbracht haben und manche Absolventen/-innen - zum Teil mit Unterstützung des Instituts - in internationalen Organisationen tätig geworden sind. Insgesamt gilt die Unterstützung von Studierenden, die einige Zeit im Ausland studieren wollten, durch das Akademische Auslandsamt der TU Braunschweig als gut.

Dennoch ist festzustellen, dass bisher am Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Braunschweig keine systematischen Vorkehrungen getroffen werden, internationale Erfahrungen für Studierende zu einer selbstverständlichen Option zu machen. Es gibt keine regelmäßigen Austauschaktivitäten, die den Schritt zu einer Auslandsstudienphase leicht machen und ausländische Studierende zum Studium der Soziologie oder Politikwissenschaft an der Technischen Universität Braunschweig ermutigen. Im Gespräch mit Studierenden wurde der Eindruck bestätigt, der seitens der Lehrenden vermittelt wurde: Die meisten Studierenden sind nicht a priori zu einem Auslandsstudium geneigt, aber auch nicht völlig abgeneigt. Daher könnten institutionelle Bemühungen um regelmäßigen Austausch in der Tat zu wesentlichen Veränderungen beitragen.

Gegenüber Ansätzen zur Entwicklung gestufter Studiengänge und zur Etablierung eines Credit-Point-Systems, um den internationalen Austausch von Studierenden und die internationale Akzeptanz von Studienleistungen und Abschlüssen zu erleichtern, verhält sich das Braunschweiger Institut für Sozialwissenschaften abwartend. Verständlich ist, dass eine Universität, die bisher geringe studentische Mobilität aufzuweisen hat, eine enge Personaldecke hat und viele andere Umstrukturierungsaktivitäten unternimmt, sich hier nicht als Vorreiter sieht.

Schließlich ist die Frage aufzuwerfen, ob im Lehrprogramm, in den Literaturempfehlungen und Literaturbeschaffungen u.a.m. der Soziologie an der Technischen Universität Braunschweig internationale Entwicklungen eine größere Rolle spielen sollten. Eine Kommission kann unter den gegebenen Bedingungen des Evaluationsverfahrens zwar nur Impressionen wiedergeben. Es entstand der Eindruck, dass auch den Beteiligten an der TU Braunschweig in diesem Bereich Entwicklungsnotwendigkeiten bewusst sind.

Gegenüber den derzeit vorherrschenden Reformtrends in Lehre und Forschung an deutschen Hochschulen verhalten sich die Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Braunschweig in dem Bereich der Bemühungen um eine stärkere Internationalisierung insgesamt relativ passiv. Nachzuvollziehen ist, dass angesichts des großen Entwicklungsbedarfs der jüngeren Vergangenheit und der begrenzten Personalressourcen in Braunschweig keine Vorreiterrolle in der Entwicklung gestufter Studiengänge, in der Einführung von Leistungspunktsystem und in ähnlichen strukturellen Maßnahmen gesucht wird.

Die Kommission empfiehlt,

1. dass systematische Angebote des Studienaustauschs entwickelt werden,
2. der Nutzung von Fremdsprachen höheres Gewicht eingeräumt wird und
3. die Internationalisierung in der Substanz von Lehre und Studium zu einem der Entwicklungsschwerpunkte in naher Zukunft wird.

### **Prüfungen**

Aus den verschiedenen Prüfungsordnungen ergibt sich, welche Form der Leistungsnachweise in den einzelnen Lehrveranstaltungen zu erbringen sind. Im Magisterstudiengang kommen nach Auskunft der Fachvertreter/-innen in vielen Fällen Thesenpapiere, Hausarbeiten, Poster, Protokolle und Hausarbeiten in Frage; im Hauptstudium seien mündliche Präsentationen und zugleich Hausarbeiten vorgesehen. In den Kombinationsstudiengängen sind Klausuren vorgeschrieben. Die Beurteilungsmaßstäbe sind nach Auskunft der Lehrenden in der Regel für die Studierenden aller Studiengänge gleich; lediglich an die Studierenden, die im Rahmen des fächerübergreifenden Studiums für Ingenieurwissenschaften (FÜGRA) an den Lehrveranstaltungen teilnehmen, werden nicht die gleichen Anforderungen gestellt.

Seitens der Lehrenden am ISW wurde - wie bereits berichtet - die Einschätzung vertreten, dass die Öffnung der Lehrveranstaltungen für Studierende aus unterschiedlichen Fachrichtungen gut funktioniere. Auch die unterschiedlichen Prüfungsanforderungen für die Studierenden der identischen Lehrveranstaltung wurden nicht als problematisch gesehen.

Die meisten zentralen Lehrveranstaltungen werden so regelmäßig angeboten, dass sich für Studierende, die nicht voll dem Regelrhythmus gefolgt sind, keine großen Verlängerungen ergeben. Die einzigen Engpässe in dieser Hinsicht - in „Methoden der empirischen Sozialforschung“ - sind nach Auskunft der Lehrenden seit kurzem mit Hilfe von Lehraufträgen beseitigt worden.

Nach dem Eindruck der Gutachter/-innen funktioniert die Zwischenprüfung als kontrollierte Schwelle zwischen Grund- und Hauptstudium zusammen mit dem obligatorischen Beratungsgespräch zu Beginn des Hauptstudiums an der TU Braunschweig in den beiden Fächern sehr gut.

Anzeichen dafür, dass eine Verlängerung des Studiums institutionell mitbeeinflusst sein könnten, wurden in den Gesprächen nur in einem Punkt sichtbar. Verbreitet sei die Praxis, sich auf verschiedene Weise längere Bearbeitungszeiten der Magisterarbeiten wie längere Vorbereitungszeiten für die anderen Examensanteile zu sichern. Nach den vorliegenden Daten ermittelte das ISW eine durchschnittliche Zeitspanne zwischen Anmeldung und Abschluss der Magisterprüfungen von 11 Monaten in beiden Fächern.

Die Existenz von festgesetzten Prüfungswochen innerhalb des Kalenderjahres nahmen die Gutachter/-innen lobend zur Kenntnis.

Die Noten liegen am ISW - wie gewöhnlich in der Politikwissenschaft und Soziologie - hoch (um 2 im Durchschnitt). Betont wurde jedoch seitens der Lehrenden, dass sich doch eine deutliche Streuung ergäbe. Auch bestünde in der TU Braunschweig bei der Studierenden der Nachbardisziplinen das On-dit, dass die Leistungsmaßstäbe in diesen beiden Fächern sehr anspruchsvoll seien.

### **Beratung und Betreuung**

In den Magisterstudiengängen Politikwissenschaft und Soziologie an der Technischen Universität Braunschweig bestehen die üblichen Möglichkeiten der Beratung über Sprechstunden und im Kontext von Lehrveranstaltungen und Prüfungen. Insgesamt spricht nach dem Eindruck der Gutachter/-innen alles dafür, dass die Übersichtlichkeit und örtliche Geschlossenheit des Instituts sowie die informelle und kooperative Atmosphäre in diesem Rahmen eine günstige Situation für Beratung bieten.

Im Institut sind darüber hinaus in den letzten Jahren drei Akzente zu aktiven Beratungsaktivitäten seitens der Lehrenden gesetzt worden:

- Eine Orientierungswoche für Studienanfänger wurde eingeführt.

- Neu eingeführt wurde auch die „Einführung in das Studium der Sozialwissenschaften“, wobei bis zu vier Parallelveranstaltungen gewährleisten sollen, dass hier Möglichkeiten zu intensiver Kommunikation bestehen.
- Zu Beginn des Hauptstudiums wurde eine obligatorische Beratung eingeführt.

In den Gesprächen wurde deutlich, dass nicht alle Lehrenden gleiche Vorstellungen hatten, welche Schwerpunkte der Beratungsangebote gesetzt werden sollten und in welchem Umfang dozenteninitiierte Beratung erfolgen soll. Es scheinen auch Vorstellungen zu bestehen, dass zwischen dem Studienbeginn und dem Beginn des Hauptstudiums weitere institutionalisierte Beratungsaktivitäten hinzukommen sollten.

Die Kommission empfiehlt dem Fachbereich, die Möglichkeiten für eine Einführung studienbegleitender Mentorien prüfen.

### **Studienerfolg**

Das Institut für Sozialwissenschaften hat zur Vorbereitung der Evaluation eingehende Analysen des Profils der Studierenden, des Studienverlaufs und des Studienabbruchs vorgenommen. Diese Analysen bilden für die beiden Fächer zweifellos eine wertvolle Informationsbasis zur Reflexion ihrer Aktivitäten.

Die vorliegenden Statistiken zeigen, dass die Soziologie und die Politikwissenschaft an der TU Braunschweig im Vergleich zu den anderen niedersächsischen Universitäten kleinere Absolventenzahlen haben, als nach den Zahlen über Studienanfänger und Studierende zu erwarten wäre. Denkbar ist natürlich auch, dass sich für Braunschweig eher Wanderungsverluste ergeben, weil das Angebot an fachlichen Spezialisierungen im Hauptfachstudium nicht sehr groß ist.

Bedeutsamer noch als die Unterschiede zwischen den Hochschulen ist sicherlich, dass die Magisterstudiengänge an deutschen Universitäten sich in der Regel mit dem Phänomen recht geringer Erfolgsquoten auseinandersetzen haben. In der bereits erwähnten Studie zum Studienverlauf und Studienerfolg von U. Vogel u.a. wird erstens eine Erfolgsquote aus dem Vergleich zwischen registrierten Studienanfängern und den Absolventen einige Jahre später errechnet. Diese Erfolgsquote für Immatrikulierte betrug in der Politikwissenschaft 17% und in der Soziologie 20%. Bei genauerer Prüfung in Rahmen der genannten Analyse wurde festgestellt, dass ein nicht unerheblicher Anteil der Immatrikulierten sich nie im ISW einträgt, um die dortigen Angebote wahrzunehmen und dass ein ebenfalls nicht unbeträchtlicher Anteil der Studierenden sich wohl umsieht, aber nicht einmal einen einzigen Leistungsnachweis erbringt. Betrachtet man beides als Zeichen dafür, dass nicht ernsthaft studiert wurde, so zeigt sich, dass die Mehrheit der Immatrikulierten in den beiden Fächern nicht ernsthaft studiere. Bei denjenigen, die nach der genannten Definition „ernsthaft studieren“, ergibt sich - jeweils im Hauptfach - eine Erfolgsquote von 67% (Politikwissenschaft) und 56% (Soziologie) bei der Zwischenprüfung bzw. von 58% (Politikwissenschaft) und 46% (Soziologie); da die meisten Magisterkandidaten das Studium erfolgreich abschließen, käme also den Angaben des Selbstevaluationsberichtes zufolge ungefähr die Hälfte der ernsthaft Studierenden zu einem erfolgreichen Studienabschluss.

Im Selbstevaluationsbericht wird in detaillierten Ausführungen überzeugend darauf hingewiesen, dass in den Magisterstudiengängen viele Studierende eingetragen sind, bei denen ein Scheinstudium vorliegt oder bei denen das Studium aus verschiedenen Gründen, die weitgehend außerhalb des Einflusses der Hochschule liegen, nicht zu einem Abschluss kommt. Auch wird verständlich gemacht, dass es nicht seitens des Instituts als primäre Aufgabe gesehen wird, die Optik der Kennzahlen dadurch zu verbessern, dass man sich um eine Erschwerung der Immatrikulation bemüht (hingewiesen wurde

unter anderem auf Signale vom Arbeitsmarkt, dass manche Unternehmen sich gerne Arbeitskräfte von einem zweiten Arbeitsmarkt der nicht ernsthaft Studierenden beschaffen).

Offen blieb jedoch die Frage, ob über die bestehenden Beratungsangebote, Orientierungsveranstaltungen und die Einführungsveranstaltung hinaus weitere Beratungs- und Betreuungsaktivitäten für Studierende des Grundstudiums sinnvoll und erfolgreich wären.

Die Magisterstudiengänge Politikwissenschaft und Soziologie der TU Braunschweig haben wie andere Magisterstudiengänge dieser und anderer Universitäten sich zunehmend mit dem Tatbestand auseinandersetzen, dass die Erfolgsquoten (üblicherweise errechnet als Zahl der Absolventen im Vergleich zur Zahl der Studienanfänger einige Jahre zuvor) sehr gering sind. Für die Debatten über „Effizienz“ und „leistungsorientierte Finanzierung“ ist es zweifellos hilfreich, aufweisen zu können, dass die Mehrheit des vermeintlichen Schwunds denen zuzurechnen ist, die „nicht ernsthaft studiert“ haben. Bestehen aber bleibt die Frage, ob ein Teil der Studierenden, die unter den derzeitigen Bedingungen nicht einmal bis zu einem ersten oder zweiten Leistungsnachweis verbleiben, im ersten Studienjahr anderes hätten aufgenommen werden können.

Bei der Begutachtung der sozialwissenschaftlichen Fächer hat sich für die Kommission in ähnlicher Weise an allen Universitäten gezeigt, dass

- die sozialwissenschaftlichen Fächer - im Vergleich zu anderen Fächern - mit z.T. großen Problemen hinsichtlich Schwund-/bzw. Abbrecherquoten, Erfolgsquoten und dem sog. „Scheinstudium“ zu kämpfen haben,
- ein sehr hoher Prozentanteil der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig ist,
- ein Gutteil der Studierenden in diesen Fächern nicht in die Universität eintritt, um eine Vollstudium ordnungsgemäß zu absolvieren, sondern um sich für eine begrenzte Zeit ‚zu bilden‘. Hier handelt es sich oft um Studierende, die schon eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und sich nun in einigen Themenbereichen weiterbilden wollen.

An allen Standorten wurden von den sozialwissenschaftlichen Fächern zu diesen Themen im Vorlauf bzw. im Verlauf der Evaluation empirische Untersuchungen durchgeführt.

Wenn man davon ausgeht, dass es zum Bildungsauftrag deutscher Hochschulen gehört, sich verschiedenen Studierendentypen mit ihren unterschiedlichen Motivationslagen in angemessener Weise anzunehmen, dann wäre zu überlegen, ob das Studiumsprogramm nicht in einer Weise zu erweitern wäre, die auch eine Zertifizierung von Studienleistungen unterhalb der bisherigen Abschlüsse und oberhalb des einzelnen Seminarscheins ermöglicht, also etwa für das ordnungsgemäße Studium eines Schwerpunktbereiches.

Eine solche Zertifizierung könnte - jenseits der symbolischen Anerkennung der studentischen Leistungen - auch die Leistungen verdeutlichen, die die Sozialwissenschaften in diesem Bereich und für diese Studierendenklientel erbringen. Handelt es sich hier doch um Leistungen, die bislang durch das Grobraster universitärer Leistungsstatistiken (Zwischenprüfung/Vordiplom, Abschlussprüfung) durchfallen, daher nicht dokumentiert und entsprechend auch bei der indikatorengestützten Mittelvergabe bisher nicht weiter berücksichtigt werden. Auch in Hinblick auf die Einführung der Globalhaushalte wird die Anrechnung der tatsächlichen Ausbildungsleistungen der sozialwissenschaftlichen Fächer und die Mitgestaltung von Kriterien für die kommenden Leistungsstatistiken an Bedeutung gewinnen.

Gleichzeitig könnte eine solche Zertifizierung die Universität möglicherweise zusätzlich interessant für Leute aus der Praxis machen, die eine Art Bildungssabbatical einlegen, ohne sich allerdings die Zeit

für ein Vollstudium nehmen zu können. Eine solche Strategie könnte für die Universität daher einen möglichen Einstieg in den zukünftig immer interessanter werdenden Weiterbildungsbereich darstellen. Aus diesen Gründen empfiehlt die Kommission den Fächern,

1. bei der zukünftigen Entwicklung ihrer Ausbildungsziele und Studienprogramme die Lehrangebote so zu gestalten, dass sie den von ihnen bereits untersuchten unterschiedlichen Studierendentypen gerecht werden,
2. die Möglichkeiten für die Einführung von zusätzlichen Zertifikaten zu prüfen, die die hier geleistete Ausbildung der Fächer innerhalb der universitären Leistungsstatistiken anrechenbar macht und mit Hilfe derer erbrachte Bildungsleistungen ohne das Absolvieren eines ganzen Studienganges transparent und dokumentierbar werden,
3. zu prüfen, ob ergänzende, zusammenfassende oder weitergehende Untersuchungen zu dem genannten Themenspektrum gemeinsam mit den Fachkolleg/-inn/en der anderen niedersächsischen Standorte initiiert und durchgeführt werden können.

### **3.1.3 Rahmenbedingungen**

#### ***Personalbestand und -entwicklung***

Der wissenschaftliche Personalbestand (ohne Drittmittelbeschäftigte) umfasst zum Zeitpunkt der Begutachtung

- in der Politikwissenschaft zwei C4-Professuren, zwei Akademische Räte, einen wissenschaftlichen Assistenten und einen wissenschaftlichen Mitarbeiter,
- in der Soziologie eine C4-Professur, drei C2-Professuren, drei Akademische Räte und zwei wissenschaftliche Mitarbeiter.

Hinzu kommen insgesamt fünf Lehrbeauftragte, drei Honorarprofessoren und vier Stellen für das Sekretariat. Von den insgesamt sechs Hochschullehrerpositionen ist eine mit einer Frau besetzt, von den anderen neun Wissenschaftlerpositionen sind drei mit Frauen besetzt.

Beide Fächer liegen mit diesem Personalbestand unter dem Niveau dessen, was Wissenschaftsrat und Fachgesellschaften als Grundausrüstung zur Durchführung eines Magisterstudienganges in diesen Fächern empfehlen. Die Kommission erfuhr von den Fachvertreter/-innen, dass trotz der daraus resultierenden begrenzten Auswahl von Schwerpunkten in der zweiten Studienphase die erfolgreiche Beendigung des Hauptstudiums den Absolvent/-inn/en sehr gute regionale Berufschancen ermöglicht.

Als Lehrkapazität werden im Selbstevaluationsbericht 135 Semesterwochenstunden errechnet, dem 165 Stunden (122%) Lehrauslastung entgegenstehen. Die Lehrnachfrage für die Magisterstudiengänge Soziologie- und Politikwissenschaft macht insgesamt die Hälfte aus; die zweite Hälfte sind Lehrleistungen für andere Fächer.

Die Kommission nahm bei der Begutachtung aller Standorte zur Kenntnis, dass die sozialwissenschaftlichen Fächer neben der Lehre in den von ihnen getragenen Magisterstudiengängen auch nicht unbeträchtliche Lehr- und Dienstleistungen in den Nebenfächern erbringen, die im Rahmen der Evaluation nur begrenzt thematisiert werden können.

Die Kommission sieht dieses für die sozialwissenschaftlichen Fächer existierende Problem und empfiehlt ihnen, sich - auch für die hochschulinterne und -externe (Selbst) Darstellung - im Rahmen zukünftiger Planungen mit folgenden Fragen zu befassen:

1. Welche Ressourcen kosten die Lehr- und sonstigen Dienstleistungen, die für die Nebenfachausbildung innerhalb der Universität angeboten werden?
2. Was bedeutet das für die Konfiguration und das Profil der sozialwissenschaftlichen Fächer?

Durch ein Drittmittelaufkommen von durchschnittlich 0,8 bis 1,0 Million DM jährlich in den letzten drei Jahren werden einige Drittmittelbeschäftigte finanziert, die z.T. auch zusätzlich zur Lehre beitragen. Der Umfang wurde im Bericht nicht quantifiziert.

Die Medienwissenschaften werden nach Planung der Technischen Universität Braunschweig am ISW ausgebaut, ohne dass dies die personelle Folgen für die Politikwissenschaft und Soziologie hat. Zum Zeitpunkt der Begutachtung stellte sich die Situation des Faches folgendermaßen dar: Für 5 - 8 Jahre wird ad personam die Professur für Medienrecht besetzt, und in Kooperation mit dem „Institut für den Wissenschaftlichen Film“ in Göttingen eine Professur für Medienwissenschaften eingerichtet. An dem Lehrangebot insgesamt sind vier Fachbereiche der Technischen Universität Braunschweig, die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig und das Institut für den Wissenschaftlichen Film in Göttingen beteiligt.

In der Diagnose von Problemen der gegenwärtigen Personalstruktur stimmen der Selbstevaluationsbericht und die Gutachterkommission weitgehend überein:

- Zur Stabilität und Planungssicherheit des Faches Soziologie wäre ein Bestand einer weiteren C4-Professur von großer Wichtigkeit. Nach Einschätzung der Beteiligten wäre eine Besetzung des Fachgebiets Empirische Sozialforschung von größter Dringlichkeit.

Die Kommission empfiehlt dem Fachbereich und der Hochschulleitung, gemeinsam die Möglichkeiten zur Schaffung einer weiteren C4-Professur in der Soziologie für das Fachgebiet Empirische Sozialforschung zu prüfen.

- Wenn die ersten Stellen, die jetzt mit Akademischen Räten besetzt sind, freiwerden, bietet sich stattdessen eine Verwendung der Stellen für wissenschaftliche Nachwuchspositionen an.

Die Gutachter/-innen empfehlen, die Möglichkeiten für eine Umwandlung der jetzt freiwerdenden Ratsstellen in Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu prüfen.

Allerdings würde sich durch einen Ersatz der akademischen Räte durch Nachwuchswissenschaftler der Umfang der Lehrkapazität verringern. Sowohl in der Planung der Universität insgesamt als auch der des Fachbereichs ist vorgesehen, dass die personelle Kapazität der Fächer Politikwissenschaft und Soziologie mittelfristig weder schrumpft noch wächst.

Daneben gibt es eine Professur für Politikwissenschaft (in Verbindung mit einer akademischen Ratsstelle und einer Sekretariatsstelle), die aus persönlichen Gründen nicht in den Integrationsprozess der beiden Fächer in das ISW einbezogen worden ist, sondern im Fachbereich Erziehungswissenschaft ressortiert. Da dadurch Lehrleistungen in der Lehrerbildung abgedeckt werden, die sonst das ISW abzudecken hätte, ist dies für die Lehrbelastung nicht von großem Gewicht.

Der wissenschaftliche Nachwuchs äußerte sich über die Arbeitsatmosphäre und Arbeitssituation in der Regel positiv. Allerdings wurde hervorgehoben, dass für Absolvent/-inn/en nur wenige Möglichkeiten zur weiteren wissenschaftlichen Tätigkeit und für die jüngeren wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen nur wenig Möglichkeiten zur Beschäftigung nach der Promotion am Institut bestünden. Auch wurde die

Ansicht vertreten, dass der wissenschaftliche Mittelbau wegen der begrenzten Personaldecke des Instituts insgesamt relativ viele Aufgaben zum Funktionieren der Organisation und des Lehrbetriebs des ISW zu übernehmen hätte. Positiv wurden die hochschuldidaktischen Angebote an der TU Braunschweig vermerkt und offenkundig auch genutzt; kritisiert wurde im Gespräch, dass die Lehrqualifikation in Deutschland bei Berufungen nach wie vor zu geringes Gewicht habe.

Die Kommission hält es für angebracht, neben der bereits genannten Empfehlung zur allmählichen Umwandlung von einigen Ratsstellen in Nachwuchsstellen drei Verbesserungen in Erwägung zu ziehen:

- Die Kommission empfiehlt zur erfolgreich angelaufenen Konsolidierung der Soziologie die baldige Besetzung einer zweiten C4-Professur. Vorgeschlagen wird, eine solche Besetzung durch Vorwegnahme und entsprechenden kw-Vermerk zu ermöglichen.
- Des weiteren wird empfohlen, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium und den Nachbaruniversitäten zu prüfen, ob in verstärktem Maße mit teilzeitlicher Übernahme von Lehraufgaben an anderen Hochschulen bzw. durch eine Übersiedlung von Stellen von einer anderen Universität (möglicherweise von Hannover) die Lehrkapazität bzw. die personelle Kapazität der Sozialwissenschaften in Braunschweig vergrößert werden kann. Die bereits bestehende Ergänzung des bestehenden Lehrpersonals durch Lehraufträge an Angehörige der Universität Göttingen im Bereich der empirischen Sozialforschung wird als begrüßenswert, jedoch nicht als ausreichend empfunden.
- Schließlich wird empfohlen, dass die Professur für Politikwissenschaft, die derzeit nicht im ISW ressortiert, nach Ausscheiden des Stelleninhabers zusammen mit der personellen Ausstattung dem ISW zugeordnet wird.

### ***Frauenförderung***

Der Fachbereich hat eine ehrenamtliche Frauenbeauftragte und seit 1999 einen Frauenförderplan. Als wichtigstes Problem wurde seitens der Frauenbeauftragten festgestellt, dass es im wissenschaftlichen Personal nur in den Anfangspositionen eine vertretbare Zahl von Frauen gäbe.

Die Kommission empfiehlt,

1. bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern,
2. auch bei Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses die Frauenförderung zu beachten sowie
3. frauen- und geschlechterspezifische Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen aufzunehmen und als festen Bestandteil zu integrieren.

### ***Räume und Sachmittel***

Das Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Braunschweig ist fast vollständig in einem angemieteten Gebäude untergebracht. Das Gebäude bietet Platz für die Institutsbibliothek, das Personal und für den größeren Teil der Lehrveranstaltungen. In anderen Gebäuden werden zwei Büroräume für den Weiterbildungsstudiengang PIB (Personalentwicklung im Betrieb) sowie Hörsäle für Veranstaltungen mit größeren Teilnehmerzahlen und besonderem technischen Ausstattungsbedarf genutzt. Die Raumausstattung zeigt nur gewisse Engpässe in der Unterbringung für Beschäftigte auf Drittmittelbasis. Auch sind die technischen Installationsmöglichkeiten begrenzt. Die Entfernungen zu den anderen genutzten Standorten sind gering. Die äußerlichen Gegebenheiten begünstigen die Kooperation innerhalb des Instituts.

Vorgesehen ist, dass das ISW „in den nächsten Jahren“ zum „Campus Nord“ umgesiedelt wird. Dies soll dazu führen, dass die Institutsbibliothek in eine größere geistes- und sozialwissenschaftliche Standortbibliothek integriert wird. Das Institut insgesamt ist dann in örtlicher Nähe zu den Geisteswissenschaften angesiedelt, aber der örtliche Abstand zu den Wirtschaftswissenschaften, dem anderen Teil des Fachbereichs, und den Ingenieurwissenschaften, für die ein Teil des Lehrangebots offensteht, wird sich vergrößern.

Die Lehrenden des ISW stufen den Bestand der EDV-Ausstattung als befriedigend und die Bibliotheksausstattung in weiten Teilen als sehr gut ein. Der Etat von 125.000 DM Sachmitteln für das Haushaltsjahr wird als nicht ausreichend empfunden, um insbesondere die Kosten für EDV und Bibliothek zu decken. Die finanzielle Ausstattung für Hilfskräfte in Höhe von 117.151 DM (ohne Drittmittel) für das Haushaltsjahr 1998 wird nicht zuletzt deshalb für mehr als gut angesehen, weil es für Studierende dadurch weitere Möglichkeiten der Finanzierung über Drittmittel gibt. Viele Kosten - auch von Bibliothek und EDV - werden durch Drittmittel für Forschung getragen; obendrein wird nicht ohne Stolz auf die hohe Identifikation mit dem ISW hervorgehoben, dass es gelänge, Studierende zur ehrenamtlichen Tätigkeit in der Bibliothek zu bewegen. Seitens der Kommission kann dem Eindruck des Selbstevaluationsberichtes zugestimmt werden, dass ohne die großen Aktivitäten der Drittmittelinwerbung die Sachressourcen für den laufenden Betrieb kärglich ausfallen würden.

### 3.1.4 Qualitätssicherung

Das aktive, kooperative und informelle Betriebsklima der übersichtlichen Institution ISW an der TU Braunschweig wurde in den Gesprächen mit der Kommission von allen Statusgruppen hervorgehoben; trotzdem kann nach Ansicht der Gutachter/-innen nicht ganz ausgeschlossen werden, dass gerade ein solches Klima zu einer Überschätzung der Selbstregulation informeller Prozesse führt. Nicht eindeutig kann von außen eingeschätzt werden, ob der hohe Reflexionsgrad und die große Kommunikationsbereitschaft über Fragen von Organisation, Lehre und Studium doch auch oft dazu führen, dass bei divergenten Einschätzungen Entscheidungen vermieden oder vertagt werden. Hinweise gibt es in jedem Falle, dass bei Fragen der Qualitätssicherung in Lehre und Studium Schritte einer stärkeren Institutionalisierung der Erprobung wert sind.

Das Institut für Sozialwissenschaften scheint das Lehrangebot auf Flächendeckung und Regelmäßigkeit sorgfältig zu planen. Dabei ist es selbstverständliche Erwartung an die Beteiligten, dass zur Sicherung des Lehrangebots auch in gewissem Umfang Lehrveranstaltungen angeboten werden, die nicht den gewachsenen Forschungsschwerpunkten der Lehrenden entsprechen. Auch scheinen Lehraufträge gezielt vergeben zu werden, um Lücken im Lehrangebot zu vermeiden.

Es besteht Berichtspflicht, falls eine Lehrveranstaltung nicht zustande kommt. Die Hochschullehrer/-innen sehen sich auch jeweils in der Pflicht, die Qualität der Lehrveranstaltungen von wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen und Assistent/-inn/en zu überprüfen. Die akademischen Räte dagegen sind nicht anders als die Hochschullehrer/-innen in Fragen der Qualitätssicherung eingespannt.

Fragen der Lehrqualität werden in Sitzungen generell angesprochen. Auch ergeben sich durch gemeinsame Prüfungen Erfahrungen, die zu informellen Gesprächen Anlass geben können.

Es gibt eine Vereinbarung, dass alle Lehrenden am Schluss der Lehrveranstaltungen eine Evaluation mit Hilfe von Abschlussprüfungen oder Fragebögen veranlassen sollen. Modelle oder Fragebögen werden dafür nicht vorgegeben.

Die Hochschullehrer/-innen scheinen überwiegend die eher informellen Wege der Qualitätssicherung als angemessen zu sehen. Im Selbstevaluationsbericht heißt es jedoch auch, dass die Dozentinnen

und Dozenten aus dem wissenschaftlichen Nachwuchs darauf drängen, den Austausch über Lehrer-fahrungen auf Institutsebene zu institutionalisieren.

Die Kommission gewann zwar die Überzeugung, dass im kooperativen und aktiven Klima des ISW sicherlich viele Erfahrungen reflektiert und Probleme angesprochen werden, die in anderen vergleichbaren Institutionen nur mit Hilfe stark institutionalisierter Verfahren oder überhaupt nicht zur Sprache kommen. Aber es gab auch einige Anzeichen dafür, dass die Hochschullehrer/-innen die selbstregulativen Kräfte der kooperativen Informalität überschätzen. Es scheint nicht auszubleiben, dass manche Studierende ihre Probleme nicht hinreichend wahrgenommen sehen und auch unter den gegebenen Bedingungen nicht zu einer hinreichenden Artikulation neigen. Die Vertreter/-innen des wissenschaftlichen Nachwuchses äußern sich zwar sehr positiv über das Kooperationsklima, aber sie plädieren für eine stärkere Institutionalisierung der Rückmeldungen. Schließlich scheint es zwar viele Gespräche zu geben, aber auch keine Entscheidungen in solchen Fällen, in denen sich ein Konsens nicht leicht anbahnt.

Die Kommission empfiehlt den Fächern die Einführung einer systematischen Lehrveranstaltungsevaluation.

### 3.1.5 Zusammenfassung

Seitens der Technischen Universität Braunschweig ist die Evaluation der Sozialwissenschaftlichen Studienangebote gut vorbereitet worden. Das Institut für Sozialwissenschaften hat, wenn auch im Vorfeld die Vorgaben und der erforderliche Aufwand keineswegs günstig aufgenommen wurden, einen informativen und zum evaluativen Diskurs einladenden Selbstevaluationsbericht unter breiter Beteiligung erstellt. Organisation und Ablauf des Besuchsprogramms wurden von den Gutachter/-innen als sehr erfreulich bewertet.

Die Beteiligten des Instituts für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Braunschweig haben die Kommission davon überzeugt, dass es gelingt, mit bescheidenen personellen Ressourcen lebensfähige Magister-Studienangebote in der Politikwissenschaft und der Soziologie an einem Standort anzubieten, an dem die Ressourcen überwiegend zur Abdeckung eines verzweigten Netzes von Lehrleistungen für andere Studiengänge entstanden sind. Das „Braunschweiger Profil“, die Lehrangebotsstruktur mit einer begrenzten Zahl fachlicher Spezialisierungen primär unter dem Gesichtspunkt einer erfolgreichen Gestaltung von Magisterstudiengängen zu planen, aber die übrigen Lehrverpflichtungen durch Öffnung von Lehrveranstaltungen, ggf. multiple Prüfungsformen und -standards und zum Teil durch spezielle Veranstaltungen zu sichern (auch gerade durch die Hauptfachvoraussetzungen in der Qualität zu sichern), scheint in den meisten Aspekten erfolgreich zu funktionieren.

Konstitutiv für diesen Erfolg ist zweifellos, dass es im Laufe der letzten etwa fünf Jahre gelungen ist, die meisten Stellen für Politikwissenschaft und Soziologie in einem Institut- auch fast in allen Funktionen in einem Gebäude - zusammenzuführen, neue passende Hochschullehrer/-innen mit wissenschaftlichen Qualitätsansprüchen, hoher Aktivität, erfolgreicher Drittmittelakquisition und Sinn für institutionelle Gestaltung zu gewinnen und insgesamt eine kooperatives institutionelles Milieu zu entwickeln.

So ist es konsequent, dass die Kommission die meisten Ausführungen im Selbstevaluationsbericht bzw. beim Informationsbesuch zur Organisation des Instituts, zu den Studienangeboten, zu den Prozessen von Lehre, Studium, Beratung usw. zur Kenntnis nehmen konnte, ohne sich gedrängt zu sehen, gegenüber den Gegebenheiten größere kritische Fragen aufzuwerfen. Der Eindruck entstand, dass es mit großer Aktivität, Sensibilität für Probleme und Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft weitgehend gelingt, einen überzeugenden Kurs selbstregulierend zu steuern.

In der deutschen Hochschullandschaft, in der Ansätze zu klaren Profilbildungen nicht sehr weit verbreitet sind, wird vom „Braunschweiger Profil“ im Selbstevaluationsbericht mit gewissem Stolz auf die vollzogenen Schritte gesprochen, aus den Ausgangsbedingungen eine „Tugend“ zu machen. Die Chance zur Konsolidierung schmaler Magisterstudiengänge als Nährboden für eine breite Palette von Lehrdienstleistungen wurde überzeugend ergriffen, und das Klima von wissenschaftlichem Anspruch und guter Kooperation lässt weitere Fortschritte erwarten. Die genannten Empfehlungen mögen vielleicht dazu beitragen, dass vom „Braunschweiger Profil“ in einigen Jahre mit noch profunderer Basis gesprochen werden kann.

### 3.1.6 Stellungnahme des Fachbereichs

Zu den Vorschlägen der Gutachter nimmt das Institut im einzelnen wie folgt Stellung:

- (1) Mitglieder des ISW haben gemeinsam mit Vertretern der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften die Konzepte der vier Simultanstudiengänge für das Wirtschaftsingenieurwesen bzw. die Wirtschaftsinformatik erarbeitet. An der Fortentwicklung dieser Studiengänge sowie an der ggf. anstehenden Konzeptualisierung weiterer Simultanstudiengänge werden wir uns beteiligen. Das gemeinsam gefundene Fachbereichsdach mit dem Institut für Wirtschaftswissenschaften wird dies erleichtern.

Da der Fachbereich für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erst vor gut einem Jahr gegründet wurde, steht eine intensivere Kooperation mit den verschiedenen Abteilungen des Instituts für Wirtschaftswissenschaften aktuell und zukünftig ohnehin auf der Tagesordnung. So gibt es erste Überlegungen, gemeinsam eine Initiative zur Einrichtung eines Graduiertenkollegs zu starten. Darüber hinaus befindet sich ein vom ISW (Prof. Dr. H. Oberbeck) und der Abteilung Finanzwirtschaft am Institut für Wirtschaftswissenschaften (Prof. Dr. J. Jokisch) gemeinsam gestellter Antrag zur Generierung innovativer Finanzdienstleistungen in der Schlussberatung beim BMB+F. Es dürften vor allen Dingen solche gemeinsamen Forschungsk Kooperationen sein, die zur Verstärkung kooperativer Lehrangebote führen. Zu verweisen ist schließlich darauf, dass beide Institute einen erheblichen Anteil der Curricula im Weiterbildungsstudiengang 'Personalentwicklung im Betrieb' bestreiten. Gemeinsame Planungen sind hierfür die Grundlage

Prof. Dr. K. Lompe zeichnet seitens des ISW mit verantwortlich für die Planung der jährlich stattfindenden Ringvorlesung an der Technischen Universität. Hier werden wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragestellungen behandelt, insbesondere auch solche, die sich aus der interdisziplinären Verknüpfung von Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ergeben.

Gemeinsame Lehrveranstaltungen auch mit Vertretern der Naturwissenschaften und der Ingenieurwissenschaften werden von uns als wünschenswert bezeichnet. Die auf Universitätsebene anstehenden Initiativen zur Neugestaltung von Bachelor- und Masterstudiengängen werden in Zukunft dazu beitragen, dass diesbezügliche Kooperationspotentiale intensiver genutzt werden. So ist das ISW derzeit an der Konzipierung eines Masterstudienganges mit dem Titel "Nachhaltiger Gewässerschutz" beteiligt. Die Federführung liegt hier im Fachbereich Bauingenieurwesen. Der Fachbereich wird sich bei Einrichtung eines solchen Studienganges mit einer regelmäßigen Vorlesung zur Agenda 21-Thematik (Prof, Dr. H. Oberbeck) engagieren.

Schwerpunkte der interdisziplinären Kooperation mit den Ingenieurwissenschaften sind in der Vergangenheit durch Forschungsprojekte von Frau Prof. Dr. U. Vogel gesetzt worden. Hier geht es um Fragen der Attraktivität des Ingenieurstudiums, die in enger Kooperation mit dem Fachbereich für Maschinenbau forschungsmäßig und anwendungsbezogen bearbeitet werden. Wir dürfen hier auf eine gerade jüngst erschienene Publikation verweisen: Ulrike Vogel / Christiana Hinz: Zur Steigerung der Attraktivität des Ingenieurstudiums. Erfahrungen und Perspektiven aus einem

Projekt, Bielefeld 2000. Entsprechende einschlägige Forschungsaktivitäten laufen derzeit noch am Fachbereich Maschinenbau, wobei es das Ziel ist, gemeinsam auf eine Reform der Ingenieurstudiengänge hinzuwirken. Wir sehen hierin einen zentralen Eckpfeiler unseres spezifischen Braunschweiger Profils, das wir durch solche Kooperationsprozesse zu stärken suchen.

An der Klärung inhaltlicher Fragen der zukünftigen Ingenieurausbildung arbeiten Dozenten und Dozentinnen des Instituts zudem auf verschiedene Ebenen mit. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Kombinationsstudiengänge führte das Institut für Sozialwissenschaften eine Fachtagung zum Thema "Schlüsselqualifikation für Ingenieure - Was bedeutet heute Sozialkompetenz?" durch, an der Vertreter verschiedener Fachbereiche und ausgewiesene Praktiker teilnahmen. Bei der Kontaktstelle Hochschule und Gewerkschaften hat sich ein interdisziplinär zusammengesetzter Arbeitskreis konstituiert, der ebenfalls Fragen der zukünftigen Ingenieurausbildung thematisiert und in dem mehrere Dozenten des ISW mitarbeiten. Im November 2000 findet ein weiteres Symposium statt, bei dem die Thematik vertieft wird. Die Thematik soll auch zum Gegenstand einer Ringvorlesung gemacht werden.

- (2) Eine Evaluation des Studiengangs Medienwissenschaften war nicht Gegenstand des laufenden Evaluationsverfahrens. Gleichwohl begrüßt der Fachbereich grundsätzlich die Anmerkungen der Evaluationskommission zur weiteren Behandlung dieses Studiengangs auch in zukünftigen Evaluationsverfahren. Dabei sollte Berücksichtigung finden, dass die Sozialwissenschaften am Standort Braunschweig an dem Studiengang Medienwissenschaften nur mit etwa 10 % der Lehrangebote beteiligt sind. Gleichberechtigt beteiligt an diesem Studiengang der TU sind neben den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern die Informatik, die Nachrichtentechnik und die gestalterischen Fächer der Hochschule für Bildende Künste (HBK). Bei einem zukünftigen Evaluationsverfahren sollte diese spezifische interdisziplinäre Kooperation in der Zusammensetzung der Kommission Berücksichtigung finden.

Der vergleichsweise bescheidene Anteil des ISW am Studiengang Medienwissenschaften hat gleichwohl zur Erweiterung der Spezialisierungsrichtungen an unserem Institut beigetragen. So erhalten die Schwerpunkte Mediensoziologie, Medienrecht und Medienpolitik ein größeres Gewicht. Wir sehen hierin einen weiteren Beleg dafür, dass das Institut auf neue inhaltliche Anforderungen aus verschiedenen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft mit entsprechender Neuausrichtung auch fachlicher Schwerpunkte reagiert.

- (3) Das ISW wird auch in Zukunft großen Wert darauf legen, vor allem den wissenschaftlichen Nachwuchs auf Programme und Lehrangebote der Arbeitsstelle für Hochschuldidaktik (AfIII) an der TU Braunschweig zu verweisen. Wir dürfen zusätzlich darauf hinweisen, dass das Institut partiell an der Durchführung einzelner Programmmaßnahmen dieser Arbeitsstelle beteiligt ist. Dies hat Rückwirkungen in das Institut hinein, denn es bedarf nicht nur der Teilnahme an Veranstaltungen in der Arbeitsstelle, um Didaktikkompetenzen in unserem Institut nachhaltig zu pflegen und zu erweitern. Das ISW beteiligt sich darüber hinaus regelmäßig an Symposien und Tagungen etwa zur didaktischen Ausgestaltung von Konzepten zu Schlüsselqualifikationen.
- (4) Eine Institutionalisierung des Austausches von Studierenden mit ausländischen Universitäten ist derzeit aus Kapazitätsgründen kaum zu leisten. Einige unserer Studierenden nehmen das Auslandsstudium über das Erasmus-Programm wahr. Im Bereich der Internationalen Beziehungen wird englischsprachige Kompetenz durch die Abhaltung von Lehrveranstaltungen in englischer Sprache und die obligatorische Verwendung englischsprachiger Literatur gefördert. Darüber hinaus wird vom Fachbereich darauf verwiesen, dass aus Sonderzuweisungen für Buchanschaffungen im Rahmen von Berufungsverhandlungen gerade in den letzten Jahren der Bestand an englischsprachiger Fachliteratur erheblich ausgeweitet wurde.

Der Fachbereichsrat des Fachbereichs 10 hat schließlich im Juni 2000 die Einführung eines Credit-Point-Systems für den gesamten Fachbereich beschlossen. Damit dürfte zukünftig die internationale Vergleichbarkeit und Anerkennung von Studienleistungen, wie sie auch am Institut für Sozialwissenschaften erbracht werden, einen entscheidenden Schritt vorankommen.

- (5) Die Anregung der Kommission, Mentoren einzuführen, wird ausdrücklich begrüßt. Sie muss allerdings im Zusammenhang einer finanziell äußerst restriktiven Situation gesehen werden. Deshalb werden wir auch zukünftig unsere bereits langjährig geübte Praxis fortsetzen müssen, über intensive und teilweise obligatorische Studienberatung unterstützend zu wirken. Wir regen dabei mögliche Schwerpunktbildungen im Studium sowie die Planung und Durchführung berufsrelevanter Praktika an.
- (6) Bei der Zertifizierung von Studienleistungen und Schwerpunktbildungen verfügt das ISW über einschlägige Erfahrungen aus dem von ihm verantworteten Weiterbildungsstudiengang 'Personalentwicklung im Betrieb' (PIB). Wir werden die Anregung der Evaluationskommission aufnehmen und prüfen, ob wir hieraus Schlussfolgerungen auch für die übrigen Studiengänge ableiten können.

Die Einführung zusätzlicher Zertifikate wird z.Z. auch auf Fachbereichsratsebene ernsthaft diskutiert. Wir werden unsererseits die Initiative ergreifen, um diese Frage, die sich insgesamt nur studiengangweit klären lässt, auch mit dem Magisterprüfungsausschuss zu beraten, um zu gemeinsamen Beschlüssen mit den anderen am Magisterstudiengang beteiligten Fächern zu kommen.

Weitergehende Untersuchungen über die Effektivität unserer Studiengänge würden wir jederzeit gern durchführen. Entsprechende Fachkompetenz wird auch weiterhin am Institut für Sozialwissenschaften zur Verfügung stehen. Mit den übrigen niedersächsischen Standorten werden wir ausloten, wieweit hier standortübergreifende Initiativen ergriffen werden können. Ein entsprechendes, noch relativ lose geknüpftes Netzwerk besteht bereits zu den Nachbarstandorten Hannover und Göttingen im Bereich der Soziologie.

- (7) Wir nehmen die Anregung der Kommission auf, bei künftigen, auch landesweiten Diskussionen, die Dienstleistungsaufgaben der Sozialwissenschaften für andere Studiengänge deutlicher herauszustellen und damit zur Profilierung der sozialwissenschaftlichen Curricula beizutragen. Es ist die besondere Situation der Sozialwissenschaften in Braunschweig, die gleichermaßen durch die personelle Ausstattung wie durch das Lehrangebot zum Ausdruck kommt, zwei Hauptfachstudiengänge darzustellen sowie studiengangsbezogen weitere Dienstleistungen für andere Fachbereiche zu erbringen.
- (8) Das ISW begrüßt die Empfehlung der Kommission an den Fachbereich und an die Hochschulleitung der TU, gemeinsam die Möglichkeit zur Schaffung einer weiteren C4-Professur in der Soziologie mit Schwerpunkt Empirische Sozialforschung zu prüfen. Wir werden unsererseits Sorge dafür tragen, dass dieser Diskussionsprozess in den dafür zuständigen Gremien aktiv vorangetrieben wird. Unsere Vorstellung geht dahin, das Profil dieser weiteren Professorenstelle über Empirische Sozialforschung hinaus mit einem weiteren, speziell auf das Angebot der TU Braunschweig zugeschnittenen Schwerpunktbereich auszugestalten (z.B. Stadt- und Regionalforschung, Mediensoziologie, Umweltsoziologie).

Das ISW beabsichtigt zukünftig, freierwerdende Ratsstellen einerseits in Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs umzuwandeln, andererseits hat es aber auch strikt darauf zu achten, dass die durch die Studienordnungen geforderte Lehrkapazität nicht geschmälert wird. Dies gilt insbesondere für die Studiengänge im Bereich der Lehrerbildung. Deshalb werden zukünftig auch freierwerdende Ratsstellen zur Wiederbesetzung ausgeschrieben werden müssen.

In der Frage der Kapazitätsverlagerung sieht der Fachbereich vorrangig die Leitung der Technischen Universität Braunschweig gefordert, die hier in Zusammenarbeit mit den anderen Hochschulleitungen in Niedersachsen und dem MWK ggf. initiativ werden sollte.

Um die Angebotspalette zu erweitern wird sich der Fachbereich auch zukünftig um Lehraufträge - vor allem auch für ausgewiesene Praktiker - bemühen, um gezielt Lücken zu schließen. Im Wintersemester wird im Bereich Politikwissenschaft ein Lehrauftrag für den Bereich Kommunalpolitik etabliert.

Die mittelfristige Zusammenfassung aller politikwissenschaftlichen Stellen der Technischen Universität im ISW bietet aus unserer Sicht die Möglichkeit, für die Lehramtsstudiengänge langfristig eine Schwerpunktsetzung im Bereich der Fachdidaktik sicherzustellen.

- (9) Das ISW wird weiterhin darauf Wert legen, den Anteil von Frauen im Lehrkörper zu erhöhen. Es darauf verwiesen, dass das IWS auf der Ebene der Nachwuchsstellen bereits jetzt einen dominierenden Frauenanteil ausweist.
- (10) Das ISW wird zukünftig verstärkt Instrumente zur Selbstevaluierung von Lehrveranstaltungen einsetzen und sich nach weiterer Auswertung von Erfahrung mit diesen Instrumenten an einer notwendigen Weiterentwicklung der bisher vorliegenden Instrumente (u.a. in Kooperation mit der Arbeitsstelle für Hochschuldidaktik) beteiligen.

### 3.2 Universität Göttingen

Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Platz der Göttinger Sieben 3

37073 Göttingen

*Gutachtergruppe:*

*Prof. Dr. Ingrid N. Sommerkorn-Abrahams, Universität Hamburg*

*Prof. Dr. Günter Bentele, Universität Leipzig*

*Lutz Bornmann M.A., Universität / Gesamthochschule Kassel*

*Prof. Dr. Erhard Forndran, Universität Magdeburg*

*Prof. Dr. Gerd Junne (Federführung), Universiteit van Amsterdam*

*Staatssekretär a.D. Rolf Möller, Ehem. Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung, Bonn*

*Prof. Dr. Ulrich Teichler, Universität Gesamthochschule Kassel*

*Prof. Dr. Rainer Trinczek, Technische Universität München*

Die Begutachtung durch die Gutachtergruppe erfolgte am 19. und 20. Januar 2000.

#### 3.2.1 Aufbau und Profil der Fächer

Von der Zahl der Studierenden und Lehrenden her gehört Göttingen zu den mittelgroßen sozialwissenschaftlichen Standorten in der Bundesrepublik. Das Studienfach Sozialpolitik wird an wenig anderen deutschen Universitäten angeboten. Die spezifische Ausrichtung des Diplom-Studiengangs Sozialwissenschaften kennt lediglich in Nürnberg-Erlangen eine Parallele. Mit den neuen Studienfächern Geschlechterforschung und Medien- und Kommunikationswissenschaften hofft die Fakultät sich weiter zu profilieren.

Innerhalb der Universität Göttingen spielen die Sozialwissenschaften keine zentrale Rolle. Aber sie werden wegen ihrer guten Forschungsleistungen respektiert. Bei den jüngsten Einsparungen wurden ihnen darum auch weit weniger Mittel gestrichen als den meisten anderen Fachbereichen.

Internationale Bekanntheit haben die Soziologie und Politikwissenschaft ebenfalls vor allem durch die Forschungsleistungen erreicht, insbesondere auf dem Gebiet der Arbeits- und Industriosozologie - geleistet vom Soziologischen Forschungsinstitut SOFI - sowie in der Parteienforschung.

Auch die Querschnittsdisziplin Sozialpolitik zeichnet sich durch eine hohe Forschungsintensität aus. Darüber hinaus wird hier zur Zeit eine Lehrkooperation mit dem Fachbereich Sozialwesen der Universität Gesamthochschule Kassel erprobt, da sich die Stärken beider Institutionen in nahezu idealer Weise ergänzen.

Die Publizistik und Kommunikationswissenschaft ist stark in der Lehre, aber hat sich bisher jedoch wenig in der Forschung profiliert.

Die Wahl der Lehrinhalte ist in allen Fächern erheblich durch die Schwerpunkte in der Forschung geprägt, auch wenn dies den Studierenden nicht immer deutlich ist. Angesichts der hohen Forschungsintensität nimmt es Wunder, dass vergleichsweise wenig explizit forschungsbezogene Lehrveranstaltungen stattfinden. Zum Teil wird dies damit erklärt, dass die Mehrheit der Studierenden des Diplom-

Studienganges nicht besonders in Forschung interessiert ist, sondern eine Berufsperspektive außerhalb der Universität anstrebt.

Durch die Konzentration auf einige Forschungsschwerpunkte ist das Spektrum der Fachinhalte, in denen Studierende eine vertiefte Ausbildung erhalten können, in der Soziologie und der Politikwissenschaft relativ schmal, - so schmal, dass es kaum möglich ist, alle erforderlichen Inhalte im Studium von Lehramts-Studierenden abzudecken.

Der Universitätsleitung zufolge müsste sich die Fakultät deutlicher entscheiden, ob sie sich vor allem durch eine stärkere Betonung des forschungsbezogenen Lernens profilieren will, um damit vor allem hervorragende Studierende anzuziehen, oder ob sie es weiterhin als ihre Aufgabe betrachtet, ein breites Spektrum von Studierenden zu bedienen. Im zweiten Fall drohe ihr im Zuge des Übergangs zur leistungsorientierten Mittelverteilung auf die Dauer auch innerhalb der Universität eine gewisse Marginalisierung, da der gegenwärtige Stand vor allem durch die Forschungsleistung aufrecht erhalten werden kann. Eine stärkere Konzentration auf das „anspruchsvollere Segment“ der Studierenden erfordert keinen NC. Ein forschungsorientiertes Studienangebot generiert aus der Sicht der Universitätsleitung selbst die notwendigen Signale, die auf längere Sicht auch zu einem Zustrom der am meisten geeigneten Studierenden führt.

Aus der Perspektive der Fächer stellt sich die Situation anders dar. Aus dieser Perspektive gilt es vielmehr, eine Balance zu finden zwischen einem Angebot, das sich an eine große Zahl von Studierenden richtet, und einem Angebot, das die mehr forschungsorientierten Studierenden anspricht. Auch für Göttingen gilt, dass der Anteil von Studierenden aus der eigenen Region steigt. Viele von ihnen erwarten vor allem ein berufsbezogenes Studium und sind, zumindest in den Anfangssemestern, noch nicht interessiert an einem stärker forschungsorientierten Studium. Aus der Perspektive des Faches kann Exzellenz auch in anderen Bereichen als dem der Forschung erzielt werden. Eine stärkere Betonung der Forschungsorientierung würde auch eine erhebliche Ausweitung der Nachwuchsstellen voraussetzen. In der gegenwärtigen Situation würden Studierende, die sich in größerer Zahl auf die Forschung hin orientieren würden, in eine Sackgasse geraten, wenn sie diese Interessen an der eigenen Universität weiter verfolgen wollten.

Bei der Begutachtung der sozialwissenschaftlichen Fächer hat sich für die Kommission in ähnlicher Weise an allen Universitäten gezeigt, dass

- die sozialwissenschaftlichen Fächer - im Vergleich zu anderen Fächern - mit z.T. großen Problemen hinsichtlich Schwund-/bzw. Abbrecherquoten, Erfolgsquoten und dem sog. „Scheinstudium“ zu kämpfen haben,
- ein sehr hoher Prozentanteil der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig ist,
- Studierende in diesen Fächern teilweise nicht in die Universität eintreten, um eine Voll-Studium ordnungsgemäß zu absolvieren, sondern um sich für eine begrenzte Zeit ‚zu bilden‘. Hier handelt es sich oft um Studierende, die schon eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und sich nun in einigen Themenbereichen weiterbilden wollen. Auch wenn dieses Phänomen für die Universität Göttingen möglicherweise noch nicht zutrifft, könnte es in Zukunft doch an Bedeutung gewinnen;
- die Koexistenz unterschiedlicher Absolventenprofile von den sozialwissenschaftlichen Fächern und den Hochschulleitungen z.T. noch nicht in gleicher Weise akzeptiert wird.

An allen Standorten wurden von den sozialwissenschaftlichen Fächern zu diesen Themen im Vorlauf bzw. im Verlauf der Evaluation empirische Untersuchungen durchgeführt.

Wenn man davon ausgeht, dass es zum Bildungsauftrag deutscher Hochschulen gehört, sich verschiedenen Studierendentypen mit ihren unterschiedlichen Motivationslagen in angemessener Weise anzunehmen, dann wäre zu überlegen, ob das Studiumsprogramm nicht in einer Weise zu erweitern

wäre, die auch eine Zertifizierung von Studienleistungen unterhalb der bisherigen Abschlüsse und oberhalb des einzelnen Seminarscheins ermöglicht, also etwa für das ordnungsgemäße Studium eines Schwerpunktbereiches.

Eine solche Zertifizierung könnte - jenseits der symbolischen Anerkennung der studentischen Leistungen - auch die Leistungen verdeutlichen, die die Sozialwissenschaften in diesem Bereich und für diese Studierendenklientel erbringen. Handelt es sich hier doch um Leistungen, die bislang durch das Grobraster universitärer Leistungsstatistiken (Zwischenprüfung / Vordiplom, Abschlussprüfung) hindurchfallen, daher nicht dokumentiert und entsprechend auch bei der indikatorengestützten Mittelvergabe bisher nicht weiter berücksichtigt werden. Auch in Hinblick auf die Einführung der Globalhaushalte wird die Anrechnung der tatsächlichen Ausbildungsleistungen der sozialwissenschaftlichen Fächer und die Mitgestaltung von Kriterien für die kommenden Leistungsstatistiken an Bedeutung gewinnen.

Gleichzeitig könnte eine solche Zertifizierung die Universität möglicherweise zusätzlich interessant für Leute aus der Praxis machen, die eine Art Bildungsabbatical einlegen, ohne sich allerdings die Zeit für ein Voll-Studium nehmen zu können. Eine solche Strategie könnte für die Universität daher einen möglichen Einstieg in den zukünftig immer interessanter werdenden Weiterbildungsbereich darstellen.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Kommission den Fächern,

1. bei der zukünftigen Entwicklung ihrer Ausbildungsziele und Studienprogramme die Lehrangebote so zu gestalten, dass sie den von ihnen bereits untersuchten unterschiedlichen Studierendentypen gerecht werden,
2. die Möglichkeiten für die Einführung von zusätzlichen Zertifikaten zu prüfen, die die hier geleistete Ausbildung der Fächer innerhalb der universitären Leistungsstatistiken anrechenbar macht und mit Hilfe derer erbrachte Bildungsleistungen ohne das Absolvieren eines ganzen Studienganges transparent und dokumentierbar werden,
3. zu prüfen, ob ergänzende, zusammenfassende oder weitergehende Untersuchungen zu dem genannten Themenspektrum gemeinsam mit den Fachkolleg/-inn/en der anderen niedersächsischen Standorte initiiert und durchgeführt werden können.

Mit den anstehenden Berufungen ergibt sich die Chance, zukunftsorientierte Profile weiter zu akzentuieren. Das erfordert, dass die Denomination der frei werdenden Stellen nicht ohne weiteres fortgesetzt wird, sondern die Möglichkeit der weiteren Profilbildung genutzt wird. Dies impliziert eventuell eine noch stärkere regionale Zusammenarbeit etwa mit Kassel, um zu komplementären Angeboten zu kommen. Die Profilierung erfordert die Intensivierung der Kooperation.

Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission den Fächern, die Profilbildung weiter voranzutreiben und dabei - wie in der Sozialpolitik mit der Universität/Gesamthochschule Kassel bereits praktiziert - Möglichkeiten einer stärkeren regionalen Kooperation zu prüfen und zu nutzen.

Des weiteren empfiehlt die Kommission, zur Profilbildung ebenfalls die Möglichkeiten zur interdisziplinären Kooperation innerhalb der Universität Göttingen zu prüfen und auszubauen.

Die Kommission nahm bei der Begutachtung aller Standorte zur Kenntnis, dass die sozialwissenschaftlichen Fächer neben der Lehre in den von ihnen getragenen Studiengängen auch nicht unbedeutende Lehr- und Dienstleistungen in den Nebenfächern erbringen, die im Rahmen der Evaluation nur begrenzt thematisiert werden können.

Die Kommission sieht dieses für die sozialwissenschaftlichen Fächer existierende Problem und empfiehlt ihnen, sich auch für die hochschulinterne und -externe (Selbst-)Darstellung mit folgenden Fragen zu befassen:

1. Welche Ressourcen kosten die Lehr- und sonstigen Dienstleistungen, die für die Nebenfachausbildung innerhalb der Universität angeboten werden?
2. Was bedeutet das für die Konfiguration und das Profil der sozialwissenschaftlichen Fächer?

### 3.2.2 Lehre und Studium

#### **Ausbildungsziele**

Die Lehre orientiert sich in dieser Fakultät auf drei Studiengänge, nämlich

- den Diplom-Studiengang „Sozialwissenschaften“,
- den in diesem Evaluationsverfahren nicht behandelten Lehramtsstudiengang und
- den Magisterstudiengang, in dem folgende einzelfachorientierte Studiengänge in folgenden Hauptfächern absolviert werden können:
  - Soziologie,
  - Politikwissenschaft,
  - zukünftig auch Publizistik und Kommunikationswissenschaft,
  - und - in diesem Evaluationsverfahren ebenfalls nicht behandelt - Pädagogik, Sportwissenschaft und Ethnologie.

Die Ausbildungsziele für den Diplom- und den Magisterstudiengang sind deutlicher und ausführlicher formuliert als in den meisten anderen Evaluationsberichten der beteiligten Standorte. Selbstverständlich gewichten nicht alle Lehrenden die verschiedenen Ziele auf die gleiche Weise. Aber insgesamt herrscht über die Ziele ein großer Konsens.

Die verschiedenen Ziele haben in den verschiedenen Studiengängen eine andere Priorität. Ursprünglich wurde der Magister-Studiengang als stärker wissenschaftsorientiert konzipiert, der Diplom-Studiengang dagegen als eher praxisnah. In der Realität hat sich jedoch eine andere Selbstselektion herausgebildet:

- Der Diplom-Studiengang zieht eher zielstrebige Studierende an, die nicht vor einer Vielzahl von Fächern zurückschrecken und sich die Integration dieser Fächer zutrauen. Dies sind häufig auch Studierende, die an Forschung interessiert sind und in der Lage sind, Forschung zum Beruf zu machen.
- Der Magister-Studiengang dagegen hat eine doppelte Ausstrahlung. Er bietet zum einen ambitionierten Studierenden die Möglichkeit, sich stärker in einzelne Fächer zu vertiefen. Er ist jedoch zugleich auch attraktiv für eine andere Gruppe von Studierenden, die weder eine Forschungs- noch eine deutliche Berufsorientierung zeigt und den wenig strukturierten Studiengang erst spät zu einer eigenen Schwerpunktbildung benutzt, sondern ihm den Vorzug gibt, weil er keine so deutlichen Anforderungen an die Studierenden stellt und viele Ausweichmöglichkeiten bietet. Das kommt sehr deutlich in den längeren Studienzeiten der Magister-Studierenden zum Ausdruck.

#### **Studienprogramm**

Dem Präsidenten zufolge haben die Sozialwissenschaften ein noch nicht völlig zur Zufriedenheit gelöstes Integrationsproblem. Die Inhalte stehen oft noch zu disparat und disziplinär nebeneinander. Mit einer Reihe von Institutionen, die Querschnittsleistungen erbringen, ist dies im Ansatz verbessert wor-

den (z.B. mit dem ZENS, dem Graduiertenkolleg). Mit dem Methodenzentrum, dem Studienfach Geschlechterforschung, und der Neuorganisation von Publizistik- und Kommunikationswissenschaft werden die Querverbindungen verstärkt.

Bemerkenswert ist, dass die hohe Forschungsintensität sich kaum im Lehrveranstaltungsangebot bemerkbar macht. Die Studierenden sind - wie im Bericht der Evaluationskommission erwähnt - zu wenig über die längerfristigen Forschungsvorhaben informiert. Vielleicht ist die Aufnahme dieser Information in den Vorlesungskommentar noch nicht genug, um dem abzuweichen. Zumindest ein Teil der Studierenden würde sich gern in mehr forschungsbezogenen Lehrveranstaltungen engagieren.

Die Kommission empfiehlt den Fächern eine Verbesserung der Information über (aktuelle) Forschungsaktivitäten und eine Prüfung der Möglichkeiten zur Erweiterung des Angebots an forschungsbezogenen Lehrveranstaltungen.

Studierende empfinden die Studieninhalte (mit Ausnahme des Faches Publizistik) als sehr praxisfern. Sie bringen aber auch selbst ihre Erfahrungen aus Praktika oder anderen Formen des Engagements außerhalb der Universität ungenügend in die Lehre ein und werden vielleicht zu wenig hierzu ermutigt. Es bleiben zwei voneinander getrennte Lebenswelten.

Beinahe alle Studierenden leisten ein oder mehr Praktika während ihres Studiums, meist in den Semesterferien. Sie werden dabei unterstützt durch die Fachschaft und einen Förderverein, der auch einen Alumni-Club (Organisation der Ehemaligen) für die Fakultät aufbauen soll; dieser Förderverein ist gegenwärtig weniger aktiv. Er könnte vielleicht für eine stärkere Einbindung der Ehemaligen in die Lehre genutzt werden (Gastvorträge in einzelnen Lehrveranstaltungen, Lehraufträge, gemeinsame Lehrveranstaltungen, Exkursionen, Bildung mehr spezifischer Netzwerke für einzelne Berufsfelder). Die Fakultät unterstützt die Studierenden durch einen "Leitfaden für Praktika". Es werden jedoch nur selten Veranstaltungen angeboten, in denen die Erfahrungen aus den Praktika zurückgekoppelt, ausgetauscht und für das Studium fruchtbar gemacht werden. Das ist bei der großen Vielfalt von Praktikums-Plätzen auch nicht immer leicht zu organisieren, sollte aber vor dem Hintergrund der verschiedenen Anforderungen an das sozialwissenschaftliche Studium in Zukunft verstärkt geleistet werden.

Die Kommission empfiehlt, die Möglichkeiten für die systematische Einbeziehung der Erfahrungen von Studierenden aus den Praktika z.B. in Zwischenprüfungs- oder Seminararbeiten und bei der Methodenausbildung auszubauen.

Von der Gründung des Sozialwissenschaftlichen Methodenzentrums erwartet man eine Intensivierung der Ausbildung in wissenschaftlicher Methodenlehre. Dies mindert jedoch nicht die Notwendigkeit, auch in den anderen Veranstaltungen mehr als bisher die Techniken wissenschaftlichen Arbeitens zu betonen und explizit einzuüben.

Die Gutachter/-innen empfehlen, die Möglichkeiten zur Verbesserung der Veranstaltungen zur „Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten“ zu überprüfen.

### ***Internationale Aspekte***

Die internationalen Aspekte des Studiums sind relativ begrenzt. Ein beachtlicher Teil der Studierenden stammt aus dem Ausland, bei den Lehrenden ist dies weniger der Fall. Das behandelte Themenspektrum im Bereich Internationale Beziehungen wird durch Studierende als sehr beschränkt erfahren. Studierenden wird empfohlen, einen Teil des Studiums an einer ausländischen Universität zu verbringen, aber die bestehenden interuniversitären Kooperationsabkommen werden nur zum Teil benutzt.

Die Gutachter/-innen empfehlen, Maßnahmen zu ergreifen zur Internationalisierung von Lehre und Studium und zur Förderung des Auslandstudiums für die Studierenden.

### **Studienorganisation**

Die Studienorganisation unterscheidet sich von Fach zu Fach. Während das Studienprogramm für die Publizistik vor allem im Grundstudium relativ deutlich strukturiert ist, ist dies für die Soziologie und Politikwissenschaft weniger der Fall.

*Kolloquien:* Die Studierenden würden es begrüßen, wenn bei mehr Veranstaltungen oder Kolloquien angeboten würden, in denen Interessierte z.B. nach einer Vorlesung den Stoff weiter besprechen können.

Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern, die Möglichkeiten für ein vermehrtes Angebot solcher Veranstaltungen zu prüfen.

Praktika sind nicht obligatorisch. Doch suchen und finden die meisten Studierenden Praktikums-plätze, die studien- und berufsrelevant sind. Leider unterbleibt danach häufig die systematische Auswertung der Erfahrungen und die Rückkoppelung zu den Studieninhalten.

*Seminare:* Zu viele Seminare laufen nach "Schema F" ab: Es werden Themen verteilt, Referate gehalten und durch einen wortstarken Kern von Teilnehmer/-innen besprochen. Das "feedback" von der Seite der Dozenten/-innen ist häufig sehr beschränkt. Der Evaluationsbericht enthält eine ganze Reihe von Anregungen für eine bessere und abwechslungsreichere Gestaltung der einzelnen Lehrveranstaltungen, die die Gutachter/-innen unterstützen.

### *Diplom-Studiengang Sozialwissenschaften*

Der Diplom-Studiengang ist zwar stärker strukturiert, aber er bietet in den einzelnen Fächern nicht immer genug Orientierung. Die Integration zwischen den Fächern kommt zu kurz.

Die Studierenden im Diplom-Studiengang erwarten mehr Veranstaltungen, in denen die Integration der Sozialwissenschaften mit den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften exemplarisch stattfindet. Derartige fachübergreifende Veranstaltungen sind noch zu selten. Inzwischen ist sichergestellt, dass die Teilnahme von Dozenten/-innen aus verschiedenen Fächern an einer Lehrveranstaltung ihnen voll auf das Deputat angerechnet wird, so dass der Aspekt der Mehrbelastung solchen Veranstaltungen nicht mehr im Wege stehen dürfte.

Die Kommission empfiehlt eine deutliche Erweiterung des Angebots an Integrationsveranstaltungen. Die Koordination mit den Nachbarwissenschaften (Recht, Wirtschaft), die an der Ausbildung der Diplom-Sozialwirte beteiligt sind, sollte verbessert werden. Studierende fühlen sich durch die Dozenten/-innen dieser Fächer nicht immer ernst genommen, obwohl sie häufig bessere Studienleistungen sehen lassen als die jeweiligen Fachstudierenden.

Die Kommission empfiehlt für die Lehrplanung und -durchführung im Diplomstudiengang eine fächerübergreifende Koordinationsgruppe einzusetzen.

### *Magister-Studiengang in den Fächern Soziologie und Politikwissenschaft*

Für den Magister-Studiengang gilt am stärksten, dass die große Offenheit und Flexibilität von Studienorganisation und Studieninhalten ein großes Maß an Selbständigkeit und Selbstverantwortung der

Studierenden erfordert. Für viele Studierende bringt diese Offenheit eine längere Periode der Orientierungslosigkeit mit sich. Hier stellt sich die Frage, welche Zwischenlösung möglich ist zwischen einem im Prinzip offenen und selbstständigkeitsfördernden Studienangebot und dem Verlangen vieler Studierender nach mehr Orientierungshilfen, begrenzter Strukturierung und stärkerer Hilfe beim Finden eines roten Fadens. Den Studierenden zufolge führt die sehr große Offenheit des Studiums dazu, dass sie einen Aha-Effekt - das Gefühl, einen Durchblick oder einen roten Faden gefunden zu haben - oft zu spät erleben.

Die Orientierungsphase für Studienanfänger/-innen zu Beginn jeden Semesters bedarf sicher weiterer Verbesserungen. Die Anstrengungen der Studierenden in diesem Bereich sind sehr zu schätzen, aber sie entlassen die Lehrenden nicht aus der Verpflichtung, ihrerseits in einer geeigneten, ansprechenden Form Informationen über den Studienaufbau und den Inhalt der angebotenen Lehrveranstaltungen anzubieten.

Die Kommission empfiehlt, dass sich die Lehrenden intensiver an der Organisation und Durchführung der Orientierungsphase für Studienanfänger/-innen zu Beginn jeden Semesters beteiligen.

Die gegenwärtige Situation der Studierenden ist vergleichbar mit der Situation des Wanderers, der im Urwald auf einer Lichtung steht und sich entscheiden muss zwischen verschiedenen Pfaden, die in alle Richtungen gehen, aber deren Verlauf sich nach wenigen Metern im Gestrüpp verliert und nicht zu übersehen wird. Zum Glück gibt es einen Wegweiser, nämlich den Vorlesungskommentar, der den jungen Studierenden jedoch nicht in ausreichendem Maße zu ihrer langfristigen Orientierung und Studienplanung dient. In dieser Situation ist es zu viel verlangt, wenn den Studierenden eine eigenverantwortliche Entscheidung abverlangt wird, solange sich die Implikationen dieser Entscheidung in keiner Weise überschauen lassen. Die Anfangsphase des Studiums gleicht nun eher einer "Survival Tour" mit zufälligem Ausgang und ist meist nicht Ergebnis eines verantwortlichen, wohl abgewogenen Entscheidungsprozesses.

Die Kommission empfiehlt den Fächern eine stärkere Strukturierung des Grundstudiums.

Die große Offenheit lässt sich nur dann aufrecht erhalten, wenn den Studierenden zugleich eine gute Beratung zuteil wird, die es ihnen ermöglicht, ihren eigenen Weg durch die Studieninhalte zu wählen. Am Anfang sind Studierende ohne eine derartige Beratung durch die Wahlmöglichkeiten überfordert, so lange sie sich noch nichts unter den Begriffen vorstellen können, mit denen die verschiedenen angebotenen Veranstaltungen beschrieben werden. Studierende wünschen sich mehr Überblicksveranstaltungen, die ihnen Grundlagen des Faches vermitteln und die weitere Orientierung erleichtern.

Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern, das Angebot an fachlichen Überblicksveranstaltungen und das Beratungsangebot im Grundstudium zu erweitern.

Daneben sind Einführungen in die Techniken wissenschaftlichen Arbeitens erforderlich, die die Studierenden tatsächlich dazu befähigen, selbstständig zu studieren und Wissenschaft zu betreiben. Es geht nicht an, dass normale Proseminare angeboten werden, die auch als Einführungen in die Techniken wissenschaftlichen Arbeitens anerkannt werden, wenn in diesen Veranstaltungen dieser Problematik nicht tatsächlich auch erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Ein Mentor-System ist wegen der großen Zahl der Studienanfänger/-innen problematisch. Es ließe sich jedoch an ein System studentischer Mentoren denken, die für ihre Anstrengungen nicht eine finanzielle Belohnung, aber einen zusätzlichen Leistungsnachweis erhalten.

Die Gutachter/-innen empfehlen, die Einführung von studienbegleitenden Mentoren zu prüfen.

Die in der Soziologie geplante explizite Unterscheidung zwischen Proseminaren I und II (echte Anfängerveranstaltungen und übrige Proseminare) wird von den Gutachter/-innen unterstützt, da sie eine sinnvolle Hilfestellung bei der Auswahl von Lehrveranstaltungen bieten kann.

#### *Magister-Studiengang im Fach Publizistik und Kommunikationswissenschaft*

Das Fach Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Göttingen, das bis vor kurzem nur als Nebenfach belegt werden konnte, wird von studentischer Seite stark nachgefragt. Es ist das einzige Fach der Fakultät, das einem NC unterliegt. Es steht insofern im Umbruch, als geplant ist, dieses Fach als Nukleus eines zu bildenden Fachs „Medien- und Kommunikationswissenschaft“ zu begreifen, das organisatorisch innerhalb eines interdisziplinären „Zentrums für interdisziplinäre Medienwissenschaft“ angesiedelt wird.

Die personelle Ausstattung des Fachs ist - gemessen an der studentischen Nachfrage, der im Bericht dokumentierten Prüfungsbelastung oder der durchschnittlichen Ausstattung des Fachs in Deutschland mit derzeit 4,5 etatisierten Stellen sehr gering.

Von studentischer Seite wurde während der Vor-Ort-Begehung die Orientierung bzw. die übersichtliche Einführung in das Fach (Kommunikationswissenschaft 1 und 2), das Engagement von Lehrenden - insbesondere auch des Mittelbaus - bezüglich der Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten, der ausgeprägte Praxisbezug von Teilen des Lehrprogramms sowie die intensive Betreuung durch die Lehrenden durchweg positiv beurteilt. Moniert wurde die - trotz NC - Überfülltheit und Größe mancher Veranstaltungen.

Die Pläne der Universität, das Fach unter Verstärkung des interdisziplinären Charakters auszubauen und damit der studentischen Nachfrage und den Veränderungen der Gesellschaft (Entwicklung der Gesellschaft zu einer Medien- und Kommunikationsgesellschaft; stärkere gesamtgesellschaftliche Rolle der Massenmedien und der öffentlichen Kommunikation insgesamt) Rechnung zu tragen, sind begrüßenswert. Ebenso ist die organisatorische Kombination mit einem Medienzentrum (ZEM, Zentrale Einrichtung Medien) als Dienstleistungszentrum für das Fach, aber auch für die gesamte Universität positiv zu beurteilen.

Folgende Punkte sollten in diesem Prozess jedoch beachtet werden:

1. Die Zuführung weiterer Stellen aus der Universität und von außerhalb ist positiv zu bewerten. Die Kommission empfiehlt, dass die fachlichen Kernbereiche auch bezüglich ihrer stellenmäßigen Verankerung Kernbereiche bleiben. Zu den Kernbereichen zählen das geplante Modul 1, teilweise 2, sowie die Module 3 bis 6.
2. Wichtige Lehrbereiche (z.B. das geplante Modul 6 Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit) können nicht auf Dauer nur mit Lehrbeauftragten abgedeckt werden; die Kommission empfiehlt, diese durch fest etatisierte Stellen zu sichern.
3. Für exzellente Lehre und Forschung ist eine entsprechende technische Ausstattung im geplanten Medienzentrum als eine wesentliche Arbeitsvoraussetzung unabdingbar notwendig.
4. Die Kommission empfiehlt dem Fach, sich mit dem Standort Braunschweig bezüglich einer gegenseitigen Profilierung ins Benehmen zu setzen.
5. Weiterhin wird empfohlen, neben dem geplanten und begrüßenswerten Einbringen von Ressourcen von ausserhalb der Fakultät (insbesondere Philologische, Wirtschaftswissenschaftliche, Juristische Fakultät) auch verstärkt Kooperationen innerhalb der Fakultät (z.B. mit der Politikwissenschaft in einem Forschungs- und Lehrfeld „Politische Kommunikation“) zu prüfen und ggf. zu realisieren.
6. Die Kommission empfiehlt eine fachspezifische Evaluation zusammen mit dem Studiengang an der TU Braunschweig nach ca. vier Jahren.

## **Prüfungen**

Die Fächer stehen vor einigen Aufgaben bezüglich der Profilbildung, Internationalisierung und Strukturierung der Curricula.

Die Kommission empfiehlt, in diesem Zusammenhang die Einführung von ECTS zu erwägen, um eine Vergleichbarkeit und (auch international gültige) Anrechenbarkeit der erbrachten Studienleistungen zu gewährleisten.

Was die Prüfungen angeht, hat die Selbstevaluation eine Reihe von kritischen Punkten aufgezeigt.

*Prüfungsorganisation:* Die Aufteilung der Prüfungsorganisation auf verschiedene Prüfungsämter sollte so schnell wie möglich geändert werden. Dass Studierende sich selbst um die Organisation eines Prüfungstermins und um die Koordination der beteiligten Prüfer kümmern müssen und dabei dem Selbstreport zufolge häufig in eine unangenehme Bittsteller-Rolle geraten, sollte schnell abgeschafft werden. Hier sollte das Prüfungsamt sich mehr als eine Dienstleistungsorganisation für die Studierenden verstehen. Die den Studierenden überlassene Verabredung von Prüfungsterminen kann durchaus zur Verlängerung der Studiendauer beitragen.

Die Kommission empfiehlt,

1. alle an der Fakultät zuständigen Stellen für Prüfungen zu einem Prüfungsamt zusammenzufassen,
2. die Einführung von verbindlichen Meldeterminen sowie Prüfungszeiträumen oder -terminen für Zwischen- und Abschlussprüfungen zu erwägen.

*Zwischenprüfung:* Die Soll-Bestimmung über den Zeitpunkt der Zwischenprüfung sollte so schnell wie möglich umgewandelt werden in eine zwingendere Bestimmung, so dass es nicht länger geschehen kann, dass Studierende erst kurz vor dem Abschlussexamen ihre Zwischenprüfung ablegen, die dadurch jede Funktion verliert. Erbrachte Prüfungsleistungen wären durch die Lehrenden umgehend an das Prüfungsamt zu melden, so dass es in der Zukunft ausgeschlossen ist, dass Studierende erst sehr viel später einen Nachweis über die erbrachten Leistungen erhalten.

Die Kommission empfiehlt der Fakultät Maßnahmen zu ergreifen, damit die Studierenden innerhalb der vorgegebenen Fristen ihre Zwischenprüfung ablegen.

*Standards:* Alle schriftlichen Examensarbeiten werden auch durch Zweitgutachter/-innen begutachtet. Während Studierende selbst ihre Erstgutachter/-in wählen, wird der/die Zweitgutachter/-in durch den Prüfungsausschuss benannt, häufig auch aus anderen Instituten. Die bei der Beurteilung auftretenden Differenzen sind regelmäßig Anlass zu einem Gedankenaustausch über die Beurteilungskriterien, der zu einer Annäherung der verschiedenen Standards beiträgt.

Die Kommission empfiehlt den Lehrenden aller Fächer, eine verbindliche und transparente Einigung über die Kriterien der Leistungsbeurteilung herbeizuführen.

*Prüfungsbelastung:* Der Bericht der Evaluationskommission zeigt, wie unterschiedlich die Belastung der verschiedenen Prüfungsberechtigten ist.

Die Gutachter/-innen empfehlen, im Sinne einer angemesseneren Arbeitsteilung bei der Bestellung als Zweitgutachter/-in eine Kompensation zu schaffen, so dass eine faire Arbeitsteilung realisiert wird.

### ***Beratung und Betreuung***

Die Offenheit der Studienorganisation erfordert eine intensive Beratung. Bei den meisten Dozenten/-innen finden die Studierenden ein offenes Ohr. Aber nicht alle Lehrenden vermitteln den Studierenden den Eindruck, dass sie Beratungsleistungen bereitwillig erbringen.

Viele Studierende wünschen eine mehr den angelsächsischen Gepflogenheiten entsprechende "Politik der offenen Tür", bei der sich das Beratungsangebot nicht ausschließlich auf die Sprechstunden beschränkt.

Die Kommission empfiehlt den Lehrenden, Maßnahmen zur Verbesserung des Beratungsangebotes zu ergreifen und dabei vor allem die Betreuung und Nachbesprechung von Hausarbeiten zu intensivieren.

### ***Studienerfolg***

Die durchschnittliche Studiendauer ist zu lang und die Abbrecherquote zu hoch. Das Problem stellt sich hier in ähnlicher Weise wie an anderen niedersächsischen Hochschulen, aber vielleicht in etwas weniger gravierendem Maße.

Interessant ist der deutliche Unterschied zwischen dem Diplom- und dem Magisterstudiengang und innerhalb des Magisterstudienganges zwischen Studierenden mit dem Hauptfach Politikwissenschaft bzw. dem Hauptfach Soziologie. Hier wäre weitere Forschung erforderlich, um zu testen, ob die im Bericht der Evaluationskommission enthaltenen Vermutungen über die Ursachen der Unterschiede tatsächlich zutreffen.

Wahrscheinlich trägt die gegenwärtige Organisation des Prüfungswesens zur unnötigen Verlängerung der Studiendauer bei. Dies ist ein Faktor, der wahrscheinlich relativ leicht universitätsintern zu beheben ist.

Die Informationen über den Verbleib der Studierenden stammen aus der ersten Hälfte der 90er Jahre. Inzwischen hat die Fakultät Anschluss gefunden bei der Durchführung einer EU Studie, in deren Rahmen der Verbleib nicht nur der Diplom-Studierenden, sondern der gesamten Studierendenpopulation untersucht werden kann. Die Finanzierung ist gesichert, und das Projekt kann in Kürze starten. Die Gutachter/-innen begrüßen diese Initiative nachdrücklich.

Die meisten guten Studierenden suchen nach dem Abschluss ihres Studiums eine Position außerhalb der Universität. Es ist den Fächern bisher nicht gelungen, eine größere Zahl guter Studierender für eine Promotion zu interessieren. Eine wichtige Ursache hierfür sind die wenig attraktiven materiellen Rahmenbedingungen für ein Promotionsstudium sowie die geplante Änderung der Promotionsförderung im Land Niedersachsen. Aber auch die Intensität der zu erwartenden Betreuung ist sicherlich in einigen Fällen wenig ermutigend.

### **3.2.3 Rahmenbedingungen**

#### ***Personalbestand und -entwicklung***

Der Personalbestand konnte in den landesweiten Streichungs-Runden insgesamt einigermaßen gehalten werden. In den Fächern Soziologie und Politikwissenschaft reicht der Personalbestand in etwa aus, um die anstehenden Aufgaben zu erfüllen. Lücken bestehen jedoch in der Breite des Angebots für Lehramtskandidaten/-innen. Im Fach Publizistik und Kommunikationswissenschaft ist der Personalbestand im Hinblick auf die Studierendenzahlen zu knapp.

Überall wird ein großer Teil der Lehrveranstaltungen durch Lehrbeauftragte angeboten; das kann - wie im Falle der Publizistik - sehr sinnvoll sein, um den Praxisbezug zu intensivieren. Aber es kommt meist nicht der Koordination der Lehrveranstaltungen zugute.

Problematisch ist nicht allein der Personalbestand, sondern auch die Personalstruktur, vor allem die Altersstruktur und das Geschlechterverhältnis. Die Altersstruktur entspricht einer auf dem "Kopf" stehenden Pyramide. Dies bringt eine Reihe von Auswirkungen mit sich:

- die Impulse für eine Erneuerung bleiben beschränkt;
- der Abstand zwischen Lehrenden und Studierenden nimmt immer mehr zu;
- das Beratungsangebot wird weniger genutzt, weil die Studierenden eine größere Distanz auch dort wahrnehmen, wo sie gar nicht beabsichtigt wird;
- die Chance der Diskontinuität steigt, wenn innerhalb einer kurzen Zeitspanne ein großer Teil der Stellen vakant wird.

Am „Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien“ (ZENS) steht die Wiederbesetzung einer C4-Stelle mit einer Denomination für „International vergleichende Sozialforschung“ an.

Die Kommission empfiehlt eine zügige Wiederbesetzung unter Berücksichtigung der Planungen von Lehr- und Studienangeboten, der fachlichen Profilbildung sowie der Frauenförderung.

*Frauenförderung:* Der Anteil von Frauen an den Lehrenden ist niedrig, besonders in der Politikwissenschaft. Die anstehenden Berufungsverfahren bieten die Chance, das Geschlechterverhältnis zu verbessern. Gerade bei den Berufungsverfahren hat sich in der Vergangenheit häufig gezeigt, dass das hohe allgemeine diesbezügliche Problembewusstsein häufig keinen Niederschlag in entsprechenden Entscheidungen findet. Viele Wissenschaftlerinnen haben sich explizit mit der Geschlechterforschung beschäftigt. Nach Angaben der Frauenbeauftragten wird in Berufungsverfahren häufig geltend gemacht, dass damit nicht die Breite des Faches abgedeckt wird. Bei einer anderen fachlichen Schwerpunktbildung werden solche Vorbehalte meistens nicht vorgebracht.

Die Kommission empfiehlt nachdrücklich,

1. bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern,
2. auch bei Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses die Frauenförderung zu beachten sowie
3. frauen- und geschlechterspezifische Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen aufzunehmen und als festen Bestandteil zu integrieren.

*Graduiertenförderung:* Für die Graduiertenförderung sollten Extraanstrengungen unternommen werden. Es könnten mehr Doktoranden-Kolloquien stattfinden. Die besondere Lage der wissenschaftlichen Hilfskräfte, von denen erwartet wird, dass sie neben ihrer Arbeit promovieren, und die in zunehmendem Maße in Konkurrenz stehen zu Teilnehmer/-innen an den Graduiertenkollegs, verdient besondere Berücksichtigung.

Die Kommission empfiehlt den Fächern, ihre Maßnahmen zur Graduiertenförderung zu verbessern und dabei die unterschiedlichen Problemlagen der verschiedenen Gruppen (z.B. Wissenschaftliche Hilfskräfte, Wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, Stipendiaten/-innen) zu berücksichtigen.

### **Räume und Sachmittel**

Die räumliche Ausstattung der Institute wird im allgemeinen als hinreichend betrachtet. Bei der technischen Ausstattung der Seminarräume ließe sich hingegen noch einiges verbessern. Die technische

Ausstattung des Instituts für Publizistik und Kommunikationswissenschaft wird von den Fachvertretern als unzulänglich betrachtet. Die Einrichtung des ZEM (Zentrale Einrichtung Medien) wird hier aber Abhilfe schaffen.

*Bibliothek:* Über den Etat der Fakultätsbibliothek lagen der Kommission keine Angaben vor. In dem Gespräch mit der Bibliotheksleitung wurde den Gutachter/-innen mitgeteilt, dass der Etat kaum ausreicht, wenn man die Zahl der zu vertretenen Fächer berücksichtigt. In der elektronischen Erfassung der eigenen Bestände hinkt die Katalogisierung noch etwas hinterher.

Die Ausleihprozedur im Hinblick auf Bücher, die bei den Hochschullehrern/-innen als Dauerausleihe stehen, sollte dringend verändert werden. Es geht nicht an, dass Studierende selbst, um diese Bücher einzusehen, bei den Dozenten/-innen anklopfen müssen, obwohl sich dadurch ab und zu interessante Fachgespräche entwickeln können.

Die Kommission empfiehlt, dass die Bibliothek solche Bücher selbst zurückfordert und für die Studierenden zugänglich macht.

Des Weiteren wird empfohlen, die elektronische Katalogisierung der eigenen Bestände zu beschleunigen und die Möglichkeiten zur Koordination in der Anschaffungspolitik mit der sehr nahe gelegenen Universitätsbibliothek zu prüfen.

### **3.2.4 Qualitätssicherung**

Die Gutachter/-innen trafen in der Sozialwissenschaftlichen Fakultät auf ein in Fragen von Qualitätssicherung und -verbesserung sehr offenes und selbstreflexives Kollegium und ebenso aufgeschlossene Studierende. Eine Evaluation von Lehrveranstaltungen findet schon vereinzelt statt.

Die Gutachter/-innen empfehlen, Möglichkeiten für die Einführung einer systematischen Lehrveranstaltungsevaluation zu prüfen.

#### ***Maßnahmen der Fakultät***

Die Fakultät hat in vorbildlicher Form nicht nur einen Maßnahmenkatalog formuliert, sondern auch verabschiedet. Die vorgeschlagenen Maßnahmen erscheinen der Kommission sehr sinnvoll. Eine offene Frage ist, wie es mit der Implementation der Maßnahmen bestellt sein wird.

Die Schaffung der Position eines Studiendekans, der zugleich mitverantwortlich ist für die Organisation eines kontinuierlichen Reflexions- und Reformprozesses, wird von der Fakultät zur Zeit erwogen. Die Kommission unterstützt diese Pläne der Fakultät, möchte jedoch folgendes zu bedenken geben: Das Problem einer solchen Institutionalisierung des Reformstrebens ist häufig, dass in dem Moment, in dem die Verantwortung für den weiteren Gang der Dinge an eine/n Beauftragte/n übertragen wird, sich alle anderen nicht mehr hierfür verantwortlich fühlen.

Eine andere Möglichkeit wäre, verschiedene Maßnahmen als Projekte zu definieren und die Verantwortung für diese Projekte unter einer größeren Zahl von Lehrenden und eventuell auch Studierenden zu verteilen.

Der anfallende administrative Aufwand könnte durch studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte bewältigt werden. Der Vorteil einer solchen Vorgehensweise liegt darin, dass er weniger zu einem Abwägungsverhalten führt und ein größerer Kreis von Beteiligten Mitverantwortung trägt.

### 3.2.5 Zusammenfassung

Angesichts des weitreichenden Maßnahmenkatalogs der Fakultät kann die Kommission sich mit ihren Empfehlungen auf einige ergänzende Vorschläge beschränken. Die zukünftige Qualität von Studium und Lehre wird vor allem von der Implementation der bereits gut formulierten und diskutierten eigenen Absichten sowie der bereits beschlossenen Maßnahmen abhängen und nicht so sehr von der Länge des Katalogs zusätzlicher Verbesserungsvorschläge.

Ein Schwerpunkt der Empfehlungen bezieht sich auf die Studieneingangsphase in den Fächern Politikwissenschaft und Soziologie. Mehr parallele Einführungsveranstaltungen, in denen auch die Technik wissenschaftlichen Arbeitens zentrales Thema ist, wären hier wünschenswert. Viele Studierende benötigen eine bessere Orientierung und intensivere Beratung, um von den angebotenen Wahlmöglichkeiten einen guten Gebrauch machen zu können. Eine etwas stärkere Strukturierung des Grundstudiums wäre angebracht. Eine bessere inhaltliche Koordination des Lehrangebots könnte im Zuge dessen erreicht werden.

Bei den übrigen Lehrveranstaltungen wäre es wünschenswert, wenn

- mehr Gebrauch gemacht wird von der ganzen Palette von Veranstaltungsformen, wie sie der eigene Evaluationsbericht beschreibt,
- Lehrangebote und Studienpläne stärker miteinander abgestimmt werden,
- mehr Integrationsveranstaltungen im Diplom-Studiengang angeboten werden,
- die Vorlesungen häufiger mit Kolloquien gekoppelt werden,
- die Lehrinhalte in der Politikwissenschaft und der Soziologie etwas praxisnaher werden,
- die Darstellungskompetenz vieler Lehrender verbessert werden kann und
- alle Lehrveranstaltungen regelmäßig evaluiert werden.

Bei der Prüfungsorganisation ließe sich einiges verbessern, was zugleich die durchschnittliche Studiendauer positiv beeinflussen kann:

- Die Meldung zur Zwischenprüfung sollte verbindlicher geregelt werden.
- Die Verabredung von Prüfungsterminen darf nicht den Studierenden überlassen werden.
- Für die Magisterprüfungen und auch die Zwischenprüfung sollten feste Melde- und Prüfungstermine eingeführt werden.

Für die Kommission war nicht deutlich, warum eine für alle Prüfungen der Fakultät zuständige Verwaltungsstelle im Evaluationsbericht und den geführten Gesprächen lediglich als eine langfristig zu realisierende Maßnahme erwogen wird. Ein solcher Schritt könnte umgehend eingeleitet werden.

Um weiterhin interessierten wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden, sollten die Fächer in Zukunft mehr Engagement für die Graduierten- und Postgraduiertenförderung aufbringen und dabei auch Aspekte der Frauenförderung einbeziehen.

### 3.2.6 Stellungnahme der Fakultät

#### ***Beurteilung des Evaluationsverfahrens durch die Fakultät***

Die Fakultät hält die Art des gewählten Verfahrens der Evaluation - interne Selbstevaluation, externe Begutachtung - für sehr sinnvoll und effektiv. Sachgerecht ist auch, dass die Federführung bei einer sowohl vom Ministerium als auch von den Hochschulen unabhängigen Agentur liegt. Die Rahmenvor-

gaben der Agentur sowie deren Vorbereitung und Betreuung der externen Begutachtung waren sehr hilfreich. Notwendig waren auch die - leider sehr knapp bemessenen - finanziellen Unterstützungen aus dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur.

Die externen Gutachter erwiesen sich in den Gesprächen in Göttingen als sehr gut vorbereitet, kompetent, kritisch und zugleich kooperativ und kollegial. Das gleiche können wir von dem Gutachten sagen.

Die Fakultät hat den "Evaluationsprozess von Anfang an ausdrücklich als Reformprozess verstanden. Das erste Mal fand in der Sozialwissenschaftlichen Fakultät in so umfassender Art und Weise ein interner Reflexionsprozess durch die Fakultätsmitglieder über sich selbst statt".

### ***Maßnahmenprogramm im Überblick***

Der Fakultätsrat hat anlässlich der Verabschiedung des Evaluationsberichtes eine Reihe von Empfehlungen an die Institute verabschiedet und Beschlüsse gefasst.

#### *Empfehlungen des Fakultätsrates an die Institute und die Lehrenden:*

- In den Fächern soll eine transparentere und verbindlichere Strukturierung der Inhalte und des Studienablaufes im Grundstudium angestrebt werden.
- In allen Lehrveranstaltungen sollen die Vermittlung von Techniken und Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens, der Kommunikationsfähigkeit und der Präsentation von wissenschaftlichen Arbeitsergebnissen stärker betont und gewichtet werden.
- In einer größeren Zahl von Lehrveranstaltungen soll ein dezidierter, jedoch kritisch distanzierter Praxisbezug gesucht werden. Bei Examensarbeiten soll versucht werden, die Studierenden stärker dazu zu bringen, eigene Praxiserfahrungen in den Themen aufzunehmen.
- Alle Institute sollen sich intensiver darum bemühen, alternative Lehrveranstaltungsformen (gegenüber den traditionellen Seminarformen) zu erproben und zu praktizieren.
- In den Instituten sollen mehr Lehrveranstaltungen mit unmittelbarem Zugang zu Forschungsprozessen angeboten werden. Die Institute sollen ihre forschungsfundierten Schwerpunkte in der Lehre für die Studierenden stärker sichtbar machen und präsentieren.
- In allen Instituten sollen in regelmäßigen Abständen Evaluationen in den Lehrveranstaltungen durchgeführt werden. Die Institute sollen regelmäßig die Teilnehmerzahlen in den Lehrveranstaltungen erheben.

#### *Beschlüsse des Fakultätsrates:*

- Die Entwicklung der interdisziplinären Studienfächer "Medienwissenschaft" und "Geschlechterverhältnisse" wird weiter vorangetrieben. In der Strukturkommission und der Studienkommission wird eine Gesamtkonzeption erarbeitet, die das Verhältnis von Disziplinarität und Interdisziplinarität berücksichtigt, eine Lösung der institutionellen Zuständigkeit für die neuen Studienfächer enthält und die Frage der inhaltlichen Überschneidungen zwischen den bisherigen und den neuen Fächern überprüft.
- Die Fakultät überprüft die Möglichkeiten, im Bereich der Lehre mit anderen Hochschulen zu kooperieren. Sie begrüßt die im Fach Sozialpolitik begonnene Kooperation mit der Universität/Gesamthochschule Kassel.

- Die Fakultät bekräftigt ihre im Rahmen des Gleichstellungsplans gefaßten Beschlüsse zur Verbesserung der Studiensituation von Studentinnen, zur Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Erhöhung des Frauenanteils unter den Lehrenden.
- Die Fakultät entwickelt einen Plan für die Verbesserung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und ein Lehrangebot für Postgraduierte.
- In den Berufungsverfahren (auch in den laufenden) wird die Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber in der Lehre in dafür geeigneten Verfahren überprüft.
- Die Professoren/-innen nehmen an den Veranstaltungen der Orientierungsphase teil.
- Die Studienkommission wird beauftragt, Vorschläge zu entwickeln, wie die Studierenden zum rechtzeitigen Ablegen der Zwischenprüfungen veranlaßt werden können - das gilt vor allem für die Studierenden in den Magisterstudiengängen.
- Die Fakultät entwickelt einen Plan zur integrierten Organisation der Prüfungsämter für den Diplomstudiengang und die Magisterstudiengänge.
- Die Fakultät erstellt regelmäßig Lehrberichte (wie sie nach NHG §10 erforderlich sind). Der erste umfassende Bericht wird, wie das für den Evaluationsprozess vorgesehen ist, zwei Jahre nach dem Bericht der externen Gutachter vorgelegt werden.

Um sicherzustellen, dass die Beschlüsse aufgegriffen und umgesetzt werden, und um die Verbesserung der Studienbedingungen kontinuierlich voranzutreiben, beabsichtigt der Fakultätsrat:

- einen Beauftragten/eine Beauftragte für die Organisationsentwicklung von Studium und Lehre sowie eine entsprechende Kommission (im Einvernehmen mit der Studienkommission) zu ernennen;
- die Arbeit dieser Kommission durch Einstellung einer studentischen Hilfskraft (40 h pro Monat) zu unterstützen;
- alsbald ein Organisationsentwicklungs-Konzept für den Bereich Studium und Lehre zu beschließen.

Die Gutachter haben sich diesen Empfehlungen und Beschlüssen angeschlossen und einige Ergänzungen vorgeschlagen, auf die im Folgenden noch eingegangen wird.

### ***Umsetzung der Empfehlungen und Beschlüsse***

#### ***1. Bereits eingeleitete Umsetzungen***

Der Fakultätsrat hat bezüglich einzelner von ihm selbst formulierter Reformabsichten und einzelner von den Gutachtern ausgesprochenen Empfehlungen bereits erste konkrete Umsetzungsschritte eingeleitet:

- Beschluss des Fakultätsrates (12.04.2000), das europäische Kreditpunktesystem (ECTS) einzuführen. Die Studienkommission hat mit ihren Beratungen begonnen.
- Der Fakultätsrat hatte bereits im vorangegangenen Semester eine Arbeitsgruppe zur Förderung der Promotion und des wissenschaftlichen Nachwuchses eingesetzt, die ihre Arbeit aufgenommen hat.
- Der Fakultätsrat hat (am 12.04.2000) auf der Basis eines ausführlichen Papiers der Studienkommission über die mögliche Einführung von BA/MA-Abschlüssen diskutiert: Der Diplomstudiengang soll wie bisher weitergeführt werden. Ob Magister-Abschlüsse durch BA/MA-Abschlüsse ersetzt werden sollen, wird demnächst auf der Basis von angeforderten Stellungnahmen der einzelnen Fächer erörtert werden.

- In allen laufenden Berufungsverfahren im vergangenen und diesem Semester wurde bereits anhand von Lehrveranstaltungs-konzepten der Bewerberinnen und Bewerber deren Qualifikation in und Orientierung auf die Lehre ausführlich diskutiert und beurteilt.
- Die Realisierung der in den Gleichstellungsplänen der Universität und der Fakultät festgelegten Ziele wird regelmäßig in Berichten überprüft.

## 2. Reformvorhaben im Rahmen der Zielvereinbarungen mit der Universität

In der Universität werden im Laufe des Sommersemesters Zielvereinbarungen zwischen den Fakultäten und der Universität für einen Zeitraum von jeweils zwei Jahren abgeschlossen. Der Fakultätsrat hat dafür die folgenden Gegenstände aus dem Evaluationszusammenhang vorgeschlagen:

- Entwicklung eines präzisen Konzepts (und erste Schritte zu seiner Realisierung) für das inzwischen gegründete Zentrum für Interdisziplinäre Medienwissenschaft und das interdisziplinäre Studienfach Medien- und Kommunikationswissenschaft.
- Entwicklung eines präzisen Konzepts (und erste Schritte zu seiner Realisierung) für das interdisziplinäre Magisterfach "Geschlechterforschung".
- Ausbau und Konsolidierung des internationalen und interdisziplinären Studienganges EURO-CULTURE. Dies sowie die Einführung von ECTS sind Schritte zur Internationalisierung des Studiums, die von den externen Gutachtern empfohlen wurde.
- Stärkere Strukturierung des Grundstudiums und Verbesserung der Orientierung und Betreuung im Grundstudium; Ausbau von Tutorenprogrammen. Bemühungen um eine frühere Ablegung von Zwischenprüfungen.
- Konzept zur Förderung von Promotionen und des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Für diese Ziele werden im Laufe des Semesters zwischen der Universitätsleitung und der Fakultät Konkretisierungen vereinbart sowie ein Umsetzungsplan, einschließlich Zeitplan, verabschiedet.

Die Fakultät ist darüber hinaus eine von 5 Fakultäten, die an einem zunächst auf 3 Jahre angelegten, von der VW-Stiftung finanzierten Organisationsentwicklungsprojekt teilnimmt. Im Zentrum werden die oben genannten Ziele stehen. Zu ihrer Realisierung wird ein fakultätsinterner Reformrat eingerichtet, dem ein hauptamtlicher Mitarbeiter zugeordnet wird. Das gesamte Projekt wird von einem externen Expertenrat begleitet, beraten und beurteilt.

## 3. Realisierung weiterer Beschlüsse des Fakultätsrates und Empfehlungen der Gutachter

- Vermittlung von Techniken und Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens
- Praxisbezüge der Lehre ausbauen
- Forschungsbezogene Lehre ausbauen
- Regelmäßige Evaluation der Lehrveranstaltungen
- Diversifikation der Lehrveranstaltungsform
- Teilnahme der Professorinnen und Professoren an der Orientierungsphase
- Ausbau der Kooperationen mit anderen Hochschulen in der Lehre

Der Fakultätsrat beauftragt die Studienkommission in ihrer laufenden Arbeit, die Umsetzung dieser Empfehlungen zu beobachten.

Die im Evaluationsbericht genannte und von den Gutachtern aufgegriffene Forderung nach Reorganisation der Prüfungsämter, die mit dem Einsatz zusätzlichen Personals verbunden ist, wird der Fakultätsrat in Angriff nehmen. Hier ist eine sichere Zeitvorgabe nicht möglich.

Sofern die hier genannten Beschlüsse und Empfehlungen in den nächsten zwei Jahren nicht zufriedenstellend umgesetzt werden, muss der Fakultätsrat prüfen, ob und welche in den zweiten Durchgang der Zielvereinbarungen aufgenommen werden.

#### 4. Umsetzung von weiteren Empfehlungen der Gutachter

- Einrichtung einer fächerübergreifenden Koordinationsgruppe für Lehrplanung und -durchführung im Diplomstudiengang: *Diese Funktionen hat die Studienkommission im Rahmen des derzeit Erreichbaren wahrgenommen.*
- Deutliche Erweiterung des Angebots an Integrationsveranstaltungen im Diplom-Hauptstudium: *Darum hat sich die Studienkommission ständig bemüht, muss jedoch immer darauf achten, dass dies nicht in Kollision gerät mit dem Angebot an anderen, von den Studienordnungen geforderten Veranstaltungen.*
- Im Rahmen des neuen Faches Medien- und Kommunikationswissenschaft die Kooperation nicht nur mit Fächern anderer Fakultäten, sondern auch mit weiteren Fächern in der Fakultät (z.B. Politikwissenschaft) ausbauen: *dies wird eine der Aufgaben des soeben gegründeten Zentrums für Interdisziplinäre Medienwissenschaft sein.*
- Einigung der Lehrenden über verbindliche und transparente Kriterien der Beurteilung von schriftlichen Examensarbeiten: *Angesichts der relativ geringen Zahl von Noten-Dissenzen zwischen Erst- und Zweitgutachtern sieht die Fakultät hier zur Zeit kein ernstes Problem.*
- Ausgleich der unterschiedlichen Belastungen der Prüfer/-innen mit Erstgutachten zu Examensarbeiten durch Vergabe von Zweitgutachten an die weniger Belasteten: *Dies geschieht bereits regelmäßig bei den Diplomarbeiten. Allerdings setzt die Rücksicht auf die fachliche Kompetenz hier Grenzen. Der Ausgleich findet bisher nicht statt bei den Vordiplomarbeiten und bei den Zwischenprüfungs- und Abschlussarbeiten in den Magisterstudiengängen. Dies wird erst in Verbindung mit der Reorganisation der Prüfungsämter möglich.*
- *Die Empfehlungen der Gutachter zur Bibliothek der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institute (rasche Rückforderung der von Lehrenden ausgeliehenen Bücher und beschleunigte elektronische Katalogisierung der Bestände) werden von der neuen Geschäftsführung bereits seit geraumer Zeit befolgt. Die Koordination der Anschaffungspolitik mit der SUB geschieht bereits in den meisten Instituten. Für die Zeitschriften hat der Fakultätsrat eine Koordination eingeleitet.*
- *Die von den Gutachtern empfohlene Profilbildung in den Fächern kann über das bisher Erreichte erst weiter vorangetrieben werden, wenn die anstehenden Stellenbesetzungen abgeschlossen sind. Im Übrigen sind solche Profilbildungen mit den Einrichtungen des Zentrums für Interdisziplinäre Medienwissenschaft, des Sozialwissenschaftlichen Methodenzentrums, des Studienfachs Geschlechterforschung und des Studiengangs EURO CULTURE bereits vorgenommen worden.*
- Ausbau des Angebots an fachlichen Überblicksveranstaltungen und fakultativen Kolloquien zur Vertiefung von Vorlesungen: *Diesen von Studierenden immer wieder erhobenen und in der Evaluationskommission ausführlich erörterten Forderungen kann die Fakultät in dieser allgemeinen Form nicht folgen: Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, dass derartige Veranstaltungen spätestens ab Mitte des Semesters nicht mehr besucht werden, außer wenn in ihnen die von den Prüfungsordnungen geforderten Leistungsnachweise erworben werden können. Einige Lehrende verkoppeln solche Vorlesungen mit Proseminaren derart, dass ohne Abschlussklausur in*

*der Vorlesung der (obligatorische) Proseminarschein nicht erworben werden kann. Das sollte ausgebaut werden.*

- Die Gutachter empfehlen, mit Blick auf Studienabbrecher, berufstätige Studierende und Studierende, die von vornherein keinen Abschluss anstreben, Zertifikate für erfolgreiches Absolvieren größerer Studienabschnitte einzuführen. Hier liegt nach Meinung der Fakultät kein Handlungsbedarf: *Für Zwischenprüfungen können auf Wunsch explizite Bescheinigungen ausgestellt werden; die Prüfungsordnungen sehen Bescheinigungen für die Studienleistungen für Studierende vor, die die Hochschule ohne formelles Abschlussexamen verlassen. Im Übrigen hat die Fakultät bisher keine größere Zahl von "Studierenden, die schon eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, und sich nur in einigen Themenbereichen weiterbilden wollen". Vor allem: Studierende dieses Typus haben bisher keinen Bedarf an Zertifikaten angemeldet, der sich nicht auf die oben benannte Weise befriedigen ließe.*

### 3.3 Universität Hannover

Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften  
Welfengarten 1

30167 Hannover

*Gutachtergruppe:*

*Prof. Dr. Monika Medick-Krakau (Federführung,) Technische Universität Dresden*

*Lutz Bornmann, M.A., Universität Gesamthochschule Kassel*

*Prof. Dr. Erhard Forndran, Universität Magdeburg*

*Prof. Dr. Helmut Lück, FernUniversität Gesamthochschule Hagen*

*Staatssekretär a.D. Rolf Möller, Ehem. Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung, Bonn*

*Prof. Dr. Rainer Trinczek, Technische Universität München*

Die Begutachtung durch die Gutachtergruppe erfolgte am 13. und 14. Dezember 1999.

#### 3.3.1 Aufbau und Profil der Fächer

##### **Profil**

Die drei Fächer Soziologie, Politische Wissenschaft und (Sozial)Psychologie gehören zum Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hannover und bilden jeweils selbständige Institute. Sie betreuen folgende Studiengänge:

- Magisterstudiengang Politische Wissenschaft,
- Magisterstudiengang Sozialpsychologie,
- Magisterstudiengang Soziologie sowie
- Diplomstudiengang Sozialwissenschaften
- Lehramtsstudiengänge (LG, LR, LBS, LGy).

Die Forschungstätigkeit der Mitglieder des Instituts für Politische Wissenschaft (IPW) bezieht sich auf folgende Themenfelder:

- Entwicklung politischer Institutionen und Kultur,
- Grundlagen der Politikwissenschaft (Ideengeschichte und Theorie),
- Politikfelder, Strukturen, Prozesse und Resultate politischer Steuerung,
- Politische Soziologie sozialer Strukturen, Bewegungen, Mentalitäten,
- Frauen- und Geschlechterforschung,
- Historische und internationale Bedingungen politischer Prozesse und Systeme,
- Internationale Beziehungen und Komparatistik.

Für Forschungszwecke wurde am IPW 1993 die Abteilung Sozialpolitik und Public Policy eingerichtet. Das Lehr- und Forschungsprofil des Psychologischen Instituts umfasst folgende Arbeitsschwerpunkte und Forschungsgebiete:

- Sozialpsychologie der Arbeit und der Arbeitslosigkeit
- Politische Psychologie
- Psychoanalyse und psychoanalytische Sozialpsychologie
- Frauen- und Geschlechterforschung,
- Gesundheitspsychologie und psychosoziale Versorgung (die Professur zu diesem Gebiet ist jedoch ersatzlos weggefallen).

Die Schwerpunkte des Instituts für Soziologie in Lehre und Forschung umfassen folgendes Themenspektrum:

- Theoriengeschichte (insbesondere Frankfurter Schule, Zivilisationstheorie),
- Industrie- und Arbeitssoziologie (Technik und Arbeit, Gewerkschaften),
- Bildungssoziologie (Kindheit, Schulkonzepte, Hochschule),
- Frauen- und Geschlechterforschung,
- Lateinamerika (Ethnizität, Soziale Bewegungen, Migration).

Für Forschungszwecke hat der Fachbereich im Jahre 1991 aus Mitgliedern aller drei Institute die institutsförmig organisierte „Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung“ (agis) gebildet.

Alle drei Fächer sind in unterschiedlichem Umfang an den Lehramtsstudiengängen sowie als Nebenfach an anderen Magister- und Diplomstudiengängen der Universität Hannover und der Hochschule für Musik und Theater beteiligt.

Die Kommission nahm bei der Begutachtung aller Standorte zur Kenntnis, dass die sozialwissenschaftlichen Fächer neben der Lehre in den von ihnen getragenen Studiengängen auch nicht unbeträchtliche Lehr- und Dienstleistungen in Nebenfächern erbringen, die im Rahmen der Evaluation nur begrenzt thematisiert werden können.

Die Kommission sieht dieses für die sozialwissenschaftlichen Fächer existierende Problem und empfiehlt ihnen, sich auch für die hochschulinterne und -externe (Selbst-)Darstellung mit folgenden Fragen zu befassen:

1. Welche Ressourcen kosten die Lehr- und sonstigen Dienstleistungen, die für die Nebenfachausbildung angeboten werden?
2. Was bedeutet das für die Konfiguration und das Profil der sozialwissenschaftlichen Fächer?

### ***Stellenwert der Fächer in der Universität***

Die sozialwissenschaftlichen Fächer haben - dies ergab das Gespräch mit der Universitätsleitung - ihren gesicherten Platz im Fächerkanon der Universität Hannover. Sie sind nach Auskunft der Hochschulleitung nicht in ihrem Bestand bedroht und haben auch in nächster Zeit keine drastischen Kürzungen zu befürchten.

Die Hochschulleitung verfolgt das Programm, durch Konzentration das Profil der Universität Hannover zu schärfen. Diesem Ziel dient auch die sogenannte „Innovationsoffensive“, eine Vereinbarung zwischen Landesregierung und den niedersächsischen Hochschulen zur Förderung innovativer Maßnahmen. Den Erwartungen an die sozialwissenschaftlichen Fächer, durch eigene Profilbildung zu diesem Prozess beizutragen, haben diese bisher aber noch zu wenig entsprochen. Deshalb sind die Erwartungen der Hochschulleitung an die Arbeit der Kommission sehr hoch. Sie bat u.a. um Empfehlungen, ob eine Rückkehr zu mehr Lehramtsstudiengängen wünschbar sei; wie sich Studieverhalten und Absol-

ventenquoten verbessern ließen und wie die Chancen für den Arbeitsmarkt erhöht werden könnten. Ferner wurde um Unterstützung bei der wissenschaftlichen Entwicklungsplanung und der künftigen Schwerpunktbildung der Fächer, insbesondere im Zusammenhang mit der anstehenden Neubesetzung mehrerer Professuren, gebeten.

Die Kommission wird zu der Frage der Lehramtsstudiengänge nicht Stellung beziehen.

Wichtig für das Standing von Fachbereichen und Fächern sind nicht nur die Lehr-, sondern auch die Forschungsleistungen. In den Selbstreports sind die Forschungsschwerpunkte der Lehrenden recht ausführlich, die Publikationen aber nur summarisch benannt.

Die Kommission hebt die vorzüglichen Forschungsleistungen der sozialwissenschaftlichen Fächer der Universität Hannover anerkennend hervor.

Quantifizierte Aussagen über die Einwerbung von Drittmitteln macht nur das Institut für Politische Wissenschaft. Von individuellen Ausnahmen abgesehen, bestätigte sich im Gespräch mit der Hochschulleitung der Eindruck, dass bei der Einwerbung von Drittmitteln eine Schwäche der drei sozialwissenschaftlichen Fächer zu konstatieren sei. Drittmittelgeförderte Forschergruppen existieren ebenfalls nicht; künftige Ansatzpunkte, dies zu ändern, bilden die drei neu eingerichteten Innovationsschwerpunkte „European Studies“, „Gender Studies“ sowie „Zentrum und Peripherie“. Dass diese zu Forschungsschwerpunkten werden und die Forschungsvernetzung auch mit anderen Fächern fördern, diese Erwartung ließ die Hochschulleitung deutlich erkennen.

Nach Ansicht der Kommission werden die Möglichkeiten, durch Profilbildung die Stellung der Fächer in der Universität zu stärken, noch nicht genügend genutzt.

Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission, Maßnahmen zu einer verstärkten interdisziplinären Kooperation in Lehre und Forschung durch die Vernetzung mit anderen Fächern außerhalb des Fachbereichs Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften zu ergreifen.

### **3.3.2 Rahmenbedingungen**

#### ***Personalbestand***

Bezogen auf die Studierendenzahlen in den vier Studiengängen ist die Personalausstattung der Fächer nicht üppig, aber auch nicht dramatisch schlecht. Für das Wintersemester 1997/98 ergibt sich, berücksichtigt man nur die Professuren (20) und die wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Dauerstellen (9) eine Betreuungsrelation von 167 Studierenden pro Lehrendem. Diese Zahl muss jedoch relativiert werden. Zum einen lässt das Verhältnis von Studierendenzahlen und Absolventenzahlen („Schwundquote“) darauf schließen, dass die tatsächliche Nachfrage nach Lehrveranstaltungen und Betreuungsleistungen erheblich unter der statistisch anzunehmenden liegt. Zum anderen klagen weder Lehrende noch Studierende über überfüllte Lehrveranstaltungen, mit Ausnahme einiger weniger Einführungsveranstaltungen. Allerdings schätzt das Psychologische Institut, d.h. das personell kleinste der drei sozialwissenschaftlichen Institute, die Situation der überfüllten Lehrveranstaltungen weit drückender als in den anderen Instituten ein. Hier, wie in anderen Punkten, verhindern jedoch fehlende Daten eine gesicherte Einschätzung. Daten über Soll- und Ist-Nachfrage und die Teilnehmerzahlen in Lehrveranstaltungen werden bisher in keinem der Institute erhoben.

Ungünstig ist das Verhältnis von Professoren- und Qualifikationsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, doch soll dies Missverhältnis dadurch abgebaut werden, dass künftig freiwerdende C2-Dauerstellen in C1-Stellen umgewandelt werden.

### ***Nachwuchsförderung***

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses geschieht vorrangig über die Besetzung der C1- und der befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen; eine systematische Doktorandenförderung etwa durch Graduiertenkollegs gibt es bei den sozialwissenschaftlichen Fächern der Universität Hannover nicht.

Die Unterstützung, welche Nachwuchswissenschaftler/-innen bei der eigenen Weiterqualifikation erfahren, ist überwiegend individuell vermittelt; feste Betreuungs- und Zuordnungsverhältnisse sind - dies ergab das Gespräch mit den wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen - die Ausnahme, nicht die Regel. Als institutionalisierter Beitrag zur Nachwuchsförderung in den Fächern kommen nur die Forschungskolloquien in Betracht.

Zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses gehören auch Lehrerfahrungen. Ob die Nachwuchswissenschaftler/-innen dabei Anleitung und Unterstützung erhalten, bleibt dem Zufall bzw. dem individuellen Kooperationswillen der Professoren/-innen überlassen. Ein strukturiertes Weiterbildungsangebot, etwa in Form hochschuldidaktischer Veranstaltungen, existiert nicht.

Die Kommission empfiehlt den Fächern, Maßnahmen zur gezielten und systematischen Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu beschließen und umzusetzen.

### ***Frauenförderung***

Der Anspruch, durch Förderung junger Wissenschaftlerinnen Frauenförderung zu betreiben, wird in den sozialwissenschaftlichen Fächern eingelöst; acht der zehn Qualifikationsstellen sind mit Frauen besetzt. Unbefriedigend ist die Lage bei den Professuren; nach Angaben der Fachvertreter/-innen sind vier der gegenwärtig zwanzig Professuren mit Frauen besetzt. Auch eine Erhöhung des Frauenanteils bei Promotion und Habilitation erschien den Frauenbeauftragten dringend wünschenswert. Die Frauenförderpläne der Universität und die Beteiligung der Frauenbeauftragten in den universitären Entscheidungsgängen wurden nicht beanstandet. Die Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses sowie die Integration von frauen- und geschlechterspezifischen Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen geschieht in den Fächern bereits in beachtlichem Umfang.

In dem Gespräch mit der Frauenbeauftragten und der Koordinatorin für den Innovationsschwerpunkt „Gender Studies“ wurde als zentrales Vehikel der Frauenförderung die Einführung von Gender Studies und die Gender-Denomination von Professuren hervorgehoben.

Die Kommission empfiehlt, bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern.

### ***Sachmittel***

Die räumliche Ausstattung der Fächer scheint im ganzen durchaus adäquat, im einzelnen jedoch verbesserungsbedürftig. Zu den Klagepunkten gehören in der Soziologie die externe Unterbringung von Projektmitarbeiter/-innen und in der (Sozial)Psychologie das Fehlen eines großen Übungsraumes sowie der nicht behindertengerechte Zugang zum Gebäude. Das Fach Politische Wissenschaft klagt generell über Raummangel.

Allerdings sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Hochschulleitung - auf dieses Problem angesprochen - auf die mangelnde Initiative der Fächer verwies. Es sei bisher noch immer gelungen, zusätzlichen Raumbedarf, wenn er geltend gemacht würde, auch zu befriedigen. Ungünstig für die

Kooperation unter den Lehrenden wirkt sich die Unterbringung der Institute an zwei verschiedenen Standorten aus.

Adäquat bis großzügig ist die Ausstattung mit Hilfskraftmitteln, die den Einsatz studentischer Tutor/-innen in wünschenswertem Umfang gestattet.

Nach dem Eindruck der Kommission gewährleisten die der Fachbereichsbibliothek zur Verfügung stehenden Neuerwerbungsmittel eine hinreichende Versorgung, auch mit Fachzeitschriften; das Psychologische Institut weist allerdings in seinem Selbstreport darauf hin, dass wichtige internationale Zeitschriften aus dem Bereich Sozialpsychologie fehlen.

In einigen anderen Bereichen zeigen sich Mängel, die behoben werden sollten. Zum einen fehlen Leseplätze; zum anderen ist die elektronische Erschließung der Bestände völlig unzureichend. Auch ist die unzureichende Anzahl von Multi-Media-Arbeitsplätzen für Studierende sowie eine schlechte räumliche und personelle Ausstattung der Bibliothek zu konstatieren.

Die Kommission empfiehlt, die Mängel bezüglich der

- Anzahl der Leseplätze,
- elektronischen Erschließung der Bestände,
- Multi-Media-Arbeitsplätze für Studierende sowie der
- räumlichen und personellen Ausstattung der Bibliothek zu prüfen und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung zu ergreifen.

### **3.3.3 Lehre und Studium**

#### ***Ausbildungsziele, Entwicklungsplanung und Profilbildung***

Die Kommission fand in den Gesprächen vor Ort den Eindruck, der sich aus den Selbstreports ergab, bestätigt, dass die sozialwissenschaftlichen Studiengänge nach Ausbildungszielen, Studienablauf und -inhalten einer kritischen Überprüfung bedürfen.

Den Fächern fehlt es bei der Analyse der Reformdesiderate keineswegs an Problemsichtigkeit. Es gibt vielmehr eine etablierte Diskussionskultur und die z.T. langjährige Befassung mit einzelnen kritischen Punkten, z.B. der Methodenausbildung. Verbindliche Richtungsentscheidungen sind jedoch bisher weitgehend ausgeblieben, da die ausgeprägte Konsensorientierung der Fächer in allen Fällen, wo sich eine Einigung nicht erzielen ließ, zur Entscheidungsblockade führte. Die Gutachter/-innen haben jedoch den Eindruck gewonnen, dass der Evaluationsprozess als Impulsgeber für die Überwindung dieser Blockaden zu wirken beginnt.

Die Kommission sieht ein wichtiges Desiderat gegenwärtiger und künftiger Reformbemühungen darin, den Zusammenhang von Ausbildungszielen in den einzelnen Studiengängen einerseits und Entwicklungsplanung und Profilbildung der Fächer in Lehre und Forschung andererseits zu berücksichtigen. Ausbildungsziele sollten, differenziert nach Studiengängen und Studentenspopulationen, möglichst präzise definiert werden. Nach ihnen müssen sich Studienprogramme und Curricula richten. Gegenwärtig richten sich Studienschwerpunkte und Lehrangebot zu sehr nach den Forschungsspezialisierungen der Lehrenden, zu wenig nach den Ausbildungszielen und der Systematik von Lehrinhalten und zu vermittelnden Schlüsselqualifikationen, die aus den Zielen abgeleitet werden. In den Gesprächen ergab sich zudem der Eindruck, dass bei den Professoren/-innen mehrheitlich die Neigung besteht, sich bei der Konzipierung des Lehrangebots vornehmlich mit der Minderheit der wissenschaftsorientierten Studierenden zu beschäftigen. Dies ist nachvollziehbar, da erfahrungsgemäß diese Gruppe den Dis-

kurs zwischen Lehrenden und Lernenden sucht. Es sollte jedoch darauf geachtet werden, dass die Überlegungen zu Berufsfeldorientierung und Praxisbezug im Interesse der Mehrzahl der Studierenden nicht zu kurz kommen.

Erschwert wird die Differenzierung zwischen unterschiedlichen Studierendenpopulationen zweifellos dadurch, dass in Hannover im Gegensatz zu anderen niedersächsischen Hochschulstandorten die Ergebnisse von zwei im Prozess der Selbstevaluation von Studierenden durchgeführten Gruppendiskussionen lediglich im Studentischen Bericht verarbeitet wurden. Angaben über Studienmotivation, Zufriedenheit mit Studieninhalten, Betreuung und Praxisbezug entstammen den Untersuchungen M. Lähnemanns über Studierende der Sozialwissenschaften sowie einer sehr verdienstvollen, 1999 erschienenen Absolventenbefragung (Beyer und Wacker). Rückschlüsse auf Interessenlage und Einschätzung der Studienbedingungen durch die gegenwärtig Studierenden lassen sich aus den Ergebnissen nur mit Vorsicht ziehen, wenngleich insbesondere der Vergleich zwischen den Absolvent/inn/en der unterschiedlichen Studiengänge einige Ansatzpunkte bietet.

Dass sich der Übergang ins Berufsleben auch für erfolgreiche Absolvent/-innen schwierig und umwegig gestaltet, zeigen auch die - freilich nicht quantifizierbaren - Erlebnisberichte (Wacker, Beyer (Hrsg.): Studieren für die Arbeitslosigkeit? Hannover 1999). Informationen über Studienabbrecher zu erhalten, ist naturgemäß äußerst schwierig, doch bietet eine Studierendenbefragung die Möglichkeit, wenigstens denkbare Motive für einen Studienabbruch zu ermitteln.

Die Kommission empfiehlt den Fächern zu erwägen, ob sich die Reformdiskussion durch eine Studierendenbefragung auf eine besser abgesicherte empirische Basis stellen ließe.

Entwicklungsplanung und Profilbildung der Fächer müssen selbstverständlich bei ihrer gewachsenen Struktur ansetzen. Diese Strukturen unterscheiden sich in Hannover nicht unerheblich vom Durchschnittsprofil der Fächer an vergleichbaren deutschen Universitäten. Am ausgeprägtesten ist dieser Sonderweg bei der Sozialpsychologie mit ihrer geisteswissenschaftlichen und psychoanalytischen Orientierung, aber auch in der Soziologie ist eine ausgeprägt theoretische Orientierung erkennbar. Am wenigsten ausgeprägt ist der Sonderweg bei der Politikwissenschaft.

Gewachsene Strukturen sind zwar mit Notwendigkeit Ausgangspunkt, doch gibt es keinen Zwang sie fortzuschreiben. Handlungsnotwendigkeit, aber auch Handlungsspielraum entsteht durch den anstehenden Generationenwechsel, der in allen drei Fächern Entscheidungen über die Denomination neu auszuschreibender Professuren erfordert, und durch die Erwartungen an Profilbildung und fächerübergreifende Forschungskooperation.

Aus den Selbstreports ergab sich zunächst der Eindruck, dass diese Art von Zukunftsorientierung nur sehr schwach ausgeprägt sei. Inzwischen haben jedoch die Fächer Politische Wissenschaft und Soziologie jeweils einleuchtende (Personal-) Entwicklungstableaus vorgelegt, welche vom Fachbereichsrat bestätigt wurden.

Einen ausgeprägten Konflikt um die Entwicklungsplanung gibt es im Psychologischen Institut; er hat gleichermaßen die Fortführung des Magisterstudiengangs Sozialpsychologie sowie die Denomination der einzigen C4-Stelle des Instituts (Nachfolge Wellendorf) zum Gegenstand. Während die Mehrheitsposition für die Fortschreibung des in der Bundesrepublik einzigartigen Profils des Faches und des Magisterstudiengangs streitet, kritisieren Verfechter einer Minderheitsposition einen Mangel an curricularer Strukturierung und Professionalisierung der Ausbildung, Schwächen der Methodenausbildung und die schlechten Berufschancen der Absolventen/-innen.

Die Kommission hat ein ausführliches, zusätzlich anberaumtes Gespräch mit den Lehrenden des Fachs geführt und dabei den Eindruck gewonnen, dass sich die Verständigung darüber, wie viele und

welche Studiengänge mit welchen Zielen und Inhalten künftig bedient werden sollten, anscheinend äußerst schwierig gestaltet. Auf die Notwendigkeiten bezüglich curricularer Reformen soll weiter unten eingegangen werden.

Die Kommission hält es für notwendig, dass Entscheidungen über die Denomination einzelner Stellen, die jetzt zu treffen sind, im Rahmen eines Personalentwicklungstableaus fallen, das sich gleichzeitig an Überlegungen zur Studienreform und zur zukünftigen (Forschungs-) Profilierung der Fächer orientiert.

Im Hinblick auf die in nächster Zeit anstehenden Berufungen empfiehlt die Kommission der Hochschulleitung, für diese Verfahren eine starke Planungsgruppe zu benennen, die unter Berücksichtigung der notwendigen Profilierung der Fächer und Studiengänge externe Expert/-inn/en in größerem Umfang hinzuzieht.

Unabhängig davon, ob der Magisterstudiengang Sozialpsychologie aufrecht erhalten wird, empfehlen die Gutachter/-innen für die Denomination in der neu auszuschreibenden C4-Stelle folgendes zu beachten: Die Stelle sollte so ausgeschrieben werden, dass der Bestand an Theorien, Forschungsergebnissen und Methoden, die heute anerkanntermaßen zum Kern des Fachs Sozialpsychologie zählen, in der Lehre repräsentiert wird. Es wird ferner empfohlen, bei der Besetzung der Professur darauf zu achten, dass trotz des Grundlagencharakters der Sozialpsychologie von dieser Professur deutliche Impulse bezüglich der berufsqualifizierenden Ausbildung der Studierenden erfolgen und ausgehen.

Bezüglich der neu zu besetzenden C4- Stelle in der Politikwissenschaft (Politische Theorie) empfiehlt die Kommission eine Besetzung, die im Zusammenhang steht mit einer Entwicklungsplanung, wie sie in diesem Gutachten vorgeschlagen wird.

Bei der Begutachtung der sozialwissenschaftlichen Fächer hat sich für die Kommission in ähnlicher Weise an allen Universitäten gezeigt, dass

- die sozialwissenschaftlichen Fächer - im Vergleich zu anderen Fächern - mit z.T. großen Problemen hinsichtlich Schwund- bzw. Abbrecherquoten, Erfolgsquoten und dem sog. „Scheinstudium“ zu kämpfen haben,
- ein sehr hoher Prozentanteil der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig ist,
- ein Gutteil der Studierenden in diesen Fächern nicht in die Universität eintritt, um ein Voll-Studium ordnungsgemäß zu absolvieren, sondern um sich für eine begrenzte Zeit ‚zu bilden‘. Hier handelt es sich oft um Studierende, die schon eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und sich nun in einigen Themenbereichen weiterbilden wollen.

An allen Standorten wurden von den sozialwissenschaftlichen Fächern zu diesen Themen im Vorlauf bzw. im Verlauf der Evaluation empirische Untersuchungen durchgeführt.

Wenn man davon ausgeht, dass es zum Bildungsauftrag deutscher Hochschulen gehört, sich verschiedenen Studierendentypen mit ihren unterschiedlichen Motivationslagen in angemessener Weise anzunehmen, dann wäre zu überlegen, ob das Studiumprogramm nicht in einer Weise zu erweitern wäre, die auch eine Zertifizierung von Studienleistungen unterhalb der bisherigen Abschlüsse und oberhalb des einzelnen Seminarscheins ermöglicht, also etwa für das ordnungsgemäße Studium eines Schwerpunktgebietes.

Eine solche Zertifizierung könnte - jenseits der symbolischen Anerkennung der studentischen Leistungen - auch die Leistungen verdeutlichen, die die Sozialwissenschaften in diesem Bereich und für diese Studierenden erbringen. Handelt es sich hier doch um Leistungen, die bislang durch das Grobraster universitärer Leistungsstatistiken (Zwischenprüfung/Vordiplom, Abschlussprüfung) durchfielen, daher nicht dokumentiert und entsprechend auch bei der indikatorengestützten Mittelvergabe bisher

nicht weiter berücksichtigt werden. Auch in Hinblick auf die Einführung der Globalhaushalte wird die Anrechnung der tatsächlichen Ausbildungsleistungen der sozialwissenschaftlichen Fächer und die Mitgestaltung von Kriterien für die kommenden Leistungsstatistiken an Bedeutung gewinnen.

Gleichzeitig könnte eine solche Zertifizierung die Universität möglicherweise zusätzlich interessant für Leute aus der Praxis machen, die eine Art Bildungssabbatical einlegen, ohne sich allerdings die Zeit für ein Voll-Studium nehmen zu können. Eine solche Strategie könnte für die Universität daher einen möglichen Einstieg in den zukünftig immer interessanter werdenden Weiterbildungsbereich darstellen. Aus diesen Gründen empfiehlt die Kommission den Fächern,

1. bei der zukünftigen Entwicklung ihrer Ausbildungsziele und Studienprogramme die Lehrangebote so zu gestalten, dass sie den von ihnen bereits untersuchten unterschiedlichen Studierendentypen gerecht werden,
2. die Möglichkeiten für die Einführung von zusätzlichen Zertifikaten zu prüfen, die die hier geleistete Ausbildung der Fächer innerhalb der universitären Leistungsstatistiken anrechenbar macht und mit Hilfe derer erbrachte Bildungsleistungen ohne das Absolvieren eines ganzen Studienganges transparent und dokumentierbar werden,
3. zu prüfen, ob ergänzende, zusammenfassende oder weitergehende Untersuchungen zu dem genannten Themenspektrum gemeinsam mit den Fachkolleg/-inn/en der anderen niedersächsischen Standorte initiiert und durchgeführt werden können.

### **Studienprogramm**

Die Fächer Politikwissenschaft, Soziologie und (Sozial)Psychologie bedienen je einen Magisterstudiengang mit Haupt- und Nebenfach und gemeinsam den Diplomstudiengang Sozialwissenschaften. Dazu kommen Serviceleistungen in Lehramtsstudiengängen und in der Wahlpflichtfach- und Nebenfachausbildung von Studiengängen anderer Fakultäten, die im folgenden unberücksichtigt bleiben.

In allen Studiengängen bieten sich den Studierenden große Wahlmöglichkeiten, die als positive Aspekte in den Selbstreports hervorgehoben werden. Es wird aber auch selbstkritisch angemerkt, dass diese lockere Struktur den Studierenden ein hohes Maß an Selbstorganisation abfordere, dass mangelnde Transparenz bei vielen Studierenden zu Überforderung führe und dass die Aufgabe, einen systematischen Zusammenhang zwischen den Lehrveranstaltungen herzustellen, den Studierenden selbst überlassen bleibe.

Aus allen Selbstreports geht hervor, dass die Fächer begonnen haben, über eine stärkere Strukturierung des Studienprogramms vor allem im Grundstudium, über mehr Verlässlichkeit im Angebot und Verbindlichkeit in den Anforderungen nachzudenken.

Die Gutachter/-innen empfehlen, den Prozess einer stärkeren Strukturierung des Studienprogramms zielstrebig und zügig innerhalb eines vereinbarten Zeitrahmens voranzutreiben und ihm eine institutionalisierte Form zu geben, die verbindliche Absprachen ermöglicht.

Aus der Selbstevaluation und den Gesprächen vor Ort ergibt sich, dass folgende Probleme der besonderen Aufmerksamkeit bedürfen:

- (a) Gegenwärtig sind die sozialwissenschaftlichen Studiengänge nur ungenügend voneinander unterschieden. In Zukunft sollten die Studiengänge ein schärferes, differenzierendes Profil erhalten, um den Studierenden, die sich nach eigenem Bekunden unter den gegenwärtigen Bedingungen häufig rein zufällig im Diplomstudiengang oder in einem der Magister-Studiengänge wiederfinden, eine verlässliche Orientierung zu geben.

- (b) Ein großes und von den Fächern auch anerkanntes Desiderat besteht bezüglich der Strukturierung der Studiengänge. Mit Ausnahme der obligatorischen Einführungsveranstaltungen (vgl. aber zum Problem der Obligatorik weiter unten in diesem Abschnitt) gibt es in keinem der Studiengänge einen Kanon von Pflichtveranstaltungen, den die Studierenden im Grundstudium in einer bestimmten Abfolge zu besuchen hätten. Zwischen den 6 bis 8 Studienbereichen bzw. Teilgebieten (Sozialpsychologie), aus denen die Studierenden Lehrveranstaltungen auswählen, existiert keine Sequenz. Ob dem Ziel der verlässlichen Heranführung der Studierenden an zentrale Kenntnisstände der jeweiligen Fächer auf diese Weise entsprochen werden kann, erscheint den Gutachter/-innen überprüfenswert.

Die Kommission empfiehlt, für das Grundstudium in allen vier Studiengängen einen Kanon von Pflichtveranstaltungen im Sinne eines Kerncurriculums zu erarbeiten. Er sollte sich auf Inhalte (zentraler Fragenstand, Einführung in wichtige Themenfelder und Teildisziplinen) und auf Methoden und Schlüsselqualifikationen beziehen. Leitgedanken für Erarbeitung dieser Kerncurricula sollten eine Mindesttransparenz und eine Mindestorientierungsleistung für die Studierenden sein. Des Weiteren sollte gewährleistet sein, dass die Studierenden im Verlauf des Studiums die paradigmatische Breite ihrer jeweiligen Fächer kennenlernen können.

Zweitens empfiehlt die Kommission, das Verhältnis von obligatorischen Lehrveranstaltungen und Leistungsnachweisen zu überprüfen.

Im Interesse der Vereinheitlichung und Kalkulierbarkeit der Vorkenntnisse in den konsekutiven Ausbildungsstufen sollte drittens nach Möglichkeiten gesucht werden, den Verbindlichkeitsgrad des Besuches obligatorischer Lehrveranstaltungen zu erhöhen. Gegenwärtig ist er als gering zu veranschlagen, da Anwesenheitslisten nach Bekunden der Lehrenden unüblich bis verpönt sind.

Die Fächer stimmen darin überein, dass neben der Einführung in die wissenschaftliche Arbeitsweise der Methodenausbildung im Grundstudium besondere Bedeutung zukommt. Unter gegenwärtigen Bedingungen erscheint jedoch eine einheitliche und erfolgskontrollierte methodische Ausbildung in keinem der Studiengänge gesichert. Für den Magisterstudiengang Politikwissenschaft schreibt die Prüfungs- und Studienordnung seit 1995 einen Leistungsnachweis im Bereich „Grundlegende Fragen der Methodik und Technik empirischer Forschung“ vor, allerdings nicht zwingend für das Grundstudium. Die Studierenden des Magisterstudienganges Soziologie müssen zwar eine Veranstaltung belegen, aber die Pflicht zum Erwerb eines Leistungsnachweises besteht nicht. Im Magisterstudium Sozialpsychologie ist eine zweisemestrige Veranstaltung obligatorisch, es ist den Studierenden jedoch freigestellt, ob sie einen Teilnahme- oder einen Leistungsnachweis erwerben. Dem üblichen Verbindlichkeitsgrad der Methodenausbildung in sozialwissenschaftlichen Fächern entsprechen auch die Anforderungen im Diplomstudiengang - ein Leistungsnachweis über Statistik und zwei Leistungsnachweise in Methoden, davon einer im Hauptstudium - nicht.

Jüngst hat eine Gruppe von Lehrenden der drei sozialwissenschaftlichen Fächer die Einrichtung eines interdisziplinären Studien- und Forschungsschwerpunkts "Sozialwissenschaftliche Forschungsmethoden" beantragt. In der Begründung, soweit sie sich auf die Lehre bezieht, wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die Methodenausbildung in den sozialwissenschaftlichen Studiengängen zu erweitern, zu verstetigen und zu professionalisieren. Die Gutachter/-innen sehen diese Erfordernisse ebenfalls. Sie stimmen auch der Einschätzung zu, dass sich durch die Vereinheitlichung der Methodenausbildung für alle drei Fächer Synergieeffekte erzielen und Kapazitäten freisetzen ließen, und sie teilen die Auffassung, dass sich durch eine verbindliche und qualitativ gute Methodenausbildung die Arbeitsmarktchancen der Absolventen/-innen verbessern würden.

Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission allen Fächern, Maßnahmen zur Gewährleistung einer qualitativ guten, verbindlichen Methodenausbildung in dem für diese Studiengänge üblichen Umfang zu ergreifen und umzusetzen.

- (c) Die sozialwissenschaftlichen Magisterstudiengänge und der Diplomstudiengang geben den Studierenden große Wahlfreiheit der Schwerpunktbildung im Hauptstudium. Die breite Ausdifferenzierung der Studienbereiche/Teilgebiete und die Pluralität von Lehrinhalten und methodischen Orientierungen betrachten die Fächer mit Recht als eine Stärke. Es sollte jedoch auch die Frage nach dem Verhältnis von Vielfalt, Konzentration und Profilbildung gestellt werden, und zwar aus mehreren Gründen. Erstens geht es um den Strukturierungsgrad des Hauptstudiums. Größere Wahlfreiheit und eigenständige Spezialisierung - auch im Zusammenhang mit Berufsfindungsaktivitäten - sind selbstverständliche Merkmale des Hauptstudiums; sie schließen aber einen Kern obligatorischer Lehrveranstaltungen nicht unbedingt aus. Zweitens stellt sich die Frage, ob die stärkere Profilierung der Studiengänge nicht den Verzicht auf einige Studienschwerpunkte notwendig macht, die gegenwärtig alle gleichermaßen bedient werden oder doch bedient werden sollten; dies stößt schon jetzt in der Praxis auf erhebliche Schwierigkeiten (s.u.). In diesem Zusammenhang wären drittens auch die Auswirkungen der Innovationsschwerpunkte mit zu berücksichtigen. Es ist wünschenswert, dass diese Schwerpunkte nicht nur der Forschung, sondern auch der Lehre Impulse geben. Es ist aber - zumal bei absehbarer Reduzierung der Lehrkapazität wie im Fach (Sozial)Psychologie - kaum denkbar, der jetzt schon großen Zahl von Studienbereichen/Teilgebieten einfach weitere hinzuzufügen.

Aus den oben genannten Gründen hat die Kommission Bedenken, ob es sinnvoll ist, die Breite der Studienbereiche/Teilgebiete in allen Studiengängen aufrecht zu erhalten. Es wird daher empfohlen, bei der Neustrukturierung der Studiengänge eine Konzentration zu erwägen.

Mit Ausbildungsbeginn des fächerübergreifenden Aufbaustudiengangs European Studies, der seit Anfang 1999 vorbereitet wird, würden sich die genannten Probleme weiter verschärfen. Die Etablierung wird sich außerordentlich arbeitsintensiv gestalten, zumal auch die Kontakte zu europäischen Kooperationspartnern nach dem Eindruck der Gutachter/-innen erst aufgebaut werden müssen.

Die Gutachter/-innen empfehlen, für diesen Studiengang alle Möglichkeiten regionaler Kooperation und Vernetzung, z.B. mit der Universität Osnabrück, zu nutzen.

- (d) Den Praxisbezug der Studiengänge auszubauen, lässt sich als Teil der Profilbildung verstehen. Die Erschließung von Berufsfeldern wird zum einen durch studentische Praktika ermöglicht. Sie sind in keinem der Studiengänge Pflicht, werden jedoch empfohlen. Aus der Absolventenstudie ergibt sich ein hohes Maß von Unzufriedenheit der ehemaligen Studierenden mit dem Praxisbezug ihres Studiums. Hier besteht also offenkundig Handlungsbedarf. Einschlägige Bemühungen der Fächer stehen erst am Anfang.

Der Dekan informierte über ein mit einer halben BAT-IIa-Stelle ausgestattetes Berufspraxis-Projekt zur Berufsorientierung für Studierende der Sozial- und Geisteswissenschaften in Berufsfeldern der Wirtschaft und Verwaltung mit dem Titel „Mit Leibniz zu Bahlsen - Studierende in der Wirtschaft“, dessen konkrete Ausrichtung den Gutachter/-innen jedoch während der Gespräche nicht klar erkennbar wurde. Ferner gibt es eine Vortragsreihe, und es besteht die Absicht, Netzwerke von Ehemaligen zu bilden, die gegenwärtigen und zukünftigen Absolventen den Berufseinstieg in spezifischen Feldern erleichtern könnten.

Die Auseinandersetzung mit der Praxis muss nach Ansicht der Gutachter/-innen durch den Kern der Fächer selbst gehen.

Die Gutachter/-innen empfehlen, die Aktivitäten der Fächer zur Berufsfeldorientierung der Studierenden auszubauen und zu verstetigen. Die Vermittlung von Praktika und die Einstiegschancen in spezifischen Berufsfeldern sind gegenwärtig in erster Linie vom Engagement und den Arbeitskontakten einzelner Lehrender abhängig. Diese Basis durch mehr institutionalisierte Kooperation zu verbreitern, ist sicher lohnend. Der Arbeitsmarkt der Region Hannover bietet dafür gute Chancen.

- (e) Die Diskussion darüber, ob auch in Hannover in den sozialwissenschaftlichen Fächern konsekutive Reformstudiengänge (BA/MA) eingeführt werden sollten, hat gerade erst begonnen. Da das Konzept dieser Studiengänge einen stark durchstrukturierten ersten Studienabschnitt erfordert, lässt sich die Diskussion sinnvoll nur im Rahmen einer Verständigung über ein Kerncurriculum der einzelnen Fächer weitertreiben.

Die Verständigung auf ein mit dem European Credit Transfer System kompatiblen Punktesystem bei Leistungsnachweisen ist jedoch auch für die gegenwärtigen Studiengänge möglich und sinnvoll und würde Internationalisierungsbemühungen erleichtern (s.u.).

Deshalb empfehlen die Gutachter/-innen, bei der unabdingbar notwendigen Neustrukturierung der Studiengänge die Einführung von konsekutiven Studiengängen (BA/MA) sowie die Kompatibilität mit dem ECTS-System zu erwägen.

### ***Studienorganisation und Lehrplanung***

In Gesprächen mit der Studienkommission, den Lehrenden der einzelnen Studiengänge und den Studierenden ergab sich das Bild einer weitgehend informellen und dezentralen Studienorganisation und Lehrplanung. Das formal zuständige Organ, die Studienkommission, greift nicht inhaltlich in den Planungs- und Abstimmungsprozess ein. Eine Verständigung über das Angebot (i.d.R. im Sinne der "Absegnung" der Vorschläge der Lehrenden) findet in den Institutskonferenzen statt, jedoch immer nur ad hoc für das kommende Semester. Mittelfristige Planungs- und Koordinationsprozesse fehlen. Lehrveranstaltungen werden fachbezogen, nicht studiengangsbezogen konzipiert; die Inhalte richten sich nach den jeweiligen Forschungsinteressen der Lehrenden.

Die Lehrenden der Fächer sehen die Notwendigkeit, diese Praxis zu reformieren, doch sind die Ansätze dazu bisher noch im Stadium der Unverbindlichkeit. Die Defizite grundsätzlich zu bessern, wird nur im Rahmen einer stärkeren Strukturierung der Studiengänge möglich sein (vgl. dazu den vorangegangenen Abschnitt). Wo ein Grundkanon verpflichtender Ausbildungsinhalte fehlt, werden auch Studieneingangsphasen und Modelltutorien vor der Aufgabe versagen, Transparenz herzustellen und den Studierenden Planungssicherheit zu geben.

Von den Koordinationsproblemen sind die Studiengänge in unterschiedlicher Weise betroffen. Während für die Magisterstudiengänge die fächerzentrierte Lehrplanung wenig problematisch ist, untergräbt das additive, nach Angaben des Selbstreports zum Diplomstudiengang "wenig fächerübergreifende" Lehrangebot den integrativen Anspruch des Diplomstudiengangs.

Die Gutachter/-innen empfehlen, für die Lehrplanung im Diplomstudiengang eine fächerübergreifende Koordinationsgruppe einzusetzen.

Gemeinsame Probleme aller Studiengänge sind die ungleichmäßige "Bedienung" der Studenschwerpunkte und die mangelnde Integration, Transparenz und Zuordenbarkeit des Angebots. Sie führen bei den Studierenden zu Orientierungsschwierigkeiten.

Problematisch ist auch die Abgrenzung zwischen Grund- und Hauptstudium und der Übergang zwischen den beiden Studienabschnitten. Die große Anzahl der "Seminare für mittlere Semester" deutet darauf hin, dass die Tendenz besteht, der Notwendigkeit der Differenzierung zwischen Lehrveranstaltungen für die beiden Studienabschnitte auszuweichen.

Die Gutachter/-innen empfehlen, alle Lehrveranstaltungen klar zum Grund- oder Hauptstudium zuzuordnen. Dies sollte aber in Zusammenhang mit der Verständigung über Anforderungsniveaus und gegebenenfalls Teilnahmevoraussetzungen erfolgen, damit mehr als eine bloße Umetikettierung passiert.

Die Studiengänge selbst, aber auch die Lehrorganisation tragen dazu bei, dass in das Studium sozialwissenschaftlicher Fächer in Hannover Lernkontrollen nur in geringem Umfang eingebaut sind. Bis dato sind unbenotete Leistungsnachweise die Regel, und die Diskussion darüber, ob dies grundsätzlich geändert werden soll, ist noch keineswegs abgeschlossen. Zwar sind die Zwischenprüfungen mit einer Studienberatung verbunden, aber im Hauptstudium fehlen systematische Lernkontrollen, die die Studierenden darüber aufklären, wo sie stehen. Ausmaß und Intensität der Vor- und Nachbesprechung von Referaten / Hausarbeiten hängen vom individuellen Engagement der Lehrenden ab; die befragten Absolventen zeigten sich damit mehrheitlich unzufrieden.

Die Kommission empfiehlt, eine Erhöhung der Anzahl von Leistungsnachweisen sowie eine Benotung von Scheinen für alle Studiengänge zu erwägen.

### ***Internationale Aspekte***

Internationale Kooperation in der Forschung und Lehre und das Auslandsstudium (auch Auslandspraktika) der Studierenden sind in den sozialwissenschaftlichen Fächern noch ausbaufähig. Ein Impuls ist von den Gender Studies und European Studies zu erwarten, die die internationale Kooperation zum Programm erheben. Wie weit diese Impulse tragen werden, ist gegenwärtig aber noch nicht absehbar.

Forschungskooperation und Initiierung von Studentenaustauschprogrammen (Erasmus, Sokrates) beruhen bis jetzt auf der Initiative einzelner; durch koordinierte Aktivitäten der Fächer und/oder der Fakultät könnten sie erheblich ausgebaut werden.

Bei Studentenaustauschprogrammen beklagten die Lehrenden eine Asymmetrie, da Studierende aus Hannover das Angebot eines Auslandsstudiums bereitwillig annähmen, es aber schwierig sei, ausländische Studierende für Hannover zu begeistern. Nicht dem allgemeinen Standortnachteil gegenüber berühmten alten deutschen Universitätsstädten, aber doch dem Sprachproblem, das dieser Asymmetrie jedenfalls zum Teil zugrunde liegt, ließe sich abhelfen; auch wird eine größere Transparenz und Orientierungsmöglichkeit im Studien- und Lehrangebot die Attraktivität eines Studiums an der Universität Hannover für ausländische Studierende sicherlich erhöhen.

Die Kommission empfiehlt, die Zahl der englischsprachigen Lehrveranstaltungen zu erhöhen und die Möglichkeiten der Hannoveraner Studierenden zur Erweiterung ihrer Fremdsprachenkompetenz auszubauen.

Des Weiteren empfiehlt sie, im Zusammenhang der Neustrukturierung den Studienangebote die Internationalisierung von Forschung und Lehre sowie den Studiendenaustausch gezielt voranzutreiben.

### **Prüfungen**

Prüfungen sind dezentral organisiert und erlauben weitgehend individuelle Absprachen zwischen Prüfling und Prüfer/-in über Schwerpunkte und Themen; es besteht auch die Wahlmöglichkeit zwischen Einzel- und Gruppenprüfung. Diese sehr weitgehende individuelle Wahlfreiheit wurde als positives Merkmal der Ausbildung in Hannover hervorgehoben. Nach Ansicht der Gutachter/-innen beinhaltet diese Prüfungspraxis aber auch die Gefahr uneinheitlicher Prüfungsstandards und einer gewissen inhaltlichen Beliebigkeit. Dieser Gefahr wirkt allerdings nach Überzeugung der Lehrenden die Praxis der Kollegialprüfung entgegen, die einheitliche Standards sichere.

Die Kommission empfiehlt, im Zusammenhang mit der Einführung eines Kerncurriculums und einer stärkeren Strukturierung der Studiengänge, eine Verständigung über verpflichtende Prüfungsanteile herbeizuführen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Einführung von Klausuren als Bestandteil der Abschlussprüfungen in dem für diese Fächer üblichen Umfang geprüft werden.

An den akademischen Prüfungen - auch den Magister- und Diplom-Abschlussprüfungen - sind wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen und Lehrbeauftragte, soweit sie promoviert sind, in erheblichem Umfang gleichberechtigt beteiligt; auch scheint es Fälle zu geben, in denen Prüfungen ohne Professor/-innen abgehalten werden, wodurch die Möglichkeiten zur Schärfung und Kontrolle von Standards versäumt werden. Dies stellt nach Auffassung der Gutachter/-innen ein Problem dar.

Unbeschadet der Notwendigkeit für Nachwuchswissenschaftler/-innen, auch in begrenztem Umfang Prüfungserfahrungen sammeln zu müssen, empfiehlt die Kommission, die Hauptverantwortung für akademische Abschlussprüfungen eindeutig bei der Gruppe der Professor/-innen/en zu verankern.

In allen Studiengängen lagen die Durchschnittsnoten der Absolventen in den 90er Jahren erheblich über der 2,0-Marke (Magisterhauptfach Sozialpsychologie 1,6; Magister Politikwissenschaft 1,73; Magister Soziologie (Haupt- u. Nebenfach) 1,7, Diplom 1,65). Die von den Fachvertreter/-innen angebotene Erklärung - dass sich nämlich nur sehr gute Studierende zum Examen melden - ist nach Auffassung der Gutachter/-innen nicht befriedigend. Nach der Logik dieser Argumentation wären nämlich sehr gute Noten die Kehrseite einer exorbitant hohen Schwundquote, die auf Strukturierungs-, Beratungs- und Betreuungsmängel schließen ließe. Weiterhin gilt zu berücksichtigen, dass ein inflationäres Notenniveau die einzelne sehr gute Leistung entwertet. Es entfällt damit ein wichtiges objektivierendes Kriterium für den Arbeitsmarkt.

Möglicherweise fehlt aber auch eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fächern, was als besonders gute Leistung anzusehen ist.

Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern und der Studiengangskommission, eine intensive Verständigung und verbindliche Einigung über gemeinsame Kriterien und Standards der Leistungsbeurteilung herbeizuführen.

Die Kommission empfiehlt allen Fachvertretern/-innen, bei der Vergabe von Noten das gesamte Notenspektrum auszuschöpfen.

### **Beratung und Betreuung**

Die Studierenden beklagen vor allem schwerwiegende Orientierungsprobleme in der Einstiegsphase und im Grundstudium. Sie wünschen sich eine klarere Differenzierung zwischen den Studiengängen und mehr Unterstützung der Lehrenden bei der Organisation und Gestaltung der Eingangsphase und bei den Modelltutorien. Die Studierenden, mit denen während der Begehung das Gespräch zustande kam, lehnten standardisierte Lehrevaluationsverfahren ab und verwiesen stattdessen auf die gegebenen Möglichkeiten des informellen Gesprächs mit den Lehrenden. Die Gutachter/-innen möchten je-

doch bezweifeln, dass die Haltung dieser Gruppe zur standardisierten Lehrevaluation für alle Studierenden repräsentativ ist und sie möchten deshalb die Lehrenden ermuntern, über diese Form der Rückmeldung und Erfolgskontrolle von Lehrveranstaltungen nachzudenken. Sie hat den Vorteil, dass sich mit ihr auch die "schweigende Mehrheit" der Studierenden, die nicht von sich aus die informellen Kommunikationskanäle nutzen, erreichen lässt.

Die Kommission empfiehlt den Fächern die Einführung einer standardisierten Form der Lehrveranstaltungsevaluation.

Auf die Unzufriedenheit mit Art und Intensität der Vor- und Nachbesprechung von Referaten und Hausarbeiten wurde bereits hingewiesen. Hier empfiehlt die Kommission allen Lehrenden, Beratung und Betreuung bei der Vor- und Nachbesprechung von Referaten und Hausarbeiten deutlich zu verbessern.

Die Studienberatung ist allgemein dezentral organisiert und wird individuell durch die Lehrenden geleistet. Sie wird dadurch aber notwendigerweise fachorientiert.

Die Gutachter/-innen empfehlen, die Zweckmäßigkeit einer zentralen Studienberatung zumindest für den Diplomstudiengang zu prüfen.

Studentische Tutorien können dazu beitragen, Orientierungsprobleme von Studierenden im Grundstudium zu verringern und sie durch Kleingruppenbetreuung besser in das Studium zu integrieren. Im Hauptstudium wird vielerorts versucht, durch Mentorenprogramme Studierenden einen festen Ansprechpartner zu sichern und so die Chance für einen erfolgreichen Abschluss zu verbessern.

Die Gutachter/-innen empfehlen den sozialwissenschaftlichen Fächern, die Einführung von Tutorien als festen Bestandteil des Grundstudiums und studienbegleitenden Mentorien zu prüfen.

### **Studienerfolg**

Studienerfolg ist - zumal angesichts unterschiedlicher Erwartungen verschiedener Gruppen von Studierenden in den Sozialwissenschaften - nicht leicht in allen seinen Facetten messbar. Quantifizierbare Kriterien sind das Verhältnis von Studierenden und Absolventen ("Schwundquote"), die Dauer des Studiums und die Integrationsfähigkeit in den Arbeitsmarkt.

Alle sozialwissenschaftlichen Fächer an deutschen Universitäten beklagen hohe Schwundquoten, jedoch sind diese - von dem Sockel der "Parkstudenten" abgesehen, für den die allgemeinen Bedingungen des deutschen Universitätssystems verantwortlich sind - eine variable Größe und daher durch gut strukturierte Studiengänge und angepasste Beratungs- und Betreuungsangebote beeinflussbar. Bis zum Ende der Regelstudienzeit weisen alle sozialwissenschaftlichen Studiengänge in Hannover leicht sinkende Verbleibsquoten auf, doch bleibt es bei überlangen Studienzeiten. Im Diplomstudiengang erreichen den Anlagen zum Selbstreport zufolge etwa 20 Prozent der Studienanfänger/-innen schließlich einen Abschluss.

Rückschlüsse im Bezug auf die Berufsfindung und die Integration in den Arbeitsmarkt erlaubt die Hannoveraner Absolventenstudie. Für alle Fächer ergibt sich, dass der Studienabschluss allein für einen schnellen und erfolgreichen beruflichen Einstieg kaum ausreicht. Die besten Chancen haben dieser Studie zufolge Absolventen/-innen mit Zusatzqualifikationen und guten Noten, die zügig studiert haben. Dies unterstreicht die bereits an anderer Stelle erörterte Notwendigkeit, den Praxisbezug der Studiengänge auszubauen und die Studierenden bei der Erschließung von Berufsfeldern systematisch zu unterstützen.

Beachtlich sind einzelne Unterschiede zwischen den Studiengängen. Absolventen/-innen des Magisterstudiengangs Sozialpsychologie sind am häufigsten arbeitslos (25% gegenüber 12 bis 14% in den anderen Studiengängen). Dies ist ein Ergebnis, das bei der Diskussion um die Weiterführung bzw. die Neustrukturierung des Magisterstudiengangs Sozialpsychologie und der anstehenden Neubesetzung der C4-Professur nicht unberücksichtigt bleiben sollte.

### 3.3.4 Zusammenfassung

In den vorangegangenen Abschnitten wurde hervorgehoben, dass in den sozialwissenschaftlichen Fächern große Sensibilität für die Struktur- und Organisationsprobleme der Studiengänge besteht. Aber es steht eine Vielzahl von Fragen einem Minimum an verbindlichen Antworten gegenüber; Reformvorstellungen befinden sich überwiegend noch im Stadium des Unverbindlichen. Die Gutachter/-innen haben in einigen Bereichen durchaus intensive Bemühungen zur Kenntnis genommen. Mit ihren Empfehlungen möchten sie diese Bemühungen nachdrücklich unterstützen.

Vielerlei Ansätze werden derzeit innerhalb der Fächer diskutiert, um die Qualität von Lehre und Studium zu sichern und strukturelle und organisatorische Schwächen zu mildern. Ergebnisse werden von unterschiedlichen Seiten erwartet.

Die Gutachter/-innen erachten es vor allem für wichtig, die der Kultur einer maximalen gegenseitigen Rücksichtnahme inhärenten Entscheidungsblockaden in den Fächern zu überwinden und die Reformdiskussion zügig und in einem institutionellen Rahmen voranzutreiben, der verbindliche Entscheidungen erlaubt. Die Kommission hält es für unabdingbar, bei allen künftigen Entscheidungen die Studierenden als die bisher nahezu unbekanntes Wesen zentral in das Blickfeld zu rücken.

Es könnte sich als sinnvoll erweisen, in diesem Prozess folgenden Aufgaben die Priorität einzuräumen:

- Entwicklungsplanung, die die z.T. vorliegenden Personaltableaus mit Überlegungen zur Reform der Studiengänge und zur Profilierung der Fächer in der Forschung verknüpft,
- Berufungskommissionen mit auswärtigen Experten/-innen,
- stärkere Profilierung und Strukturierung der Studiengänge einschließlich eines verstärkten Praxisbezugs sowie
- Optimierung des Betreuungs- und Beratungsangebots.

### 3.3.5 Stellungnahme des Fachbereichs

Den von den Gutachtern/-innen ausgesprochenen wichtigsten Empfehlungen werden im Folgenden die Maßnahmen, Projekte, Arbeitsschritte und Fristsetzungen des Fachbereichs gegenübergestellt (kursiv), die in den kommenden fünf Jahren realisiert werden sollen.

- Die Gutachter/-innen empfehlen dem Fachbereich, sich für die hochschulinterne und -externe Selbstdarstellung mit folgenden Fragen zu befassen:

1. Welche Ressourcen kosten die Lehr- und sonstigen Dienstleistungen, die für die Nebenfachausbildung angeboten werden?

*Der Anteil der Dienstleistungen (Lehre und Prüfungen) der sozialwissenschaftlichen Fächer für andere Studiengänge wird sich in den nächsten Jahren merklich erhöhen (Wahlpflichtfächer bei*

den Diplomabschlüssen Wirtschaftswissenschaften und Geografie sowie den Lehrämtern, Nebenfachstudierende der Hochschule für Musik und Theater).

## 2. Was bedeutet das für die Konfiguration und das Profil der sozialwissenschaftlichen Fächer?

*Es wird im Rahmen der Reform der eigenen Studiengänge zu prüfen und zu beurteilen sein, ob und in welchem Umfang diese Dienstleistungen auf Dauer aufrecht erhalten werden können. Als Monitoring-System soll bis Ende des WS 2001/02 für alle drei sozialwissenschaftlichen Institute ein Berichtswesen zu Lehre und Prüfungen aufgebaut werden, das u.a. entsprechende Lehrexporte und Dienstleistungen aufweist.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen, Maßnahmen zu einer verstärkten interdisziplinären Kooperation in Lehre und Forschung durch die Vernetzung mit anderen Fächern außerhalb des Fachbereichs Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften zu ergreifen.

*Eine fachbereichsübergreifende Kooperation der sozialwissenschaftlichen Fächer ist bereits seit langem und auf vielfache Weise gegeben:*

*Institutionalisiert sind sie zum einen im Rahmen von Fachbereichsschwerpunkten: im FB-Schwerpunkt "Europäische Integration/European Studies" (FB Rechtswissenschaft und FB Wirtschaftswissenschaft), und im FB-Schwerpunkt "Gender Studies" (FB Architektur). Zum anderen auf der Ebene der Institute:*

*Am Institut für Politische Wissenschaft gibt es ein konstantes Zusammenwirken mit dem FB Wirtschaftswissenschaften und der MHH in der "Forschungsstelle für Gesundheitsökonomie und Gesundheitssystemforschung", mit dem FB Erziehungswissenschaften auf dem Gebiet der Lehrerbildung; im fachlichen Schwerpunkt "Politisches System der Bundesrepublik" besteht eine Lehrkooperation mit dem FB Rechtswissenschaften und in der Nebenfachausbildung für Medienwissenschaftler/-innen mit der HMTh.*

*Das Institut für Soziologie kooperiert mit dem FB Maschinenbau und dem FB Elektrotechnik in der Lehre durch regelmäßige Lehrangebote für Ingenieurstudenten/-innen und durch die Beteiligung am Sonderforschungsbereich 384 ("Verfügbarkeitssicherung reaktionsschneller Produktionssysteme"); außerdem beteiligt sich das Institut für Soziologie am Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaften.*

*Das Psychologische Institut beteiligt sich seit dem WS 1999/00 mit 2 - 4 SWS an der Lehre im Vertiefungsfach "Non-Profit-Management" am FB Wirtschaftswissenschaften.*

*Aus Sicht des Fachbereichs ist auch darauf zu verweisen, dass der Zuschnitt des Fachbereichs Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften eine - verglichen mit anderen Hochschulen - singuläre und stetige Kooperation mit anderen als den sozialwissenschaftlichen Fächern bewirkt. Auch auf der Ebene der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften - die immerhin mehr als ein Sechstel der Hochschullehrer/-innen der Universität umfasst - ist eine ständige Zusammenarbeit im Prüfungswesen (Magisterstudiengänge), bei Promotionen, Habilitationen und Berufungsverfahren gegeben.*

*Darüber hinausgehende Kooperationen in der Zukunft werden abhängig sein von dem Bedarf, der sich aus den Profilierungsbemühungen der sozialwissenschaftlichen Institute ergibt. Die Wahrnehmung sich hier ergebender Chancen soll innerhalb eines dreijährigen Turnus überprüft werden. Jedenfalls werden die sozialwissenschaftlichen Fächer auf die Nachfrage nach sozialwissenschaftli-*

*chen Lehr- und Forschungsleistungen, die von anderen Fachbereichen der Universität initiiert wird, im Rahmen der gegebenen Kapazitäten positiv reagieren.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern, Maßnahmen zur gezielten und systematischen Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu beschließen und umzusetzen.

*Eine Förderung der Doktoranden/-innen des sozialwissenschaftlichen Institute findet bereits "gezielt" und "systematisch" statt. Die Einrichtung von Forschungskolloquien dient dem Ziel einer über individuelle Betreuung hinausgehenden Förderung ebenso wie Drittmittelprojekte (durchgeführt durch die Abteilung Sozialpolitik und Public Policy am Institut für Politische Wissenschaft, die agis am Fachbereich GPS oder im Rahmen der FB-Schwerpunkte). Eine Verstetigung und Ausweitung der Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist durch den Ausbau der bestehenden und geplanten Fachbereichsschwerpunkte gewährleistet ("Europäische Integration/European Studies", "Gender Studies", "Peripherie und Zentrum"; geplant: "Sozialwissenschaftliche Forschungsmethoden"). Der Antrag auf Einrichtung eines Graduiertenkollegs ist vom Studien- und Forschungsschwerpunkt "Gender Studies" bereits gestellt worden. Das Institut für Politische Wissenschaft prüft, ob es binnen der nächsten drei Jahre einen solchen Antrag im Zuge des Ausbaus seines Forschungsschwerpunktes "Vergleichende Demokratieforschung" stellen kann. Das Institut für Politische Wissenschaft hat sich dem European Council for Political Research angeschlossen, nicht zuletzt, um die Weiterqualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses durch dessen wissenschaftliche Konferenzen und generell die Teilnahme am Netzwerk des ECPR zu fördern. Die Möglichkeit der "freien" Promotion (mit oder ohne Stipendium) muss als ein unabdingbarer Teil des Forschungsprozesses beibehalten werden; angestrebt wird aber ein verbesserter, institutionalisierter Austausch zwischen den Promovierenden, die sich nicht in festen Betreuungs- und Zuordnungsverhältnissen befinden und damit eine institutionelle Anbindung entbehren. Dies soll durch den Ausbau bestehender Forschungskolloquien und wissenschaftlicher Konferenzen geschehen; geplant ist auch ein Forum des Austauschs im Internet.*

*Im Bereich der Lehrqualifikation für Nachwuchskräfte hat die ‚Arbeitsgruppe Lehre und Studium‘ am Institut für Politische Wissenschaft in der Vergangenheit ein Weiterbildungsangebot dargestellt, das spätestens nach Abwicklung der in diesem Maßnahmenkatalog prioritär angekündigten Projekte bzw. bei der Neubesetzung von Nachwuchspositionen wieder in Funktion treten soll. Angesichts der geringen Zahl von Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs sollen auch weiterhin Doktoranden/-innen in individuell betreute Lehre ("Prof. NN durch...") einbezogen werden. Im übrigen gibt es qualifizierte Weiterbildungsangebote der Universität speziell für junges Lehrpersonal, auf deren Nutzung verstärkt hingewirkt werden soll.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen, bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern.

*Der Fachbereich schließt sich dieser Empfehlung an. Ein Junktum mit einer Gender-Denomination von Professuren besteht nicht.*

- Die Kommission empfiehlt, die Mängel der Anzahl der Leseplätze, der elektronischen Erschließung der Bestände, der Multi-Media-Arbeitsplätze für Studierende sowie der räumlichen und personellen Ausstattung der Bibliothek zu prüfen und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung zu ergreifen

*Der Fachbereich unterstützt die Empfehlungen der Kommission. Er weist zugleich darauf hin, dass die Organisation der bibliothekarischen Versorgung nicht in seiner Kompetenz liegt und auch von den Ergebnissen der gegenwärtig laufenden Evaluation des Bibliothekswesens am Standort Hannover abhängig sein wird.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern zu erwägen, ob sich die Reformdiskussion durch eine Studierendenbefragung auf eine besser abgesicherte empirische Basis stellen ließe.

*Unter Beteiligung von Studierenden werden die sozialwissenschaftlichen Fächer im WS 2000/01 eine Befragung ihrer Studierenden vorbereiten, die Studienziele, Studienverlauf und Motive für einen Fach- und Studienortwechsel und/oder Studienabbruch ermitteln soll. Die Ergebnisse sollen spätestens im WS 2002/03 vorliegen.*

- Die Gutachter/-innen halten es für notwendig, dass Entscheidungen über die Denomination einzelner Stellen, die jetzt zu treffen sind, im Rahmen eines Personalentwicklungstableaus fallen, das sich gleichzeitig an Überlegungen zur Studienreform und zur zukünftigen (Forschungs-)Profilierung der Fächer orientiert.

*Die Entwicklungsplanung des Fachbereichs wie die leitenden Gesichtspunkte bei den anstehenden Entscheidungen zur Neustrukturierung der Studiengänge (wie sie in diesem Maßnahmenkatalog aufgeführt sind) tragen den Forderungen der Kommission hinsichtlich Profilbildung, Interdisziplinarität, Ausprägung spezifischer fachlicher Schwerpunkte, Methodenorientierung, Qualifizierung für den Arbeitsmarkt Rechnung.*

- Im Hinblick auf die in nächster Zeit anstehenden Berufungen empfehlen die Gutachter/-innen der Hochschulleitung, für diese Verfahren eine starke Planungsgruppe zu benennen, die unter Berücksichtigung der notwendigen Profilierung der Fächer und Studiengänge externe Experten/-innen größeren Umfangs hinzuzieht.

*An den Berufungsverfahren werden bereits regelmäßig auswärtige Experten/-innen und 1 oder Fachgutachter/-innen beteiligt. Die Entscheidungskompetenz bei Berufungen liegt bei den dafür gesetzlich vorgesehenen Gremien.*

- Unabhängig davon, ob der Masterstudiengang Sozialpsychologie aufrecht erhalten wird, empfehlen die Gutachter/-innen für die Denomination in der neu auszuschreibenden C4-Stelle folgendes zu beachten: Die Stelle sollte so ausgeschrieben werden, dass der Bestand an Theorien, Forschungsergebnissen und Methoden, die heute anerkanntermaßen zum Kern des Fachs Sozialpsychologie zählen, in der Lehre repräsentiert wird. Es wird ferner empfohlen, bei der Besetzung der Professur darauf zu achten, dass trotz des Grundlagencharakters der Sozialpsychologie von dieser Professur deutliche Impulse bezüglich der berufsqualifizierenden Ausbildung der Studierenden erfolgen und ausgehen.

*Der Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften und die Angehörigen des Fachbereichs in der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften werden darauf achten, dass diesen Anforderungen bei der Denomination und Besetzung der C4-Stelle Sozialpsychologie Rechnung getragen wird.*

- Bezüglich der neu zu besetzenden C4-Stelle in der Politikwissenschaft (Politische Theorie) empfehlen die Gutachter/-innen eine Besetzung, die im Zusammenhang steht mit einer Entwicklungsplanung, wie sie auch im Evaluationsgutachten vorgeschlagen wird.

*Die Neubesetzung der Stelle C4 mit der Denomination "Politische Theorie, insbesondere Demokratietheorie und vergleichende Politik- und Gesellschaftsanalyse" entspricht diesen Forderungen, indem sie dem durch die Fachvereinigungen und Lehrpraxis an anderen Instituten der Bundesrepublik immer wieder bestätigten, auch von den Gutachtern/-innen anerkannten Kanon entspricht und damit, in den Worten des Evaluationsgutachtens, der "paradigmatischen Breite des Faches" Rechnung trägt. Zugleich stellt sie aber einen organisierenden Fokus für den vom Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaft bestätigten fachbezogenen Forschungsschwerpunkt "Vergleichende Demokratieforschung" dar. Das vorgelegte, diese Stelle einbegreifende Personalentwicklungstableau ist die Voraussetzung für die sachgerechte Durchführung der weiterhin oder neu vom Institut für Politische Wissenschaft ausschließlich zu betreuenden Studiengänge.*

- Weiterhin empfehlen die Gutachter/-innen den Fächern,
  1. bei der zukünftigen Entwicklung ihrer Ausbildungsziele und Studienprogramme die Lehrangebote so zu gestalten, dass sie den von ihnen bereits untersuchten unterschiedlichen Studierendentypen gerecht werden.

*Alle evaluierten Studiengänge führen zu einem berufsfeldqualifizierenden Abschluss. Dennoch muß der Ausgangsgedanke der verschiedenen Studiengänge wieder stärker in ihrem Profil zur Geltung kommen. Die sozialwissenschaftlichen Magisterstudiengänge sind dabei durch vielfältige, dennoch typische Fächerkombinationen mit historischen, kultur- und sprachwissenschaftlichen sowie erziehungswissenschaftlichen Studiengängen über den Fachbereich hinaus charakterisiert. Der integriertsozialwissenschaftliche Diplomstudiengang hat einen stärkeren Bezug zu Berufsfeldern, in denen empirische sozialwissenschaftliche Methoden Anwendung finden. Im Diplomstudiengang wird dieser Methodenaspekt zukünftig ein stärkeres Gewicht erlangen. Diese unterschiedlichen Zielsetzungen müssen in Gestalt der Studienprogramme den Studierenden kenntlich werden.*

*Es muss gewährleistet bleiben, dass den vornehmlich an Bildungsaspekten des Studiums interessierten Studierenden geeignete Studienwege offen bleiben. Der Fachbereich wird die notwendigen Diskussionen bezüglich der Anforderungen verbindlicherer Strukturierung, der beruflich erforderlichen Flexibilisierung und der Erhaltung des Bildungsauftrags der Universität bis zum Ende des WS 2001/02 mit den geeigneten Entscheidungen zum Studienprogramm abschließen.*

*Der Fachbereich plant, innerhalb der nächsten zwei Jahre Angebote zu schaffen, um den Erwerb von Schlüsselqualifikationen (Fremdsprachenkenntnisse, Kommunikations- und Präsentationstechniken, EDV-Qualifikation) noch stärker als bisher zu fördern.*

2. die Möglichkeiten für die Einführung von zusätzlichen Zertifikaten zu prüfen, die die hier geleistete Ausbildung der Fächer innerhalb der universitären Leistungsstatistiken anrechenbar macht und mit Hilfe derer erbrachte Bildungsleistungen ohne das Absolvieren eines ganzen Studienganges transparent und dokumentierbar werden.

*Im Rahmen des Ausbaus des Lehrangebots in den FB-Schwerpunkten "Gender Studies" und "Peripherie und Zentrum" ist die Einführung von Zertifikaten vorgesehen. Mit der geplanten Neu-*

*strukturierung der Methodenausbildung soll auch in diesem Bereich die Frage der Zertifizierbarkeit umrissener Teilleistungen geprüft werden. Für andere Bereiche ist über die Frage der Zertifizierung von Studienleistungen vom Fachbereich nach der Reform der Studiengänge zu entscheiden. Erforderlich ist eine zureichende Eindeutigkeit der Zertifizierung (bspw. auf der Basis von Modulen, Schwerpunktsetzungen im Hauptstudium in Verbindung mit ECTS, besondere Zusatzkompetenzen).*

3. zu prüfen, ob ergänzende, zusammenfassende oder weitergehende Untersuchungen zu dem genannten Themenspektrum gemeinsam mit den Fachkollegen/-innen der anderen niedersächsischen Standorte initiiert und durchgeführt werden können.

*Die Möglichkeit, mit niedersächsischen Fachkollegen zu den genannten Themen gemeinsame Untersuchungen durchzuführen, wird geprüft.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen, den Prozess einer stärkeren Strukturierung des Studienprogramms zielstrebig und zügig innerhalb eines vereinbarten Zeitrahmens voranzutreiben und ihm eine institutionalisierte Form zu geben, die verbindliche Absprachen ermöglicht

*Die sozialwissenschaftlichen Fächer erarbeiten ein Kerncurriculum für das Grundstudium in ihren Magisterstudiengängen (Haupt- und Nebenfach). Federführend sind zunächst die Institutsvorstände, die Arbeitsgruppen einsetzen und über Vorschläge an die Studienkommission entscheiden. Auf der Basis von deren Empfehlungen entscheidet der Fachbereichsrat verbindlich (Abschluss Ende WS 00/01). Im Diplomstudiengang Sozialwissenschaften dient die Studienkommission des Fachbereichs als Initiativ- und Beratungsorgan; sie wird unterstützt durch eine von ihr einzurichtende fächerübergreifende Arbeitsgruppe. Über die Vorschläge der Studienkommission entscheidet der Fachbereichsrat verbindlich (Abschluss: Ende WS 2001/02). Der Fachbereichsrat beauftragt zeitgleich mit dieser Stellungnahme die Studienkommission mit der laufenden Überprüfung des Studienangebots in den Pflichtbereichen der Studiengänge; sie schlägt der Leitung des Fachbereichs gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Behebung von strukturellen oder aktuellen Defiziten vor.*

- Die Kommission empfiehlt, für das Grundstudium in allen vier Studiengängen einen Kanon von Pflichtveranstaltungen im Sinne eines Kerncurriculums zu erarbeiten. Er sollte sich auf Inhalte (zentraler Fragenstand, Einführung in wichtige Themenfelder und Teildisziplinen) und auf Methoden und Schlüsselqualifikationen beziehen. Leitgedanken für Erarbeitung dieser Kerncurricula sollten eine Mindesttransparenz und eine Mindestorientierungsleistung für die Studierenden sein. Des Weiteren sollte gewährleistet sein, dass die Studierenden im Verlauf des Studiums die paradigmatische Breite ihrer jeweiligen Fächer kennenlernen können.

*Die sozialwissenschaftlichen Fächer werden die schon bisher angebotenen Lehrveranstaltungen zur Einführung in das Studium ihrer Fächer und deren Gegenstandsbereiche bzw. Teildisziplinen konzeptionell überprüfen und ihren Besuch verbindlich machen. Diese wie darauf aufbauende Pflichtveranstaltungen im Kerncurriculum werden eine gewisse, freilich nicht beliebige Bandbreite regelmäßig wiederkehrender thematischer Alternativen aufweisen, um "Flaschenhalseffekte" zu vermeiden. Über sie muss eine konzeptionelle, längerfristig verbindliche Abstimmung erfolgen. Diese wird sich in Studienplänen niederschlagen, die im Verzeichnis das Studienangebot in den Pflicht- und Wahlpflichtbereichen für jeweils 4 Semester ausweisen. (Magisterstudiengänge: ab SS 2001; Diplomstudiengang Sozialwissenschaften: SS 2002). Das Psychologische Institut prüft gegenwärtig, ob der bisher bestehende Kanon an Pflichtveranstaltungen erweitert werden soll, für die dazu gehörende zweisemestrige Einführungsveranstaltung "Methoden" soll bis En-*

*de des SS 2000 ein neues Konzept entwickelt werden. Der Fachbereich wird darauf hinwirken, dass im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten auch zukünftig ein zureichend großer Anteil frei wählbarer Lehrveranstaltungen im Grund- und Hauptstudium angeboten wird, um einen Freiraum in der Studiengestaltung als positive Studienerfahrung zu erhalten.*

- Zusätzlich empfehlen die Gutachter/-innen, das Verhältnis von obligatorischen Lehrveranstaltungen und Leistungsnachweisen zu überprüfen.

*Die Zahl der Leistungsnachweise in obligatorischen Veranstaltungen und die Gleichwertigkeit in den Voraussetzungen für den Scheinerwerb sind im Zug der beabsichtigten besseren Strukturierung der Studiengänge zu überprüfen.*

- Im Interesse der Vereinheitlichung und Kalkulierbarkeit der Vorkenntnisse in den konsekutiven Ausbildungsstufen sollte drittens nach Möglichkeiten gesucht werden, den Verbindlichkeitsgrad des Besuches obligatorischer Lehrveranstaltungen zu erhöhen. Gegenwärtig ist er als gering zu veranschlagen, da Anwesenheitslisten nach Bekunden der Lehrenden unüblich bis verpönt sind.

*Durch Anwesenheitslisten kann der Verbindlichkeitsgrad der Teilnahme und Mitarbeit in den Pflichtveranstaltungen erhöht werden. Die Institute für Politische Wissenschaft und für Soziologie prüfen, ob sie die Regelung in den Pflichtveranstaltungen des Psychologischen Instituts (Teilnahmenachweis nur bei mindestens 75%iger Anwesenheit; Prüfung über Unterschriften in Anwesenheitslisten) übernehmen wollen (bis Ende WS 2000/01). Der Fachbereich benennt einen Ombudsmann (bei Einrichtung der Institution: Studiendekan), der in Konfliktfällen konsultiert werden kann.*

- Die Gutachter empfehlen allen Fächern, Maßnahmen zur Gewährleistung einer qualitativ guten, verbindlichen Methodenausbildung in dem für diese Studiengänge üblichen Umfang zu ergreifen und umzusetzen.

*Die beteiligten Fächer verständigen sich auf der Grundlage der Kompetenz des in Einrichtung begriffenen FB-Schwerpunkts ‚Methoden der empirischen Sozial- und Politikforschung‘ über die notwendige Methodenausbildung in den verschiedenen Studiengängen. Diese von der Studienkommission und vom Fachbereichsrat zu bestätigende Vereinbarung wird die Art, Anzahl und den Umfang der Lehrveranstaltungen und die Zahl der erforderlichen Leistungsnachweise für die verschiedenen Studiengänge festlegen. (Abschluss: Ende des WS 2001/02; Überprüfung nach 2 Jahren). In den vom Fachbereichsrat verabschiedeten Entwicklungsplänen der Institute sind jeweils bei mehreren Professuren Teildominationen für den Bereich der Methodenausbildung vorgesehen.*

- Die Gutachter haben Bedenken, ob es sinnvoll ist, die Breite der Studienbereiche/Teilgebiete in allen Studiengängen aufrecht zu erhalten. Es wird daher empfohlen, bei der Neustrukturierung der Studiengänge eine Konzentration zu erwägen.

*Die Planung des Fachbereichs zeigt, dass Konzentrationen durch, auch interdisziplinäre, Schwerpunktbildungen gefördert werden sollen. Das Psychologische Institut wird im Lauf des SS 2000 eine Verringerung und Neustrukturierung der Studienbereiche des Magisterstudiengangs Sozialpsychologie beschließen. Die Magisterstudiengänge Politische Wissenschaft und Soziologie werden in den Pflichtveranstaltungen des Grundstudiums die Kernbestände des gängigen Fachkanons und damit deren "paradigmatische Breite" abbilden. Im Hauptstudium soll dann durch entsprechend konzent-*

*rierte, modulförmige Angebote in der Lehre eine Schwerpunktbildung erleichtert werden. Im Diplomstudiengang wird von den beteiligten sozialwissenschaftlichen Fächern eine Reduzierung der Studienschwerpunkte im Hauptstudium erwogen.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen, für diesen Studiengang (European Studies) alle Möglichkeiten regionaler Kooperation und Vernetzung, z.B. mit der Universität Osnabrück, zu nutzen.

*Der Fachbereich und die Universität sind bei der Einrichtung des Postgraduierten-Studiengangs ‚Europäische Integration/European Studies‘ davon ausgegangen, dass die spezifische interdisziplinäre Struktur des geplanten Studiengangs nicht einfach einen zusätzlichen Studienschwerpunkt in Hannover etabliert, sondern eine essentielle Erweiterung der bisher im Land Niedersachsen existierenden Initiativen darstellt. Selbstverständlich war dabei die Voraussetzung - die durch die nunmehr anderthalbjährige Anlaufphase und die auf einer von der Universität zur Verfügung gestellten Koordinatorenstelle geleistete Arbeit auch eingelöst wurde, - dass eine regionale Kooperation und Vernetzung dieses Studiengangs hergestellt würde. Sie besteht sowohl mit der im Gutachten genannten Universität Osnabrück als auch mit der Universität Oldenburg und vor allem der Universität Göttingen (ZENS, Graduiertenkolleg "Europäisches Sozialmodell"). Darüber hinaus bestehen im Rahmen des Erasmus/Socrates-Netzwerks Kooperationsbeziehungen zu ca. 15 europäischen Partnerhochschulen, die einen Austausch von Studierenden und Lehrenden erlauben.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen, die Aktivitäten der Fächer zur Berufsfeldorientierung der Studierenden auszubauen und zu verstetigen. Die Vermittlung von Praktika und die Einstiegschancen in spezifischen Berufsfeldern sind gegenwärtig in erster Linie vom Engagement und den Arbeitskontakten einzelner Lehrender abhängig. Diese Basis durch mehr institutionalisierte Kooperation zu verbreitern, ist sicher lohnend. Der Arbeitsmarkt der Region Hannover bietet dafür gute Chancen.

*Der Fachbereich hat die Einrichtung von Pflichtpraktika in allen seinen Studiengängen beschlossen. Sie soll institutionalisiert und in den Studien- und Prüfungsordnungen verankert werden. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Historischen Seminars mit Pflichtpraktika soll die Vermittlung individuell erfolgen, um den Zugang zu Praktikumsplätzen dauerhaft zu erhalten. Der Aufbau einer entsprechenden Datei von Praktikumsplätzen und die Vermittlung kann durch die von drei Fachbereichen getragene Berufspraxisinitiative und das Absolventen-Netzwerk unterstützt werden. Die Einbeziehung externer Experten in die Lehre soll gefordert werden. (Erhebung nach 3 Jahren).*

- Die Gutachter/-innen empfehlen, bei der unabdingbar notwendigen Neustrukturierung der Studiengänge die Einführung von konsekutiven Studiengängen (B.A./MA) sowie die Kompatibilität mit dem ECTS-System zu erwägen.

*Das Institut für Politische Wissenschaft beabsichtigt, binnen 2 Jahren über die Einführung konsekutiver Studiengänge auf der Basis der Bewertung andernorts gemachter Erfahrungen bezüglich der Nachfrage und der Auswirkungen auf die bestehenden sozialwissenschaftlichen Studiengänge (Magister, Diplom) zu entscheiden. Unter den Lehrenden des Instituts besteht gegenwärtig eine erhebliche Präferenz für eine Entscheidung, die auf einen fachspezifischen B.A. Politische Wissenschaft sowie einen oder mehrere Master-Abschlüsse hinauslaufen, die sich an bestehende Lehrschwerpunkte des Fachbereichs anlehnen könnten. In diesem Zusammenhang wird das Institut für Politische Wissenschaft auch über die Einführung des ECTS-Systems entscheiden, auf der Grundlage der Erfahrungen im Aufbaustudiengang ‚Europäische Integration/European Studies‘ (wo ECTS angewendet werden soll) und anderer Fächer des Fachbereichs, die über die Einführung von B.A.*

*und ECTS diskutieren. Dem Gesichtspunkt der internationalen Kompatibilität der Studienleistungen wie der Zertifizierung einzelner erbrachter Studienleistungen kommt bei dieser Entscheidungsfindung eine besondere Bedeutung zu.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen, für die Lehrplanung im Diplomstudiengang eine fächerübergreifende Koordinationsgruppe einzusetzen.

*Die Studienkommission setzt spätestens im WS 2000/01 eine Koordinationsgruppe ein.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen, alle Lehrveranstaltungen klar zum Grund- oder Hauptstudium zuzuordnen. Dies sollte aber in Zusammenhang mit der Verständigung über Anforderungsniveaus und gegebenenfalls Teilnahmevoraussetzungen erfolgen, damit mehr als eine bloße Umetikettierung passiert.

*Eine solche Zuordnung geschieht schon jetzt am Institut für Soziologie. Das Institut für Politische Wissenschaft und das Psychologische Institut wollen sich dem anschließen. Dabei muss gewährleistet werden, dass der Besuch für das Grund- oder Hauptstudium klassifizierter Lehrveranstaltungen durch andere Studierende aufgrund persönlicher Rücksprachen oder aufgrund ihres besonderen Status (Gasthörer, Seniorenstudierende, Wahlpflichtfächer usw.) möglich bleibt. Ob eine Notwendigkeit besteht, "alle" Lehrveranstaltungen (wie von den Gutachter/-innen vorgeschlagen) dem Grund- oder dem Hauptstudium zuzuordnen oder ob nicht eine bestimmte Zahl von Veranstaltungen aus Gründen der verschiedenartigen Studierenerwartungen und des Anspruchs auf eine "politische Bildung" im weiteren Sinne offen zu halten sind, ist eine Frage, die nur aufgrund der Überprüfung vorhandener Kapazitäten zu beantworten ist.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen, eine Erhöhung der Anzahl von Leistungsnachweisen sowie eine Benotung von Scheinen für alle Studiengänge zu erwägen.

*Im Zuge der Neustrukturierung des (Grund-)Studiums ist die Frage einer Erhöhung der Leistungsnachweise zu prüfen. Der Gestaltungsspielraum der Institute ist bisher durch Vorgaben der Rahmenprüfungsordnung und Auflagen der Genehmigungsbehörden festgelegt und in den gültigen Prüfungsordnungen auch ausgeschöpft worden. Am Institut für Politische Wissenschaft werden Änderungen dieser rechtlichen Vorgaben in der Richtung der Empfehlung der Gutachter auf Seiten der Lehrenden angestrebt. Noten sollen nur auf der Grundlage einer ausführlichen mündlichen Kommentierung der für die Veranstaltung erbrachten Leistungen erteilt werden. In Konfliktfällen kann ein Ombudsman (bei Einführung der Institution: Studiendekan) angerufen werden.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen, die Zahl der englischsprachigen Lehrveranstaltungen zu erhöhen und die Möglichkeiten der Hannoveraner Studierenden zur Erweiterung ihrer Fremdsprachenkompetenz auszubauen.

Des Weiteren empfehlen sie, im Zusammenhang der Neustrukturierung der Studienangeboten der Internationalisierung von Forschung und Lehre sowie den Studienaustausch gezielt voranzutreiben.

*Die Vorschläge der Kommission werden begrüßt, obgleich sie zum Teil offene Türen einrennen. In den drei vom Fachbereichsrat errichteten Studien- und Forschungsschwerpunkten werden bereits im Sinne der Internationalisierung englischsprachige Veranstaltungen angeboten („Gender Studies“*

und ‚Peripherie und Zentrum‘) bzw. sind im Curriculum fest verankert (Aufbaustudiengang ‚Europäische Integration/European Studies‘). Das Institut für Politische Wissenschaft bietet seit mehreren Semestern englischsprachige Lehrveranstaltungen an; es wird geprüft, ob darüber hinaus einzelne Sitzungen von Lehrveranstaltungen, deren Thematik dies anbietet, in englischer Sprache durchgeführt werden können. Internationale Forschungsk Kooperationen und Austauschprogramme bzw. Auslandssemester werden insbesondere im Bereich der Lateinamerika-Studienprogramme seit Jahren durchgeführt. Diese bereits bestehende Internationalisierung von Forschung und Lehre soll im Zusammenhang der Neustrukturierung der Studienprogramme stärker koordiniert und strukturiert werden. Die sozialwissenschaftlichen Institute werden sich um englischsprachige Gastwissenschaftler/-innen und Vortragende bemühen. Sie werden auch darauf hinwirken, dass fremdsprachliche Literatur im Lesekanon der Lehrveranstaltungen stärker berücksichtigt wird. Es soll geprüft werden, ob Angebote der Fernuniversität Hagen zur Verbesserung fremdsprachlicher Kompetenz herangezogen werden können. Mit der Hochschulleitung wird darüber zu verhandeln sein, wie qualitative und quantitative Mängel im Angebot des Fachsprachenzentrums behoben werden können. Über das Socrates- und IAS-Programm hinausgehend soll versucht werden, geeignete Kooperationspartner in englischsprachigen Ländern für den Austausch von Studierenden zu finden. (Überprüfung: in 3 Jahren)

- Die Gutachter/-innen empfehlen, im Zusammenhang mit der Einführung eines Kerncurriculums und einer stärkeren Strukturierung der Studiengänge, eine Verständigung über verpflichtende Prüfungsanteile herbeizuführen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Einführung von Klausuren als Bestandteil der Abschlussprüfungen in dem für diese Fälle üblichen Umfang geprüft werden.

Die Angleichung der Magister-Zwischenprüfungen an die für das Vordiplom bzw. die Lehramtsstudiengänge geltenden Regelungen ist zeitgleich mit der Neustrukturierung des Grundstudiums geplant (bis Ende WS 2000/01). Die Wahlfreiheit bei Prüfungsthemen sollte, jedenfalls in den Abschlussprüfungen, erhalten bleiben. Die Fähigkeit, ein allgemeines Erkenntnisinteresse zu einer konkreten Fragestellung zu verdichten, ist ein zentrales Ziel der Ausbildung. Im übrigen ist die Fähigkeit zur selbständigen Konturierung eines Erkenntnisgegenstandes, wie sie sich in der Wahl von Prüfungsthemen ausdrückt, ein Erfordernis des Arbeitsmarktes, das sich nicht mit einem standardisierten Prüfungskanon verträgt. Das schließt nicht aus, dass verbindlich mehrere Zugangsweisen zu den gewählten Themen geprüft werden, etwa historische, theoretische, methodische und praxisrelevante Aspekte eines Gegenstandes. Die Einführung von Klausuren als Teil der Abschlussprüfung wird zur Zeit von der Mehrheit der Lehrenden an den drei sozialwissenschaftlichen Instituten abgelehnt, da andere, den Studieninhalten und -prozessen adäquatere Formen der Leistungsbeurteilung vorhanden sind.

- Unbeschadet der Notwendigkeit für Nachwuchswissenschaftler/-innen, auch in begrenztem Umfang Prüfungserfahrungen sammeln zu müssen, empfehlen die Gutachter/-innen, die Hauptverantwortung für akademische Abschlussprüfungen eindeutig bei der Gruppe der Professoren/-innen zu verankern.

Entgegen der impliziten Feststellung der Kommission liegt, statistisch gesehen, die Hauptverantwortung für akademische Abschlussprüfungen bei der Gruppe der dienstrechtlichen oder mitgliedschaftsrechtlichen Professoren/-innen. Im übrigen steht die Empfehlung der Kommission in Widerspruch zu § 16 Abs. 5 NHG, wonach diejenigen prüfungsberechtigt sind, die "selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen" und die Berechtigung zur selbständigen Lehre vorliegt. Es ist nicht einsichtig, warum, wenn im gesamten Verlauf der

*Ausbildung beide Statusgruppen Verantwortung in der Lehre tragen, allein die Gruppe der Professoren/-innen die Einhaltung von Standards in Prüfungen garantieren soll.*

*Um den Bedenken der Kommission gleichwohl Rechnung zu tragen, beschließt der Fachbereich die Empfehlung, dass angestellte Nachwuchswissenschaftler/-innen vor eigener selbständiger Prüfungstätigkeit im ersten Jahr ihrer Beschäftigung als Beisitzer/-innen in Prüfungen anderer Lehrender Erfahrungen sammeln sollen, und dass sie danach in der Regel pro Semester nicht mehr als 5 Zwischenprüfungen und 2 Abschlussprüfungen (1 Abschlussarbeit) abnehmen bzw. betreuen sollen. Lehrbeauftragten wird eine Prüfungsgenehmigung nach der bisherigen Regelung nur auf besonderen Antrag nach 3 Semestern Lehre erteilt; soweit es sich nicht ohnedies um Kollegialprüfungen handelt, fungieren in Prüfungen durch Lehrbeauftragte hauptamtlich Lehrende als Beisitzer/-innen.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern und der Studiengangskommission, eine intensive Verständigung und verbindliche Einigung über gemeinsame Kriterien und Standards der Leistungsbeurteilung herbeizuführen. Die Kommission empfiehlt allen Fachvertreter/-innen, bei der Vergabe von Noten das gesamte Notenspektrum auszuschöpfen.

*Dies wird im Kontext der Erörterung über ein Kerncurriculum bzw. über die Reform der Studiengänge diskutiert werden. Operationalisierungen des Vorschlags der Kommission sind nicht einfach. Es ist auf jeden Fall zu berücksichtigen, dass gemeinsame Kriterien und Standards der Leistungsbeurteilung nach herrschender, von den Verwaltungsgerichten bestätigter Lehre, nur in sehr engen formalen Grenzen durchzusetzen sind und unterschiedliche Bewertungspraxen zum Kernbestand der Wissenschaftsfreiheit gehören. Der Fachbereich empfiehlt den Fächern, eine interne Dokumentation der Zwischen- und Abschlussprüfungen aufzubauen, die zeitnah Auskunft über Prüfungsfälle, ihre Verteilung auf die Prüfer/-innen und die jeweilige Note gibt. Über die Gewährleistung der Transparenz hinaus sieht der Fachbereich jedoch wenig Möglichkeiten, die Bewertungspraxis gezielt zu beeinflussen.*

- Die Gutachter empfehlen den Fächern die Einführung einer standardisierten Form der Lehrveranstaltungsevaluation.

*Dieser Vorschlag der Gutachterkommission wird begrüßt. Im Rahmen der Empirie-Ausbildung sollen voraussichtlich im WS 00/01 standardisierte Formen der Lehrveranstaltungsevaluation erprobt werden. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen wird die Studienkommission des Fachbereichs einen Vorschlag zur Art der regelmäßigen Lehrveranstaltungsevaluation - formativ und summativ - unterbreiten.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen allen Lehrenden, die Beratung und Betreuung bei der Vor- und Nachbesprechung von Referaten und Hausarbeiten deutlich zu verbessern.

*Eine generell unzureichende Beratung, Betreuung und Evaluation erbrachter Studienleistungen in den sozialwissenschaftlichen Fächern ist nach deren Selbsteinschätzung nicht gegeben. Dennoch soll die beschlossene Befragung Studierender verlässlichere Aussagen zur Wahrnehmung der Situation in der Betreuung und Beratung ermöglichen. Eine Kontrolle der stattfindenden Praxis im einzelnen erscheint schwierig. Es ist zu erwägen, ob und auf welche Weise Studierenden, die sich unzureichend betreut fühlen, ein Beschwerdeweg eröffnet werden kann (Ombudsmann, bei Einrichtung der Institution: Studiendekan oder ersatzweise die Institutsvorstände).*

- Die Gutachter/-innen empfehlen, die Zweckmäßigkeit einer zentralen Studienberatung zumindest für den Diplomstudiengang zu prüfen.

*Die bei den Fächern angesiedelte allgemeine Studienberatung zum Diplomstudiengang, die sich hauptsächlich auf die Interpretation der Studien- und Prüfungsordnung bezieht, hat sich bewährt; eine zentrale Studienberatung würde demgegenüber weniger flexibel sein und überdies (wenn sie denn mit mehreren Beratern/-innen besetzt wäre) Personalressourcen unfruchtbar binden. Ab dem SS 2001 wird - getrennt nach Grund- und Hauptstudium - für Diplomstudierende durch Vertreter/-innen aus den drei sozialwissenschaftlichen Fächern semesterweise mindestens ein öffentlicher Beratungstermin angeboten. Im Zug der Neustrukturierung des Diplomstudiengangs (bis Ende SS 2001) soll darüber entschieden werden, ob darüber hinaus die Benennung von speziellen Studienberatern/-innen zu den einzelnen Schwerpunkten des Diplomstudiengangs erfolgen soll.*

- Die Gutachter/-innen empfehlen den sozialwissenschaftlichen Fächern, die Einführung von Tutorien als festen Bestandteil des Grundstudiums und studienbegleitenden Mentoren zu prüfen.

*In den Fächern Politische Wissenschaft und Soziologie ist schon bisher allen Studienanfängern die Teilnahme an Tutorien ermöglicht. Der Fachbereich hat für die sozialwissenschaftlichen Fächer eine Einrichtung zur Anleitung und Auswahl von Tutoren/-innen bereits geschaffen. Zu prüfen ist, ob die Teilnahme an Tutorien, begleitend zu den fachlichen Einführungsveranstaltungen, verpflichtend gemacht werden soll. Faktisch haben die sozialwissenschaftlichen Institute durch die Verpflichtung aller Professoren, Einführungsveranstaltungen bzw. Veranstaltungen im Grundstudium selbst abzuhalten, informell Mentorenfunktionen geschaffen, die sich im Studienverlauf - bei entsprechender Nachfrage seitens der Studierenden- erfahrungsgemäß fortsetzen. Eine förmliche Verpflichtung, alle eingeschriebenen oder jemals in Veranstaltungen auftretenden Studierenden studienbegleitend zu betreuen, stößt, wie die einfachste Berechnung zeigt, binnen kurzem auf unüberwindliche Kapazitätsprobleme.*

### **Zusammenfassung**

Es könnte sich als sinnvoll erweisen, in diesem Prozess folgenden Aufgaben die Priorität einzuräumen:

- Entwicklungsplanung, die die z.T. vorliegenden Personaltableaus mit Überlegungen zur Reform der Studiengänge und zur Profilierung der Fächer in der Forschung verknüpft,
- Berufungskommissionen mit auswärtigen Experten/-innen,
- stärkere Profilierung und Strukturierung der Studiengänge einschließlich eines verstärkten Praxisbezugs sowie
- Optimierung des Betreuungs- und Beratungsangebots

Dieser Prioritätensetzung kann zugestimmt werden, wobei die Profilierung und Strukturierung der Studiengänge Vorrang haben sollte. Die entsprechenden Terminsetzungen sind in den Projektvorschlägen enthalten.

### 3.4 Universität Oldenburg

Fachbereich Sozialwissenschaften  
Ammerländer Heerstraße 114 - 118

26129 Oldenburg

*Gutachtergruppe:*

*Lutz Bornmann M.A., Universität Gesamthochschule Kassel*

*Prof. Dr. Gerd Junne, Universiteit van Amsterdam*

*Prof. Dr. Monika Medick-Krakau, Technische Universität Dresden*

*Staatssekretär a.D. Rolf Möller, Ehem. Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung, Bonn*

*Prof. Dr. Ingrid N. Sommerkorn-Abrahams (Federführung), Universität Hamburg*

*Prof. Dr. Rainer Trinczek, Technische Universität München.*

Die Begutachtung durch die Gutachtergruppe erfolgte am 29. und 30. November 1999.

#### 3.4.1 Aufbau und Profil der Fächer

Die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie gehören an der Universität Oldenburg zum Fachbereich Sozialwissenschaften (FB III), der mit fast 4.000 Studierenden der größte und mit seinen zehn Fachgebieten, die in zwölf Instituten, Seminaren und Fachkommissionen organisiert sind, auch der heterogenste der insgesamt elf Fachbereiche dieser 1974 gegründeten Universität ist. Die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie gehören neben Geschichte und Evangelischer Theologie zu den Kernfächern dieses Fachbereichs. Laut Fachbereichsentwicklungsplan von Ende 1997 sollen auch in Zukunft die Fächer Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte, Evangelische Theologie und Jüdische Studien die Stellung von Kernfächern beibehalten.

Die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie können sowohl im Diplomstudiengang Sozialwissenschaften sowie auch entweder als erstes Hauptfach oder als zweites Hauptfach bzw. als Nebenfach mit dem Magister-Grad abgeschlossen werden.

Zusätzlich zu Lehre und Forschung in den sozialwissenschaftlichen Diplom- und Magisterstudiengängen sind diese beiden Kernfächer auch maßgeblich an der Lehramtsausbildung beteiligt. Ferner besteht ihre Mitwirkung als Wahlpflichtfach in den Diplomstudiengängen Ökonomie, Psychologie und Pädagogik. Diese Service-Leistungen der beiden sozialwissenschaftlichen Fächer waren jedoch nicht Gegenstand der Evaluation, obwohl sie eine nicht unerhebliche zusätzliche Belastung für die Lehrenden bedeuten. In den Selbstreports wird mehrfach mit Bedauern die Ansicht zum Ausdruck gebracht, dass der enorme Anteil an Zulieferungsfunktionen an andere Studiengänge ausgeklammert werden musste.

Die Kommission nahm dieses Problem bei der Begutachtung aller Standorte zur Kenntnis. Die Kommission sieht dieses für die sozialwissenschaftlichen Fächer existierende Problem und empfiehlt ihnen, sich - auch für die hochschulinterne und -externe (Selbst-)Darstellung mit folgenden Fragen zu befassen:

1. Welche Ressourcen binden die Lehr- und sonstigen Dienstleistungen, die für die Nebenfachausbildung innerhalb der Universität angeboten werden?
2. Was bedeutet das für die Konfiguration und das Profil der sozialwissenschaftlichen Fächer?

So etwas wie eine "Identität des Faches Sozialwissenschaften" gibt es an der Universität Oldenburg weder für die Politikwissenschaft noch für die Soziologie noch für einen integrierten Studiengang, der laut Diplomprüfungsordnung "Sozialwissenschaften" möglich wäre. Im Gegenteil, in beiden Fächern haben sich in den zweieinhalb Jahrzehnten seit der Zeit ihres Bestehens im Fachprofil und auf der personellen Ebene Ausdifferenzierungsprozesse entwickelt, die in einer institutionellen Zellteilung ihren Niederschlag gefunden haben: Im Fach Politikwissenschaft gibt es seit den 80er Jahren zwei Institute. Eine Professur der Politikwissenschaft ist darüber hinaus einem anderen Institut des Fachbereiches, dem "Institut für öffentliche Planung", zugeordnet und wird es wohl bis zur Pensionierung des jetzigen Stelleninhabers im Jahre 2005 noch bleiben. Eines der politikwissenschaftlichen Institute wird sich wahrscheinlich nach einer Pensionierung im Jahre 2000 auflösen.

Das Fach Soziologie ist seit Oktober 1996 in zwei Instituten organisiert, dem Institut für Soziologie und dem Institut für Soziologie und Sozialforschung. Die inhaltlichen Beschreibungen beider Institute reichen nach Ansicht der Gutachter/-innen für eine Begründung der organisatorischen Trennung nicht aus. Hier wird die Pluralität der Forschungsleistungen deutlich, denen die Gutachter/-innen großen Respekt zollen. Die Breite der in Oldenburg vertretenen theoretisch-wissenschaftlichen Ansätze und die inhaltliche Vielfalt der sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen sowie die Intensität der wissenschaftlichen Arbeit drückt sich in der organisatorischen Differenzierung aus. Der "Eigensinn" dieser Ansätze bringt zwar verstärkt organisatorische und Koordinationsprobleme mit sich, muss jedoch nicht die Eigenheit des Faches beeinträchtigen. Zudem leistet die anerkannt hohe Forschungsintensität einen eigenständigen Ausbildungsbeitrag. Die damit verbundene Einwerbung von Drittmitteln schafft für Studierende die Möglichkeit zur Mitarbeit in Forschungsprojekten als wissenschaftliche Hilfskräfte.

Der Zugehörigkeit zu den Instituten, die aufgrund von Selbstzuordnung erfolgte, liegt keine Sachlogik, sondern wohl eher eine Personenlogik zugrunde. In den Gesprächen wurde den Gutachter/-innen deutlich vermittelt, dass die nunmehr erfolgte institutionelle Aufteilung unzweifelhaft zu einer Verbesserung der Kommunikation in der jeweiligen Binnenstruktur geführt habe und das dies wiederum auch die Möglichkeit schaffe, die Organisationsprobleme und Abstimmungsnotwendigkeiten zu handhaben, die es angesichts einer gemeinsamen Verantwortung für Lehre und Ausbildung zu überwinden gilt. So werden beispielsweise Prüfungen von Lehrenden beider Institute zusammen durchgeführt.

Es mag zutreffen, dass die ehemaligen Konflikt- und Konfrontationslinien jetzt durch die neuere institutionelle Grenzziehung befriedet sind, jedoch erfordern institutionell verfestigte Strukturen nach Ansicht der Kommission auch ein besonderes hohes Maß an Engagement und kritischer Dialogfähigkeit.

Es ist den Gutachtern/-innen allerdings nicht leicht gemacht worden, den gegenwärtigen Diskurs- und Kommunikationsstand in den Fächern zu ermitteln. So konnte die Kommission beispielsweise nicht in Erfahrung bringen, ob gemeinsame Diskussionen über Lehr- und Ausbildungsziele Bestandteil des universitären Alltags der Lehrenden sind. Aus der Sicht der Gutachter/-innen scheint es Informations- und Kommunikationsdefizite auf mehreren Ebenen zu geben. Im politikwissenschaftlichen Selbstreport heißt es, dass die in allen Ausdifferenzierungsprozessen verbindenden Elemente zwischen den Fächern Soziologie und Politikwissenschaft die Lehrfunktionen in den drei erwähnten Studiengängen seien.

Die Kommission empfiehlt, die inhaltliche Abstimmung zwischen den Fächern und Instituten für die gemeinsamen Aufgaben in der Lehre zu verbessern.

Des Weiteren empfiehlt sie, die interdisziplinäre Kommunikation und Zusammenarbeit innerhalb der Universität Oldenburg und z.B. auch mit der Universität Bremen so zu fördern, dass sie für die bestehenden und für neue Lehr- und Studienangebote fruchtbar gemacht werden kann.

### **3.4.2 Lehre und Studium**

#### ***Ausbildungs- und Bildungsziele***

In Analogie zur Studiensituation der sozialwissenschaftlichen Fächer anderer Universitäten besteht auch an der Universität Oldenburg in den Fächern Politikwissenschaft und Soziologie keine enge Kopplung zu klar definierten Berufsfeldern, von denen sich bestimmte Ausbildungsziele ableiten ließen, welche in einer Studienordnung ihren Niederschlag finden könnten. Folglich orientieren sich beide Fächer an den Zielen einer allgemein-fachlichen Qualifizierung für verschiedene Berufsfelder, so wie sie in der Diplomprüfungsordnung für den gemeinsamen Studiengang Sozialwissenschaften festgehalten sind bzw. so, wie sie auch als Richtlinien in den beiden Magisterstudiengängen gelten; danach geht es um die Ausrichtung auf den Erwerb gründlicher Fachkenntnisse und Fähigkeiten, um in entsprechenden Berufsfeldern die fachlichen Zusammenhänge überblicken und um selbständig und problemorientiert wissenschaftliche Erkenntnisse in der beruflichen Praxis anwenden zu können.

Auch wenn es dem politikwissenschaftlichen Selbstreport zufolge angesichts der unbestimmten Vielfalt der potentiellen beruflichen Tätigkeiten nicht möglich ist, auf die Anforderungen der beruflichen Praxis vorzubereiten - und im Rahmen einer universitären Sozialisation auch nicht primäres bzw. alleiniges Ausbildungsziel sein sollte - so sind die Gutachter/-innen dennoch der Meinung, dass gleichwohl der Berufsorientierung eine wichtigere Bedeutung in der Lehre zugewiesen werden sollte. Im politikwissenschaftlichen Selbstreport heißt es, dass der Typus von Lehrveranstaltungen mit Praxisbezug sehr sinnvoll ist und ausgebaut werden sollte. Realiter jedoch scheint der Kommission ein systematischer Ausbau der Vermittlung ("Brückenfunktion") zur beruflichen Praxis im Hochschulstudium angesichts der damit verbundenen zeitlichen Mühen und der nicht hinreichend vorhandenen Mittel uneingelöst zu sein.

Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern, bei der anstehenden Entwicklung einer Profilbildung potentielle Berufsfelder für sozialwissenschaftliche Absolvent/-inn/en zu berücksichtigen und für die Studierenden Möglichkeiten zum Erwerb beruflicher Erfahrungen während des Studiums zu sondieren und auszubauen.

Die bislang umfangreichste "Befragung Oldenburger Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen 1991 - 1995" (September 1997) hat gezeigt, dass es in allen Fächern zwar besonders die Absolventen/-innen der Magisterstudiengänge sind, die einen schwierigen Übergang in den Beruf erleben, dass jedoch alle Absolventengruppen in einem sehr hohen Ausmaß unzufrieden sind mit der Tatsache, dass ihnen während ihrer Hochschulsozialisation kaum Praxiserfahrungen vermittelt wurden.

Zu einer kritischen Reflexion der Ausbildungs- und Bildungsziele unter der Perspektive eines größeren Praxisbezugs in den sozialwissenschaftlichen Studiengängen gehört nach Auffassung der Gutachter/-innen eine genauere Berücksichtigung der verschiedenen Typen von Studierenden mit ihren jeweils unterschiedlichen Studienmotivationen.

Insbesondere die sozialwissenschaftlichen Fächer besitzen das empirisch-methodische und theoretische Know-how, um hier durch Erhebungen mehr Einsicht in die Bedürfnisse der verschiedenen Studierendentypen zu bekommen. Dabei geht es, wie gesagt, nicht darum, das Postulat nach mehr 'Pra-

xisbezug' als Berufsvorbereitung im engeren Sinne zu verstehen. Dies gilt u.a. nicht zuletzt auch deshalb, weil die empirische Untersuchung zum "Studium in den Sozialwissenschaften" zeigt, dass "die beruflich instrumentellen Studierenerwartungen zwar nicht unbedeutend (sind), neben sie treten aber zunehmend stärker Wünsche nach personeller Autonomie. Die sich andeutende doppelte Struktur der Studienmotivation bzw. des Wertes eines Studiums verweist u.E. darauf, dass in modernen Gesellschaften Bildung und Studium eine zunehmende Orientierungs- und Selbstvergewisserungsfunktion für das Individuum übernehmen sollen. Das scheint vor allem für die sozial- und geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen im weitesten Sinne zu gelten".

Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission den beiden Fächern, weitere Schritte in Richtung einer Verbesserung der Lehrqualität zu unternehmen, indem alle hauptamtlich Lehrenden dieser Fächer ernsthaft an der Entwicklung solcher Handlungskonsequenzen und Maßnahmen arbeiten in denen die empirischen Ergebnisse der von den befragten Studierenden als problematisch angesehenen Studienbedingungen Berücksichtigung finden. Die Kommission teilt somit die Auffassung der Oldenburger Arbeitsgruppe Bildungsforschung und Sozialstrukturanalyse, dass "Studierende als Hauptakteure in einer Universität und als die eigentlichen Adressaten professioneller Hochschullehrerarbeit" gelten sollen.

Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern ferner, bei der notwendigen stärkeren Profilbildung beider Fächer und auch in Hinblick auf den Standort Bremen zu berücksichtigen, dass die Universität Oldenburg einer von fünf universitären Standorten in Niedersachsen ist, an denen die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie gelehrt werden. Im Interesse einer Differenzierung sollten die Oldenburger sozialwissenschaftlichen Fächer also klarer herausstellen, was das Typische am Standort Oldenburg ist. In diesem Profilbildungsprozess sollten auch die Tatsache der großen regionalen Bedeutung der Universität Oldenburg und die daraus sich ergebenden Konsequenzen für Lehre und Ausbildung berücksichtigt werden.

### ***Studien- und Lehrprogramme***

In dem Gespräch mit den Studierenden entstand für die Kommission der Eindruck, dass die Einführungswoche für die Erstsemester-Studierenden fast ausschließlich von der Fachschaft organisiert und durchgeführt wird.

Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern, gemeinsam mit Lehrenden und Studierenden ein Konzept für die Einführungswoche zu entwickeln, welches in Organisation, Durchführung und Beteiligung von allen - Lehrenden, Fachschaft und Tutoren/-innen - angemessen getragen wird.

Die Themen der einzelnen Lehrveranstaltungen sowie die Gliederungen der Vorlesungsverzeichnisse lassen für das Fach Soziologie eine enge Verknüpfung mit den Forschungsschwerpunkten der Lehrenden erkennen. So werden in jedem Semester mehrere Veranstaltungen in verschiedenen Spezialsoziologien angeboten. In dieser Hinsicht ist eine thematische Profilierung der Lehre zu erkennen; es mangelt jedoch - wie im Selbstreport betont - an einer Strukturierung im Lehrangebot hinsichtlich des Studienablaufs, was ebenfalls für die einzelnen speziellen Soziologien gilt. Diese Individualisierung der Lehre ist auch charakteristisch für das Fach Politikwissenschaft.

Für die Kommission war jedoch insgesamt bei den Veranstaltungen - bis auf die als Einführungen gekennzeichneten - keine abgestimmte, aufeinander aufbauende Strukturierung erkennbar.

Während die Lehrenden in den Gesprächen mit den Gutachtern/-innen die Ansicht vertraten, dass durch die Lehrveranstaltungen ein breites Themenspektrum ihrer Fächer abgedeckt sei, äußerten die Studierenden die Meinung, dass das Spektrum der Themen nicht breit genug sei.

Für die Kommission ist im Lehrangebot kaum eine Differenz im Spezialisierungsgrad der Veranstaltungen zwischen Haupt- und Grundstudium erkennbar.

Die Veranstaltungen des Magisternebenfachs "Frauen- und Geschlechterstudien" sind für sich getrennt im Vorlesungsverzeichnis interdisziplinär und ebenfalls lediglich bereichsspezifisch ausgewiesen.

In Bezug auf die Methodenausbildung ist ein systematischerer Studienaufbau gegeben: Es werden regelmäßig zwei aufeinander aufbauende Veranstaltungen angeboten, die allen Studierenden empfohlen werden, - und zwar eine theoretisch in die Methoden der empirischen Sozialforschung einführende Vorlesung sowie praxisorientierte, Tutoren/-innen-geleitete studentische "Forschungsteams". Anzumerken ist allerdings, dass im Rahmen des Studiengangs Diplom-Sozialwissenschaften eine "ausreichende Verbindlichkeit nur im soziologischen Methodenteil gewährleistet ist".

Die Kommission empfiehlt den Fächern, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbindlichkeit in allen Methodenteilen zu gewährleisten.

Trotz der professionellen Sozialisation von wissenschaftlichem Nachwuchs im Rahmen der vielfältigen Forschungsaktivitäten, insbesondere im Institut für Soziologie, scheinen die Forschungserfahrungen der Lehrenden keinen systematischen Niederschlag in einem inhaltlich abgestimmten Lehrprogramm gefunden zu haben. Dass Forschung auf individualisierterer Ebene in die Lehre der einzelnen Hochschullehrenden eingeht, wird von den Gutachtern/-innen nicht bezweifelt. Jedoch scheint die Tatsache, "dass die Bedeutung der Lehre von Mitte der 80er Jahre an im Vergleich zur Forschung deutlich zurück"-getreten ist, wie es im politikwissenschaftlichen Selbstreport heißt, zu einer Gewichtsverlagerung zu Ungunsten von Organisation und Struktur des Studiums geführt zu haben.

Nach dem Eindruck der Gutachter/-innen findet diese Gewichtsverlagerung von Lehre zu Forschung, gekoppelt mit den Individualisierungstendenzen unter den Lehrenden, ihren Niederschlag u.a. darin, dass unter den Lehrenden kaum Diskussions- und Verständigungsprozesse darüber stattgefunden haben, wofür sie eigentlich ausbilden und welche curricularen Bausteine unter solchen perspektivischen Gesichtspunkten notwendig und sinnvoll sind.

Im Soziologie-Selbstreport werden die Probleme des Faches im Allgemeinen (wie z.B. das oben erwähnte fehlende spezifische Berufsbild, die mangelnde Strukturierung des Grund- und Hauptstudiums, der hohe Anteil von Studierenden mit einer Berufsausbildung, "Parkstudien" bis zum Übergang ins Referendariat, hohe Drop-out Quoten, lange Studienzeiten) sowie auch einige Veränderungsvorschläge benannt. Insofern scheint die Selbstevaluation einen Reflexionsprozess über die Probleme der Lehre in Gang gesetzt zu haben.

Dies schließt jedoch nach dem Eindruck der Kommission noch nicht einen Verständigungsprozess über die geteilten Institutsorganisationsstrukturen hinweg ein, weil die zur Entwicklung eines studierenden-orientierten Ausbildungsprogramms notwendigen Abstimmungsprozesse bei institutionell verfestigten Grenzen schwieriger zu vollziehen sind. Den Gutachtern/-innen fiel eine Diskrepanz in der Einschätzung der Studienbedingungen und der Qualität der Ausbildungs- bzw. Lehrsituation durch die Lehrenden und durch die Studierenden auf.

So empfiehlt die Kommission den Fächern, bei der Entwicklung eines studierenden-orientierten Ausbildungsprogrammes folgende Aspekte besonders zu berücksichtigen.

1. Zusätzlich zu den bereits begonnenen Überlegungen für eine Neuorganisation des Grundstudiums im Sinne einer größeren Strukturierung, Transparenz und Verbindlichkeit sollten auch inhaltliche Schwerpunkte für das Hauptstudium entwickelt werden. Im Studienprogramm sollte die Aufeinander-

derfolge von Lehrveranstaltungen und eine Differenzierung im Spezialisierungsgrad zwischen Grund- und Hauptstudium erkennbar sein. Eine bloße Umetikettierung von Grund- und Hauptstudiumsveranstaltungen genügt nicht.

2. Ferner sollten die Lehrenden die Studierenden von Beginn des Studiums an zum Absolvieren studienbegleitender Praktika ermutigen.
3. Der Fachbereich sollte die Möglichkeiten für eine Verlagerung des Praktikums von seiner derzeitigen Verortung im Grundstudium in das Hauptstudium prüfen.
4. Der Fachbereich sollte Möglichkeiten für die Einführung einer Betreuung der Praktika prüfen.

### **Studienorganisation**

Unter der Perspektive 'Studierbarkeit' ist eine größere inhaltliche und zeitliche Koordination in der Lehre, insbesondere im Grundstudium, notwendig. Dies ist den Fächern inzwischen bewusst geworden, wie sich ihren Selbstreports entnehmen lässt und wie es auch bei unseren Gesprächen zum Ausdruck kam. So meinten beispielsweise Mitglieder der Gemeinsamen Studiengangskommission, dem Gremium, in dem die Lehrveranstaltungsangebote der Lehrenden aus allen fünf sozialwissenschaftlichen Instituten erstmals zusammenkommen, dass angesichts der "opulenten Ausstattung der Fächer" bisher eine "invisible hand" für die Abdeckung der notwendigen Lehrveranstaltungen habe sorgen können. In Zukunft müsse jedoch stärker über curriculare Bausteine und über deren Abfolge sowie auch über eine inhaltliche Abstimmung im Lehrangebot, insbesondere des Grundstudiums, nachgedacht werden. In diesem Sinn wird in dem Papier der von der Dekanin eingesetzten AG Reform auch dafür plädiert, dass beide Fächer ihr Lehrveranstaltungsangebot im Grundstudium in Zukunft frühzeitiger, langfristiger, enger an der Prüfungsordnung orientiert planen, - nach dem Motto: Wer macht wann was im Pflichtbereich über einen Zeitraum von 4 Semestern?

Von den Studierenden werden u.a. auch in deren Evaluationsbericht folgende Problembereiche ange-mahnt:

- größere Verbindlichkeit in Studienprogrammen;
- eine bessere zeitliche und auch inhaltliche Abstimmung von Veranstaltungen;
- ein größeres Spektrum und weniger Beliebigkeit bei den Lehrangeboten;
- mehr Engagement und Interesse von Lehrenden an der Lehre;
- ein größerer Aktualitätsbezug in den Lehrveranstaltungen;
- mehr Internationalität;
- größere Transparenz der Leistungs- und Prüfungsanforderungen.

Zur besseren und frühzeitigen Orientierung für die Studierenden wurde vor einigen Jahren von den beiden Fächern ein gemeinsames Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis eingeführt, das am Ende der Vorlesungszeit des vorausgehenden Semesters erscheint. Inzwischen hat die Studiengangskommission Sozialwissenschaften in ihrem Beschluss vom November 1999 mehrere Vorschläge zur Verbesserung der Lehre gemacht, die die studentischen Monita mit berücksichtigen.

Die Kommission empfiehlt den Fächern und der Studiengangskommission, eine intensive Verständigung und verbindliche Einigung über Lehrinhalte, den Aufbau und die Abfolge von Lehrveranstaltungen, Lehr- und Lernformen sowie über gemeinsame Kriterien und Standards der Leistungsbeurteilung herbeizuführen.

### **Internationale Aspekte**

Während bei den Lehrenden professionelle Kontakte auf internationaler Ebene bestehen, die z.B. für die Forschungsgruppen "Wandel von familiären Lebensformen" und "Stadtforschung" im Institut für Soziologie durch das 1995 gegründete Hanse-Wissenschaftskolleg (HWK) in Delmenhorst noch weiter verfestigt werden, sind nach Einschätzung der Gutachter/-innen professionelle Auslandskontakte auf der Ebene der Studierenden, d.h. für ausländische Studierende sowie für das Absolvieren eines Auslandsstudiums für Oldenburger Studierende, nicht vorhanden. Angesichts der gesellschaftlichen Globalisierungsprozesse jedoch sind potentielle Arbeitsmärkte für erfolgreiche Absolventen/-innen nicht mehr nur auf die Region beschränkt, sondern zusätzlich zu fachlichen Fähigkeiten sind auch sprachliche und soziale Kompetenzen in internationalen Beziehungen erforderlich.

Die Gutachter/-innen empfehlen, die Möglichkeiten zur Förderung des Auslandsstudiums für die Studierenden auszubauen unter Nutzung der bereits bestehenden Partnerschaften mit ausländischen Universitäten.

### **Leistungsnachweise und Prüfungen**

Den Gutachtern/-innen scheint die Dichte der von den Studierenden abgeforderten Leistungsnachweise insbesondere im Diplomstudiengang etwas zu dünn zu sein.

Deshalb empfehlen sie der (Studien- und) Prüfungskommission, folgende Veränderungen zu erwägen:

1. eine Intensivierung der Prüfungsstruktur im Sinne einer Erhöhung der Pflichtanteile bei den Leistungsnachweisen,
2. die Einführung einer Benotung von Scheinen sowie
3. die Einführung von Klausuren im Hauptstudium und in der Prüfungsphase zum Abschluss des Studiums.

Die Kommission bezweifelt die Aussagefähigkeit von Noten, deren Durchschnitt dem Notenspiegel zufolge im Bereich zwischen 1 und 2 liegt. Die Gutachter/-innen glauben ferner, dass ein zu guter Notendurchschnitt eine Ab- bzw. Entwertung von wirklich guten Leistungen impliziert sowie eine Vergleichbarkeit von Notenabschlüssen nicht mehr gewährleistet. Außerdem vermittelt die teilweise Berechnung bis auf zwei Stellen nach dem Komma einen Anschein von Objektivität, der bei der Leistungsbeurteilung fraglich ist.

Die Kommission empfiehlt den Lehrenden zusätzlich zu der im Gutachten bereits erwähnten Verständigung auf gemeinsame Kriterien und Standards, bei der Leistungsbeurteilung das gesamte Notenspektrum auszuschöpfen.

In den Selbstreports beider Fächer wird darauf hingewiesen, dass die Studierenden die Prüfungstermine mit ihren prüfenden Hochschullehrern/-innen selbst koordinieren müssen. Einerseits sind die Studierenden mit dieser auf ihren Schultern liegenden "Last der Prüfungsorganisation" nicht zufrieden, andererseits wollen sie sich jedoch die Möglichkeit einer individuellen zeitlichen Gestaltung ihrer Prüfungen nicht nehmen lassen.

Die Kommission empfiehlt der Prüfungskommission, die Organisation von Prüfungsterminen zu vereinfachen, z.B. durch die Einführung von verbindlichen Prüfungswochen.

Des Weiteren empfiehlt sie die Einführung verbindlicher Fristen für die Korrektur von Diplom- und Masterarbeiten.

### **Beratung und Betreuung**

Die bereits erwähnte Strukturarmut in der Lehre muss im Zusammenhang gesehen werden mit Defiziten in der Beratung und Betreuung durch die Lehrenden, zumindest so, wie sie von Studierenden wahrgenommen werden: In der Untersuchung über Studienprobleme in den Sozialwissenschaften wird "die fachliche Unterstützung und Betreuung durch die Lehrenden, z.B. bei Referaten und Hausarbeiten, (...) nur von der Hälfte der (477) befragten Studierenden als insgesamt ausreichend beurteilt. 43 % schätzen sie explizit als unzureichend ein."

Während der Begutachtung wurde von Studierenden das vielfältige Angebot an Examenskolloquien und die gute Betreuung der Abschlussarbeiten gelobt.

Die Gutachter/-innen unterstützen nachdrücklich die derzeitigen Bemühungen in den Fächern, das bereits bestehende Tutorenprogramm für Neuimmatrikulierte und für Studierende im Grundstudium weiter zu verfestigen sowie ein studienbegleitendes Mentorenprogramm zur besseren Betreuung im Hauptstudium aufzubauen. Die Intensivierung der gegenwärtig dreitägigen "Einführungswoche" gehört ebenfalls in diesen Themenbereich.

Die Kommission empfiehlt dem Fachbereich und den Fächern, die Einführungswoche und die Einführungsveranstaltungen grundsätzlich mit Tutorien anzubieten und hierfür auch die notwendigen Mittel verbindlich bereitzustellen.

Des Weiteren empfiehlt sie, weitere Modelle zu prüfen und einzuführen, die zur Verbesserung der Betreuung und Beratung in Grund- und Hauptstudium sowie zur Zwischenprüfung beitragen, wie z.B. das studienbegleitende Mentorenprogramm.

### **Studienerfolg**

Wie auch an anderen Universitäten, so sind in den beiden sozialwissenschaftlichen Fächern an der Universität Oldenburg die Studienzeiten überlang und die Drop-out-Quoten hoch: Die mittlere Studiendauer in den drei Studiengängen liegt - laut Selbstreports - zwischen 1994 bis 1998 bei 12 bis zu knapp 15 Semestern.

Es ist im Rahmen dieses Gutachtens nicht der Ort, sich mit der Schwierigkeit der Bestimmung des "Schwund"-Phänomens und der Vielfalt der Studienabbruch-Gründe auseinanderzusetzen. Jedoch muss besorgt zur Kenntnis genommen werden, dass unter den telefonisch befragten Exmatrikulierten aus den Studiengängen Diplom-Sozialwissenschaften und Magister Soziologie immerhin 28,5% zu "echten" Studienabbrecher/-innen (d.h. nach längerer Studiendauer bzw. 'ernsthaftem' 'Studium) zu zählen sind. Zusätzlich gibt es unter den Studierenden eine noch größere Drop-out-Gruppe, nämlich 55%. Diese haben allerdings ihr sozialwissenschaftliches Studium nur aus pro-forma-Gründen begonnen, weil sie beispielsweise Wartezeiten bis zu Berufseintritt oder Zulassung zum eigentlich gewünschten Studiengang überbrücken wollten. Unter diesen Pro-forma-Immatrikulierten des Diplomstudiengangs Sozialwissenschaften hatte die Hälfte bereits einen Studienabschluss; bei ihnen existiert nicht unbedingt der Wunsch nach einem weiteren Studienabschluss.

Diese Tatsache in Verbindung mit dem weiteren Befund aus der Befragung von 477 Studierenden in den drei sozialwissenschaftlichen Studiengängen, "dass jede/r zweite Befragte vor Beginn seines Studiums berufstätig war", veranlasst die Gutachter/-innen zu der Frage, ob angesichts dieses neuen Studierenden-Typus das sogenannte "Schwund"-Problem nicht auch als Chance angesehen werden könnte: Die Herausforderung liegt darin, für diesen Typus von Studierenden mit ihrem "hohen Sockel an Berufserfahrung" neue Arten von Zertifizierungen in Form von Kontakt- oder Zusatzstudien zu entwickeln. In Globalhaushalten mit indikatorengesteuerter Mittelverteilung könnte dann sogar aus dem Negativ-Kriterium 'Studienabbrecher' ein neues anrechenbares Leistungskriterium werden.

Bei der Begutachtung der sozialwissenschaftlichen Fächer hat sich für die Kommission in ähnlicher Weise an allen Universitäten gezeigt, dass

- die sozialwissenschaftlichen Fächer - im Vergleich zu anderen Fächern - mit z.T. großen Problemen hinsichtlich Schwund-/bzw. Abbrecherquoten, Erfolgsquoten und dem sog. „Scheinstudium“ zu kämpfen haben,
- ein sehr hoher Prozentanteil der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig ist,
- ein Gutteil der Studierenden in diesen Fächern nicht in die Universität eintritt, um ein Voll-Studium ordnungsgemäß zu absolvieren, sondern um sich für eine begrenzte Zeit ‚zu bilden‘. Hier handelt es sich oft um Studierende, die schon eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und sich nun in einigen Themenbereichen weiterbilden wollen.

An allen Standorten wurden von den sozialwissenschaftlichen Fächern zu diesen Themen im Vorlauf bzw. im Verlauf der Evaluation empirische Untersuchungen durchgeführt.

Wenn man davon ausgeht, dass es zum Bildungsauftrag deutscher Hochschulen gehört, sich verschiedenen Studierendentypen mit ihren unterschiedlichen Motivationslagen in angemessener Weise anzunehmen, dann wäre zu überlegen, ob das Studiumprogramm nicht in einer Weise zu erweitern wäre, die auch eine Zertifizierung von Studienleistungen unterhalb der bisherigen Abschlüsse und oberhalb des einzelnen Seminarscheins ermöglicht, also etwa für das ordnungsgemäße Studium eines Schwerpunktgebietes.

Eine solche Zertifizierung könnte - jenseits der symbolischen Anerkennung der studentischen Leistungen - auch die Leistungen verdeutlichen, die die Sozialwissenschaften in diesem Bereich und für diese Studierendenklientel erbringen. Handelt es sich hier doch um Leistungen, die bislang durch das Grobraster universitärer Leistungsstatistiken (Zwischenprüfung/Vordiplom, Abschlussprüfung) hindurchfallen, daher nicht dokumentiert und entsprechend auch bei der indikatorengestützten Mittelvergabe bisher nicht weiter berücksichtigt werden. Auch in Hinblick auf die Einführung der Globalhaushalte wird die Anrechnung der tatsächlichen Ausbildungsleistungen der sozialwissenschaftlichen Fächer und die Mitgestaltung von Kriterien für die kommenden Leistungsberechnungen an Bedeutung gewinnen.

Gleichzeitig könnte eine solche Zertifizierung die Universität möglicherweise zusätzlich interessant für Leute aus der Praxis machen, die eine Art Bildungssabbatical einlegen, ohne sich allerdings die Zeit für ein Voll-Studium nehmen zu können. Eine solche Strategie könnte für die Universität daher einen möglichen Einstieg in den zukünftig immer interessanter werdenden Weiterbildungsbereich darstellen. Aus diesen Gründen empfiehlt die Kommission den Fächern,

1. bei der zukünftigen Entwicklung ihrer Ausbildungsziele und Studienprogramme die Lehrangebote so zu gestalten, dass sie den von ihnen bereits untersuchten unterschiedlichen Studierendentypen gerecht werden,
2. die Möglichkeiten für die Einführung von zusätzlichen Zertifikaten zu prüfen, die die hier geleistete Ausbildung der Fächer innerhalb der universitären Leistungsstatistiken anrechenbar macht und mit Hilfe derer erbrachte Bildungsleistungen ohne das Absolvieren eines ganzen Studienganges transparent und dokumentierbar werden,
3. zu prüfen, ob ergänzende, zusammenfassende oder weitergehende Untersuchungen zu dem genannten Themenspektrum gemeinsam mit den Fachkolleg/-innen der anderen niedersächsischen Standorte initiiert und durchgeführt werden können.

### 3.4.3 Rahmenbedingungen

#### ***Personalbestand und -entwicklung***

Der gegenwärtige wissenschaftliche Personalbestand wird für beide Fächer in deren Selbstreports dargelegt und erläutert.

Das herausragendste Charakteristikum in der Personalstruktur ist die Tatsache, dass es in beiden Fächern keine Nachwuchsstellen gibt. Dass dieses besonders negative Auswirkung für die Förderung von Frauen in der Wissenschaft hat, braucht hier nicht besonders erwähnt zu werden. Qualifizierungsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs bestehen nur im Rahmen von zeitlich begrenzten Drittmittel-Forschungsprojekten.

Nach Aussage der Betroffenen ist das Verhältnis zwischen den Akademischen Räten und den Professoren/-innen durch gegenseitige Anerkennung gekennzeichnet. Die Akademischen Räte sind völlig selbständig in Lehre und Prüfungen; allerdings leiden sie unter einer relativ hohen Prüfungsbelastung.

Die Gutachter/-innen haben bereits im Rahmen der bestehenden institutionellen Zersplitterung auf die Schwierigkeiten von kritischen Dialog- und Kommunikationsprozessen hingewiesen. Unter dem Stichwort 'Personalentwicklungsplanung' stießen die Gutachter/-innen noch auf ein anderes Informationsdefizit: Laut Fachbereichsentwicklungsplan vom Dezember 1997 sind für die zukünftige Entwicklung im Fachgebiet Politikwissenschaft insgesamt sieben C-Stellen vorgesehen und vier weitere sind als wünschenswert bezeichnet worden. Das Fach Soziologie soll ebenfalls durch sieben Professuren abgesichert sein (zusätzlich zu sechs Schwerpunktbereichen ist eine Stelle für Allgemeine Soziologie - Theorie und Geschichte - notwendig). Darüber hinaus sollen zwei fach- und studienübergreifende Professuren (Frauenforschung und Soziale Probleme/Soziologie Kontrolle) ihre derzeitige Zuordnung zum Fach Soziologie beibehalten. Für die beiden Fächer ist dieser Beschluss des Fachbereichs Sozialwissenschaften vom Dezember 1997 bisher die handlungsorientierende Richtschnur.

Während der Begutachtung nahm die Kommission zur Kenntnis, dass die Hochschulleitung auf der Grundlage eines Senatsbeschlusses vom November 1998 für beide Fächer mit einem sogenannten „Qualitativen Soll“ von jeweils fünf C4/C3 Stellen plant, denen dann durch Umwandlung der derzeitigen A13/A14-Stellen "entlang der Alterspyramide" jeweils 1 bis 1,5 Nachwuchsstellen zugeordnet werden sollen. Dieser offene Widerspruch sollte nach Ansicht der Kommission baldmöglichst geklärt werden.

Sie empfiehlt dem Fachbereich und der Hochschulleitung, sich für die anstehende Profilbildung und Personalplanung der Fächer auf einen gemeinsamen Informationsstand zu bringen.

#### ***Frauenförderung***

Im Fachbereich Sozialwissenschaften wurde 1997 ein fachbereichsspezifischer Frauenförderplan beschlossen, der als Zielperspektive bis zum Jahr 2007 bzw. 2010 auf allen Qualifikations- und Beschäftigungsstufen sowie in den Organisationseinheiten einen Frauenanteil von 50% vorsieht. Derzeit werden 5% der disponiblen leistungsorientierten Mittel (20% des Haushalts) für Frauenförderung verwendet.

Im Fach Soziologie ist von den insgesamt fünf C4-Stellen eine mit einer Professorin besetzt, von den drei C3-Stellen sind zwei von Frauen besetzt. Im Fach Politikwissenschaft ist von den vier C4-Stellen keine mit einer Frau besetzt. Die einzige Professorin in diesem Fach ist Inhaberin einer C3-Stiftungsprofessur.

Die Beschäftigung mit frauen- und geschlechterspezifischen Fragen hat zumindest im Fach Soziologie eine lange, bis in die Zeit der ehemaligen Pädagogischen Hochschule zurückreichende Tradition. Die-

se 'Frauenorientierung' führte 1997 zur Einrichtung eines an deutschen Hochschulen bisher äußerst seltenen, eigenen Magisternebenfachstudienganges "Frauen- und Geschlechterstudien". Dieser Nebenfachstudiengang wird wesentlich von Lehrenden der Soziologie mitgestaltet, die Lehrangebote sind jedoch offen für Studierende aller Studiengänge; damit hat dieser Nebenfachstudiengang eine gesamtuniversitäre Bedeutung.

Die Kommission empfiehlt,

1. bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern,
2. auch bei Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses die Frauenförderung zu beachten sowie
3. frauen- und geschlechterspezifische Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen aufzunehmen und als festen Bestandteil zu integrieren.

### ***Räume und Sachmittel***

Die Arbeitsräume für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind funktional eingerichtet (alle mit PC, E-mail-Anschlüssen und Verbindung zur Bibliothek). In Bezug auf die Drittmittelprojekte wurde von den Lehrenden über den großen Rummangel geklagt. Für Lehrveranstaltungen stehen insgesamt genügend Vorlesungs- und Seminarräume zur Verfügung, kleinere Gruppenräume fehlen.

Seminarbibliotheken gibt es an der Universität Oldenburg nicht, nur eine Zentralbibliothek, die als Präsenzbibliothek auch mit Arbeitsplätzen und allen neuen Literatur-Recherchemöglichkeiten ausgestattet ist. Die Gutachter/-innen waren von der Architektur und der anmutenden Atmosphäre in der Bibliothek sehr angetan!

Der Zeitschriftenbestand auch an internationalen Titeln ist als ausreichend zu bewerten, doch ist der Buchbestand nicht zufriedenstellend. Der im Anhang des Selbstreports des Faches Soziologie aufgeführte Bibliotheksbericht, der sich auf beide sozialwissenschaftlichen Fächer bezieht, betont, dass der Regeletat zu niedrig sei, auch im Vergleich zu anderen Universitätsbibliotheken. Dies wirke sich vornehmlich auf die Anschaffung anglo-amerikanischer Literatur aus. In den Selbstreports wird auch die mangelnde finanzielle Grundausstattung der Fächer beklagt; danach steht dem Fach Soziologie für das Haushaltsjahr 1998 ein Betrag von 87.169 DM und dem Fach Politikwissenschaft einer von 89.400 DM zur Verfügung für Geschäfts- und Grundbedarf, für Lehraufträge, Tutorien, Reparaturen, Geräteersatzbeschaffungen usw.

### **3.4.4 Qualitätssicherung**

#### ***Maßnahmen des Fachbereichs***

Im Verlauf der Gespräche mit den einzelnen Statusgruppen wurde den Gutachtern/-innen eine Anzahl sinnvoller Ideen zur Qualitätssicherung von Lehre und Studium genannt; die von der Dekanin im Sommersemester 1999 eingesetzte AG Reform ist eine solche Maßnahme, jedoch konnte nicht beurteilt werden, wie weit die notwendigerweise damit zusammenhängenden Willensbildungs- und Umsetzungsprozesse entwickelt sind. Die Gutachter/-innen schließen sich der in der Oldenburger Untersuchung "Studium in den Sozialwissenschaften" geäußerten Feststellung an, "dass es Gründe für alle Lehrenden gibt, darüber nachzudenken, weshalb der insgesamt positive Impetus so vieler Anfangssemester so schnell abgeschwächt wird bzw. bei (zu) vielen verloren geht."

Die Gutachter/-innen sind der Meinung, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist, wenn möglichst viel von dem bisher 'angedachten' auch konkret umgesetzt wird.

Zusätzlich zu den bereits aufgelisteten Maßnahmen sollte auch an systematische Evaluierungen der Lehrveranstaltungen gedacht werden. Bisher geschieht das nur punktuell bei einigen Lehrenden.

Die Kommission empfiehlt,

1. die Einführung regelmäßiger systematischer Lehrveranstaltungsevaluierungen,
2. Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse für die anstehenden Themen und Aufgaben zu initiieren
3. und die notwendigen Umsetzungsschritte der so geplanten Maßnahmen baldig einzuleiten.

### 3.4.5 Zusammenfassende Einschätzung

Angesichts der derzeitigen Tendenz zur Gewichtsverlagerung von den an der Universität Oldenburg aus historischen Gründen stark vertretenen Geistes- und Sozialwissenschaften hin zu den Naturwissenschaften, sind die Gutachter/-innen der Auffassung, dass die Präsenz der Fächer Soziologie und Politikwissenschaft als Gegengewicht unabdingbar ist. Angesichts dieser Entwicklung sowie der bevorstehenden altersbedingten Pensionierungswelle und der gegenwärtigen hochschulpolitischen Rahmenbedingungen (Globalhaushalte, Standortkonkurrenz) raten die Gutachter/-innen den beiden Fächern dazu, einen Entwicklungsplan vorzulegen, der auch die Universität überzeugen kann. Dabei werden hohe Anforderungen an die Kommunikations-, Reflexions- und Umsetzungsfähigkeit der Lehrenden sowie vor allem an die Schlüssigkeit ihrer Forderungen gestellt, um sich in den notwendigen Diskussions- und Abstimmungsprozessen über eine zukunftsorientierte Profilbildung der Fächer und über damit zusammenhängende Bildungs- und Ausbildungsziele zu verständigen. Angesichts der veränderten finanziellen Verhältnisse und des Endes der Hochschulreform euphorie seit der Gründung der Universität Oldenburg muss die bisher vorherrschende "individuelle ratio" durch eine "institutionelle ratio" abgelöst bzw. ergänzt werden.

### 3.4.6 Stellungnahme des Fachbereichs

Das **Institut für Soziologie und Sozialforschung** und das **Institut für Soziologie** äußern sich zu dem Gutachten wie folgt (zusammengefasste Darstellung):

zu ... Dienstleistung für die Nebenfachausbildung

*Es bestehen erhebliche Belastungen für die Lehrkapazität durch die Lehramtsstudiengänge. Das Wahlpflichtfach Soziologie für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen und Lehramt Gymnasium (EG-Bereich) umfasst:*

- a) *Allgemeine Soziologie (mit drei Teilgebieten)*
- b) *Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalysen (mit vier Teilgebieten)*
- c) *Familien- und Jugendsoziologie (mit vier Teilgebieten)*
- d) *Bildungssoziologie einschließlich Sozialisationsforschung (mit vier Teilgebieten)*

*Ferner wird Lehrkapazität gebunden durch die Fächer Politik/Sozialwissenschaften (Lehramt BBS) sowie Statistische Methodenlehre I und II (für Lehramt und für Wirtschaftswissenschaften).*

*Darüber hinaus stehen weitere Dienstleistungen für die Nebenfachausbildung im erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich (EG) ins Haus, da die Überarbeitungsvorschläge der Gemeinsamen Kommission für Lehrerausbildung (GKL) für die Studienordnungsentwürfe für Soziologie (EG) die Einrichtung spezifischer Veranstaltungen und interdisziplinär übergreifender Lehrveranstaltungen für Lehramtsstudierende fordern. Die Sicherstellung des Lehrangebotes in*

*Soziologie, wie sie sich aus den Anforderungen der seit April 1998 geltenden Prüfungsordnung für Studierende der Lehramter im Blick auf das Lehrangebot der Soziologie (Wahlpflichtfach) ergibt, erfordert ein zusätzliches Lehrdeputat.*

*Weitere Serviceleistungen werden für die Magister-Nebenfachstudiengänge Frauen- und Geschlechterstudien, für die Magisterstudiengänge Jüdische Studien und Niederlande-Studien sowie für mehrere Diplom-Studiengänge (Pädagogik, Psychologie, Ökonomie, Landschaftsökologie) als fachlicher Anteil sowie als Pflicht- oder Wahlpflichtfach Soziologie erbracht, für Sozialpädagogik- und Psychologiestudierende vor allem "Soziologie abweichenden Verhaltens".*

*Es ist evident, dass diese zusätzlichen Serviceleistungen nicht mit dem zum "qualitativen Soll" reduzierten Personalbestand von fünf Professorenstellen erbracht werden können, ohne das "ausreichende Lehrangebot" für die Studiengänge Sozialwissenschaften, Magister Soziologie und das Wahlpflichtfach zu gefährden.*

*Da die Hochschulstatistik nicht zwischen den einzelnen sozialwissenschaftlichen Studiengängen differenziert, können quantitative Angaben über die aus den Dienstleistungen für andere Studiengänge sich ergebenden Belastungen nur für die Lehreinheit Sozialwissenschaften insgesamt gemacht werden: demzufolge erbringt die Lehreinheit Sozialwissenschaften fast ein Drittel ihres Lehrangebotes als Serviceleistungen für andere Studiengänge.*

zu ... Interne und interdisziplinäre Kommunikation und Kooperation

*Zukünftig (kurzfristig) soll in Koordination zwischen den Vorständen der zwei soziologischen Institute eine gemeinsame Planung und Verabschiedung des Lehrangebots erfolgen. Diese Planung erfolgt auf der Basis der vorliegenden verbindlich-verantwortlichen Zuordnung der Lehrenden zu einzelnen Gebieten der Prüfungsordnung. Über die inhaltliche Festlegung eines Kerncurriculums muss noch entschieden werden.*

*Die Empfehlung der Kommission zu mehr Interdisziplinarität und mehr Kooperation innerhalb der Universität und mit anderen Universitäten wird ausdrücklich begrüßt. Im Evaluationsbericht ist auch bereits auf institutionalisierte disziplin- und fachübergreifende Kooperationen hingewiesen worden: die interdisziplinäre Forschungsstelle Familienwissenschaft IFF; die Arbeitsgruppe Bildungsforschung; die Arbeitsgruppe Kultur- und Kommunikationsforschung. Darüber hinaus ist die Soziologie eingebunden in den Studiengang Jüdische Studien. Im Schwerpunkt Stadt- und Regionalsoziologie besteht seit dem WS 1996/97 eine Hochschullehrerkooperation mit der Universität Bremen, die weiter ausgebaut werden soll; ferner ist beabsichtigt, eine interdisziplinäre Kooperation mit der Universität Groningen, Instituut voor Geschiedenis, Abteilung Zeitgeschichte, Faculteit der Letteren, aufzubauen.*

*Im Magisternebenfach Frauen- und Geschlechterstudien, der im Fachbereich 3 angesiedelt ist, finden interdisziplinäre Kooperationen mit vielen Fächern innerhalb der Universität sowie ebenfalls eine intensive Zusammenarbeit mit der Universität Bremen statt. Weitere inneruniversitäre interdisziplinäre Kooperationen in der Lehre bestehen mit FB 4 (Wirtschaftswissenschaften) u.a. auf dem Gebiet der Statistischen Methodenlehre, mit dem FB 1 (Pädagogik), mit dem FB 2 (Kommunikation/Ästhetik) und mit dem FB 11 (Niederlande-Studien).*

*In Planung ist die Gründung eines Zentrums für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung nach § 117 NHG (Gründung im WS 2000/01).*

## zu ... Erwerb beruflicher Erfahrung

*Die Qualifikationsanforderungen an im Berufsleben erfolgreiche Sozialwissenschaftler sind widersprüchlich: einerseits der flexible Generalist mit Qualifikationen mit hohem Transfergehalt (selbständige Orientierung in undefinierten Situationen, Fähigkeit zu eigenständiger Problemdefinition, Querdenken, analytische Fähigkeiten, wie sie in wissenschaftlicher Forschung ausgebildet werden können), andererseits berufsfeldspezifisches Wissen, das in Vertiefungsgebieten und in Kooperation mit anderen Disziplinen erworben werden kann. Die künftige Profilbildung des Studiengangs wird dies berücksichtigen müssen durch einen Kern gesellschaftstheoretischen und methodischen Wissens einerseits, thematische Schwerpunkte andererseits, bei deren Ausformung die verfügbare Lehrkapazität, Forschungsschwerpunkte und mögliche Berufsfelder berücksichtigt werden. In diesen Praxisfeldern sollen während des Hauptstudiums berufsfeldbezogene Praktika mit Berichts- und Besprechungspflicht absolviert werden. Ob darüber hinaus im Grundstudium ein an reflektierten Alltagserfahrungen anknüpfendes "gesellschaftsorientiertes Praktikum" angeboten wird, soll geprüft werden.*

*Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der zwei soziologischen und zwei politikwissenschaftlichen Instituten zusammengesetzt, soll ein Konzept erarbeiten für die Ausrichtung der Praktika an den inhaltlichen Schwerpunkten und die Betreuung der Praktikanten durch die Lehrenden (Vorbereitung, Nachbereitung, Begleitung) sowie die Berücksichtigung der Betreuungsleistung in der Kapazitätsberechnung für die Lehre. mittelfristig verantwortlich: Lehrende der beteiligten Institute.*

## zu ... Orientierungswoche

*Im Sinne der Empfehlung der Kommission werden die Studiengangskommission (Sgk) und die Vorstände der Institute kurzfristig ein die Vorschläge und Wünsche der Fachschaft berücksichtigendes Konzept für die Orientierungswoche entwickeln, das bereits zu Beginn des WS 00/01 umgesetzt werden kann.*

## zu ... Methodenausbildung

*Die ausreichende Verbindlichkeit "in allen Methodenteilen" im Diplomstudiengang Sozialwissenschaften ist gewährleistet: Neben der Grundausbildung in Statistik gibt es die Einführung in die Methoden der empirischen Sozialforschung (Vorlesung mit Übung) in der quantitative und qualitative Methoden behandelt werden einschließlich hermeneutischer Verfahren im Rahmen der Quellenkritik von Text- und Bilddokumenten (Inhaltsanalyse). Zudem wird seit einem Jahr - entsprechend den Rahmenrichtlinien der Kultusministerkonferenz und den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - regelmäßig eine Einführung in die Wissenschaftstheorie angeboten. Allerdings zeichnet sich ein Lehrkräftemangel bezüglich der anwendungsorientierten Ausbildung in EDV für Sozialwissenschaftler ab, was umso gravierender ist, als die berufsqualifizierende Bedeutung dieses Teilgebietes außer Frage steht und der EDV-Schein obligatorische Prüfungsvorleistung ist.*

*Auch im Hauptstudium werden regelmäßig Lehrveranstaltungen in allen Methodenteilen durchgeführt. Darüber hinaus wird die Einführung eines Wahlpflichtfaches/Vertiefungsfaches "Sozialwissenschaftliche Methodenlehre" im Hauptstudium mit alternativen Schwerpunkten als mittelfristige Maßnahme diskutiert.*

zu ... Neuorganisation des Grundstudiums

*Zur Reformierung des Grundstudiums im Diplomstudiengang Sozialwissenschaften ist von der "AG-Reform" ein Vorschlag erarbeitet worden.*

- *Änderung der DPO*
- *Festlegung Kerncurriculum gem. geänderter DPO*
- *Planung des Lehrangebotes zu den Pflichtfächern für ein Jahr im voraus*
- *Erhöhung der Zahl der Leistungsnachweise (gemäß veränderter DPO)*
- *Erstellung Pflichtlektürekanon/Literaturlisten*

*Dieser Vorschlag wird den jeweiligen Besonderheiten der Fächer Soziologie und Politik nicht gerecht. Die für das Grundstudium vorgesehenen Lehrinhalte der beiden Fächer weisen viel Redundanz auf und bauen gerade nicht auf den Besonderheiten von Politik und Soziologie auf. Die Empfehlungen der "AG Reform" laufen praktisch auf eine Verengung des fachspezifischen Lehrstoffes hinaus bei gleichzeitiger Erhöhung der Zahl der Leistungsnachweise, was allerdings wiederum durch die geplante Anerkennung einer als Seminararbeit geschriebenen - Hausarbeit als Vordiplomsarbeit zurückgenommen wird. Damit steht der Entwurf der "AG Reform" im Widerspruch zu Forderungen der Gutachterkommission nach deutlicherer inhaltlicher Profilierung. (Stellungnahme des Instituts für Soziologie und Sozialforschung).*

*Gemeinsam schlagen beide Institute folgende Reformierung des Diplomstudiengangs vor: Das Prüfungsfach Soziologie im Grundstudium (bis zur Diplomvorprüfung) umfasst folgende Teilgebiete:*

- (1) Einführung in die Soziologie*
- (2) Soziologische Theorien/Geschichte der Soziologie*
- (3) Sozialstrukturanalyse/Soziologie sozialen Wandels*
- (4) eine spezielle Soziologie (Auswahl siehe geltende DPO)*

*Prüfungsvorleistungen: ein Schein für erfolgreiche Teilnahme im Teilgebiet (1) und Leistungsnachweise aus zwei der unter (2) bis (4) genannten Teilgebieten ist zu erwerben;*

*Prüfungsleistungen: dreiwöchige Hausarbeit oder mündliche Prüfung von 20 Minuten, an die sich ein zehnmütiges Studienberatungsgespräch anzuschließen hat.*

*Das Teilgebiet, für das kein Leistungsnachweis erbracht wurde, ist Gegenstand der Zwischenprüfung.*

*Die Wissenschaftstheorie gehört nach Auffassung der Mitglieder des Institutes für Soziologie und Sozialforschung - entsprechend den Rahmenrichtlinien der Kultusministerkonferenz und den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - als Pflichtveranstaltung ins Grundstudium*

*Die Mitglieder des Institutes für Soziologie plädieren dafür, die Wissenschaftstheorie nur im Grundstudium anzubieten.*

## zu ... Verbindliche Curricula

*Eine verbindliche Festlegung der Planung für die Pflichtfächer für ein Jahr im voraus wird kurzfristig angestrebt.*

*Die Diskussion des Papiers der "AG-Reform" und des gemeinsamen Entwurfs sowie die Umsetzung der hieraus resultierenden Beschlüsse werden mittelfristig ein verbindliches Curriculum im Sinne der Empfehlung der Gutachter-Kommission zur Folge haben.*

*In diesem Zusammenhang wird über einen Kanon bzw. Minimalkonsens bezüglich der Pflichtlektüre für die einzelnen Pflichtfächer diskutiert. Es ist kurzfristig möglich, dass die verantwortlich Lehrenden Leselisten aufstellen und sie untereinander abgleichen. Dabei soll sich die Auswahl auch an den Leselisten der Deutschen Gesellschaft für Soziologie orientieren. Diese komprimierten Literaturlisten sollen den Studierenden zunächst bis zur Änderung der DPO als Orientierungshilfe dienen.*

*Zur Abfolge der Pflichtveranstaltungen im Grundstudium hat die Studiengangskommission zu Beginn des SS 2000 Empfehlungen herausgegeben, die bereits im Internet stehen.*

## zu ... Internationale Aspekte

*Die Empfehlungen hierzu treffen auf volle Unterstützung des Fachbereichs, allerdings dürfen die administrativen und finanziellen Probleme (hohe studentische Eigenbeteiligung) nicht unterschätzt werden. Die Lehrenden werden weiterhin ihre Auslandskontakte dazu nutzen, Voraussetzungen für Studienaufenthalte im Ausland zu schaffen. Die vom DMD und anderen Institutionen angebotenen Finanzierungen von Studienaufenthalten im Ausland sollen weiter genutzt werden.*

*Aber auch umgekehrt werden die Lehrenden ihre Bemühungen intensivieren, ausländischen Studierenden und Doktorandinnen und Doktoranden das Studium bzw. das Promovieren am Fachbereich 3 der Carl von Ossietzky Universität zu ermöglichen.*

*Im Institut für Soziologie werden längere, stipendienfinanzierte Auslandsaufenthalte von Doktoranden betreut. Ferner gibt es im Schwerpunkt Stadt- und Regionalforschung eine zunächst mit der Columbia University, seit 1999 mit der City University New York vertraglich abgesicherte, vom DAAD finanzierte Möglichkeit zu einem einjährigen Studienaufenthalt in New York.*

*Im Institut für Soziologie und Sozialforschung werden zwei niederländische Doktorandinnen betreut.*

## zu ... Leistungsnachweise und Prüfungen

*1) Die Mitglieder der beiden soziologischen Institute sind für die Erhöhung der Anzahl der Leistungsnachweise, wie sie auch die AG-Reform vorschlägt. Allerdings sollte der Stellenwert der bisherigen Zwischenprüfung erhalten bleiben.*

*2) Im Grundstudium werden in den "Massenveranstaltungen" Statistische Methodenlehre I/II seit jeher Klausuren geschrieben.*

*Über die Einführung von Klausuren im Hauptstudium und in der Prüfungsphase wird noch diskutiert. Leistungsscheine werden teilweise schon jetzt benotet, wobei das Notenspektrum in einigen Studiengebieten ausgeschöpft wird.*

*Im Diplomstudiengang können die Studierenden zwischen einer Benotung oder "bestanden/nicht bestanden" wählen. Im Magisterstudiengang besteht lediglich die Möglichkeit sei-*

*tens der Lehrenden, den Leistungsnachweis mit einer Benotung zu versehen, was jedoch nicht prüfungsrelevant ist. Kontrovers wird gegenwärtig diskutiert, ob alle Prüfungsvorleistungen benotet werden sollen.*

- 3) *Die Mitglieder beider Institute schlagen einen Prüfungsblock von drei Wochen Dauer im Semester vor: die letzten drei Wochen im Januar und die letzten drei Wochen im Juni.*
- 4) *Die Verbindlichkeit der Korrekturfristen besteht bereits.*
- 5) *Die Diskussion über das Hauptstudium ist noch nicht abgeschlossen.*

*Als Prüfungsvorleistungen im Hauptstudium sollten folgende Kriterien gelten (Vorschlag des Instituts für Soziologie und Sozialforschung): je zwei Leistungsnachweise in den drei Prüfungsfächern Soziologie, Politikwissenschaft, Vertiefungsfach sowie ein weiterer Leistungsnachweis in einem dieser Fächer. Die Prüfungsvorleistungen sind zu benoten. Es müssten sieben Scheine erworben werden.*

*Die Diplomarbeit muss aus einem der drei Fächer gewählt werden. Wird die Arbeit aus dem Vertiefungsfach gewählt, so müssen die Betreuer Prüfungsberechtigte der Fächer Soziologie oder Politik sein.*

zu ... Tutorien für Einführungswoche und Einführungsveranstaltungen

*Der Fachbereich hält die bestehenden orientierenden ("lebensweltlichen") und veranstaltungsbezogenen Tutorien für unverzichtbar, weist aber darauf hin, dass die stets knapper werdenden finanziellen Ressourcen deren Realisierung zunehmend gefährden.*

zu ... Berücksichtigung neuer Studierendentypen; zusätzliche Zertifikate

*Das von der Evaluationskommission vorgeschlagene Weiterbildungsmodell wird kontrovers eingeschätzt. Die Realisierungsmöglichkeiten für - insbesondere für Berufstätige aus der Praxis geeignete - berufsfeldbezogene interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Aufbaustudiengänge, wie im Ausland bereits weit verbreitet, sollten von einer speziellen Arbeitsgruppe untersucht werden, da es hier um eine fächer- bzw. institutsübergreifende Angelegenheit geht.*

*Aber auch inneruniversitär sind sicher noch längst nicht alle Potentiale zur Rekrutierung neuer Studierendentypen ausgeschöpft. Vielversprechend in diesem Sinne erscheint aus Sicht des Fachbereichs*

- *eine Kombination zwischen den Fächern Soziologie und Politikwissenschaft als Hauptfächer oder als Hauptfach und Nebenfach (mit einem weiteren Nebenfach) in sozialwissenschaftlich orientierten Magisterstudiengängen (zusammen mit Fächern wie Ökonomie, Geschichte, Philosophie u.a.) sowie*
- *eine stärkere Akzentuierung der Soziologie als Wahlpflichtfach in der Lehramtsausbildung und in verschiedenen Diplomstudiengängen sowie als fachlicher Anteil im Unterrichtsfach Politik/Sozialwissenschaften und in anderen Studiengängen.*

*Eine spezielle AG sollte hierzu Vorschläge erarbeiten.*

*Die Lehrenden werden sich zukünftig stärker am Studium Generale beteiligen.*

zu ... Personalbestand und Personalentwicklung

### **Position des Instituts für Soziologie und Sozialforschung**

*Zur Sicherstellung der Aufgaben in Forschung und Lehre, letztere insbesondere für den sozialwissenschaftlichen und soziologischen Studiengang wie auch im Rahmen der Dienstleistungen für die o.g. Lehramtsstudiengänge, den Magisternebenfachstudiengang Frauen- und Geschlechterstudien etc. ist der Bestandserhalt der heutigen C-Stellen zwingend erforderlich, mit Ausnahme der Stelle, die vorübergehend dem Fachbereich 3 zugeordnet wurde, und derjenigen, die mit einem kw-Vermerk versehen ist. Dies umso mehr, als die von der Universitätsleitung formulierte Rahmenbedingung der Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium gleichbleibende Ressourcen voraussetzt.*

*Für die in absehbarer Zukunft durch Emeritierung freiwerdenden C-Stellen müssen neue Stellenprofile entwickelt werden:*

- *Zwei Professuren (mit Mitarbeiterstellen), die den Kernbereich des Faches als Standardangebot abdecken: Soziologische Theorien und Soziologiegeschichte; Sozialstrukturanalyse und Soziologie sozialen Wandels.*
- *Zwei Professuren (mit Mitarbeiterstellen), die auf Grund ihrer spezifischen Denomination verstärkt Leistungen in der Lehre für andere Fächer erbringen: Soziologie mit dem Schwerpunkt sozialwissenschaftliche Methodenlehre mit Lehraufgaben für die Fächer Soziologie, Sozialwissenschaften, Politikwissenschaft; Soziologie mit dem Schwerpunkt Frauenforschung, im Fachbereich 3 angesiedelt, mit fachbereichsübergreifenden Lehraufgaben.*

*Darüber hinaus müssen drei Professuren (mit Mitarbeiterstellen) mit dem Ziel einer künftigen Profilbildung des Faches in Oldenburg mit spezifischen Schwerpunkten in Forschung und Lehre (Spezielle Soziologien) denominiert werden, wobei die Schwerpunktbildung in einem zukunftsorientierten Prozess der Meinungsbildung erfolgen soll. Die neuen Inhaber/-innen der Kernbereichstellen sollen zukunftsweisende Konzepte für die Besetzung der Schwerpunkstellen entwickeln und an der Besetzung dieser Stellen beteiligt werden.*

*Ferner müssen ausreichend Mittelbaustellen - und zwar vorrangig Nachwuchsstellen - geschaffen werden. Für diese Mittelbaustellen/Nachwuchsstellen sollen auch Anteile aus auslaufenden C-Stellen verwendet werden.*

*Im Zuge der Neubesetzung der freiwerdenden Stellen sollen die beiden Institute reintegriert werden.*

### **Position des Instituts für Soziologie**

*Bei der Entwicklung des Profils des Faches sollen berücksichtigt werden:*

- 1) *Erfolgreich etablierte Forschungsschwerpunkte*
- 2) *Die unter Dienstleistungen für Nebenfachausbildung dieser Stellungnahme erwähnten Serviceleistungen*
- 3) *Anforderungen, die sich aus dem professionellen Verständnis von Soziologie ergeben*
- 4) *Anforderungen, die sich aus dem erforderlichen Praxisbezug des Studiums der Soziologie ergeben*
- 5) *Neue Lehr- und Forschungsschwerpunkte*

*Das Institut für Soziologie hält es für falsch, zwischen Stellen für Allgemeine Soziologie und Stellen für Spezielle Soziologien zu differenzieren. Mit Ausnahme der Stelle Methodenlehre sollen alle Stelleninhaber Allgemeine Soziologie und eine Spezielle Soziologie vertreten.*

zu ... Lehrveranstaltungsevaluation

*Da einerseits angesichts unterschiedlicher Veranstaltungstypen und Veranstaltungsgrößen eine strikte Vereinheitlichung nicht sinnvoll scheint, andererseits auch die wiederholten Vorschläge der Studiengangskommission in dieser Richtung nicht realisierbar waren, ist der Fachbereich der Meinung, dass das Spektrum an Evaluationsmöglichkeiten (standardisiert, halbstandardisiert, nicht standardisiert; direkt, online) voll ausgeschöpft werden sollte. Einige Lehrende evaluieren bereits jetzt mit jeweils verschiedenen Methoden. Die Lehrveranstaltungsevaluationen sollten jedoch regelmäßig von allen Lehrenden durchgeführt werden.*

*Zu Beginn des SS 2000 haben zahlreiche Lehrende einen Vorschlag der Studiengangskommission umgesetzt und die Rückseite des Themenplanes ihrer Lehrveranstaltung mit einem anonym auszufüllenden Kurzfragebogen nach den Gründen des vorzeitigen Abbruchs der Seminarteilnahme versehen.*

Zusammenfassend ergeben sich aus der Diskussion der dargestellten Problemfelder und Kritikpunkte eine Reihe von konkreten Maßnahmen zur Qualitätssicherung von Studium und Lehre, mit deren Hilfe die folgenden Zielsetzungen erreicht werden sollen:

- Intensivierung der Serviceleistungen des Fachs Soziologie als Wahlpflichtfach, Nebenfach und Fachanteil in der Lehramtsausbildung und in Diplomstudiengängen
- Verbesserung der koordinierten Planung eines strukturierten Lehrangebots
- Intensivierung der Studieninformation/Studieneinführung, Studienberatung und Studienverlaufsbetreuung
- Organisation des Erwerbs praktischer Berufsfelderfahrungen
- Reform des Diplomstudiengangs Sozialwissenschaften
- Konzeption sozialwissenschaftlicher Aufbaustudiengänge
- Verstärkte Förderung von Doktorandinnen und Doktoranden

Das Fach **Politikwissenschaft** äußert sich zu dem Gutachten wie folgt (zusammengefasste Darstellung):

*Das Fach hat inzwischen einen modifizierten **Stellenplan** ausgearbeitet, der auf der Grundlage der vorhandenen Stellen den essentiellen Bedarf für die kommenden Jahre ausweist. Gemäß den Gutachterempfehlungen unter wird die Vorlage des Stellenplans - im Zusammenhang mit der angestrebten Zielvereinbarung mit dem Universitätspräsidium - verbunden mit einer Aufstellung der zu erbringenden Lehrleistungen in den eigenen Studiengängen sowie des Service in anderen.*

*Das Fach wird in absehbarer Zeit in einem einzigen Institut organisiert sein, was auch der Herausbildung eines neuen Profils zugute kommen wird. In der Tat erschien das Profil des Faches durch die zwar erfolgreiche, aber außerordentlich breit gestreute Forschung eher diffus, was im Selbstevaluationsbericht auch schon festgestellt wurde. Außerdem lagen Forschung und Lehre häufig allzu weit auseinander. Die Planung sieht deshalb neben der Grundausstattung für die wichtigsten Teilgebiete des Faches die Profilierung in drei Schwerpunkte vor, die gleichermaßen Forschungs- wie Lehrschwerpunkte sind:*

- *Politische Theorie der Moderne (darin eingeschlossen das 1999 gegründete Hannah Arendt-Zentrum)*

- *Politische Systeme/Vergleichende Politikforschung*  
Der Schwerpunkt stand schon immer im Zentrum des Instituts I und war in Forschung und Lehre erfolgreich, was sich auch in zahlreichen Abschlussarbeiten und Dissertationen manifestiert.
- *Umweltpolitik/Politik der Nachhaltigkeit*  
Auch dieser Schwerpunkt ist eine Weiterführung. Neben der Forschung war er einer der wenigen, die auch von der Lehre her profilierend wirkten. Nicht wenige Studierende von außerhalb Niedersachsens und Bremens kamen seinetwillen nach Oldenburg.

Die Professorenstellen für die ersten beiden Schwerpunkte sind im Stellenplan mit der personellen Grundausstattung verbunden. Die Stelle für den letzteren geht über das zugestandene Qualitäts-Soll hinaus und wird mit der inhaltlichen Relevanz, der Verbindung zum Studiengang Landschaftsökologie und der erfolgreichen Etablierung als Schwerpunkt begründet. Nachwuchsstellen sollen in erster Priorität diesen Schwerpunkten zugeordnet werden.

Zum Lehrprogramm dieser Schwerpunkte wird gehören, dass sie sich den Studierenden als Studienschwerpunkt im Hauptstudium anbieten; neben Forschungscolloquien werden sie zudem ein eigenes Lehrangebot für Postgraduierte mit interdisziplinären Anteilen entwickeln und soweit Bereitschaft bei der Universität Bremen besteht auch mit dieser kooperieren. Anknüpfend an schon vorhandene Ansätze wird auch der Berufsfeldbezug, etwa in der Form der Vermittlung von spezifischen Praktika, in den Schwerpunktbereichen eine besondere Rolle spielen, für den erstgenannten in wissenschaftlichen Archiven und Forschungsprojekten, für die beiden anderen in entsprechenden nationalen und europäischen Institutionen

Die im Gutachten erwähnte **AG-Reform der Studiengänge** hat inzwischen - im Rahmen des von den Instituten zugebilligten Spielraums - detaillierte Vorschläge für die Reform der Studiengänge und die Verbesserung des Informations- und Betreuungssystems vorgelegt, die auch von den studentischen Vertretern/-innen in der AG mitgetragen werden. Beide Institute des Faches Politikwissenschaft und das Institut für Soziologie haben den Änderungen unterdessen, jeweils mit geringfügigen Veränderungen, zugestimmt; das Institut für Soziologie und Sozialforschung berät noch. Die Ausarbeitung eines Credit-Point-Systems soll nach Absicht der Dekanin parallel für alle Studiengänge des Fachbereichs vorgenommen werden.

Die **inhaltliche Abstimmung** ist unterdessen gemäß den Empfehlungen institutionalisiert. Die interdisziplinäre Kommunikation und Zusammenarbeit innerhalb der Universität ist in der Tat bisher allzu abhängig von persönlichen Initiativen. In dieser Form funktioniert sie recht gut mit Lehrenden der Soziologie, der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, der Geografie, Biologie und Pädagogik; so gut wie gar nicht mit Geschichte und Psychologie. Das gleiche gilt für die Kooperation mit der Universität Bremen. Der Empfehlung soll durch Kontakte auf Institutsebene nachgekommen werden. Das Zusammenwirken zwischen Soziologie und Politikwissenschaft über die gemeinsame Studienkommission hat sich seit Beginn des Evaluationsverfahrens schon wesentlich verbessert.

Auf den auszubauenden **Berufsfeldbezug** im Zusammenhang mit den Forschungs- und Lehrschwerpunkten wurde schon hingewiesen. Darüber hinaus gibt es gegenwärtig Gespräche, eine postgraduierte Vorbereitung auf den Journalistenberuf, die seit einigen Jahren in der Organisationseinheit Zentrale Weiterbildung besteht und bisher nur auf Praxisvermittlung ausgerichtet war, dem Institut für Politikwissenschaft anzuschließen und - in Verbindung mit Soziologie - durch ein zusätzliches Studienprogramm zu intensivieren. Der systematische Ausbau eines Berufsfeldbezugs über die Kontingenz einzelner Initiativen hinaus wäre nur möglich, wenn dem Fach eine Wissenschaftliche Mitarbeiterstelle für die Vermittlung und Betreuung von Berufsfeldpraktika zugebilligt würde; notfalls für die beiden sozialwissenschaftlichen Fächer gemeinsam.

Über die unbestreitbar notwendige Beherrschung von jedem Lehrenden hinaus wird das Fach den Empfehlungen zur **Verbesserung der Lehrqualität** auch dadurch nachzukommen versuchen, dass ein Gesprächskreis mit dem dafür Zuständigen in der Zentralen Studienberatung, eingerichtet wird. Das in der Befragung der Lehrenden geäußerte große Interesse an hochschuldidaktischen Fragen spricht dafür, daß die meisten sich dazu bereitfinden werden.

Das gilt auch für die Empfehlung, die **Einführungswoche** neu zu konzipieren. Nach den Vorschlägen der AG sollen, neben den Vorstellungen der Studiengänge und den erweiterten Beratungsangeboten wie bisher, die Grundstudiumveranstaltungen des bevorstehenden Semesters vorgestellt werden. Die Woche soll auch dazu genutzt werden, mit Forschungseinrichtungen und -projekten des Faches bekannt zu machen. Im WS 00/01 wird damit begonnen werden. Eine umfassende Nutzung dieser Woche, etwa auch für die Vorstellung der Veranstaltungen des Hauptstudiums oder für die Beratung der fortgeschrittenen Semester, würde eine gesamtuniversitäre Neukonzipierung voraussetzen. Wie solcherart Versuche gezeigt haben, ist es allzu sehr eingefahren, dass die Studierenden ab zweites Semester, soweit sie nicht als Fachschaft an der Gestaltung der Woche beteiligt sind, erstmals in der darauffolgenden Woche erscheinen.

Für die Gewährleistung aller **Methodenteile** im Diplom-Studiengang hat sich die AG auf folgende Kompromißlösung verständigt: Die soziologische Methodenlehre bleibt im bisherigen Umfang bestehen; der Besuch einer Veranstaltung zu den spezifischen Methoden des Faches Politikwissenschaft, wie er für den Magister-Studiengang obligatorisch ist, wird empfohlen. Im übrigen sollen die Methoden in elementarer Form auch Gegenstand der allgemeinen Facheinführung sein und in allen Grundstudiumveranstaltungen stärker akzentuiert werden. Beweggrund für diesen und andere Kompromisse (z.B. Arbeitstechniken, Wissenschaftstheorie) war, daß die Zahl der geforderten Leistungsnachweise nach der vorliegenden Planung sich schon verdoppelt und eine weitere Vermehrung in Widerspruch zum Postulat der Regelstudienzeit geriet.

**Inhaltliche Schwerpunkte** für das Hauptstudium des Magister-Studiengangs werden die zuvor genannten drei und bis zum Auslauf auch andere gegenwärtig vorhandene (z.B. Nationalsozialismus, politische Publizistik, Entwicklungspolitik) sein; neue werden durch Stellenneubesetzung hinzukommen. Für den Diplom-Studiengang wurde der AG von den Soziologen signalisiert, die Bestimmung den Instituten zu überlassen, die derzeit auch darüber beraten. Als ein Vorschlag wird dabei diskutiert, die sich bisher auf Grund- und Hauptstudium erstreckenden Wahlpflichtfächer auf das Grundstudium zu begrenzen und Schwerpunkte für das Hauptstudium aus den Kernfächern Soziologie und Politikwissenschaft zu bestimmen.

Es wurde im Fach vereinbart, dass für die Standardveranstaltungen im Grundstudium zwischen den jeweils Zuständigen eine Absprache über essentielle Lehrinhalte stattfinden soll. Für die "Einführungen" und "Das politische System der BRD und der EU" gibt es eine solche schon seit Jahren. Eine darüber hinausgehende **verbindliche Einigung über Lehrinhalte** würde die Lehrfreiheit tangieren und stieße angesichts der pluralistischen Zusammensetzung des Lehrkörpers auch auf große Umsetzungsschwierigkeiten.

Die **Abfolge von Lehrveranstaltungen** soll durch einen Vier-Semesterplan gewährleistet werden, der die Lehrenden bindet und zugleich für die Studierenden eine Strukturierung darstellt. **Gemeinsame Kriterien und Standards der Leistungsbeurteilung** stellen kein Problem dar; bei der Gegenzeichnung von Leistungsnachweisen sowie bei schriftlichen und mündlichen Prüfungen entstehen Prüferkombinationen durch alle Institute und Fachdifferenzen hindurch, ohne dass es zu grob abweichenden Beurteilungen kommt.

Dem Hinweis, dass der **Notendurchschnitt** zu hoch liege und dadurch an Aussagekraft verliere, wird nachzugehen sein, etwa durch Vergleiche mit anderen Hochschulen. Indessen könnten auch andere Gründe als ein zu ausgeprägtes Wohlwollen der Prüfer/-innen bei dem konstatierten hohen Notendurchschnitt mitspielen. Das Absicherungsbedürfnis der Studierenden ist verständlicherweise groß und drückt sich regelmäßig in wiederholter Inanspruchnahme von Vorgesprächen, intensiver Betreuungssuche in Examenscolloquien etc. aus. Zu Prüfungen meldet sich in der Regel nur, wer auf diese Weise abgesichert und sich seines guten Erfolges gewiss ist. Das Ergebnis könnte sein, dass auf der einen Seite die die Prüfung Absolvierenden durch diese Vorbereitung gut abschneiden, die anderen jedoch, die diese Sicherheit nicht gewinnen, zu Abbrechern oder Langzeitstudierenden werden.

Die Zahl der Studierenden, die ein **Auslandsstudium** absolvieren, hat zwar kontinuierlich zugenommen, ist aber tatsächlich noch unzureichend. Einen Steigerungseffekt verspricht sich das Fach durch Veranstaltungen in englischer Sprache und Gastprofessuren, wie im laufenden Semester die eines amerikanischen Politikwissenschaftlers. Vor allem aber wird es die Aufgabe der drei Forschungs- und Lehrschwerpunkte sein, ihre Kontakte zu ausländischen Universitäten dafür zu nutzen. Die Empfehlungen zu Leistungsnachweisen und Prüfungen treffen sich mit unseren Vorstellungen, die in der Vorlage der AG formuliert sind. Die Option der Nichtbenotung von Scheinen, wie sie im Grundstudium noch möglich ist, wird von den Studierenden nur noch selten genutzt und hat den einst intendierten Sinn eines Studienbeginns ohne formellen Leistungsdruck ohnehin verloren. Klausuren hat bisher nur ein Lehrender des Faches regelmäßig praktiziert. Die überwiegende Mehrzahl des Faches hält sie für problematisch: Klausuren finden unter Bedingungen statt, die im Vergleich zu sonstigen wissenschaftlichen Arbeiten künstlich sind, nämlich ohne die Zugriffsmöglichkeit auf Informations- und Nachschlagquellen, dazu unter der einer sonst seltenen Zeitbegrenzung des Denkens; sie mögen in Gebieten angebracht sein, wo Faktenwissen abgefragt werden soll und werden so auch in den Sozialwissenschaften im Grundstudium praktiziert; in den stärker problemorientierten Gebieten und Abschlußprüfungen erscheinen sie den Fachbereich weniger adäquat.

Die Empfehlung zur Vereinfachung von **Prüfungsterminen** wird Anlass sein, sich noch einmal um eine fächerübergreifende Lösung für die Geistes- und Sozialwissenschaften zu bemühen. Die Schwierigkeiten für die Studierenden bei einer fachinternen Einführung von Prüfungswochen wurden im Selbstevaluationsbericht angesprochen.

Die vorgeschriebenen Fristen bei der Beurteilung von Diplom- und Magisterarbeiten werden in der Politikwissenschaft nur selten überschritten.

Dankbar sind die Vertreter/-innen des Faches, dass das Gutachten dem Problem der Schwund- bzw. Abbrecherquoten den Ruch einer Oldenburger Besonderheit nimmt. Die hoch interessante Anregung der Gutachter/-innen, über **neue Arten von Zertifizierungen** für Studierende, die aus den verschiedensten Gründen keinen Studienabschluß machen, nachzudenken, wird vom Fach gerne aufgenommen.

Sehr plausibel ist auch der Hinweis, dass damit sowohl den Abbrechern eine gewisse Verwertungschance ihres Studiums gegeben werden könnte, als auch ein neues Studienklientel zu erschließen wäre, wie Berufstätige, Absolventen anderer Fachgebiete, die von vornherein lediglich an einem Teil- oder Schwerpunktstudium interessiert sind.

Die personellen **Grunddaten**, von denen die Profilbildung und Personalplanung des Faches ausgehen kann, sind inzwischen geklärt.

Die Empfehlungen zur **Frauenförderung** entsprechen den Absichten des Faches. Schon vor Einrichtung des Nebenfach-Studiengangs Frauen- und Geschlechterstudien spielten Themen der Frauen- und Geschlechterforschung im Lehrprogramm und als Prüfungsthemen eine große Rolle; durch die

*Einrichtung des Studiengangs, der in hohem Maße von Lehrenden der sozialwissenschaftlichen Fächer getragen wird, ist auch die Stetigkeit gewährleistet.*

*Zu den Empfehlungen unter dem Aspekt Qualitätssicherung ist als der gegenwärtige Stand von Planung und Umsetzung der Reformen festzuhalten:*

- *Die von der Dekanin eingesetzte AG Reform hat ihre Arbeit abgeschlossen und ihre Ergebnisse über die Dekanin den Instituten zugeleitet. Der Leiter der AG hat die Vorschläge in den beiden Soziologischen Instituten getrennt und für die politikwissenschaftlichen Institute in einer gemeinsamen Sitzung erläutert. Im Verlauf des WS 2000/01 müßten die veränderten Prüfungsordnungen dem Fachbereichsrat vorgelegt werden können.*
- *Das Fach Politikwissenschaft hat einen Schwerpunkt- und Stellenplan erarbeitet, dem alle zugestimmt haben. Er wurde der von der Dekanin eingerichteten Strukturkommission für den Fachbereich am 7. Juni 2000 vorgelegt, anschließend dem Präsidium, mit dem eine Zielvereinbarung angestrebt wird.*
- *Für das Veranstaltungsprogramm des WS 00/01 wurde eine neue Form der Abstimmung praktiziert. Sobald die Änderungen der Prüfungsordnungen feststehen, wird eine viersemestrige Veranstaltungsplanung vorgenommen werden.*
- *Mit der Umsetzung der Beschlüsse zum Informations- und Betreuungssystem wird im kommenden WS 2000/01 begonnen werden.*



### 3.5 Universität Osnabrück

Fachbereich Sozialwissenschaften  
Seminarstrasse 33

49069 Osnabrück

#### *Gutachtergruppe:*

*Prof. Dr. Monika Medick-Krakau, Technische Universität Dresden*

*Prof. Dr. Ingrid Sommerkorn-Abrahams, Universität Hamburg*

*Lutz Bornmann M.A., Universität Gesamthochschule Kassel*

*Prof. Dr. Gerd Junne, Universiteit van Amsterdam*

*Staatssekretär a.D. Rolf Möller, Ehem. Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung, Bonn*

*Prof. Dr. Rainer Trinczek (Federführung), Technische Universität München*

Die Begutachtung durch die Gutachtergruppe erfolgte am 01. und 02. Dezember 1999.

#### 3.5.1 Aufbau und Profil der Fächer

Die Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück umfassen die drei Fächer Politikwissenschaft, Soziologie und Sozioökonomie. Organisatorisch haben die drei Fächer keinen Institutsstatus im Fachbereich, sondern vielmehr den Status einer ‚Fachgruppe‘. Dies bedeutet, dass es unterhalb des Fachbereichsrates keine weitere formelle Beschlussinstanz über die Angelegenheiten der Fächer gibt. Dies erzwingt de facto Kommunikation zwischen den einzelnen Fächern, was im Prinzip kein Fehler ist. Ob die Fachgruppen aber letztlich nicht doch de facto die Funktion von Instituten wahrnehmen, konnte nicht abschließend geklärt werden. Inwieweit sich die aktuelle Organisationsstruktur in der Praxis als problematisch bzw. reformbedürftig erwiesen hat, blieb offen; im Selbstbericht wird vom Fach Soziologie jedoch vorsichtige Kritik an den gegenwärtigen Strukturen geübt, allerdings bleibt unklar, inwieweit dies in Bezug auf den hier zu thematisierenden Bereich ‚Studium und Lehre‘ formuliert wurde.

Die Fächer sind - wie oben bereits angesprochen - durch frühere Evaluationen dazu veranlasst worden, ihr jeweiliges Profil und Studienangebot verstärkt zu reflektieren. Dies hat zu diversen Umstrukturierungen geführt, deren Ergebnisse gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilt werden können.

Am deutlichsten sieht die Kommission eine beginnende spezifische Profilbildung im Fach Politikwissenschaft, die wesentlich auf das Thema ‚Europa‘ bezogen ist. Dies findet nicht nur seinen Niederschlag im nun umorganisierten und von der Politikwissenschaft federführend betreuten BA/MA-Studiengang ‚European Studies‘, sondern auch darin, dass in der Zwischenzeit ein DFG-Graduiertenkolleg sowie ein Promotionskolleg der Hans-Böckler-Stiftung erfolgreich akquiriert werden konnten, die beide inhaltlich auf Fragen der Europäischen Integration fokussiert sind. Zwei Hochschullehrer/-innen sind darüber hinaus seit Mitte der 90er Jahre Inhaber/-innen von Jean Monnet Chairs der Europäischen Union.

Neben dem BA/MA-Studiengang ‚European Studies‘ bietet das Fach Politikwissenschaft noch den Magister-Studiengang Politikwissenschaft an und ist am neu entstandenen BA/MA-Studiengang ‚Social Sciences‘ beteiligt. Diese vielfältigen Lehrverpflichtungen drohen mit den vorhandenen Kapazitäten des Faches zu kollidieren: Zumal dann, wenn die Profilbildung ‚Europa‘ weiter forciert werden sollte - wofür angesichts des Erfolges diese Schwerpunktes vieles spricht - und dem Fach keine neuen Stellen zur Verfügung gestellt werden können, wird die Politikwissenschaft möglicherweise dazu gezwungen

sein, den Magisterstudiengang einzustellen. Ein solche Entscheidung birgt sicherlich Gefahren in sich, etwa falls sich die gegenwärtige Hochkonjunktur des Themas ‚Europa‘ abkühlen sollte, trotzdem muss über eine eventuelle Konzentration der vorhandenen knappen Ressourcen auf eine reduzierte Zahl an Studiengängen nachgedacht werden. Dies möchte die Kommission allerdings keinesfalls als eine Aufforderung zur Streichung eines ganzen Studienganges verstanden wissen, sondern vielmehr als Aufforderung zur gesteigerten Reflexion über die zur Verfügung stehenden Alternativen.

Die Kommission empfiehlt, hier eine Strukturentscheidung zu fällen, bevor die Wiederbesetzung der freiwerdenden Stellen ansteht, da sich eine solche Entscheidung erheblich auf die Denominationen der Stellen auswirkt. Plant man, den Spagat zwischen dem grundständigen und inhaltlich breiten Magisterstudiengang und dem klar fokussieren BA/MA-Studiengang ‚European Studies‘ weiterhin zu wagen, bedarf es sicherlich sehr viel breiterer Denominationen als bei einer eindeutigeren Konzentration auf die Europathematik. Dabei ist sicher zu berücksichtigen, dass sich das Angebot von zwei unterschiedlichen Studiengangsmodellen bisher anscheinend bewährt hat.

Gleichzeitig ist bei dieser anstehenden Strukturentscheidung jedoch auch unbedingt zu berücksichtigen, dass das Fach insgesamt zu schwach ausgestattet ist, um die gesamte Breite in den Lehrangeboten repräsentieren zu können. Von einer weiteren Schwächung des Faches sollte daher unbedingt abgesehen werden.

Das Fach Soziologie ist aktuell am stärksten vom Umbruch tangiert: Da sich das Fach früher wesentlich auf zwei Studiengänge konzentriert hatte - Diplom-Sozialwissenschaft und Magister-Studiengang ‚Soziologie‘ -, war es von der Einstellung des Diplomstudienganges in besonderer Weise betroffen. Auf diese Herausforderung hat das Fach reagiert, indem es einen neuen BA/MA-Studiengang ‚Social Sciences‘ entwickelt hat, in dem die Soziologie neben der Politikwissenschaft, der Sozioökonomie und der Methodenlehre/Statistik schwergewichtig vertreten ist und der von der Soziologie federführend betreut wird. Dieser neue Studiengang hat eine ambitioniertes Programm, das erhebliches Engagement der Fachvertreter erfordern wird, soll er ein Erfolg werden. Gleichzeitig ist klar, dass die Existenz der Soziologie an der Universität Osnabrück in ihrer gegenwärtigen Form nicht zuletzt auch vom künftigen Erfolg gerade dieses Studienganges abhängt. Da der BA/MA ‚Social Sciences‘ erst kurz vor dem WS 99/00 bewilligt wurde, ist die geringe Zahl der zu diesem Semester erstmals eingeschriebenen Studierenden auf keinen Fall ein geeigneter Indikator für die Zukunftschancen des Studienganges, vielleicht aber ein Hinweis darauf, dass die Informationen über diesen Studiengang noch nicht genügend Verbreitung erfahren haben.

Die Kommission empfiehlt, das ‚Marketing‘ für diesen Studiengang zu intensivieren.

Zusätzlich bietet die Soziologie - neben zahlreichen Verpflichtungen als Nebenfach - einen eigenen Magisterstudiengang ‚Soziologie‘ an, über den im Selbstbericht allerdings nur wenig inhaltlich zu erfahren ist. Selbstkritisch wird im Bericht denn auch vermerkt, dass der Neuaufbau des BA/MA-Studienganges in letzter Zeit so viel Ressourcen gebunden habe, dass die geplante Neustrukturierung des Magister-Studienganges zurückgestellt werden musste. Dies soll jedoch in naher Zukunft - unter Berücksichtigung des nun verpflichtenden Studienangebots im ‚neuen‘ Studiengang und unter stärkerer Gewichtung der Methodenausbildung - nachgeholt werden.

Die Gutachter/-innen empfehlen dem Fach nachdrücklich, den Prozess der Reorganisation des Magister-Studienganges zu forcieren.

Auch das Fach Soziologie ist in den nächsten Jahren von einem raschen personellen Wechsel auf den Hochschullehrer/-innen-Stellen betroffen. Dabei scheint aktuell sichergestellt zu sein, dass die Methoden-/Statistikausbildung auch weiterhin professoral vertreten ist; nur so scheint auch die vorgesehene

breite Methodenausbildung im BA/MA ‚Social Sciences‘ und im revidierten Magisterstudiengang in adäquater Form auf Dauer leistbar zu sein.

Die Kommission empfiehlt den drei sozialwissenschaftlichen Fächern, sich über eine integrierte Methodenausbildung zu verständigen.

Die Etablierung des Faches Sozioökonomie und dessen Beteiligung an den sozialwissenschaftlichen Studiengängen stellt eine Besonderheit der Universität Osnabrück dar. Während in anderen Hochschulen üblicherweise wirtschaftswissenschaftliche Kompetenz aus den entsprechenden Fachbereichen ‚eingekauft‘ wird, hat sich in Osnabrück der Fachbereich Sozialwissenschaften unter dem Namen ‚Sozioökonomie‘ gewissermaßen eine eigene wirtschaftswissenschaftliche Abteilung zugelegt. Die Integration der Wirtschaftswissenschaften in sozialwissenschaftliche Studiengänge scheint den Gutachtern/-innen Sinn zu machen und auch die Existenz einer eigenen Abteilung im Fachbereich erscheint dann angemessen, wenn dies die bessere Integration der Fächer im Lehr- und Forschungsbetrieb sicherstellt. Keinen Sinn würde die Aufrechterhaltung der Sozioökonomie jedoch machen, wenn sie vorrangig dazu dienen sollte, eigene theoretische Positionen jenseits des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams ‚in Ruhe‘ pflegen zu können.

Daher empfehlen die Gutachter/-innen, entweder die Existenz der Sozioökonomie offensiv zur spezifischen Profilbildung des BA/MA ‚Social Sciences‘ zu nutzen oder - sollte dies nicht gelingen - sich zu überlegen, ob man die notwendige wirtschaftswissenschaftliche Kompetenz nicht doch universitätsintern importieren und die freiwerdenden Stellen für spezifische Engpassbereiche innerhalb der Sozialwissenschaften nutzen könnte.

Die Kommission nahm bei der Begutachtung aller Standorte zur Kenntnis, dass die sozialwissenschaftlichen Fächer neben der Lehre in den von ihnen getragenen Studiengängen auch nicht unbeträchtliche Lehr- und Dienstleistungen in den Nebenfächern erbringen, die im Rahmen der Evaluation nur begrenzt thematisiert werden können.

Die Kommission sieht dieses für die sozialwissenschaftlichen Fächer existierende Problem und empfiehlt ihnen, sich - auch für die hochschulinterne und -externe (Selbst-)Darstellung mit folgenden Fragen zu befassen:

1. Welche Ressourcen kosten die Lehr- und sonstigen Dienstleistungen, die für die Nebenfachausbildung innerhalb der Universität angeboten werden?
2. Was bedeutet das für die Konfiguration und das Profil der sozialwissenschaftlichen Fächer?

Die Forschungsaktivitäten der Lehrenden wurden während der Begutachtungsgespräche nicht eigens thematisiert; im Selbstreport stellt lediglich das Fach Soziologie die Zusammenhänge zwischen Lehre und Forschung dar. Die Gutachter/-innen erhielten den Eindruck, dass die sozialwissenschaftlichen Fächer innerhalb der Universität Osnabrück nur bedingt interdisziplinäre Kontakte suchen oder pflegen.

Aus diesem Grund empfehlen die Gutachter/-innen nachdrücklich, die interdisziplinäre Kooperation innerhalb des gesamten Fächerspektrums der Universität auszubauen, z.B. durch gemeinsame Lehrveranstaltungen oder Forschungsprojekte. Insbesondere die Kooperationen mit den Fächern Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sollten unbedingt verbessert werden.

### 3.5.2 Lehre und Studium

#### **Ausbildungsziele**

Die Ausbildungsziele der sozialwissenschaftlichen Studiengänge sind im Selbstbericht vergleichsweise wenig detailliert dargestellt worden. Zum größten Teil beziehen sich die entsprechenden Passagen auf mehr oder weniger allgemeine Standardaussagen, wie sie sich typischerweise auch in diversen offiziellen Studienordnungen wiederfinden lassen (z.B. kritische Reflexionskompetenz, Problemlösungskompetenz, selbständiges, methodisch-reflektiertes sozialwissenschaftliches Denken, Praxisrelevanz etc.).

Im Rahmen der Vor-Ort-Begehung wurde jedoch klar, dass es im Fachbereich durchaus interessante Debatten um sinnvolle und einholbare Ausbildungsziele gab, speziell im Rahmen der Entwicklung der neuen Studiengänge ‚Social Sciences‘ und ‚European Studies‘. Zu dieser kritischen Reflektion hat sicherlich auch beigetragen, dass die Umfrage unter den Studierenden ein recht differenziertes Bild der Studieninteressen zutage befördert hat, auf die die Sozialwissenschaften mit ihren Ausbildungsangeboten in angemessener Weise reagieren möchten und auch sollten.

In diesem Zusammenhang empfiehlt die Kommission, die Ausbildungsziele für die verschiedenen Studiengänge in ihrer Unterschiedlichkeit noch klarer zu akzentuieren, um den Studierenden von Anfang an die unterschiedlichen Profile deutlich werden zu lassen.

#### **Studienprogramm**

Wie bereits mehrfach herausgestrichen, umfasst das Studienprogramm der Sozialwissenschaften - neben den hier nicht behandelten Lehramtsstudiengängen und diversen Nebenfachaufgaben - insgesamt vier Studiengänge:

- Magisterstudiengang Politikwissenschaft;
- Magisterstudiengang Soziologie;
- BA/MA European Studies;
- BA/MA Social Science.

Gleichzeitig müssen darüber hinaus noch der frühere Diplomstudiengang ‚Sozialwissenschaften‘ und der ‚alte‘ Studiengang ‚Europäische Studien‘ in für die Studierenden akzeptabler Weise abgewickelt werden.

Einigkeit herrscht zwischen den Fächern und den Gutachtern/-innen darüber, dass die Studienprogramme nicht nur unterschiedliche Kombinationsmöglichkeiten von ansonsten gleichen Kursen darstellen sollten, sondern dass es vor allem auf die unterschiedliche Fokussierung der Studiengänge vor dem Hintergrund einer ausdifferenzierten Studierendenpopulation mit ganz unterschiedlichen Studieninteressen ankommt. Während die BA/MA-Studiengänge explizit berufsorientiert sind und daher einen ausgeprägten Praxisbezug aufweisen sollten, wenden sich die Magister-Studiengänge eher an den - wenn man so sagen darf - wissenschafts- bzw. bildungsorientierten Studierendentypus, ohne freilich außer Acht zu lassen, dass auch dieses Studium in eine erfolgreiche Berufslaufbahn münden sollte.

Da nach allen einschlägigen empirischen Untersuchungen über den Berufseinstieg von Hochschulabsolventen/-innen insbesondere Praktika und Auslandserfahrungen als wichtiges Positivkriterium bei potentiellen Arbeitgebern gelten, sollte beides zumindest in den BA/MA-Studiengängen verpflichtend sein. Allerdings sieht nur einer der beiden Studiengänge ein Pflichtpraktikum vor, die ‚Euro-

pean Studies'; von den Studierenden dieses Studienganges wird berichtet, dass sie häufig auch über das Pflichtmaß hinaus freiwillige Praktika machen, bei deren Vermittlung ihnen die Lehrenden behilflich sind. Im Fall der ‚Social Sciences‘ werden den Studierenden von den Lehrenden ähnliche ‚private‘ Hilfen angeboten wie bereits bisher in den übrigen Studiengängen, aber man sieht sich nicht in der Lage, Praktika obligatorisch zu machen, da dem Selbstbericht zufolge die Akquisition einer zureichenden Zahl von Plätzen mit den vorhandenen Mitteln des Fachbereichs nicht sichergestellt werden kann.

Die Gutacher/-innen empfehlen, auf Fachbereichsebene eine Art ‚Praktikumsbüro‘ einzurichten, das wesentlich von Studierenden für Studierende organisiert werden kann, aber von den Lehrenden und dem Fachbereichsrat - auch finanziell - unterstützt wird, um die insgesamt in Zukunft erheblich ansteigende Nachfrage nach (Pflicht-)Praktika befriedigen zu können.

Ein Auslandsaufenthalt ist bei den ‚European Studies‘ erst im Postgraduierten-MA-Studiengang vorgesehen. Dies überrascht bei einem explizit international ausgerichteten Studiengang ein wenig und wird intern nicht zuletzt damit begründet, dass ohnehin alle Studierenden nach dem erfolgreichen BA im MA-Programm weiterstudieren würden. Dies mag bei der spezifischen Studierenden-Population dieses Osnabrücker Studiengangs mit seinem sehr scharfen Numerus Clausus zutreffend sein, unterläuft jedoch die grundsätzliche Konzeption von BA/MA-Studiengängen, die den BA allein bereits als explizit ‚berufsqualifizierend‘ vorsieht und nur eine leistungsmäßig selektierte Gruppe von Studierenden in das Postgraduierten-Programm aufgenommen sehen will.

Daher empfiehlt die Kommission zu prüfen, ob nicht wenigstens ein Auslands-Pflichtpraktikum während des BA-Studiums eingeführt werden kann.

Im Studiengang ‚Social Sciences‘ ist lediglich in einem Wahlpflichtstudienbereich im Postgraduierten-Bereich (‚International vergleichende Sozialwissenschaften‘) ein verpflichtendes einsemestriges Auslandsstudium vorgesehen; für die übrigen Wahlpflichtstudienbereiche sind entsprechende Auslandsaufenthalte fakultativ.

Hier empfiehlt die Kommission zu prüfen, ob für alle Wahlpflichtbereiche das Auslandsstudium verpflichtend gemacht werden kann.

Auch den Studierenden in den beiden Magister-Studiengängen sollte zumindest die Chance eingeräumt werden, Auslandserfahrungen zu sammeln und Praktika zu absolvieren, wobei zu überlegen ist, ob letzteres nicht auch in diesen Studiengängen eine gewisse Verbindlichkeit erhalten sollte. Möglicherweise wäre es ja eine Option, die Aufgaben des oben angeregten ‚Praktikumsbüros‘ auch auf Vermittlung von Auslandspraktika und von Kontakten zu ausländischen (Partner-) Universitäten zu erweitern. Ein solches fest im Fachbereich verankertes Büro würde möglicherweise mittelfristig dazu beitragen, dass es für Studierende zur Selbstverständlichkeit wird, über Auslandsaufenthalte und Praktika in diversen potentiellen Berufsfeldern nachzudenken.

Inhaltlich scheint den Gutachtern/-innen das Studienprogramm gegenwärtig den Zielen der Studiengänge und den gängigen professionellen Standards weitgehend angemessen zu sein; etwas überraschend ist beim heutigen Stand der Politikwissenschaft, dass die Studierenden im Magisterstudiengang keine Ausbildung in den Methoden empirischer Sozialforschung durchlaufen müssen. In Zukunft werden die Fächer allerdings nach dem personellen Umbruch der nächsten Jahre, der sich nach den vorliegenden Plänen teilweise auch in Stellenstreichungen und in Stellenumwidmungen (etwa von Hochschuldozenturen in Wissenschaftliche Assistenten- bzw. Mitarbeiterstellen) niederschlagen wird, mit einem reduzierten Lehrdeputat operieren müssen.

Die Kommission empfiehlt der Studienkommission, die Integration einer Methodenausbildung in den Magisterstudiengang Politikwissenschaft zu prüfen.

Des Weiteren empfiehlt sie, bei den anstehenden Stellenbesetzungen zwingend darauf zu achten, dass auch unter den veränderten Rahmenbedingungen die Fächer die Lehre in ihrer jetzigen Breite und unter angemessener Berücksichtigung der Methodenausbildung anbieten können.

In dem Gespräch mit den Studierenden beklagten diese, dass die aktuelle Forschung der Lehrenden zu wenig bekannt sei und keine Integration der Studierenden in aktuelle Forschungsprojekte erfolge.

Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission den Lehrenden, mehr Transparenz über laufende Forschungsprojekte herzustellen und Möglichkeiten zur Integration Studierender zu prüfen.

### ***Internationalisierung***

Es liegt auf der Hand, dass die Politikwissenschaft aufgrund des von ihr organisierten Studienganges ‚European Studies‘ weitgehend internationalisiert ist. Im Rahmen der ‚European Studies‘ wurde ein Netz an ausländischen Partneruniversitäten aufgebaut, was in aller Regel gewährleistet, dass hinreichend viele Plätze für den im MA-Studiengang obligatorischen Auslandsaufenthalt der Osnabrücker ‚Europa‘-Studierenden angeboten werden können. Allerdings weisen die angebotenen Studienorte eine unterschiedliche Wertigkeit auf, da nicht an allen dieser Orte die unter Studierenden beliebte Chance besteht, während des Auslandsaufenthaltes zusätzlich einen Studienabschluss im jeweiligen Gastland zu erwerben.

Die Gutachter/-innen empfehlen, Maßnahmen für eine Angleichung der Bedingungen für alle Studierenden zu ergreifen.

Auffällig ist beim Studiengang ‚European Studies‘, dass zwar alle Teilnehmer/-innen des Postgraduierten-Studienganges ins Ausland gehen, dass aber kaum ausländische Studierende ihren Weg nach Osnabrück finden. Dieser Zustand erscheint unbefriedigend - nicht zuletzt auch unter dem Aspekt der institutionellen und persönlichen Netzwerkbildung, die für den Erfolg dieses Studienganges mittelfristig entscheidend sein dürfte.

Hier empfiehlt die Kommission zum einen, mit den Partneruniversitäten auf eine Behebung dieses bislang defizitären Zustandes hinzuarbeiten. Zum anderen empfiehlt die Kommission den Fächern, Maßnahmen zu ergreifen, die die Attraktivität eines Postgraduierten-Studiums für Ausländer/-innen in Osnabrück deutlich erhöhen.

Die Soziologie und die Sozioökonomie stehen - was die Internationalisierung von Studium und Lehre betrifft - am Anfang. Weiter oben wurde bereits empfohlen, im BA/MA ‚Social Sciences‘ die Auslandskomponente des Studiums zu stärken. Gleichzeitig hat sich an der relativ hohen Zahl an ausländischen Anfragen zu dem neuen Studiengang gezeigt, dass der Standort Osnabrück möglicherweise auf Grund des frühen Sicheinlassens auf die angelsächsische BA/MA-Studienstruktur einen entscheidenden Standortvorteil erworben hat, den es systematisch auszunutzen gilt. Hier lohnt es sich, die Anstrengungen zu intensivieren, damit das angedeutete Interesse ausländischer Studierender letztlich auch tatsächlich in eine Immatrikulation an der Universität Osnabrück mündet.

Die Internationalisierung von Studium und Lehre steht gegenwärtig zu recht auf der hochschulpolitischen Agenda. Umso verwunderlicher mutet es an, dass Universitäten in der Bundesrepublik immer noch mit rechtlichen Bestimmungen konfrontiert sind, die mittelfristig eine solche Internationalisierungsstrategie behindern. Von den Fachvertretern/-innen der Sozialwissenschaften in Osnabrück wurde darauf verwiesen, dass sich möglicherweise die Regelung als problematisch erweisen könnte, die in NC-Fächern (wie den beiden BA/MA-Studiengängen) im Fall der möglichen Besetzung aller zur Verfügung stehender Studienplätze durch Bildungsinländer den Anteil ausländischer Studierender auf 5% beschränkt. Eine solche Klausel ist nach Auffassung der Gutachter/-innen nicht mehr zeitgemäß.

Aus diesem Grund empfehlen sie der Hochschulleitung, sich bei den zuständigen politischen Instanzen und eventuell in Abstimmung mit den anderen niedersächsischen Hochschulen für eine Änderung der entsprechenden Passagen stark zu machen.

In den Vor-Ort-Gesprächen wurde der Kommission wiederholt angezeigt, dass das Akademische Auslandsamt offensichtlich aufgrund der verstärkten und erwünschten Nachfrage der Studierenden nach einem Studium im Ausland an die Grenzen seiner Kapazitäten stößt. Hier muss sicherlich über einen Ausbau der entsprechenden personellen Kapazitäten nachgedacht werden. Dies scheint der Kommission nicht zuletzt auch deswegen sinnvoll, da sie den Eindruck gewann, die Auslandskontakte der Universität Osnabrück würden überwiegend dezentral von den einzelnen Studiengängen organisiert, ohne dass es hier eine koordinierende und unterstützende Instanz gäbe, die für den Fall der Anbahnung solcher Kontakte dann auch entsprechende Hilfeleistung zur Verfügung stellen könnte. Auch dies könnte eine sinnvolle Aufgabe des Akademischen Auslandsamtes sein, die es aber sicherlich nicht mit den vorhandenen Ressourcen bearbeiten kann.

Die Gutachter/-innen empfehlen der Hochschulleitung zu prüfen, ob für die Aufgaben, die mit der Einführung international orientierter Studienangebote einhergehen, im Akademischen Auslandsamt genügend Ressourcen zur Verfügung stehen.

Lobenswert erscheint den Gutachtern/-innen die Betonung der Sprachausbildung in den beiden BA/MA-Studiengängen. Es ist zu hoffen, dass hierfür auch dauerhaft hinreichend Kapazitäten an der Universität vorhanden sind.

### **Studienorganisation**

Inhaltlich sind die BA/MA-Studiengänge gegenwärtig sehr viel stärker durchcurricularisiert als die Magister-Studiengänge. Dies scheint angesichts der unterschiedlichen Ausrichtung beider Studiengänge auch angemessen zu sein.

Von den Studierenden wird allerdings darauf hingewiesen, dass der BA/MA-Studiengang ‚Social Sciences‘ von vielen Kommilitonen/-innen nicht studierbar sein wird, da in diesem Studiengang eine durchschnittliche Semesterwochenstundenzahl verlangt wird, die zahlreiche Studierende aufgrund notwendiger Berufstätigkeit nicht garantieren können. Dies verweist auf das in der Bundesrepublik weit verbreitete Phänomen, dass eine bemerkenswert große Gruppe von Studierenden im Grunde keine Vollzeit-Studierenden sind bzw. aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht sein können, sondern de facto ein Teilzeitstudium betreiben. Hieraus resultieren zwangsläufig Konflikte mit den universitären Studienregelungen, die allesamt ausschließlich auf einen Studierendentypus hin ausgerichtet sind, der sich uneingeschränkt seinem Studium widmen kann.

Daher empfiehlt die Kommission, dass Hochschulleitung und Fächer alle Möglichkeiten ausloten, gerade (aber nicht nur) im hier diskutierten Fächerspektrum die Option zu eröffnen, ein Studium auch offiziell als Teilzeitstudierende/-r absolvieren zu können. Dies dürfte gleichzeitig die Qualität der Ausbildung verbessern, wie auch die typischerweise hohen Abbrecherquoten drastisch senken. Gleichzeitig würde ein solche Maßnahme auch einen notwendigen Schritt der Universität hin zur Akzeptanz veränderter gesellschaftlicher Kontextbedingungen ihres eigenen Handelns bedeuten.

Bei der Begutachtung der sozialwissenschaftlichen Fächer hat sich für die Kommission in ähnlicher Weise an allen Universitäten gezeigt, dass

- die sozialwissenschaftlichen Fächer - im Vergleich zu anderen Fächern - mit z.T. großen Problemen hinsichtlich Schwund- bzw. Abbrecherquoten, Erfolgsquoten und dem sog. „Scheinstudium“ zu kämpfen haben,

- ein sehr hoher Prozentanteil der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig ist,
- ein Gutteil der Studierenden in diesen Fächern nicht in die Universität eintritt, um ein Voll-Studium ordnungsgemäß zu absolvieren, sondern um sich für eine begrenzte Zeit ‚zu bilden‘. Hier handelt es sich oft um Studierende, die schon eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und sich nun in einigen Themenbereichen weiterbilden wollen.

An allen Standorten wurden von den sozialwissenschaftlichen Fächern zu diesen Themen im Vorlauf bzw. im Verlauf der Evaluation empirische Untersuchungen durchgeführt.

Wenn man davon ausgeht, dass es zum Bildungsauftrag deutscher Hochschulen gehört, sich verschiedenen Studierendentypen mit ihren unterschiedlichen Motivationslagen in angemessener Weise anzunehmen, dann wäre zu überlegen, ob das Studiumprogramm nicht in einer Weise zu erweitern wäre, die auch eine Zertifizierung von Studienleistungen unterhalb der bisherigen Abschlüsse und oberhalb des einzelnen Seminarscheins ermöglicht, also etwa für das ordnungsgemäße Studium eines Schwerpunktbereiches.

Eine solche Zertifizierung könnte - jenseits der symbolischen Anerkennung der studentischen Leistungen - auch die Leistungen verdeutlichen, die die Sozialwissenschaften in diesem Bereich und für diese Studierendenklientel erbringen. Handelt es sich hier doch um Leistungen, die bislang durch das Grobraster universitärer Leistungsstatistiken (Zwischenprüfung/Vordiplom, Abschlussprüfung) hindurchfallen, daher nicht dokumentiert und entsprechend auch bei der indikatorengestützten Mittelvergabe bisher nicht weiter berücksichtigt werden. Auch in Hinblick auf die Einführung der Globalhaushalte wird die Anrechnung der tatsächlichen Ausbildungsleistungen der sozialwissenschaftlichen Fächer und die Mitgestaltung von Kriterien für die kommenden Leistungsstatistiken an Bedeutung gewinnen.

Gleichzeitig könnte eine solche Zertifizierung die Universität möglicherweise zusätzlich interessant für Leute aus der Praxis machen, die eine Art Bildungssabbatical einlegen, ohne sich allerdings die Zeit für ein Voll-Studium nehmen zu können. Eine solche Strategie könnte für die Universität daher einen möglichen Einstieg in den zukünftig immer interessanter werdenden Weiterbildungsbereich darstellen. Aus diesen Gründen empfiehlt die Kommission den Fächern,

1. bei der zukünftigen Entwicklung ihrer Ausbildungsziele und Studienprogramme die Lehrangebote so zu gestalten, dass sie den von ihnen bereits untersuchten unterschiedlichen Studierendentypen gerecht werden,
2. die Möglichkeiten für die Einführung von zusätzlichen Zertifikaten zu prüfen, die die hier geleistete Ausbildung der Fächer innerhalb der universitären Leistungsstatistiken anrechenbar macht und mit Hilfe derer erbrachte Bildungsleistungen ohne das Absolvieren eines ganzen Studienganges transparent und dokumentierbar werden,
3. zu prüfen, ob ergänzende, zusammenfassende oder weitergehende Untersuchungen zu dem genannten Themenspektrum gemeinsam mit den Fachkollegen/-innen der anderen niedersächsischen Standorte initiiert und durchgeführt werden können.

Je nach Studienorientierung wird von den Studierenden mal der zu hohe Strukturierungsgrad der BA/MA-Studiengänge beklagt bzw. die hohen Freiheitsgrade in den Magister-Studiengängen lobend erwähnt, mal die gute Durchorganisation und Studierbarkeit der BA/MA-Studiengänge positiv hervorgehoben und die mangelnde Strukturierung der Magisterstudiengänge kritisiert. An dieser unterschiedlichen Einschätzung werden die Fächer nichts ändern können, sie können nur dazu beitragen, dass die Studierenden rasch den zu ihnen ‚passenden‘ Studiengang finden.

Beim Studiengang ‚European Studies‘ ist offensichtlich eine Kompatibilität von Studententypus und Strukturierungsgrad des Studiums in hohem Maße gegeben; auf jeden Fall zeigten sich die Studieren-

den grundsätzlich sehr zufrieden mit ‚ihrem‘ Studiengang; auch die Absolventen/-innen würden Studienanfängern raten, diesen Studiengang zu wählen.

Von zahlreichen Studierenden der Magisterstudiengänge ist - trotz aller positiven Hervorhebung der Freiheiten in der Studienorganisation, die diese Studiengänge bieten - vor allem eine gewisse Orientierungslosigkeit zu Beginn des Studiums und während des Grundstudiums beklagt worden. Vor lauter Wahlfreiheit wisse man gar nicht, welche Kurse man denn sinnvollerweise besuchen solle.

Daher empfehlen die Gutachter/-innen, das Grundstudium auch in den Magisterstudiengängen deutlicher zu strukturieren und dann auch für die Studierenden gewisse grundlegende Überblicksveranstaltungen verbindlich zu machen, so dass sie von einem Fundament breiter Überblickskenntnisse sinnvoll ihre Freiheiten im weiteren Studium nutzen können.

Im Magisterstudiengang Politikwissenschaft scheint sich durch die Entwicklung eines weitgehend standardisierten Gerüsts an immer wieder angebotenen Veranstaltungen eine Tendenz in die ange-deutete Richtung anzudeuten.

Die Gutachter/-innen empfehlen, diese Tendenz im Magisterstudiengang Politikwissenschaft und insbesondere auch bei der Restrukturierung des Magisterstudienganges Soziologie weiter zu forcieren.

### **Prüfungen**

Die Prüfungsleistungen in den beiden Magisterstudiengängen umfassen - neben dem obligatorischen Nachweis der Pflichten-scheine - in der Zwischenprüfung eine mündliche Prüfung und im Abschlussexamen neben der Magister-Arbeit ebenfalls eine mündliche Prüfung. Beim den BA/MA ‚European Studies‘ bestehen die Examina aus einer Studienabschlussarbeit und einer mündlichen Prüfung. Beim BA ‚Social Sciences‘ wird mit studienbegleitenden Prüfungen im Rahmen des ECTS-Systems operiert; das Examen gilt als bestanden, wenn während des Studiums eine gewisse Mindestpunktzahl erreicht ist und die Studienabschlussarbeit erfolgreich abgeschlossen wurde. Die Prüfungsleistung für den MA ‚Social Sciences‘ umfasst neben einer Mindestpunktzahl und der Abschlussarbeit auch eine mündliche Prüfung.

Auffällig ist am Osnabrücker Prüfungssystem, dass bisher im Magisterstudiengang Politikwissenschaft keine Klausuren und im BA/MA European Studies sowie im Magisterstudiengang Soziologie Klausuren nur optional angefertigt werden müssen. Es lässt sich in der Tat über Sinn und Unsinn einer mehrstündigen Klausur als Teil des Examens streiten - es gibt gewichtige Gründe für eine solche Form der Prüfung, aber ebenso gute Gründe dagegen.

Die Kommission empfiehlt, die Einführung von Klausuren in der Examensphase der Studiengänge Magister Politikwissenschaft, BA/MA European Studies und Magister Soziologie zu prüfen.

Auffällig ist ebenso das Notenspektrum bei den Abschlussprüfungen, das außerordentlich eingeschränkt ist und sich wesentlich auf die Note ‚sehr gut‘ konzentriert. Ein ‚befriedigend‘ als Abschlussnote stellt die absolute Ausnahme dar, die auch nur in wenigen Semestern überhaupt auftaucht. Der Hinweis der Lehrenden, dass am Ende des Studiums nur die Besten übrigbleiben würden, klingt zwar zunächst plausibel. Trotzdem gibt es mit Sicherheit Differenzen auch zwischen diesen Absolventen/-innen, die sich dann auch in einer breiteren Ausschöpfung des Notenspektrums niederschlagen könnten und sollten. Es wäre fatal, wenn es sich einbürgern würde, dass etwa eine ‚drei‘ im Examen bei den Studierenden bereits als ‚Katastrophe‘ angesehen werden müsste, weil fast alle anderen eine ‚eins‘ bekommen. Die Lehrenden sollten sich klar machen, dass eine derart egalitäre Notengebung, wie die bislang praktizierte, unweigerlich zu einer Entwertung sehr guter Abschlüsse in der gesellschaftlichen Wahrnehmung führen muss, was dann auch die beruflichen Chancen der ‚sehr gu-

ten' Absolventen/-innen nicht weiter befördern würde - und damit mittelfristig für die Fächer und insbesondere auch für die Studierenden kontraproduktiv ist.

Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission, eine verbindliche Einigung über gemeinsame Kriterien und Standards der Leistungsbeurteilung herbeizuführen.

Des Weiteren empfiehlt sie allen Fachvertretern/-innen, bei der Vergabe von Noten das Notenspektrum breiter auszuschöpfen.

Gleichzeitig sollten die Lehrenden nach Auffassung der Gutachter/-innen Maßnahmen ergreifen, mit deren Hilfe sie auch die weniger guten Studierenden erfolgreich zu einem Examen führen könnten, wodurch sich dann das Notenspektrum ebenfalls ausdifferenzieren dürfte.

Im Rahmen der BA/MA-Studiengänge wird mit dem ECTS-System operiert, wobei es noch Abstimmungsbedarf zwischen den Studiengängen gibt. Die Gutachter/-innen halten es für einen innovativen Vorstoß und begrüßen es, dass im Rahmen des BA/MA ‚Social Studies‘ mit studienbegleitenden Prüfungen operiert wird. Es ist abzuwarten, wie sich dieses sehr aufwendig zu betreuende System einspielt und bewährt; gegebenenfalls könnte diesem System jedoch Modellcharakter für ein zu reformierendes Prüfungssystem auch der anderen Studiengänge zukommen.

Im Selbstbericht wird darauf verwiesen, dass sich bei den Prüfungsbelastungen der Lehrenden erhebliche Differenzen ergeben.

Die Kommission empfiehlt der Prüfungskommission, die Möglichkeiten für eine gleichmäßige Verteilung von Prüfungsaufgaben zu prüfen. Die jeweiligen Zweitprüfer/-innen können z.B. bewusst so ausgewählt werden, dass hierzu vor allem Lehrende herangezogen werden, die ansonsten nur eine geringere Belastung aufzuweisen haben. Dadurch kann für eine gewisse Kompensation gesorgt werden.

### ***Beratung und Betreuung***

Die Beratung und Betreuung der Studierenden kann als vergleichsweise vorbildlich gelten. Auch die ansonsten durchaus kritischen Studierenden bewerten die Beratungs- und Betreuungsleistung der Lehrenden in den sozialwissenschaftlichen Fächern uneingeschränkt positiv. Sowohl die Einführungswoche, die Ansprechbarkeit der Lehrenden, die über die Woche verteilten Mehrfach-Sprechstunden und das im Aufbau befindliche Mentorensystem werden von den Studierenden sehr geschätzt. Auch die Gutachter/-innen sind der Ansicht, dass hier von den Lehrenden ein überdurchschnittlich hohes Engagement für ‚ihre‘ Studierenden gezeigt wird, das kaum verbesserungsfähig ist.

### ***Studienerfolg***

Bei der Frage nach dem Studienerfolg stellt sich unmittelbar die Frage des Maßstabes: Gilt ein Studium dann als erfolgreich, wenn Studierende ihren individuellen Interessen erfolgreich nachgehen konnten, auch ohne zwangsläufig einen Abschluss zu machen, oder gilt erst ein vollendetes Examen als Erfolg oder gar erst der erfolgreiche Einstieg in das Berufsleben. Angesichts dieser Schwierigkeiten ist der Studienerfolg grundsätzlich nur schwer zu messen.

Ein Indikator, der im hochschulpolitischen Raum häufig zur Messung des Studienerfolges herangezogen wird, ist die sogenannte ‚Abbrecherquote‘, also derjenige Anteil an Studierenden, die sich zwar für einen Studiengang eingeschrieben haben, aber ohne Abschluss den Studiengang wieder verlassen. Dieser Anteil liegt aus nachvollziehbaren Gründen (z.B. Parkstudierende; Scheinimmatrikulation in NC-freiem Fach etc.) in den Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik generell hoch und ist auch in Osnabrück nicht höher als an anderen Hochschulorten. Der BA/MA-Studiengang ‚European

Studies' stellt hier nachgerade eine positive Ausnahme dar, die wesentlich auf die hochgradig selektive Studierendenpopulation zurückzuführen sein dürfte.

Angesichts der Unübersichtlichkeit der Motivlagen, die sich hinter den sogenannten ‚Abbrechern‘ verbergen, erscheint es angebracht, den Versuch zu unternehmen, ein etwas klareres Bild zu gewinnen, um dann den ‚eigentlichen‘ Problemfällen ein entsprechendes Beratungs- und Betreuungsangebot unterbreiten zu können. So wäre beispielsweise an den Aufbau einer internen Studierendenkartei zu denken, in die die jeweils erbrachten Studienleistungen eingetragen werden (beim BA/MA ‚Social Sciences‘ wegen der studienbegleitenden Prüfungen ohnehin zwingend), um auf diese Weise die sogenannten ‚Scheinstudent/-inn/en‘ herauszufiltern, die weniger an einem Studium als - aus bekannten Gründen - vielmehr am formalen Studierenden-Status interessiert sind. Gleichzeitig könnte das oben erwähnte Angebot der Zertifizierung von Teilstudienleistungen auch dazu beitragen, diejenigen Student/-inn/en zu identifizieren, die zwar inhaltlich interessiert sind, jedoch nicht unbedingt an einem der bisherigen Studienabschlüsse. Auf diese Weise ließe sich auch der Studienerfolg dieses Typus von Studierenden angemessen dokumentieren.

Die verbleibende Gruppe an ‚Abbrechern‘, die ursprünglich angetreten waren, um ein ordnungsgemäßes Studium mit einem der bislang üblichen Abschlüsse zu absolvieren, diesen Versuch aber abbrechen, stellt die eigentlich relevante Problemgruppe dar, auf die sich die Fächer dann konzentrieren könnten. Möglicherweise gelingt es, mittels des Mentorensystems hier die Abbrecherquote ‚in den Griff‘ zu bekommen; auf jeden Fall kann dieses System mit Blick auf potentielle Abbrecher/-innen als ‚Frühwarninstanz‘ genutzt werden.

Die Kommission empfiehlt den Fächern, sich einen Überblick über die Zahl der Studierenden und die Intensität ihres Studiums zu verschaffen, z.B. durch eine interne Studierendenkartei.

Der ‚Erfolg‘ der Absolventen/-innen wurde, was die Noten ihres Abschlussexamens betrifft, bereits oben hinreichend gewürdigt. Hinsichtlich der späteren Einmündung ins Berufsleben vermittelt die Absolventen-Befragung einen gewissen Einblick, der aber im Selbstbericht methodenkritisch hinterfragt und relativiert wird. Insgesamt scheinen sich die Ergebnisse der Osnabrücker Absolventen-Befragung allerdings mit den Befunden ähnlicher Untersuchungen an anderen Hochschulen zu decken, die von einem relativen Arbeitsmarkterfolg der Absolvent/-innen sozialwissenschaftlicher Fächer sprechen, der ihnen aber nicht einfach ‚zufliegt‘, sondern erarbeitet werden will und ein hohes Maß an Flexibilität gerade in der beruflichen Einstiegsphase erfordert.

Die Gutachter/-innen empfehlen den Fächern, Maßnahmen zu ergreifen, um Absolventen in Zukunft besser an sich zu binden, etwa in Form von Alumni-Vereinigungen.

Dies würde es nicht nur erleichtern, den Studienerfolg der ‚erfolgreichen Studierenden‘ in terms von Berufsbiographien auch über einen längeren Zeitraum hinweg systematisch zu erfassen, ein solcher Dauer-Kontakt würde möglicherweise auch die Suche nach Praktika-Plätzen weniger aufwendig gestalten sowie dazu beitragen, Netzwerke in unterschiedlichen Praxisfeldern aufzubauen, was dann auch späteren Absolventen/-innen den beruflichen Ersteinstieg erleichtern könnte.

### **3.5.3 Rahmenbedingungen**

#### ***Personalbestand und -entwicklung***

Es wurde bereits mehrfach angedeutet, dass die sozialwissenschaftlichen Fächer in Osnabrück - wie anderswo auch - in den nächsten Jahren einen dramatischen personellen Umbruch erleben werden, der Chancen, aber eben auch Risiken birgt. Gegenwärtig sind die drei Fächer stellenmäßig ver-

gleichsweise unterschiedlich ausgestattet. Der Stellenbestand umfasst dem Selbstreport zufolge aktuell

- in der Politikwissenschaft: 2 C4-Professuren, 2 C3-Professuren, eine C2-Professur, eine Hochschuldozentenstelle sowie eine BAT Ila-Stelle als wissenschaftliche Nachwuchsstelle;
- in der Soziologie: 2 C4-Professuren, 2 C3-Professuren, 3 Hochschuldozentenstellen, 2 Stellen für Akademische Oberräte und drei C1-Stellen, von denen eine gegenwärtig in die Geographie verlagert ist; hinzu kommen eine C3-Professur, eine Akademische Oberratsstelle sowie ½ BAT Ila-Stelle für den Bereich der Methodenausbildung;
- in der Sozioökonomie: eine C4-Professur sowie ein C3-Professur sowie ½ BAT Ila-Stelle.

Es ist unschwer zu erkennen, dass sich hier aktuell eine Schieflage in der Stellenstruktur in zweifacher Hinsicht herausgebildet hat: Zum einen zwischen den Statusgruppen; durch den großzügigen Ausbau der Dauerstellen im Mittelbau hat man zwar auf der einen Seite soziale Sicherheit für die Beschäftigten auf diesen Stellen hergestellt und mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand das Lehrdeputat der Fächer vergrößert, auf der anderen Seite aber die Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs über Gebühr reduziert, so dass es aktuell nicht hinreichend Qualifikationsstellen in den sozialwissenschaftlichen Fächern gibt. Zum anderen gibt es aber auch eine offensichtliche Schieflage zwischen den Fächern - und hier insbesondere zwischen den beiden ‚großen‘ Fächern Politikwissenschaft und Soziologie. Diese Schieflage ist nur aus der Vergangenheit erklärlich, aber durch die aktuell real bestehenden Lehr-Belastungen der beiden Fächer nicht gedeckt.

Auf beide Schieflagen wird offensichtlich in der mittelfristigen Strukturplanung reagiert: So sind in den Planungen zum einen die Rückwandlung von früheren Dauerstellen in BAT Ila- bzw. C1-Stellen vorgesehen; die Gutachter/-innen begrüßen diese Entwicklung mit Nachdruck. Zum anderen werden die Differenzen zwischen der Politikwissenschaft und der Soziologie in gewisser Hinsicht eingeebnet, indem die Soziologie einen erheblichen Stellenabfluss erfahren wird, der das Lehrdeputat erheblich reduzieren wird. Gleichzeitig wird sich das Lehrdeputat des Faches Politikwissenschaft durch Umwandlung von Dauer- in Zeitstellen - trotz Neuzuweisung einer BAT Ila-Stelle - ebenfalls, wenn auch in weit geringerem Umfang, reduzieren; weiter oben hatten wir bereits diskutiert, dass das Fach Politikwissenschaft überlegen muss, wieviele Studiengänge es mit diesen Kapazitäten bedienen kann und sollte. Die nach dem Ende der Stellen-Restrukturierung hergestellte Gewichtung zwischen den Fächern scheint der heutigen Nachfrage-Situation angemessener zu sein als die gegenwärtige Stellen-Verteilung. Auf jeden Fall sollte aber in Zukunft von der Hochschulleitung sichergestellt werden, dass ‚erfolgreiche‘ Studiengänge durchaus damit rechnen können - zumindest befristet - zusätzliche Stellen aus dem zentralen Stellenpool zu erhalten.

Bei der Begehung waren die Gutachter/-innen in einem konkreten Fall mit einer Stellenfrage konfrontiert, und zwar betreffend der gegenwärtig vakanten C4-Professur Soziologie. Diese Stelle ist von der Hochschulleitung nicht zur Wiederbesetzung, sondern nur zur Vertretung freigegeben worden, da man erst eine Evaluation des neu ins Leben gerufenen BA/MA-Studiengangs ‚Social Sciences‘ abwarten möchte, bevor man langfristig eine solche Ressource an ein Fach bindet, für das man - bei eventueller negativer Evaluation des Studienganges - keine größere Zukunft an der Universität Osnabrück mehr sieht. Das Fach Soziologie hält hingegen die Neubesetzung dieser Professur für entscheidend für das Gelingen eben dieses neuen Studienganges, da über die neue Professur vor allem der Schwerpunkt ‚International vergleichende Sozialwissenschaft‘ abgedeckt werden soll, der für die spezifische Profilbildung des BA/MA-Studiengangs zentral ist.

Angesichts dieser verfahrenen Situation, die auf eine Art negativer ‚self-fulfilling prophecy‘ für den neuen Studiengang bei wechselseitiger Schuldzuschreibung zwischen Fach und Hochschulleitung hinauszulaufen droht, möchten die Gutachter/-innen folgende Empfehlung aussprechen: Die Stelle sollte

baldmöglichst mit der Denomination ‚International vergleichende Sozialwissenschaften‘ ausgeschrieben werden, wobei durch eine entsprechende Besetzung der Berufungskommission sichergestellt werden sollte, dass die Stelle mit der zu berufenden Person im nicht zu erhoffenden Fall des Scheiterns des BA/MA ‚Social Sciences‘ auch in den international orientierten politikwissenschaftlichen Studiengängen eingesetzt werden könnte. Auf diese Weise wird der Soziologie eine aus ihrer Sicht unentbehrliche Ressource zunächst gesichert, ohne der Hochschulleitung gleichzeitig eine gewisse Flexibilität in der Stellenzuweisung für die Zukunft zu nehmen.

### ***Frauenförderung***

Das Gespräch mit der Frauenbeauftragten ergab, dass diese am Evaluationsverfahren beteiligt wurde und auch sonst bei Gremiensitzungen und Berufungsverfahren generell keine Beteiligungsprobleme bestehen. Beim Angebot von Lehraufträgen wird die Frauenförderung von den Fächern beachtet. Bei den wissenschaftlichen Hilfskräften wird ein Anteil von 50% Frauen in der Regel eingehalten. Auch bei den Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen ist die Frauenquote z.Zt. recht hoch. Ein Frauenförderplan ist in der Erarbeitungsphase.

Die Kommission empfiehlt,

1. bei den anstehenden Berufungsverfahren die weitere Anhebung des Anteils von Frauen im Lehrkörper zu fördern,
2. auch bei Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses die Frauenförderung weiterhin zu beachten sowie
3. frauen- und geschlechterspezifische Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen aufzunehmen und als festen Bestandteil zu integrieren.

### ***Räume und Sachmittel***

Grundsätzlich ist die Ausstattung mit Seminarräumen und die räumliche Unterbringung des Lehrpersonals angemessen und wird auch im Selbstreport nicht beklagt. Problematischer erscheint die Raumsituation im Drittmittelbereich, der jedoch nicht Gegenstand der hiesigen Evaluation war. Nicht zufriedenstellend ist allerdings die schleppende Beschaffung und Vernetzung von PCs für Mitarbeiter/-innen. Hier sollte auch von der Hochschulleitung darauf geachtet werden, dass Arbeitsplätze von Wissenschaftler/-innen bei Amtsantritt den heutigen Standards entsprechend angemessen ausgestattet sind. Es kann heutzutage nur als ‚Unding‘ bezeichnet werden, wenn es erheblicher Zeit und vergleichsweise großen Aufwandes bedarf, um wissenschaftliches Personal mit einem internetfähigen Computer auszustatten und entsprechend anzuschließen! Ebenso ist sicherzustellen, dass der Fachbereich über modernere hochschuldidaktische Hilfsmittel (etwa Beamer inkl. Laptop etc.) verfügt, um überhaupt die datentechnische Infrastruktur der Seminarräume angemessen nutzen zu können.

Der Fachbereich verfügt über einen CIP-Pool, dessen Ausstattung als hinreichend bezeichnet werden kann; darüber hinaus ist ein sogenanntes ‚Forschungslabor‘ vorhanden, dessen Nutzung studentischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen, speziell aus Forschungsprojekten, vorbehalten ist.

Die Bibliothek, für die ein ausgesprochen engagierter Referent zuständig zeichnet, ist im Zeitschriftenbereich sehr gut ausgestattet; dies geht zwangsläufig zu Lasten des Etats für Monographien, wo teilweise erhebliche Engpässe auftreten.

Deshalb empfiehlt die Kommission zu prüfen, ob eine gewisse Umschichtung der Mittel unter Berücksichtigung des Zeitschriftenbestandes der übrigen niedersächsischen Hochschulen möglich ist.

Eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Bereichsbibliothek, mindestens aber eine Anpassung an die Öffnungszeiten der Zentralbibliothek, sollte angestrebt werden.

Darüberhinaus erscheint die Beleuchtung in der Universitätsbibliothek (speziell im Lesesaal für Tageszeiten) verbesserungswürdig.

### 3.5.4 Qualitätssicherung

#### ***Maßnahmen des Fachbereichs***

Die Rückkoppelung zwischen Lehrenden und Studierenden über die Qualität der Lehre scheint in den Sozialwissenschaften in Osnabrück zu funktionieren, obwohl es hierfür im Fachbereich gegenwärtig keinen verbindlichen institutionellen und organisatorischen Rahmen gibt. An dem fachbereichsübergreifenden Projekt KIEL (Kommunikationsinstrument für die Evaluation von Lehrveranstaltungen), das nach Angaben des Selbstreports zum Ziel hat, die Kommunikation und Interaktion zwischen Studierenden und Lehrenden zu verbessern, beteiligen sich regelmäßig Lehrende der Sozialwissenschaften und lassen ihre Veranstaltungen evaluieren. Allerdings wird berichtet, dass mitunter der Neuigkeitswert der Informationen aus der KIEL-Evaluation recht gering sei: Aufgrund des vergleichsweise engen Kontaktes mit den Studierenden und wegen des insgesamt entspannten Klimas zwischen Lehrenden und Student/innen in den Sozialwissenschaften würden Probleme in der Lehre ohnehin regelmäßig offen in den Seminaren besprochen werden.

Trotzdem empfehlen die Gutachter/-innen den sozialwissenschaftlichen Fächern, die Einführung einer regelmäßigen, flächendeckenden schriftlichen Evaluation aller ihrer Lehrveranstaltungen zu prüfen.

Darüberhinaus wird empfohlen, Maßnahmen zur verbesserten hochschuldidaktischen Weiterbildung für den Mittelbau zu ergreifen.

Bislang basiert eine Teilnahme an entsprechenden Kursen (u.a. auch an anderen niedersächsischen Hochschulen) nahezu ausschließlich auf der Eigeninitiative mancher Nachwuchswissenschaftler/-innen. Soll aber mittelfristig die Qualität der Lehre gesichert und verbessert werden, scheint eine universitäre Unterstützung und institutionelle Absicherung solcher Weiterbildungsmaßnahmen zwingend.

#### ***Verbesserungsvorschläge der Peers***

Am Ende des Selbstberichts werden einzelne Maßnahmen aufgelistet, an denen der Fachbereich gerade arbeitet, um die Situation der Lehre in den Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück zu verbessern. Die Gutachter/-innen unterstützen alle diese Maßnahmen. Im vorliegenden Gutachten wurden die meisten Vorschläge an entsprechender Stellen breiter diskutiert und diverse weitere Vorschläge unterbreitet; diese sollen hier nicht noch einmal wiederholt werden.

Bei der Vor-Ort-Begehung war auffällig, dass immer wieder eine sehr zurückhaltende Interpretation der eigenen Handlungsfähigkeit zu beobachten war. Mitunter schienen sich Fachvertreter in eine fatalistische Grundhaltung zu flüchten („man kann ja eh nichts machen“; „darauf können wir uns im Fach ohnehin nie einigen“; „wenn die anderen nur mitziehen würden“ usw.) und hieraus das eigen reduzierte Aktivitätsniveau zu legitimieren. Nur dann aber, wenn man die eigenen Handlungschancen systematisch auslotet und ausweitet, wird man wieder Handlungs- und damit: Zukunftsfähigkeit gewinnen können. Dieser Prozess der Wiederherstellung der eigenen Handlungsfähigkeit wird aber wohl nicht ohne eine deutlich verbesserte Konflikt- und Entscheidungskultur gelingen können.

Aus diesem Grunde empfiehlt die Kommission neben den verschiedenen inhaltlichen Vorschlägen, innerhalb und zwischen den sozialwissenschaftlichen Fächern eine angemessene Konflikt- und Entscheidungskultur zu entwickeln.

### **3.5.5 Zusammenfassung**

Die drei sozialwissenschaftlichen Fächer an der Universität Osnabrück befinden sich in mehrfacher Hinsicht in einer Umbruch-Phase: Zum einen wurden in den letzten Jahren neue Studiengänge initiiert und alte reformiert bzw. aufgelöst, zum anderen wird es in den kommenden Jahren altersbedingt zu einem erheblichen Wechsel beim ‚Stammpersonal‘ kommen.

Trotzdem befinden sich die Fächer in unterschiedlichen Situationen: Während sich die Politikwissenschaft - nicht zuletzt aufgrund des Erfolgs ihres Studienganges ‚Europäische Studien‘ bzw. jetzt neuerdings BA/MA ‚European Studies‘ - gewissermaßen ‚im Aufwind‘ befindet, sieht sich die Soziologie seit dem Wegfall des Diplomstudienganges ‚Sozialwissenschaften, mit einer - etwas überspitzt formuliert - ‚existenzbedrohenden Krise‘ konfrontiert. Der Erfolg des von der Soziologie federführend entwickelten BA/MA-Studiengangs ‚Social Studies‘ wird in den kommenden Jahren über die Zukunft des Faches an dieser Universität insgesamt entscheiden. Daher sind die Fachvertreter aufgefordert, alle nur denkbaren Anstrengungen zu unternehmen, diesen Studiengang zu einem Erfolg werden zu lassen; die Empfehlung an die Hochschulleitung, die freie C4-Stelle Soziologie nun rasch zur Wiederbesetzung freizugeben, soll signalisieren, dass die Gutachter/-innen das Fach in seinen Bemühungen unterstützen möchten.

Insgesamt scheint in den Sozialwissenschaften - nicht zuletzt auch als Erfolg früherer Evaluationen - eine vergleichsweise große Bereitschaft unter den aktiven Mitgliedern des Fachbereichs zu existieren, Lehre und Studium zu reformieren und in ihrer Qualität zu verbessern. Dies manifestiert sich u.a. auch darin, dass man offen ist für die Konzipierung neuer Studiengänge in Anlehnung an die angelsächsische Studienstruktur.

Insgesamt ist es ein Anliegen der Gutachter/-innen, nachdrücklich auf die Relevanz von Praktika und Auslandsaufenthalten als zunehmend wichtiger werdende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Berufseinmündung nach Abschluss des Studiums hinzuweisen. Mit ähnlichem Nachdruck plädieren die Gutachter/-innen dafür, den Studierenden in allen Studiengängen in den ersten Semestern eine gewisse Orientierung bei der Auswahl der sinnvollerweise zu belegenden Kurse zu geben. Gleichzeitig sollten in dieser Studienphase hinreichend viele Überblicksveranstaltungen - möglicherweise gar verpflichtend - angeboten werden, um den Studierenden überhaupt erst einmal die Möglichkeit zu bieten, sich in den gewiss komplexen Binnenstrukturen der hier diskutierten Fächer zurechtzufinden.

Gleichzeitig sollten alle Anstrengungen unternommen werden, den Binnendiskurs über die Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium möglichst auf Dauer sicherzustellen; welche Organisationsformen sie hierfür als geeignet ansehen, mögen die Fächer selbst entscheiden. Auf jeden Fall scheint der Kommission die regelmäßige schriftliche Evaluation aller Lehrveranstaltungen ein mögliches Instrument in diesem Prozess der Verstetigung des Binnendiskurses zu sein.

### **3.5.6 Stellungnahme des Fachbereichs**

#### ***Bereits durchgeführte Maßnahmen***

Im Folgenden wird auf die Maßnahmen eingegangen, die im Selbstbericht formuliert wurden und schon durchgeführt werden. Diese decken sich zum großen Teil mit den Vorschlägen der Gutachter/-innen.

- Neustrukturierung der Studiengangs Europäische Studien  
*Die Neustrukturierung ist abgeschlossen, mit Beginn des WS 99/00 erfolgt das Studium nach der neuen Prüfungsordnung und Studienordnung.*
- Neukonzeption des B.A./M.A. Studiengangs Social Sciences  
*Der Studiengang wird erstmals ab WS 99/00 an geboten.*
- Teilnahme am Projekt "KIEL" zur Förderung der Kommunikation und Interaktion zwischen Lehrenden und Studierenden  
*Der Fachbereich spricht sich für eine weitere Teilnahme aus.*
- Kurse zur Verbesserung der Schlüsselqualifikationen, besonders für Frauen  
*Es wird beabsichtigt, weiterhin derartige Kurse anzubieten.*
- Einführung eines Vertrauensdozenten- und Tutorsystems  
*In allen vier vom Fachbereich angebotenen Studiengängen wurde seit WS 99/00 ein Mentorensystem eingeführt.*
- Modifikation des Magister-Studiengangs Soziologie  
*Die Modifikation des Magister-Studiengangs Soziologie ist abgeschlossen. Vorbehaltlich der Genehmigung der Magister-Ordnung der Universität Osnabrück durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur kann ab WS 00/01 nach der neuen Prüfungsordnung und Studienordnung studiert werden.*
- Intensivierung des Marketing für den B.A./M.A.-Studiengang Social Sciences  
*Es wurden Broschüren neu gestaltet, und es wurden bzw. werden Informationsveranstaltungen durchgeführt. Alle diesbezüglichen Informationen sind auch im Internet abrufbar.*
- Praktikum  
*Eine Praktikumsordnung wurde verabschiedet. Die Praktikumsbeauftragte des Fachbereichs kooperiert mit einer von Studierenden des Fachbereichs betriebener Praktikumsbörse und mit einer universitätsübergreifenden studentischen Initiative zur Vermittlung von Praktikumsstellen (IMAG).*
- Internationalisierung  
*Beschluss des Fachbereichsrats zur Aufhebung des NC beim Studiengang B.A./M.A. Social Sciences zwecks erhöhter Studienteilnahme von Ausländern; Übersetzung der Ordnungen ins Englische und Platzierung im Internet. Fünf Kooperationsabkommen.*

### **Maßnahmen des Fachbereichs aufgrund des Gutachtens**

Den von den Gutachtern/-innen ausgesprochenen wichtigsten Empfehlungen werden im Folgenden die Maßnahmen, Projekte, Arbeitsschritte und Fristsetzungen des Fachbereichs zusammengefasst gegenübergestellt (kursiv).

zu ... Engpässe für zwei Studiengänge aufgrund geringer Personalkapazitäten. Strukturentscheidung: bei Beibehaltung des Magister-Studienganges Politik weitere Denomination erforderlich (Lehr-einheit Politik).

*Der Fachbereich spricht sich trotz angespannter Personalkapazitäten für die Beibehaltung und Fortentwicklung des Magister-Studienganges Politikwissenschaft aus.*

*Begründung: Der Studiengang verfügt mit der C4-Professur für allgemeine Politikwissenschaft (Schwerpunkte: Politische Theorie, Ideen- und Disziplingeschichte), der im Ausschreibungsverfahren befindlichen C4-Professur für Staat und Innenpolitik, der C3-Professur für Vergleichende Politikwissenschaft, der C3-Professur für Internationale Politik sowie einer C2-Professur Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt: Internationale Wirtschaftsbeziehungen/Umwelt und Entwicklung und einer Hochschuldozentenstelle Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Europäische Integration über eine Grundausstattung (bis 2007/2008), die der vergleichbarer Einrichtungen in Deutschland entspricht.*

zu ... Intensivierung des Marketing für B.A./M.A. Social Sciences (Lehreinheit Soziologie)

*Das Marketing muss in Zusammenarbeit mit dem neugeschaffenen Dezernat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Universität intensiviert werden. Es sollen folgende weitere Maßnahmen durchgeführt werden:*

- *Der Studiengang wird anderen Universitäten durch den Austausch von Informationsmaterialien der Zentralen Studienberatungsstellen zur Kenntnis gebracht.*
- *Im Rahmen einer Zentralen Informationskampagne der Universität Osnabrück werden 600 Gymnasien und 600 weitere Abiturientenberatungseinrichtungen sog. Info-Pakete zugesandt, in denen auch der Studiengang Social Sciences enthalten ist. Diese Kampagne wird durch telefonische Kontakte mit den Adressaten vor- und nachbereitet.*
- *Verbesserte Internet-Präsentation und Produktion eines Videos.*
- *Mit Bezug auf den B.A./M.A.-Studiengang Social Sciences beabsichtigt der Fachbereich, die für Bewerber/-innen missverständliche englische Bezeichnung durch B.A./M.A. Sozialwissenschaften zu ersetzen.*

zu ... Existenz der Sozioökonomie offensiv nutzen zur spezifischen Profilbildung des MA./B.A. Social Sciences oder ersetzen durch Import (Sozioökonomie).

*Die Konzeption des Studiengangs Social Sciences sieht ein extensives Engagement der Sozio-ökonomie als eine der drei Säulen Soziologie, Politikwissenschaft und Sozioökonomie (+ Methodenausbildung) vor. Dies ist auch von der externen Begutachtungskommission für den neuen Studiengang so akzentuiert worden.*

*Der Fachbereich teilt die Einschätzung der Evaluationskommission, dass die Aufrechterhaltung der Sozioökonomie vor allem unter den Gesichtspunkten - der besseren Abstimmung von Lehre und Forschung mit der Soziologie und der Politikwissenschaft sowie der Wirtschaftswissenschaften der Profilbildung des B.A./M.A.-Studiengangs Social Sciences sinnvoll ist. In diesem Zusammenhang ist zum Beispiel auf die sozioökonomische Beteiligung am DFG-*

*Graduiertenkolleg Europäische Integration zu verweisen, wofür die Lehrenden des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften nicht zur Verfügung standen. Der spezifische Wert sozioökonomischer Lehrveranstaltungen am Fachbereich, der auch von Studierenden anderer Fachbereiche in zunehmendem Maße erkannt wird, besteht nicht in Gegenprogrammen zum wirtschaftswissenschaftlichen mainstream, sondern in der bewussten Selektion anschlussfähiger ökonomischer Inhalte, einer stärkeren dogmenhistorischen Reflexion sowie dem vergleichsweise sparsamen Umgang mit mathematischen Techniken.*

zu ... Integrierte Methodenausbildung

*Der Fachbereich wird auf Vorschlag der Fachgruppe Politikwissenschaft die Vorarbeiten für die Reform des Curriculums für den Magister Politikwissenschaft noch im SS 00 aufnehmen. Dabei wird die curriculare Aufnahme einer verbindlichen integrierten Methodenausbildung ein zentrales Reformelement darstellen.*

*Über die Ausgestaltung des Anteils qualitativer und quantitativer Methoden im Rahmen der Methodenausbildung hat sich die Fachgruppe Politikwissenschaften noch kein abschließendes Urteil gebildet.*

zu ... Ressourcenverteilung für Nebenfachangebote

*Für eine genauere Erfassung der erbrachten Serviceleistungen der Fächer des Fachbereichs Sozialwissenschaften soll im Rahmen der Nebenfach- und Lehrerausbildung beginnend mit dem WS 2000/01 eine lehrveranstaltungsbezogene Statistik über die Studiengangorientierung der Teilnehmer/-innen jeweils verbindlich in der 3. Seminarwoche durch die Hochschullehrenden erstellt sowie zusätzlich eine nach Studiengängen differenzierte semesterbezogene Statistik über abgenommene Prüfungsleistungen angefertigt werden. Organisation, Koordination und Auswertung der Statistik soll auf Fachbereichsebene bzw. durch die Prüfungsämter erfolgen.*

*Das soziologische und politikwissenschaftliche Lehrangebot für die Lehramtsstudiengänge wird zur Zeit in einer parallellaufenden Evaluation erfasst.*

zu ... Interdisziplinäre Kooperation an der Universität Osnabrück

*Die interdisziplinäre Kooperation innerhalb der Universität erfolgt zur Zeit in folgenden Einrichtungen:*

- *Promotionskolleg der Hans-Böckler-Stiftung "Europäische Integration - Möglichkeiten und Grenzen der Vertiefung und Erweiterung",*
- *DFG-Graduiertenkolleg "Europäische Integration und gesellschaftlicher Strukturwandel",*
- *Interdisziplinäre Arbeitsgruppe*
  - *Colloquium Dritte Welt*
  - *Ringvorlesung "Umwelt - Entwicklung - Frieden" im Rahmen des Studiums Generale*
  - *Konzeption für einen interdisziplinären Master-Studiengang Umwelt, Entwicklung, Frieden*
- *Kooperation mit dem Fachbereich "Kommunales Management" an der FH Osnabrück*
- *Mitarbeit im IMIS (Migrationsforschung und Interkulturelle Studien)*
- *Mitarbeit im DFG-Graduiertenkolleg "Migration im modernen Europa"*
- *Mitarbeit am Aufbau des Europa-Instituts*

zu ... Akzentuierung der unterschiedlichen Ausbildungsziele

*Die unterschiedlichen Regelungsdichten und Strukturierungsgrade der Studiengänge (B.A./M.A. Europäische Studien vs. Magister Politikwissenschaft), B.A./M.A. Social Sciences vs. Magister Soziologie) sprechen eine unterschiedliche Klientel an, die einerseits in der Studierart (Präferenz für Verregelung), andererseits in unterschiedlichen Präferenzen des künftigen Berufsfelds differieren. Auch die Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Fächern sind unterschiedlich. Der Fachbereich wird seine Informationsbroschüren auch unter diesem Aspekt nochmals überarbeiten.*

zu ... Auslandspraktikum in der B.A.-Phase des Studiengangs Europäische Studien (Lehrinheit Politik)

*Angesichts der organisatorischen Hürden und aus curricularen Erwägungen empfiehlt die Fachgruppe Politikwissenschaft allen Studierenden des Studienganges Europäische Studien ein Auslandspraktikum, rät jedoch von einem verpflichtenden Charakter ab.*

zu ... Integration der Methodenausbildung (Lehrinheit Politik)

*Die Grundausbildung im Bereich Methoden/Statistik kann integrativ über die Professur Empirische Sozialforschung/Statistik laufen. Spezielle politikwissenschaftliche Methodenangebote im Hauptstudium sollten auch von Mitgliedern der Fachgruppe Politik übernommen werden. Dies hätte auch den Vorteil, dass die strikte Trennung zwischen Methodenvermittlung und inhaltliche Fragestellungen in den Veranstaltungen aufgehoben wird.*

*Die Fachgruppe Politikwissenschaft hat beschlossen, die Vorarbeiten für die Reform des Curriculums für den Magister-Studiengang Politikwissenschaft noch in diesem Semester aufzunehmen. Dabei wird die curriculare Aufnahme einer verbindlichen integrierten Methodenausbildung ein zentrales Reformelement darstellen.*

*Über die Ausgestaltung des Anteils qualitativer und quantitativer Methoden im Rahmen der Methodenausbildung hat sich die Fachgruppe noch kein abschließendes Urteil bilden können. Im Rahmen der Reform des Curriculums wird auch die Integration politikwissenschaftlicher Methodenangebote in Veranstaltungen des Hauptstudiums angesprochen werden.*

zu ... MA. Social Sciences: Auslandspflichtsemester auch für die anderen Schwerpunkte (Lehrinheit Soziologie)

*Bei der Konzeption des Studiengangs musste der Fachbereich davon ausgehen, dass er mit finanziellen Zuwendungen für die Internationalisierung seiner Studiengänge nicht rechnen könne, und eine weitergehende Verpflichtung deshalb nicht verantwortbar sei.*

*Auslandssemester sind nach Ansicht des Fachbereichs auch in den anderen Schwerpunkten sinnvoll und fallweise zu empfehlen. In dieser Hinsicht vertraut der Fb auf die Einsicht der fortgeschrittenen Studierenden im Masterstudiengang.*

*Die Beschränkung der Verpflichtung auf IVS geschieht vorerst aus Kapazitätsgründen. Die Verbindungen mit den Auslandsuniversitäten müssen auch erst schrittweise aufgebaut werden. Sind allerdings der Studiengang Social Sciences und die Internationalisierungsbemühungen des Fachbereichs mit seinem Schwerpunkt IVS erfolgreich, kann eine Überprüfung dieser Beschränkung erfolgen.*

*Erleichtert würde dies auch durch die professionelle Unterstützung durch das Akademische Auslandsamt der Universität.*

zu ... Praktikum

*Für den B.A. Social Sciences wurde eine Praktikumsordnung verabschiedet.*

*Eine Praktikumsbeauftragte des Fachbereichs hat im WS 1999/2000 die Arbeit aufgenommen. Sie kooperiert einerseits mit der von Studierenden des Fachbereichs betriebenen Praktikumsbörse, andererseits mit einer universitätsübergreifenden studentischen Initiative (IMAG) zur Vermittlung von Praktikumsstellen.*

zu ... Transparenz über laufende Forschungsprojekte

*Erfahrungen einiger Lehrende haben leider gezeigt, dass derartige (zusätzliche) Angebote kaum genutzt wurden und aufgrund fehlender Kapazitäten kaum noch gesondert angeboten werden können. Die Relevanz dieses Vorschlags wird aber erkannt.*

*Es sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:*

- *Aushang einer Liste mit laufenden Forschungsprojekten, evtl. mit Optionen für Abschlussarbeiten, und mit der Möglichkeit, an Projektsitzungen teilzunehmen.*
- *Soweit es geht, Integration laufender Projekte in Pflicht- oder Wahlveranstaltungen; eventuell in Form von Lehrforschungsprojekten.*

zu ... Europäische Studien: Angleichung der Bedingungen, Erhöhung der Attraktivität von Osnabrück (Lehreinheit Politik)

*Eine Angleichung der Bedingungen für alle Studierende (etwa in Form eines Abkommens über Doppelabschlüsse) findet grundsätzlich die Unterstützung der Fachgruppe Politik, verwiesen wird aber auf die sich aus den bisherigen Erfahrungen sichtbar gewordenen großen organisatorischen und curricularen Schwierigkeiten, die diesem Ziel im Wege stehen. Gleiches gilt für eine Erhöhung der Attraktivität von Osnabrück, die nur zu einem kleinen Teil von den Lehrkräften im Fachbereich Sozialwissenschaft beeinflussbar sind (schwer beeinflussbare außeruniversitäre Faktoren, die die Perzeption als mehr oder weniger attraktiven Standort bestimmen). Für den Aufbau und Betrieb eines Post-Graduierten-Studiums im Bereich Politikwissenschaft respektive Europäische Studien reichen die derzeit vorhandenen personellen Kapazitäten nicht aus.*

zu ... Empfehlungen an Hochschulleitung: Studium von Ausländer/-innen in Osnabrück

*Der Beschluss des Fachbereichsrats über die Aufhebung des NC beim Studiengang B.A./M.A. Social Sciences zielte auf verbesserte Teilnahmechancen von Ausländer/-innen; ferner auch die Übersetzung der Ordnungen ins Englische und ihre Plazierung im Internet.*

*Die Einbeziehung des ECTS in beiden neuen B.A./M.A.-Studiengängen dient sowohl der Erweiterung des Ausländerzugangs wie auch der Erweiterung des Auslandsstudiums deutscher Studierender.*

*Der Auslandsbeauftragte des Fachbereichs hat eine Vielzahl von Kooperationsabkommen initiiert; davon sind bereits fünf durch die jeweiligen Universitätsleitungen abgeschlossen worden.*

## zu ... Teilzeitstudium

*Eine sehr hohe Regelungsdichte (wie es z.B. im B.A./M.A.-Studiengang Social Sciences der Fall ist) schließt Teilzeitstudierende praktisch aus. In die Prüfungsordnung und Studienordnung des Bachelor-Master-Studiengangs Social Sciences sind daher Öffnungsklauseln mit entsprechend erweiterter Studiendauer hineingenommen worden.*

## zu ... Zertifikate

*Es ist beabsichtigt, die Standardlehrangebote des Bachelor-Master-Studiengangs Social Sciences in Studiengangsmodulen mit gemeinsamen Prüfungsteilen zusammenzufassen. In diesem Zusammenhang wird auch die Verwendung einiger dieser Module für zertifizierte Weiterbildungsangebote geprüft. Ähnliche Regelungen werden auch bei der geplanten curricularen Reform des Magister-Studienganges Politikwissenschaft angestrebt.*

## zu ... Angebote für unterschiedliche Studierendentypen und Weiterbildungsangebote

*Künftige Modifizierungen sollen die unterschiedlichen Motiv- und Verregelungstypen berücksichtigen.*

*Die B.A./M.A.-Studiengänge und die Magister-Studiengänge sprechen schon jetzt unterschiedliche Verregelungsreaktionstypen an, durch Module innerhalb der bestehenden Studiengänge, die dann auch als eigenständige Weiterbildungsangebote einschl. Zertifikate angeboten werden, soll eine "Passung" an die unterschiedlichen Studierendentypen erreicht werden. Auf diese Weise entstehen auch keine zusätzlichen Kapazitätsprobleme.*

## zu ... Begleituntersuchungen zu dem Themenspektrum: Zertifikate, Weiterbildung, Studierendentyp

*Die Chancen für derartige Untersuchungen in Zusammenarbeit mit Fachkollegen/-innen der anderen niedersächsischen Universitäten müssen eruiert werden. Die Voraussetzungen dafür sollten zumindest in einer universitären Ordnung geregelt werden. Auch muss die Kostenfrage geklärt werden.*

## zu ... Grundstruktur (grundlegende Überblicksveranstaltungen) der Magister-Studiengänge

*Für die fünf Prüfungsgebiete des Magister-Studiengangs Soziologie wird im Vorlesungsverzeichnis jeweils eine Einführungsveranstaltung ausgewiesen.*

*Im Rahmen der im SS 2000 begonnenen Curricularreform des Magister-Studienganges Politikwissenschaft wird ebenfalls erwogen, ein Gerüst von Kernveranstaltungen mit Überblickscharakter im Grundstudium anzubieten, die sich an die Prüfungsgebiete des Studienganges Politikwissenschaft anlehnen.*

*Für einige Teilbereiche werden derartige Veranstaltungen bereits angeboten (Einführung in das politische System der EU, Einführung in die Vergleichende Politikwissenschaft, Einführung in die Theorien der internationalen Beziehungen).*

## zu ... Klausuren in Examensphase

*In den beiden von der Lehrinheit Soziologie betreuten Studiengängen sind Klausuren als Prüfungsformen wahlweise und obligatorisch verankert. Auf die Einführung von Klausuren speziell in der Examensphase wurde jedoch bewusst verzichtet. Dies entspricht auch nicht der Intention des kumulativen Kredittransfersystems.*

*Die Lehrinheit Politikwissenschaft optiert ähnlich: Klausuren als Option für Leistungsnachweise und Zwischenprüfung; keine Klausuren im Rahmen der engeren Examensphase; mit Blick auf die Einführung des ECTS-Systems in Europäische Studien und der Diskussion um die Einführung des ECTS-System in einen reformierten Magister-Studiengang Politikwissenschaft erscheint eine Aufwertung des Gewichts von Klausuren nicht sinnvoll.*

## zu ... Ausnutzung des Notenspektrums

*Die Gesamtnote ist ein (gewichteter) Durchschnittswert der Abschlussprüfungen, aus dem nicht die jetzt schon auftretenden Streuungen in den Einzelleistungen ablesbar sind. Möglicherweise - bedingt durch hohe Abbrecherquoten - machen nur die Studierenden, die sich sicher fühlen, das Examen; sie stellen also schon eine Auslese dar. Unterschiede zwischen den Lehrenden in der Benotungspraxis sind vorhanden, es ist aber vermutlich nicht zulässig, sie zum Einhalten einer Normalverteilung zu zwingen.*

*Die geringe Streuung beim B.A./M.A. Europäische Studien erklärt sich zumindest teilweise aus der vorhergehenden Notenauslese (NC-Fach). Die Streuung beim Magisterstudiengang Politikwissenschaft kann noch als normal bezeichnet werden. Die Benotungspraxis beim Magisterstudiengang Soziologie ist in der Fachgruppe diskutiert und (im Zusammenhang mit den anderen Maßnahmen zur Standardsicherung) eine Korrektur des Prüferverhaltens angeraten worden.*

## zu ... Einigung über gemeinsame Kriterien und Standards der Leistungsbeurteilung

*Im Durchschnitt neigen die Lehrenden, die an der Befragung im WS 98/99 teilgenommen hatten, nur mäßig zu einer Festlegung der Prüfungsstandards. Relativ eindeutig fällt das Votum für Leselisten als eine Form von Prüfungsstandards für Zwischenprüfungen aus und soll im Zusammenhang mit der geplanten Modularisierung für den B.A./M.A. Social Sciences aufgegriffen und erprobt werden.*

## zu ... Gleichmäßige Verteilung von Prüfungsaufgaben. Bevorzugter Einsatz von Kollegen/-innen als Zweitprüfende, die relativ selten als Erstprüfende gewählt werden.

*Erstgutachter/-innen bzw. Erstprüfer/-innen sollen von den Studierenden vorgeschlagen werden, während Zweitgutachter/-innen bzw. Zweitprüfer/-innen auf Vorschlag der Studierenden unter der Berücksichtigung des Auslastungskriteriums vom Prüfungsausschuss benannt werden.*

## zu ... Die Fächer sollten sich einen Überblick über die Zahl der Studierenden und die Intensität ihres Studiums verschaffen ("Frühwarnsystem")

*Der Fachbereich versucht, dieses Problem über zwei Maßnahmen in den Griff zu bekommen:*

- *Einführung eines Mentorensystem bei allen vier Studiengängen.*
- *Jährliche Panelbefragungen zu den Studienbedingungen am Fachbereich.*

zu ... Maßnahmen zur Bindung von Absolventen/-innen an den Fachbereich

*Aufgrund der Ergebnisse der Befragung der Absolvent/-innen werden folgende Maßnahmen ergriffen:*

- *Die Abschlussurkunden werden in einem feierlichen Rahmen überreicht.*
- *Einmal im Jahr sollten "Newsletter" an die Absolvent/-innen verschickt werden, die über die Ereignisse am Fachbereich auf dem Laufenden halten.*

zu ... Ausschreibung der für den neuen Studiengang zentralen C4-Stelle IVS mit einer auch politikwissenschaftlich interpretierbaren Denomination und Beteiligung der Politikwissenschaft an der Berufungskommission

*Über diesen Vorschlag der Gutachter/-innen ist im Fachbereich schon seit längerem Konsens erzielt worden und mit dem Präsidenten auch so vereinbart worden. Die Stelle wird aber vom Präsidenten zurückgehalten.*

zu ... Frauenförderung durch 1. weitere Anhebung des Anteils im Lehrkörper, 2. weiterhin Förderung beim wissenschaftlichen Nachwuchs, 3. thematische Integration in Studienordnungen und Prüfungsordnungen

1. *Der Fachbereich wird sich bei den anstehenden Berufungs- bzw. Besetzungskommissionen auch weiterhin für die Berufung bzw. Besetzung der jeweiligen Stelle mit einer Frau einsetzen. Während sich im Nachwuchsbereich die weiblichen und männlichen Bewerber die Waage halten, ist es gerade im Bereich der Professuren noch nicht so, weibliche Bewerberinnen sind deutlich in der Minderheit. Trotzdem werden sie in den Verfahren, wenn dies sinnvoll und aussichtsreich erscheint, in angemessener Weise berücksichtigt.*
2. *Die Situation bei den Nachwuchsstellen ist, wie auch im Gutachten festgehalten, weitaus erfreulicher. Hier gilt es, die weitere Entwicklung in ähnlich erfolgreicher Weise fortzusetzen. Der Fachbereich hat im laufenden Verfahren für das Dorothea Erxleben-Programm zwei C1-Stellen beantragt.*
3. *Frauen- und geschlechtsspezifische Themen sind von seiten der Lehreinheit Soziologie regelmäßig durch Lehraufträge ins Angebot genommen worden. Um mehr frauen- und geschlechtsspezifische Themen in Lehrprogramme, Studien- und Prüfungsordnungen aufzunehmen, bedarf es noch vermehrter Diskussion und Behandlung in den entsprechenden Kommissionen des Fachbereichs.*

zu ... EDV-Ausstattung und neuere hochschuldidaktische Hilfsmittel

*Der Fachbereich bekam im März 2000 aus Investitionsmitteln 50.000 DM zugewiesen, sodass zur Zeit die PC-Ausstattung und Vernetzung aller Diensträume modernisiert werden können. Seit längerem steht ein Beamer zur Verfügung, der jetzt durch ein Laptop ergänzt werden wird, sodass ein komfortablerer Einsatz in allen Seminarräumen möglich sein wird.*

*Der Fachbereich hatte ferner vorgeschlagen, aus Mitteln einer zur Zeit gesperrten Verwaltungsstelle eine BAT IVa/2-Dauerstelle für EDV-Technik zu schaffen, um die EDV-Problematik in den Griff zu bekommen. Dies ist von der Universitätsleitung mit Hinweis auf ein noch ausstehendes Strukturkonzept der Senatsmedienkommission vorläufig abgelehnt worden.*

zu ... Umschichtung von Bibliotheksmitteln von Zeitschriften zu Monographien, Verlängerung der Öffnungszeiten, Verbesserung der Beleuchtung im Lesesaal

*Zugunsten von Monographien wurden inzwischen DM 30.000 eingespart. Die Öffnungszeiten werden aufgrund der Besucherfrequenzen von Seiten des Bibliothekspersonals für zureichend gehalten. Die Ausleihzeiten sollten aber den bisherigen Öffnungszeiten angepasst, d.h. erweitert werden. In einem zweiten, anschließenden Schritt sollte dann eine Überprüfung der Nutzung der erweiterten Ausleihfristen erfolgen, um sodann zu ermitteln, inwieweit eine weitere Verlängerung der Ausleih- und Öffnungszeiten auf entsprechenden Bedarf seitens der Nutzer/-innen stößt.*

*Für bessere Beleuchtung im Lesesaal soll nach Auskunft der Bibliothek gesorgt werden.*

zu ... Institutionalisierung regelmäßiger Evaluation aller Lehrveranstaltungen

*Der Fachbereich beteiligt sich an dem aus HSP III-Mitteln finanzierten fachbereichsübergreifenden Projekt KIEL (Kommunikationsinstrument für die Evaluation von Lehrveranstaltungen). Diese HSP III-Projekte wurden nur bewilligt, wenn im Anschluss von der Hochschule das Projekt weitergeführt wird. Der Fachbereich geht daher von einer Weiterführung aus und wird sich auch weiterhin an dem Projekt beteiligen. Das Projekt hatte durch seine Serviceleistungen (Fragebogenkonstruktion und -verteilung, Dateneingabe und Auswertung) den Vorteil, dass auch Lehrende positiv angesprochen wurden, die diesen zusätzlichen Arbeitsaufwand gescheut hätten.*

*In diesem Zusammenhang kann auch die schon erwähnte Panelbefragung als Mittel der Qualitätssicherung gesehen werden.*

zu ... Maßnahmen zur hochschuldidaktischen Weiterbildung für den Mittelbau

*Leider besitzt die Universität keine eigene hochschuldidaktische Einrichtung, sodass sich die hochschuldidaktische Weiterbildung für den Mittelbau schwierig gestaltet. Folgende Maßnahmen werden erwogen:*

- *Besuch der Mitarbeiter/-innen von hochschuldidaktischen Kursen, die von hochschuldidaktischen Zentren anderer Universitäten angeboten werden. Hier sind vor allem das Interdisziplinäre Zentrum für Hochschuldidaktik (IZHD) der nahen Universität Bielefeld, das Niedersächsische HD-Zentrum in Braunschweig oder das Hochschuldidaktische Zentrum der Universität Dortmund zu nennen.*
- *Einladung von Experten/-innen dieser oder anderer Zentren für Blockkurse an der Universität (evtl. auch fachbereichsübergreifend). Das IZHD der Universität Bielefeld bietet explizit derartige Kurse an.*

*In beiden Fällen müsste aber die finanzielle Frage mit der Hochschulleitung geklärt werden.*

#### 4 Biografische Angaben

##### **Prof. Dr. Monika Medick-Krakau**

Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Soziologie an den Universitäten Marburg und Erlangen / 1973 - 1975 Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/Main / 1975 Promotion im Fach Politikwissenschaft (Dr. phil.), Universität Frankfurt / 1975 - 1979 Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Trier / 1979 - 1988 Hochschulassistentin, Freie Universität Berlin, unterbrochen durch Habilitandenstipendium und Forschungsaufenthalt in den USA / 1992 Habilitation im Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin / 1992 - 1993 Vertreterin einer Professur für Politikwissenschaft (Internationale Beziehungen), Universität Konstanz / 1993 - 1995 Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Leipzig / 1995 Professorin für Internationale Politik an der Technischen Universität Dresden / seit 1994 Vorstandsmitglied, Sektion Internationale Politik der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft; Geschäftsführendes Vorstandsmitglied seit 1997 / seit 1996 Mitglied der Redaktion der Politischen Vierteljahresschrift / seit 1998 Volkswagen-Stiftung, Wissenschaftlicher Beraterkreis zum Schwerpunkt „Globale Strukturen und deren Steuerung“.

##### **Prof. Dr. Ingrid Sommerkorn-Abrahams**

1956 - 1964 Studium der Soziologie an den Universitäten Frankfurt am Main (Institut für Sozialforschung) und London (London School of Economics) / 1962 Diplom-Soziologie, Universität Frankfurt / 1962 - 1964 British Council Scholarship für Graduate Studies an der London School of Economics / 1964 - 1966 Stipendiatin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin / 1966 Doctor of Philosophy (Ph.D.), Universität London / 1966 - 1969 Wissenschaftliche Assistentin in der Abteilung Soziologie am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin. Gleichzeitig Durchführung von Lehrveranstaltungen an der Freien Universität sowie an der Pädagogischen Hochschule Berlin / 1968 Fellowship zur Teilnahme am Harvard International Seminar, Harvard University, Cambridge/Massachusetts / 1969 - 1971 Research Associate am Education Research Center des Massachusetts Institute of Technology (M.I.T.), Cambridge/Mass. / 1971 - 1976 Professur für Bildungssoziologie und Erziehungswissenschaft an der Universität Bremen / 1976 - 1995 Professur für Hochschuldidaktik und Soziologie der Bildung an der Universität Hamburg (Doppelmitgliedschaft am Interdisziplinären Zentrum für Hochschuldidaktik und am Institut für Soziologie) / seit 1995 ordentliche Professorin für Soziologie an der Universität Hamburg / Gastprofessuren in Toronto/Kanada, Cambridge/mass. (M.I.T.), Toulouse, Northampton/Mass. (Smith College und Five College Women's Studies Research Center), Stellenbosch/Süd Afrika / Mitglied der Sachverständigenkommission zur Erstellung des 5. Jugendberichtes der Bundesregierung (1976 - 1979) / 1987 - 1992 Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sowie Vorsitzende des DGS-Ausschusses für Lehre / Mitglied im Konzil der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (seit 1992).

**Prof. Dr. Günter Bentele**

Jahrgang 1948 / 1968 - 1970 Studium der Germanistik, Soziologie, Politik, Geschichte und Zeitungswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München / 1970 - 1974 Studium der Germanistik, Soziologie, Politologie und Publizistik an der Freien Universität Berlin, Geschichte und Philosophie an der Technischen Universität Berlin / 1974 Staatsexamen für das höhere Lehramt an Gymnasien / 1974 - 1975 Lehraufträge am Fachbereich Germanistik und am Institut für Publizistik und Dokumentationswissenschaft der FU Berlin / 1975 - 1978 Teilzeitassistent am Institut für Publizistik und Dokumentationswissenschaft der FU Berlin / 1978 - 1981 Leitung der „Sektion Filmsemiotik“ innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Semiotik (DGS) e.V. / 1978 - 1980 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Publizistik und Dokumentationswissenschaft der FU Berlin / 1980 - 1988 unregelmäßig Lehraufträge am Institut für Publizistik der FU Berlin, der Hochschule der Künste Berlin, am Institut für Kommunikationswissenschaft der LMU München, an der Hochschule für Fernsehen und Film (HFF) München und am Institut für Publizistik der Universität Münster / 1981 - 1984 Vorstandsmitglied und Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Semiotik (DGS) e.V. / 1982 Promotion / 1984 - 1989 Hochschulassistent am Institut für Semiotik und Kommunikationstheorie der FU Berlin / 1985 (Mit)initiator und Gründungsmitglied der „Gesellschaft für Film- und Fernsehwissenschaft“ e.V. / 1989 Habilitation im Fach „Publizistik- und Kommunikationswissenschaft.“ / 1989 - 1990 Vertretung einer Professur für Kommunikationswissenschaft/Schwerpunkt Journalistik an der Universität Bamberg / 1989 Professur für Kommunikationswissenschaft/Schwerpunkt Journalistik an der Universität Bamberg / 1993 Professur für Öffentlichkeitsarbeit/Public Relations an der Universität Leipzig / seit 1994 Lehrstuhl für Öffentlichkeitsarbeit/Public Relations an der Universität Leipzig / 1995 Vortragsreise USA / 1995 - 1998 Erster Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft / 1995 - 1996 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig / 1999 Gastprofessuren an der Università della Svizzera italiana (Masters of Public Relations-Programm), Lugano, Schweiz und der Universität Jyväskylä, Finnland.

**Dipl. Soz.-Päd. Lutz Bornmann M.A.**

Jahrgang 1967 / 1986 Abitur / 1988 - 1998 Studium der Studiengänge Sozialwesen sowie Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaften an der Universität Gesamthochschule Kassel / 1994 Diplom in Sozialwesen / 1998 Magister in Soziologie / seit 1998 Wissenschaftlicher Angestellter am Wissenschaftlichen Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung (WZ I) an der Universität Gesamthochschule Kassel / Mitarbeit im dort angesiedelten DFG-Projekt „Ausbildung, Berufsverlauf und Tätigkeitsfelder promovierter Hochschulabsolventen“

**Prof. Dr. Erhard Forndran**

Jahrgang 1938 / 1959 Abitur / 1960 - 1964 Studium an der Universität Bonn (Politische Wissenschaft, Geschichte, Mathematik, Philosophie) / 1963 Aufnahme in die Studienstiftung des Deutschen Volkes / 1964 - 1965 Studium an der Freien Universität Berlin / 1965 - 1967 Studium an der Universität Bonn / 1967 Promotion zum Dr. phil. (Politikwissenschaft) an der Universität Bonn / 1967-1968 Forschungsauftrag der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik / 1968 - 1972 Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn / 1972 Wahl zum hauptamtlichen Mitglied und Vorsitzenden der Kommission für Friedens und Konfliktforschung der DGFK, Bonn / 1972 Habilitation im Fach Politische Wissenschaft an der Universität Bonn / 1972 - 1974 Wissenschaftlicher Rat und Professor an der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abteilung Neuss / 1974 Lehrstuhlvertretung an der Universität Bochum und Ruf auf den dortigen Lehrstuhl für Internationale Beziehungen / 1976 Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Abteilung Braunschweig der PH Niedersachsen (1978 Integration in die TU Braunschweig) / 1989 - 1991 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft / 1991 - 1993 Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft / 1992 - 1996 Gründungsdekan der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften der Universität Magdeburg / 1992 Lehrstuhl für Internationale Politik und Theorie der Politik an der Universität Magdeburg / 1996 - 1998 Senator an der Universität Magdeburg / seit 1997 Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

**Prof. Dr. Gerd Junne**

Jahrgang 1947 / 1966 Abitur / 1966 - 1970 Studium der Politologie, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin und der Université de Genève / Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes / 1970 - 1974 Lehrbeauftragter und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU Berlin und der Universität Bremen / 1975 Promotion (Dr. rer. pol.) an der FU Berlin / 1974 - 1979 Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Konstanz / seit 1979 Professur für Internationale Beziehungen an der Universität van Amsterdam / Forschungsaufträge der Vereinten Nationen, FAO, ILO, EU, VW Stiftung, Rathenau-Institut, Heinrich-Böckler-Stiftung, des Deutschen Bundestages, des niederländischen Außenministeriums, des niederländischen Verkehrsministeriums und des nationalen niederländischen Forschungsprogramms Luftverschmutzung und Klimaforschung.

**Prof. Dr. Helmut E. Lück**

Jahrgang 1941 / 1961 - 1969 Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Köln / 1969 Promotion an der Universität Köln (Dr. rer. pol.) / 1973 - 1978 Wissenschaftlicher Rat und Professur an der Gesamthochschule Duisburg für Psychologie (Schwerpunkt: Sozialpsychologie) / seit 1978 Professur an der FernUniversität in Hagen, Fachbereich Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Institut für Psychologie. Schwerpunkt: Psychologie sozialer Prozesse / Seit 1980 Geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift "Gruppendynamik. Zeitschrift für angewandte Sozialpsychologie" / Gemeinsam mit Dr. Rudolf Miller Begründer und Mitherausgeber des Nachrichtenblattes "Geschichte der Psychologie" / Mitbegründer und seit 1989 Geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift "Psychologie und Geschichte" / Herausgeber der Schriftenreihe "Beiträge zur Geschichte der Psychologie" / Autor und Herausgeber einer Vielzahl von wissenschaftlichen Veröffentlichungen zur Sozialpsychologie, Methodenlehre und Psychologiegeschichte.

**Staatssekretär a.D. Rolf Möller**

Jahrgang 1930 / 1950 - 1952, 1953 - 1957 Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Freiburg, München und Bonn / 1952/1953 Studium der Politikwissenschaft an der Staatsuniversität von Ohio, USA / 1962 Zweites Juristisches Staatsexamen / 1957 - 1968 Geschäftsführer im Deutschen Studentenwerk in Bonn / 1968 - 1975 Bereichsleiter (Sonderforschungsbereiche) in der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Bonn / 1975 - 1979 Präsident der Christian Albrechts-Universität Kiel / 1979 - 1982 Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur / 1983 - 1995 Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung in Hannover / seither im Ruhestand in Bonn

**Prof. Dr. Ulrich Teichler**

Jahrgang 1942 / 1962 - 1968 Studium der Soziologie an der Freien Universität Berlin / 1968 - 1978 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin / 1975 Promotion zum Dr. phil. an der Universität Bremen / seit 1978 Professor an der Universität Gesamthochschule Kassel; Geschäftsführender Direktor des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung / 1980 - 1982 Vizepräsident der Gesamthochschule Kassel / 1986 - 1992 teilzeitliche Professuren an der Northwestern University in Evanston, USA, 1994 - 1996 College d'Europe in Brügge, Belgien / langzeitige Forschungsaufenthalte in Japan (National Institute for Educational Research), den Niederlanden und den USA / 1992 - 1998 Vorsitzender des Consortium of Higher Education Researchers (CHER); Präsident der European Association of Institutional Research (EAIR); Vizepräsident der Society for Research into Higher Education (Großbritannien); Mitglied der Academia Europaea; Mitglied der International Academy of Education; 1988 - 1996 Vorsitzender der Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung / Forschungspreis des Council on International Education and Exchange (1997) / Comenius-Preis der UNESCO (1998) / Gutachter- und Beratertätigkeit für Unesco, ILO, World Bank, Council of Europe, Europäische Kommission, OECD, Confernce of European Rectors u.a., dabei OECD Examiner der niederländischen, schwedischen und finnischen Bildungspolitik. Herausgeber bzw. Mitherausgeber der Zeitschriften „European Journal of Education“, „Higher Education“, „Das Hochschulwesen“ / Mitglied des Beirats der Zeitschriften „Higher Education Policy“, „Educational Policy“, „Studies in Higher Education“, „South African Journal of Higher Education“, „Tertiary Education and Management“ und „Journal of Studies in International Education“ / Beratungstätigkeiten für den Aufbau von Hochschulforschung in Südostasien, Lateinamerika und Afrika / Koordinator des von der Volkswagenstiftung geförderten Projektverbunds „Wechselbeziehungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem in Japan in vergleichender Perspektive“ und des TSER-Projekts der Europäischen Union „Higher Education and Graduate Employment in Europe“.

**Prof. Dr. Rainer Trinczek**

1977 - 1983 Studium der Fächer Sozialkunde, Englisch und Geschichte für das Lehramt an Gymnasien in Würzburg, Plymouth (UK) und Erlangen-Nürnberg / Abschluß mit dem Ersten Staatsexamen in den Fächern Sozialkunde und Englisch / 1983 - 1997 Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Assistent/Oberassistent am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum (SFZ) bzw. am Institut für Soziologie der Universität Erlangen-Nürnberg (teilweise für Vertretungen beurlaubt) / 1987 Promotion / 1993 Habilitation / 1994 Vertretung einer Professur für Soziologie (Soziale Ungleichheit) an der Universität Erlangen-Nürnberg / 1996/97 Vertretung einer Professur für Sozialwissenschaft an der Universität Bielefeld / 1997/98 Vertretung einer Professur für Soziologie (Soziale Ungleichheit) an der Universität Erlangen-Nürnberg / seit 1998 Lehrstuhl für Soziologie der Technischen Universität München

**Glossar**

<b>ABD</b>	Allgemeine Bestimmungen für Diplomprüfungsordnungen
<b>AG</b>	Arbeitsgruppe
<b>agis</b>	Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung (Universität Hannover)
<b>AStA</b>	Allgemeiner Studentenausschuss
<b>BAföG</b>	Bundesausbildungsförderungsgesetz
<b>BAT</b>	Bundesangestelltentarif
<b>BMBF</b>	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
<b>BOS</b>	Berufsorientierte Seminare
<b>CIP</b>	Computer Investitionsprogramm
<b>CNW</b>	Curricular-Normwert
<b>DFG</b>	Deutsche Forschungsgemeinschaft
<b>Dipl.</b>	Diplom (Studienabschluss)
<b>DPO</b>	Diplom-Prüfungsordnung
<b>EDV</b>	Elektronische Datenverarbeitung
<b>ERASMUS</b>	Förderungsprogramm für Auslandsaufenthalt (Internationaler Studentenaustausch der Europäischen Union)
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>FB</b>	Fachbereich
<b>FÜGRA</b>	Fächerübergreifendes Studium für Studierende der Ingenieurwissenschaften (TU-Braunschweig)
<b>HIS</b>	Hochschul-Informationssystem GmbH
<b>HSP</b>	Hochschulsonderprogramm
<b>IPW</b>	Institut für Politische Wissenschaft (Universität Hannover)
<b>ISW</b>	Institut für Sozialwissenschaften der TU Braunschweig
<b>k.A.</b>	keine Angabe
<b>KapVO</b>	Kapazitätsverordnung
<b>LBS</b>	Lehramt an Berufsbildenden Schulen
<b>MWK</b>	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
<b>N.C.</b>	Numerus Clausus
<b>NHG</b>	Niedersächsisches Hochschulgesetz
<b>n.v.</b>	nicht vorhanden
<b>PC</b>	Personalcomputer
<b>PD</b>	Privatdozent/-in
<b>RSZ</b>	Regelstudienzeit
<b>Sem.</b>	Semester
<b>SOKRATES</b>	Förderungsprogramm für Auslandsaufenthalt (Internationaler Studentenaustausch der Europäischen Union - Nachfolgeprogramm für ERASMUS)
<b>SOFI</b>	Soziologisches Forschungsinstitut (Universität Göttingen)
<b>SS</b>	Sommersemester

<b>SWS</b>	Semesterwochenstunden
<b>TU</b>	Technische Universität
<b>Uni</b>	Universität
<b>WS</b>	Wintersemester
<b>ZEM</b>	Zentrale Einrichtung Medien (Universität Göttingen)
<b>ZENS</b>	Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien (Universität Göttingen)
<b>ZEvA</b>	Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover
<b>ZiM</b>	Zentrum für interdisziplinäre Medienwissenschaft (Universität Göttingen)